Montag, 21. November 1983 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 271 - 47. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Warnung Andropows: Unmittelbar vor der Bundestagsdebatte über die Nachrüstung hat der sowjetische Staats- und Parteichef Andropow in einem Brief an Kanzler Kohl die Bundesregierung davor gewarnt, das „Gleichgewicht" in Europa zu untergraben. Andropow bekräftigte die sowjetische Forderung nach Einbeziehung französischer und britischer Systeme in die Genfer IWF-Verhandlungen. (S. 1 und 5)

Wechsel nach Bonn: Der CSU-Vorstand hat einen Wechsel des Parteivorsitzenden Strauß nach Bonn befürwortet. Der Bonner Landesgruppenvorsitzende Waigel geht davon aus, daß es innerhalb von zwei Wochen zu einem Spitzengespräch in Bonn kommen werde. (S. 4)

Stoltenberg bestätigt: Bundesfinanzminister Stoltenberg wurde für die nächsten zwei Jahre als Chef der schleswig-holsteinischen CDU bestätigt. (S. 4)

Libanon: Bei den französischen Luftangriffen auf einen Terroristen-Stützpunkt in Ostlibanon sind vergangene Woche auch 14 iranische Revolutionsgardisten getötet worden, bestätigte Teheran. Nach französischen Angaben handelte es sich um ein Lager jener Bewegung, die für den Anschlag auf die französische Friedenstruppe in Beirut am 23. Oktober verantwortlich war. (S. 10)

„Grundfesten zerstört": Mit ihrem „Nein" zur Nachrüstung auf dem Parteitag in Köln hat die SPD nach Auffassung von Staatsminister Mertes (CDU) die Grundfesten der gemeinsamen Sicherheitspolitik zerstört, die die demokratischen Parteien verbunden habe. Mit dieser Ablehnung des Gleichgewichts und dem „Ja" zur bloß formalen Mitgliedschaft in der NATO entspreche die SPD „im Ergebnis den Nahzielen der sowjetischen Westpolitik". (S. 1 und 4)

Grüne: Den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO und die damit verbundene Auflösung der Militärblöcke haben die Grünen auf ihrer Bundesversammlung in Duisburg gefordert. (S. 4)

Für Nachrüstung: Mit einer Dreiviertelmehrheit haben sich die Freien Demokraten auf ihrem Parteitag in Karlsruhe für die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen ausgesprochen. Für die Nachrüstung votierte einstimmig auch der „kleine Parteitag" der CSU in Hof.

Heute: Regierungserklärung von Kanzler Kohl im Bundestag über Stand der Genfer Verhandlungen mit anschließender Debatte über NATO-Nachrüstung. – Bundespräsident Karl Carstens zu Staatsbesuch in Elfenbeinküste. – Ergebnis der Teilwahlen in Italien. – Bundesratspräsident Strauß bei Richard von Weizsäcker.

ZITAT DES TAGES



» Die Abgeordneten werden ihrem Gewissen folgen und dementsprechend entscheiden. Wir werden mit Argumenten durch Worte ringen, nicht mit Geschossen, Transparenten und Klamauk «

Bundestagspräsident Rainer Barzel (CDU) zur heute beginnenden Parlamentdebatte über die NATO-Nachrüstung
FOTO: PETER MITCHELL

WIRTSCHAFT

Wirtschaftsentwicklung: Das Bruttosozialprodukt der westlichen Industriestaaten sank 1982 um 0,5 Prozent, stellt die Welthandelsorganisation Gatt fest. Das durchschnittliche Exportvolumen ging um zwei Prozent zurück. (S. 11)

IWF-Gelder frei: Eine Eindämmung der internationalen Schuldenkrise erwartet der IWF nach der Bereitstellung von 9,4 Milliarden Dollar an US-Beiträgen für die Quotenaufstockung des Fonds und die Erhöhung der Sonderfondsmittel. (S. 11)

Weiter hohe US-Zinsen: Nach der Erhöhung der Obergrenze für die US-Staatsverschuldung wird auch für die nächsten Monate mit einem hohen amerikanischen Zinsniveau gerechnet.

Vorruhestand: Die IG Metall lehnt die geplante Vorruhestandsregelung ab. Sie schaffe keine Entlastung des Arbeitsmarkts, sondern bringe eher die 35-Stunden-Woche in Mißkredit.

SMH-Bank: Für das Bankhaus Schröder, Münchmaier, Hengst u. Co ist dem Vernehmen nach eine neue Stützungsaktion von rund 180 Millionen Mark erforderlich geworden, die vom Einlagen-Sicherungsfonds des privaten Bankgewerbes aufgebracht werden.

KULTUR

Preis für Hilbig: Der „Brüder-Grimm-Preis" der Stadt Hanau wurde dem „DDR"-Lyriker Wolfgang Hilbig für seine Gedichte und Prosatexte verliehen. (S. 17)

Künstlerbund: Mit 540 Arbeiten von 352 Künstlern ist im Gropius-Bau in Berlin die 31. Jahresausstellung des Deutschen Künstlerbundes eröffnet worden.

SPORT

Fußball: Die deutsche Nationalmannschaft hat sich durch einen mühsamen 2:1-Sieg über Albanien für die Endrunde der Europameisterschaft in Frankreich qualifiziert. (S. 14)

Springreiten: Ausländische Siege gab es in den wichtigsten Prüfungen des Berliner Hallenturniers durch Broome (England) und Frühmann (Schweiz). (S. 16)

Eiskunstlauf: Europameister Norbert Schramm belegte bei der ersten großen internationalen Prüfung der olympischen Saison Platz zwei hinter Weltmeister Hamilton. (S. 15)

Olympia: 27 Länder haben bisher ihre Teilnahme an den Winterspielen in Sarajewo fest zugesagt. Die Eröffnungs- und Schlußfeier sind bereits ausverkauft.

AUS ALLER WELT

Im Zwielicht: Das Bild vom untadeligen „Bobby" ist arg ramponiert worden. Eine jetzt veröffentlichte Studie wirft ihm starken Hang zum Alkohol, Rassismus und schlechte Manieren gegenüber weiblichen Kollegen vor. (S. 18)

Attentat in Paris: 30 Personen wurden bei einem Bombenanschlag auf ein vollbesetztes Restaurant verletzt.

Wetter: Bewölkt, vereinzelt Regen. 2 bis 6 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Andropows Brief an Kohl: Kreml will Gespräch nicht abreißen lassen

Sucht Moskau Vermittlung Mitterrands? / USA-Bericht über Kwizinskis Vorstoß

HERBERT KREMP, Bonn

Die Sowjetunion versucht, durch eine Serie von Stellungnahmen und Erklärungen die heute beginnende Aussprache des Deutschen Bundestages über die Stationierung moderner amerikanischer Mittelstreckenraketen zu beeinflussen. In einem Schreiben an Bundeskanzler Kohl, das Ende vergangener Woche in Bonn eingegangen ist, erklärt Parteichef Andropow, eine Stationierung werde „die Fortsetzung der jetzigen Verhandlungen" in Genf unmöglich machen. Die Verhandlungen würden damit „gegenstandslos".

Die Bundesregierung hat die entscheidenden Passagen des Andropow-Briefes einer genauen Analyse unterzogen. Sie kam dabei zu dem Ergebnis, daß die Sowjetunion nach dem Stationierungsbeschluß des Bundestages zwar die für kommenden Mittwoch anberaumte Sitzung der Genfer Delegationen absagen werde, die Tür zu andersgearteten Verhandlungen aber offenlasse beziehungsweise erst suche.

Andropow erklärt in seinem Schreiben, es hänge nun von der Bundesrepublik ab, ob das Gleichgewicht in Europa „untergraben" werde. Die Regierung trage eine ernsthafte Verantwortung für den Kontinent. Die Sowjetunion sei erstaunt, mit welcher Bereitschaft die Bundesregierung das Territorium ihres Landes für amerikanische Waffen zur Verfügung stelle. Dadurch werde das Schicksal des eigenen Landes und Europas allein den USA ausgeliefert. Massive Drohungen mit Gegenmaßnahmen der Sowjetunion enthält der Brief des Parteichefs nicht.

Diplomatische Beobachter in Bonn erblicken im Tenor des Schreibens Anzeichen dafür, daß die Sowjetunion nach dem Scheitern ihrer diplomatischen und propagandistischen Bemühungen, die Stationierung zu verhindern, nach Anknüpfungspunkten für weitere Gespräche Ausschau hält. Dabei strebe sie entweder die Zusammenlegung der Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen mit den Genfer START-Verhandlungen über die strategischen Waffensysteme oder eine Konferenz aller fünf Atommächte (Sowjetunion, USA, Frankreich, Großbritannien und China) an.

SEITE 5:
Moskau und der Seespaziergang

Es wird in Bonn nicht ausgeschlossen, daß Moskau dabei die Vermittlung des französischen Staatspräsidenten Mitterrand sucht, da Frankreich im Unterschied zur Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Italien keine modernen US-Waffen stationiert und deshalb eine „Rolle" in Europa übernehmen könnte. Die vom sowjetischen Chefunterhändler Kwizinski in Genf angedeutete, inzwischen aber von Verteidigungsminister Ustinow scharf dementierte Bereitschaft Moskaus, die Atomwaffen Frankreichs und Englands aus der Genfer Rechnung herauszunehmen, wird als ein Lockruf in diese Richtung gedeutet.

Im Schreiben Andropows an Kohl wird darauf allerdings kein Bezug genommen. In Bonn besteht daher der Eindruck, daß die Diskussion über das weitere Verfahren die verschiedenen Machtgruppierungen in Moskau stark beschäftigt und unter Umständen sogar kontrovers verläuft. Ein Indiz dafür liefern die unterschiedlichen Ausdeutungen des jüngsten Spaziergang-Gesprächs zwischen Kwizinski und Nitze am 13. November in Genf, das zu zahlreichen Spekulationen geführt hat.

THOMAS KIELINGER, Washington

Das Dementi der Sowjetunion zur Bereitschaft des Kreml, die französischen und britischen Raketen bei den Genfer Verhandlungen auszuklammern, hat Washington zu einer Offenlegung der Vorgänge in dem Konferenzort veranlaßt.

Das US-Außenministerium berichtete: Moskaus Unterhändler Kwizinski habe sich am vorvorigen Wochenende mit angeblich dringenden Instruktionen an den amerikanischen Verhandlungsführer Paul Nitze gewandt. Der Inhalt dieser neuen In-

● Fortsetzung Seite 10

DER KOMMENTAR

Enttarnt

Von WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

So verwirrend die sowjetischen Winkelzüge zur Verhinderung der NATO-Nachrüstung auch sind, einige Klarheit ist doch zu gewinnen.

Erstens: Kwizinskis Eulenspiegeleien beim Genfer „Seespaziergang" lassen erkennen, daß die bis dahin von Moskau stur geforderte und von der SPD befürwortete Einbeziehung der französischen und britischen Systeme in die Genfer Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen in Europa zu keinem Zeitpunkt das gewollte Ziel, sondern nur Mittel zum Zweck war. Da Kwizinski zwei Minuten vor zwölf auf die Tarnung verzichtete, steht nunmehr das sowjetische Ziel aller Welt nackt vor Augen: Moskau will die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Europa unbedingt verhindern, um sein regionales Raketenmonopol zu behaupten.

Zweitens: Die Analyse des an Kohl gerichteten Briefes von Andropow enthüllt, daß zumindest Andropow die Genfer Verhandlungsrunde über die Mittelstreckenwaffen nicht länger für das richtige Gremium hält. Darin liegt das Eingeständnis eines Fehlers. Moskau hat mit der sekundären Forderung nach Einbeziehung der französischen und britischen Systeme die Genfer Runde ruiniert.

Drittens: Moskau sucht, jedenfalls Andropow, nunmehr den Ausgleich auf einer Ebene von Verhandlungen über die strategischen Waffen. Das ist nicht mehr eine regionale, sondern eine globale Perspektive, sei es im Wege amerikanisch-sowjeticher START-(SALT)-Verhandlungen, sei es im Wege einer Konferenz der fünf anerkannten Atommächte unserer Welt. Kommt es dazu, so bedeutet dies, daß die Sowjetunion die von ihr errichtete sachwidrige Sperre, nämlich die französischen und britischen Systeme als Mittelstreckenwaffen einzustufen, löst.

Viertens: Jede Äußerung aus Moskau, auch von Andropow, ist mit dem Vorbehalt aufzunehmen, daß sich erst erweisen muß, wer im Kreml das Sagen hat. Es wäre eine bonapartistische Entartung des Sowjetsystems, wenn die Marschälle auf einem entscheidenden Feld der Politik, dem der äußeren Sicherheit, mächtiger wären als die Partei und ihr Generalsekretär. Das Auftreten Ustinows nährt jedoch solche Spekulationen.

Es wäre dem Ernst der Lage angemessen, wenn die Parteien diesen Sachstand bei ihrer Bundestagsdebatte über die Nachrüstung angemessen berücksichtigten – auch und gerade die SPD.

Die Abkehr von Schmidt eint die SPD

Auf dem Bundesparteitag stimmten nur 14 von 400 Delegierten für die Nachrüstung

PETER PHILIPPS, Köln

Die SPD hat nach jahrelangem innerparteilichem Streit ihre Geschlossenheit durch die Abkehr von der Sicherheitspolitik ihres ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt wiedergefunden. Mit nur 14 Gegenstimmen – unter anderem von Schmidt und seinen ehemaligen Ministern Apel, Leber, Matthöfer und Wischnewski – und drei Enthaltungen beschlossen die 400 Delegierten des außerordentlichen Parteitages am Wochenende in Köln das uneingeschränkte Nein der SPD zur bevorstehenden Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik Deutschland.

Mit einer etwa 90 Minuten langen Rede hatte Schmidt den sicherheitspolitischen Teil des Parteitages eröffnet. Kühl analysierend zeichnete er noch einmal die Argumentationskette und die historischen Ereignisse nach, die in ihrer Logik zum NATO-Doppelbeschluß geführt hatten. Er, Schmidt, halte „in klarer Erkenntnis von Versäumnissen beider Großmächte" an dem Beschluß vom Dezember 1979 auch heute noch fest, weil „ich darin auch ein wirkungsvolles Instrument zur Herstellung des Gleichgewichts durch Begrenzung und zum schrittweisen Abbau von eurostrategischen Nuklearwaffen sehe". Es wäre aber auch „dringend wünschenswert, daß alle fünf Atommächte sich zu einer Rüstungsbegrenzungskonferenz zusammenfinden".

Erstmals berichtete Schmidt in der Öffentlichkeit über eine Einzelheit des Besuchs des damaligen sowjetischen Staats- und Parteichefs

SEITEN 2, 3 UND 4:
Weitere Beiträge
SEITE 6:
Auszüge aus der Schmidt-Rede

Breschnew in Brühl bei Bonn im Jahre 1978: Er und Breschnew hätten dort „beide militärischen Karten auf den Tisch gelegt – mit den Reichweiten der damals vorhandenen nuklearen Waffen. Beide Karten stimmten im wesentlichen überein. Breschnew vertrat den Standpunkt, es herrsche ungefähres Gleichgewicht. Ich habe dem widersprochen." Sie hätten sich deshalb auf eine Erklärung geeinigt, daß ein ungefähres Gleichgewicht „angestrebt" werden sollte. Schmidt fuhr fort: „Damals hatte die Sowjetunion etwa 50 SS-20-Raketen in Europa stationiert. Inzwischen hat sich deren Zahl für Europa verfünffacht, für Europa und Asien zusammen versiebenfacht."

Während seines Moskau-Besuchs im Sommer 1980 habe er dann „vor dem versammelten Politbüro maßvoll, aber eindeutig vorgetragen: Wenn es nicht zu Verhandlung und Vertrag kommen sollte, dann würde ich für die Stationierung" neuer amerikanischer Waffen eintreten. Am nächsten Mittag hätten daraufhin Breschnew und Außenminister Gromyko „die Verhandlungsbereitschaft der Sowjetunion" erklärt.

Doch die Argumentation Schmidts konnte die Stimmungslage des Parteitages nicht verändern. So faßte der Parteivorsitzende Willy Brandt zusammen, was Schmidt-Kritiker wie Oskar Lafontaine und Erhard Eppler zuvor in ähnlicher Form auch gesagt hatten: Die Verhandlungen in Genf seien „gescheitert, insbesondere gescheitert wegen der Sturheit derer, die (lieber) Pershing 2 nach Deutschland" bringen wollten, als „SS 20 runterzuverhandeln".

CSU-Vorstand für Rückkehr von Strauß nach Bonn

DW. Hof

Die CSU hat sich in ihrer „Hofer Erklärung" deutlich vom Kurs der Bundesregierung in der Grenada-Frage abgesetzt. Der „kleine Parteitag" der CSU dankte dem amerikanischen Präsidenten ausdrücklich für die Intervention auf der Karibikinsel. Reagan habe ein Signal gegen die machtpolitischen Vorstöße der Sowjetunion und Kubas gesetzt.

Der CSU-Vorsitzende Strauß bezeichnete die offizielle Bonner Reaktion als „Fehlleistung", die er nicht zum innerpolitischen Problem machen wolle. „Aber ich kann auch nicht schweigen", sagte Strauß und fügte hinzu: „Ich rate dem amerikanischen Präsidenten in Zukunft noch weniger zu fragen als bisher." Der CSU-Vorsitzende spielte damit auf die Erklärung der Bundesregierung an, Bonn sei vor der Intervention nicht konsultiert worden und hätte, wäre es gefragt worden, abgeraten. Strauß kritisierte die „windelweiche Haltung" deutscher Politiker.

Der CSU-Vorstand befürwortete in Hof einen Eintritt von Strauß in das Bundeskabinett. Landesgruppenvorsitzender Theo Waigel berichtete, es habe zwar keinen formellen Beschluß gegeben, der Vorstand habe sich aber „positiv" zu einer Rückkehr von Strauß geäußert. Er, Waigel, gehe davon aus, daß es innerhalb der nächsten 14 Tage zu einem Spitzengespräch in Bonn kommen werde. Strauß selbst äußerte sich in Hof mit keinem Wort zu seinen Plänen, verwahrte sich aber deutlich gegen Bonner Kritik an der CSU in dieser Frage.

Seite 4: „SPD hat kapituliert"

Benda warnt Gegner der Nachrüstung

DW. Bonn

Am Vorabend der Bundestagsdebatte über die Nachrüstung hat der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Ernst Benda, die Gegner einer Stationierung davor gewarnt, ein Widerstandsrecht im Sinne des Grundgesetzes für sich in Anspruch zu nehmen. Im ZDF wies Benda darauf hin, daß sich das Widerstandsrecht nach Artikel 20 darauf beschränke, sich gegen Versuche zu wehren, die verfassungsmäßige Ordnung einschließlich der Wahrung des inneren Friedens zu beseitigen. Weitere Voraussetzung sei, daß Abhilfe anders nicht möglich sei.

Der Kölner Staatsrechtler Professor Martin Kriele wandte sich gegen die Haltung von Anhängern der „Friedensbewegung", daß bei der Sicherung des Friedens Regelverletzungen in Kauf genommen werden könnten. „Gerade, weil der Frieden so ungeheuer gefährdet und so ungeheuer wichtig ist, müssen die parlamentarischen Regeln entscheiden", sagte Kriele.

Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP haben einen gemeinsamen Entschließungsantrag im Bundestag eingebracht, der die Regierung unterstützt, fristgerecht die Aufstellung von Pershing-2-Raketen entsprechend dem Nachrüstungsteil des NATO-Doppelbeschlusses einzuleiten. Die „Friedensbewegung" hat eine Reihe von sogenannten gewaltfreien Demonstrationen angekündigt. Dazu zählt auch eine „Belagerung des Bundestags". Gestern vormittag besetzten Demonstranten die Bonner Kreuzkirche.

FDP zeigt wieder Geschlossenheit

Partei steht hinter Lambsdorff / Nachrüstung bestätigt / Lohnzurückhaltung gefordert

STEFAN HEYDECK, Karlsruhe

Die Freien Demokraten haben zu einer breiten Geschlossenheit und Einigkeit zurückgefunden und die zurückliegenden heftigen Flügel- und Richtungskämpfe überwunden. Das wurde in den Beschlüssen des 34. FDP-Parteitages in Karlsruhe deutlich, und das zeigte sich auch in der demonstrativ bekundeten Solidarität mit Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, gegen den wahrscheinlich noch in diesem Monat im Zusammenhang mit der Spendenaffäre Anklage wegen Vorteilsnahme erhoben wird.

Nachdem die Delegierten am ersten Tag mit einer Dreiviertelmehrheit die Aufstellung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen entsprechend dem NATO-Doppelbeschluß befürwortet hatten, stand am Samstag eine Grundsatzrede von Lambsdorff zur Wirtschaftspolitik im Mittelpunkt. Dabei betonte der Minister, die „besten sicherheitspolitischen Konzeptionen" seien nur schwer vermittelbar, wenn nicht „mehr ökonomische Stabilität" gewonnen würde. Er wandte sich dagegen, daß die FDP

SEITE 3:
Tränenströme sind versiegt

wieder zu einer Wirtschaftspartei werde. Denn: „Verteidigung der Freiheit in Frieden zusammen mit unseren Verbündeten steht über allem." Dafür habe die Wirtschaftspolitik nicht nur die materiellen Voraussetzungen bereitzustellen. Sie müsse auch dazu beitragen, „die moralische Akzeptanz für die Sicherheitspolitik zu schaffen". Auch wenn zum Überschwang „gewiß kein Anlaß" bestehe, gehe es wirtschaftlich wieder aufwärts. Statt wirtschaftspolitischer Gängelei müsse es „vernünftige politische Rahmenbedingungen" geben.

Diese Forderungen verband Lambsdorff mit heftiger Kritik an der SPD und den Gewerkschaften. Ein von den Sozialdemokraten verlangtes 45-Milliarden-DM-Beschäftigungsprogramm wäre eine „reine Inflationsmaschine". Es komme auch nicht von ungefähr, daß sich Gewerkschaftsunternehmen „gegen die Vorreiterfunktion bei der Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wehren". Auch wenn die Tarifautonomie nicht angetastet oder zerstört werde, so forderten die Freien Demokraten im Interesse der Arbeitnehmer und des beginnenden Aufschwungs Lohnzurückhaltung und Lohndifferenzierung.

Warschau gesteht Fehler ein

Im ZK scharfe Kritik an der Wirtschaftspolitik / Regierungsumbildung erwartet

DW. Warschau

Zu Auseinandersetzungen über den ideologischen Kurs und zu scharfer Kritik an der Wirtschaftspolitik ist es am Wochenende auf der in Warschau abgehaltenen Plenartagung des Zentralkomitees der polnischen KP gekommen. Es ist anzunehmen, daß auf der Tagung auch die Weichen für Umbesetzungen der Regierung gestellt wurden, die auf der für heute und morgen anberaumten Sitzung des Parlaments erfolgen könnten.

Zum Abschluß der ZK-Tagung trat der für Ideologie zuständige Sekretär des Zentralkomitees, Marian Orzechowski, zurück, rückte jedoch zum Kandidaten des Politbüros auf. Er bleibt Generalsekretär der Patriotischen Front für Nationale Wiedergeburt und wurde zugleich Chef der Parteihochschule. Zu neuen Sekretären des ZK wurden die Parteichefs von Breslau, Tadeusz Porebski (52), und von Bromberg, Henryk Bednarski (49), ernannt.

Bei der Behandlung der schwierigen Wirtschaftslage kam es zu hitzigen Wortgefechten. Der ZK-Sekretär Manfred Gorywoda räumte im Bericht des Politbüros ein Scheitern der Bemühungen um eine Wirtschaftsreform ein: die am 1. Januar 1982 begonnene Reform habe negative Auswirkungen auf Löhne und wirtschaftsstimulierende Maßnahmen gehabt. Mit „Enttäuschung und Frustration" stelle die Bevölkerung fest, „daß nicht nur die Preise steigen, sondern auch Erzeugnisse auf dem Markt fehlen". Einige Mitglieder des ZK kritisierten die Regierung, weil es ihr nicht gelungen sei, die Industrieproduktion auszuweiten und die Nahrungsmittelrationierung zu beenden. Auch habe es die Regierung nicht vermocht, die enorme Inflationsrate – rund 25 Prozent – zu drosseln.

Die Führung der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" hat zu Protesten gegen die Absicht der Regierung aufgerufen, die Lebensmittelpreise im Januar um durchschnittlich 15 Prozent zu erhöhen. In Lodz und anderen Gebieten soll es am Wochenende zu Arbeitsniederlegungen gekommen sein. In Breslau wurden ein Funktionär und zwölf Anhänger der „Solidarität" festgenommen.

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Denktasch – was nun?

Von Evangelos Antonaros

Je mehr Tage seit der Ausrufung des türkischen „Teilstaates" auf Zypern verstreichen, um so deutlicher werden die eigentlichen Absichten des Volksgruppenführers Rauf Denktasch: Ihm ist es weniger um die Etablierung einer – übrigens kaum lebensfähigen – unabhängigen Teilrepublik, sondern um das Ausbauen seiner Verhandlungsposition gegangen. Denktasch, der die Annahme einer Initiative der UNO beharrlich verweigerte, spürte neuerdings verstärkten Druck des Westens. Um neue Tatsachen zu schaffen, trat er die Flucht nach vorne an.

Mit diesem Schritt hat sich Denktasch gewaltig verrechnet. Nach der für ihn vernichtenden Abstimmung im Weltsicherheitsrat konnte er sich nicht mehr zurückhalten und gab seiner Enttäuschung freien Lauf. Denktasch hatte eine simple Tatsache nicht berücksichtigt: Auf Sezessionismus reagiert jeder Staat äußerst empfindlich.

Nun haben Denktaschs engste Mitarbeiter zu erkennen gegeben, daß sie zu Verhandlungen mit den Griechen bereit seien. Zyperns Türken versuchen zu retten, was noch zu retten ist. Ihre Bedingungen können sie allerdings, trotz der Präsenz von zwanzigtausend türkischen Soldaten, nicht mehr diktieren.

Es wäre freilich für die Inselgriechen töricht, sich von der für sie positiven UNO-Resolution einlullen zu lassen. Solche Resolutionen haben Werbewert, aber wenig praktische Bedeutung. *Jetzt geht es darum, einen* Ausweg aus der Zypern-Krise zu finden. Auch die Griechen müssen aktiv mitwirken. Denn so paradox diese Feststellung auch beim ersten Blick erscheinen mag: Durch die Wahnsinnstat der Inseltürken können auf Zypern neue Rahmenbedingungen entstanden sein, die eine von Grund auf neue Regelung der Inselfrage ermöglichen könnten.

Kursus für Fälscher

Von Günter Friedländer

Die Behörden der USA haben in Grenada Dokumente im Gewicht von mehr als zweieinhalb Tonnen sichergestellt, deren Prüfung Licht in die Verhältnisse des kleinen Inselstaates bringen soll. Wie undurchsichtig diese Verhältnisse waren, wußten Grenadas Bewohner am besten. Sie nannten Bishops „New-Jewel"-Bewegung die „New Jungle" (Neuer Dschungel). Die Prüfung der Dokumente wird einige Zeit dauern; man will die Peinlichkeit in Zukunft vermeiden, voreilige Erklärungen später korrigieren zu müssen.

Einige Dokumente sind jedoch bereits bekannt geworden; beispielsweise die Entdeckung, daß Grenada nicht 110 000 Bewohner hat. Wo die Zahl herkommt, weiß niemand. Eine von Bishop organisierte Volkszählung ergab, daß Grenada nur 85 000 Einwohner hatte. Bishop zog es vor, das zu verschweigen.

Was er sich davon versprach, läßt sich vielleicht aus einem anderen Dokument erschließen: dem Protokoll einer Sitzung, die Grenadas „Politisch-ökonomisches Bureau" am 3. August mit Bishop und seinem späteren Mörder Austin abhielt, um zu beraten, wie man vom Internationalen Währungsfonds (IWF) weitere 14,1 Millionen Dollar leihen könne. Das mag nicht viel sein, aber es sind 166 Dollar pro Kopf der Bevölkerung (wenn man die wahre Bevölkerungszahl zugrunde legt; bei 110 000 Einwohnern wären es 128). Brasilien braucht im Jahr „nur" neue Anleihen von 50 Dollar pro Kopf, um seine Finanzen in Ordnung zu halten. Die Zahlen, mit denen Grenadas Regierung dem IWF aufwarten konnte, waren jedoch nicht zufriedenstellend.

Die Genossen aber fanden einen Ausweg. Im Protokoll heißt es: „Die Genossen unterstrichen erneut die Dringlichkeit, einige Genossen darin zu unterweisen, wie man die Zahlen an die Erfordernisse des IWF anpassen kann. Man muß jemanden nach Kuba schicken." Kuba und Surinam nämlich hätten die besten Erfahrungen darin, wie man die Buchhaltung anleihefreundlich gestaltet: „Maurice Bishop regte an", heißt es im Protokoll, „die Erfahrung Kubas und Surinams zu benutzen und zu diesem Zweck in den Banken zwei verschiedene Buchhaltungen zu führen." Hatten die Genossen Zeit, den Plan durchzuführen? Man weiß es noch nicht. Der IWF jedenfalls genehmigte die Anleihe für Grenada, mit oder ohne „angepaßte" Zahlen.

Geld und Fenster

Von Enno v. Loewenstern

Wenn nun schon die SPD ein Nein ohne jedes Wenn und Aber veranstaltet, wie sollen die Grünen dann noch auf sich aufmerksam machen? Indem sie strampelnd verkünden, sie seien die noch ehrlicheren Garanten des Untergangs unserer Freiheit: Während die SPD vorspiegle, man könne der Nachrüstung absagen und dennoch in der NATO bleiben, fordern die Grünen auch noch den NATO-Austritt.

Leicht haben sie's wahrlich nicht. Unter dem Druck der Öffentlichkeit haben sie sich zu grenzübergreifenden Aktionen bekannt (und damit die schlaue Eppler-Bahr-Parole ad absurdum geführt, daß „wir" nur für „unsere" Regierung *zuständig seien). Die Forderung nach einer Absage* an die DKP-Drahtzieher wird immer lauter, und Einwände wie die des Genossen Reents, man dürfe sich um der „Glaubwürdigkeit" willen nicht von Moskaus Handlangern trennen, werden immer komischer. Wo gestern noch General Bastian zürnte, Reagans Null-Lösung sei ein Betrug, fordern heute die Grünen „die Abschaffung ... noch verbleibender Mittelstreckenwaffen", auch im Warschauer Pakt. Und während man behauptet, im Namen der Mehrheit zu sprechen, wehren sich immer mehr Grüne gegen eine Volksabstimmung – sie könnte ja für die Nachrüstung ausfallen, und dann wäre es aus mit dem schönen Widerstand.

Das schönste ist freilich der Vorschlag, alle Friedensbewegten sollten am Tag der Abstimmung Geld von ihren Konten abheben. Wenn zwei Millionen Menschen im Durchschnitt tausend Mark abheben, könnte das die Banken in Schwierigkeiten bringen und die Regierung beeindrucken.

Das Abheben von zwei Milliarden Mark an einem gegebenen Tag würden die Banken wahrscheinlich gar nicht merken; ganz abgesehen von der Frage, ob die vielen Schüler, Studenten und sonstigen Lilien auf dem Felde überhaupt Konten haben. Dennoch ist der Vorschlag interessant – in Verbindung mit dem Projekt, Tücher in die Fenster zu hängen. Wenn jeder Friedensbewegte auf sein jeweiliges Tuch schriebe: Ich habe x-tausend Mark daheim und mein Türschloß ist ausgebaut, weil man einseitig abrüsten und Vertrauen zeigen muß – das könnte zu einer faszinierenden Lehrstunde über Friedenssicherung führen.



Porto zahlt Empfänger

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Vierzehn Gerechte

Von Manfred Schell

Nach den Parteitagen vom Wochenende sind die Weichen gestellt. Die Bundesregierung hat die Kraft, numerisch wie auch politisch und moralisch, das Ja zur Nachrüstung durchzusetzen. Die SPD hatte nicht die Kraft, zu ihrem Wort zu stehen – nicht zu dem von 1979, nicht zu dem von 1960. Schon Mitte der Woche soll die Nachrüstung anlaufen. Bonn bleibt für die USA und den Westen insgesamt ein berechenbarer und verläßlicher Partner, auch wenn die Opposition es nicht mehr ist.

Die Ausgangslage ist eindeutig. Die Abgeordneten der CDU/CSU sind ohne Ausnahme für den Doppelbeschluß. Der FDP-Vorsitzende Genscher hat dafür auf seinem Parteitag in Karlsruhe eine große Mehrheit gefunden – eine unerwartet große, wenn man sich erinnert, daß er noch 1981 mit seinem Rücktritt drohen mußte, um die Parteibasis zu einer Bekräftigung dieser NATO-Entscheidung zu bewegen. Das Nein der SPD, das in Köln gefallen ist, konnte niemanden mehr überraschen; allenfalls mag man überrascht sein, daß doch noch vierzehn von vierhundert Delegierten offen gegen den Strom auftraten.

In Köln hat sich die SPD eiskalt von ihrem früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt verabschiedet. Eineinhalb Stunden lang hat Schmidt vor den Genossen seine ablehnende Haltung gegenüber dem SPD-Leitantrag begründet. Er verwies auf frühere Beschlüsse der Parteigremien zum NATO-Doppelbeschluß, er sprach von der „provozierenden" Aufrüstung der Sowjetunion. Er, dem die SPD zuzujubeln pflegte, als er ihr noch die Regierungsmacht sicherte, sprach gegen eine Mauer. Gelangweilt, mit Gelächter oder höhnischen Kommentaren ließen die Delegierten „den da oben" reden. Es war kein Abschied, es war ein Abbruch, beklemmend in seiner Gnadenlosigkeit – dies ausgerechnet in der Partei, die sich ihrer Solidarität, ihrer Wärme, ihrer Geborgenheit als des vielleicht kostbarsten Erbteils zu rühmen pflegt. Beifall erhielt Schmidt erst, als er versicherte, er werde sich nicht zum Kronzeugen gegen seine Partei machen lassen, also im Bundestag nicht gegen die SPD stimmen. Nur das war es, was der Parteitag von Helmut Schmidt hören wollte – er durfte sich auch noch selber demontieren.

Willy Brandt ist der Sieger. Er kann jetzt unbeschwert seinen politischen Weg gehen. Er hat keinen Schatten mehr neben sich. Brandt hat Wehner und Schmidt politisch überlebt. Die politische Bedeutung des SPD-Parteitags liegt deshalb nicht nur in der Entscheidung gegen die Nachrüstung, mit der die SPD aus der Mitverantwortung für die Sicherheit unseres Landes ausgestiegen ist. In Köln ist erstmals der „traditionelle" Flügel der SPD in eine hoffnungslose Minderheit geraten. Willy Brandt geht den Weg in das Bündnis mit den Grünen, den Alternativen, den Friedensbewegten. Sein Auftritt auf der letzten Kundgebung der Friedensbewegung im Bonner Hofgarten war ein Teil dieser Strategie. Die Scheingründe – die ebenso einseitigen wie ungeniert aus der Luft gegriffenen Schuldvorwürfe an die Adresse der USA, die entsprechende Verharmlosung der UdSSR – bestätigen das Mitglied der SPD-Grundwertekommission, Gesine Schwan: die SPD bekämpft den Doppelbeschluß des Westens mit den Argumenten der Sowjetunion.

Wenn aber die SPD in ihrer wechselvollen und unvermeidlich *nicht immer* erfolgreichen Geschichte Momente hat, an denen sie sich aufrichtet, dann sind es nicht die endlosen Diskussionen und Spätnachtintrigen im Mitgliederkreis, nicht Kompromißfeilschereien im Parlament, nicht einmal gelungene Sprünge an die Krippe oder widerwillige Rückzüge von derselben. Es sind die heroischen Stunden im Leben einer Partei, die zu heroischen Zielen ausgezogen ist – Zielen, die im Zeichen des Menschenrechts standen. Jahrelang haben Deutsche, gleichviel ob sie der SPD nahestanden oder nicht, bewegt zugehört, wenn im Rundfunk das Tonband eines einsamen, trotzigen Auftritts gegen die Gewaltherrschaft abgespielt wurde: Otto Wels auf der Tribüne des Reichstages, der Mehrheit und ihrem Reichskanzler aus der Gosse das Nein der Arbeiterpartei zum Ermächtigungsgesetz entgegenschleudernd.



Endlich den Weg frei ins Abseits: Brandt

FOTO: SVEN SIMON

Wohl fand Otto Wels differenzierte Worte, denn die Zeiten und die Fronten waren nicht so klar, wie es manchem aus der Rückschau scheinen mag. Aber das ändert doch nichts daran, daß es ein Nein zur Diktatur war, zu dem sich damals die SPD aufraffte – ein Nein, obwohl die Schergen der Diktatur schon brüllend im Reichstagssaal selber standen, obwohl Otto Wels und seine Mitstreiter die Rache unmittelbar befürchten mußten.

Und heute – wie wird diese SPD vor der Geschichte, vor sich selber bestehen? Die Diktatur ist nicht im Saal, sie lauert vor den Toren; diese Tore aber sollen ihr grundlos aufgerissen werden, aus welchen absurden innenpolitischen Takteleien und Ausreden immer. Oskar Lafontaine versichert öffentlich, er sei bereit, wie ein Pole zu leben, obwohl jeder ihm ansieht, daß er wie ein Luxusfunktionär einer Wohlstandsrepublik lebt, die von den geschmähten Amerikanern und ihren geschmähten Raketen geschützt wird. In der Bibel aber heißt es, der Herr habe gelobt, Sodom zu verschonen, wenn zehn Gerechte dort gefunden würden. Nun, vierzehn SPD-Delegierte haben ihr Nein gegen das erbärmliche Nein zur Nachrüstung geschleudert; natürlich hat die Partei eine Zukunft, natürlich wird sie eines Tages wieder zu ihren Wurzeln finden. Was aber werden die SPD-Mitglieder der Zukunft sagen, wenn sie ihren Wels – und dann ihren Brandt, ihren Bahr, ihren Lafontaine vom Band hören? Bis dahin lastet eine doppelt schwere Verantwortung auf Regierung, Koalition, Bevölkerung dieses Landes. Die Opposition hat sich aus ihrer Pflicht verabschiedet. Die Regierung und die sie tragenden Kräfte dürfen keine Schwächen zeigen.

IM GESPRÄCH Heinz Staab

Dynamischer Chemiker

Von Dieter Thierbach

Im Wissenschaftsgefüge der Bundesrepublik Deutschland nimmt die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) nach Größe, Organisationsform und Forschungsauftrag eine besondere Stellung ein. Zurückgehend auf die 1911 gegründete Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, ist die MPG eine der ältesten – und mit über 10 000 Mitarbeitern in derzeit 55 Instituten die größte – außeruniversitäre Forschungseinrichtung. Das Jahresbudget beläuft sich auf stolze 950 Millionen DM.

Seit Freitag hat die Gesellschaft einen designierten neuen ersten Mann: Der Heidelberger Chemiker Dr. Dr. Heinz A. Staab wird Ende Juni des kommenden Jahres an ihre Spitze treten. Der Senat der MPG wählte ihn bei seiner turnusmäßigen Herbstsitzung in München zum Präsidenten für die Amtsperiode 1984 bis 1990. Er tritt damit die Nachfolge von Professor Reimar Lüst an, der dieses Amt seit 1972 ausübt. Persönlichkeiten wie Otto Hahn und Adolf Butenandt standen zuvor an dieser Stelle.

Das wissenschaftliche Arbeitsgebiet des neuen Präsidenten erstreckt sich auf dem weiten Feld der organischen Chemie. Standen früher für ihn synthetische Methoden, die Darstellung und spektroskopische Untersu*chung von Molekülen mit besonderer* Elektronenstruktur im Vordergrund, beschäftigt sich Staab heute mit dem Studium zwischenmolekularer Wechselwirkungen, die auch für biochemische Prozesse Bedeutung erlangt haben.

Der heute 57jährige Chemiker studierte nach dem Krieg an den Universitäten Marburg und Tübingen Chemie, promovierte bei Richard Kuhn und absolvierte anschließend noch ein Medizinstudium. Seit 1974 leitet er als Direktor die Abteilung für Organische Chemie am traditionsreichen Heidelberger Max-Planck-Institut für medizinische Forschung.

Er ist ein dynamischer Mann und hat, das bringt seine besondere Struktur mit sich, viele ehrenamtliche Funktionen und aktive Mitgliedschaften übernommen. Die Liste seiner Auszeichnungen und Berufungen füllt in Nachschlagewerken gleich eine ganze Spalte. Durch seine Tätigkeit als Herausgeber mehrerer wissenschaftlicher Zeitschriften sowie durch seine langjährige Arbeit an leitender Stelle in der Deutschen Forschungsgemeinschaft hat er einen ausgezeichneten Überblick über die aktuelle chemische Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Anfang des kommenden Jahres wird er Professor Rolf Sammet in der Präsidentschaft der Gesellschaft Deutscher Chemiker ablösen.



Neuer Max-Planck-Chef: Professor Staab FOTO: AP

Schon heute müssen seine Mitarbeiter oft auf ihn verzichten: Sie sehen aber auch den Vorteil, einem international zusammengesetzten Arbeitskreis anzugehören. Reisen scheint für Heinz Staab ein Lebenselixier zu sein; er studiert dabei wohlvorbereitet die historischen Stätte des jeweiligen Landes und schleppt Berge selbstgeschossener Dias heim. Schnelle Autos und das Ausfahren derselben liebt er auch. Man traut es dem eher ruhigen Mann nicht zu, aber wer's nicht glaubt, kann's ausprobieren.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Der SPD-Parteitag ist Gegenstand von Betrachtungen vieler Blätter:

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

Was bleibt vom bündnispolitischen Bekenntnis, wenn die Partei sich von eben der praktisch-konkreten Bündnispolitik loslöst, die sie selber eingeleitet und mitgetragen hat? Ist die SPD wieder auf dem Wege in jene Isolation, die sie in den ersten zehn Jahren der Bundesrepublik von Westeuropa, von Amerika und von den ihr sonst nahestehenden Linksparteien trennte und die sie schon wieder, unter anderem, von den Parteien Mitterrands und Craxis trennt? Und ist der Sprung hinüber zu den sich allmählich zerstreitenden Sekten der „Friedensbewegung", wie ihn Willy Brandt getan hat, der Absprung von einer Politik des Maßes, der Orientierung auf die Mitte und der Regierungstauglichkeit?

LA STAMPA

Fast einstimmig haben die deutschen Sozialdemokraten gestern die Aufstellung der Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik verurteilt. Die Zahlen sind beeindruckend. Nur 14 von 400 Delegierten stimmten gegen die Vorlage des Parteivorstands. Drei enthielten sich. Noch am Freitag hatte es den Anschein, als ob die Mehrheit gegen die Raketen bei 80 Prozent liegen würde: und das schien schon viel. Nicht einmal die mutige und noble Rede von Ex-Kanzler Schmidt bremste das Ungestüm der Basis und die politischen Berechnungen der Führung ... Der nationale Konsens ist zerbrochen. Wie Schmidt sagte, hat die SPD bei der Raketenfrage anscheinend den Weg der Vernunft verlassen und läßt sich statt dessen von einem gefährlichen ideologisch-missionarischen Geist leiten. Aber wie viele Deutsche teilen diesen Geist?

THE SUNDAY TIMES

Der SPD-Antiraketenbeschluß markiert das Ende des verteidigungspolitischen Konsensus, der in der Nachkriegszeit von den beiden westdeutschen Hauptparteien aufrechterhalten worden ist ... Die Konferenz hat bestätigt, daß die Sozialdemokraten als Opposition nach 13jähriger Regierungszeit nach links gedriftet sind. Die SPD-Führung hat in Köln zwar ein Bekenntnis zur NATO abgegeben, aber es gibt Befürchtungen, daß die Basis der Partei nun auf neutralistische Positionen drängen wird. Westdeutschland ist Europas größte Industriemacht und es steht an der NATO-Frontlinie. Jede Bewegung in Richtung Neutralismus wäre für den Rest der NATO eine große Sorge. **(London)**

NEUE RUHR ZEITUNG

Auch wenn Abrüstung nicht auf den St.-Nimmerleins-Tag fällt, bleiben diese Waffen politische Mittel. Denn sie sind ja nicht nur wechselseitige Druckmittel zwischen den Supermächten – auch für Krisenherde in Nahost wie am Golf – sie werden dann auch Verhandlungsobjekte zwischen Bündnispartnern, denn Raketen sind auf die Dauer billiger als Truppen, und auch diese Rechnung steht an. All das gehört zum Hintergrund der Debatten, die Parteitage und Bundestag nun beherrschen. Die SPD ist den schwersten Weg gegangen: vom Ja, das ihr Kanzler Schmidt vor vier Jahren der Androhung seines Rücktritts durchsetzte – bis zum Nein heute in Köln. Es wird kein Nein zum Bündnis und zur Verteidigung, aber es wird ein Einschnitt für die Bundesrepublik sein.

Sir Zamora und der alte Trick: Wir könnten ja umschwenken ...

Der Westen soll Moçambiques marxistische Katastrophe sanieren / Von Monika Germani

Moçambique ist, offen gesagt, bankrott. Seit einigen Tagen hat die Luftlinie LAM den internen Flugverkehr ihrer drei 737-Jets eingestellt. Es wurde offiziell keine Begründung angegeben, aber in Kreisen von Erdölfirmen in der Hauptstadt Maputo vermutet man, daß die Devisen des Landes erschöpft sind. Grund: sozialistische Mißwirtschaft und die seit drei Jahren herrschende Dürre.

Vor 1974 allerdings hatte Moçambique noch Getreide exportiert. Wer damals durch das Land fuhr – ob in Städten oder im tiefsten Busch – sah keine verhungerten Menschen. Erst mit der Flucht der Weißen nach der Machtübernahme durch die marxistische Frelimo, der Enteignung der Betriebe und der Einführung des Sozialismus begann der Abstieg Moçambiques ins Armenhaus. Die Bevölkerung begann zu hungern. Gegner des Systems wurden in Konzentrationslager auf dem Land gesteckt, wo sie verhungerten oder auch totgeschlagen wurden. Geschäftsleute aus Südafrika berichteten der WELT: „Das Schlimmste ist die persönliche Unsicherheit. Man weiß nie, ob man nicht in der nächsten halben Stunde verhaftet wird."

Seit 1977 besteht ein Freundschaftsvertrag zwischen Rußland und Moçambique über gegenseitige technische, kulturelle und militärische Hilfe. Inzwischen gibt es nach Auskünften westlicher Geheimdienste 450 bis 500 russische militärische Berater, die die wichtigsten Industriezweige am Leben erhalten. Für die Sicherheit und Polizei sind die (geschätzt) 500 bis 900 „DDR"-Berater verantwortlich. Einschließlich Miliz, Polizei und Armee soll Moçambique 200 000 Mann bewaffnet haben, deren Kampfwert allerdings sehr umstritten ist.

Die Armee hat eine Stärke von 40 000 bis 45 000 Mann, die im Kampf gegen die Widerstandsbewegung Renamo eingesetzt wird. Diese ist inzwischen in neun der zehn Provinzen des Landes aktiv. Allein im September wurden die drei wichtigsten Eisenbahnstrecken vom Hafen Nacala im Norden nach Malawi und die beiden Linien von Zimbabwe zu den Hafenstädten Beira und Maputo an mehreren Stellen gesprengt. Der Eisenbahnverkehr ist lahmgelegt. In der ehemals landwirtschaftlich reichsten Provinz Gaza zog der Bataillonskommandeur unter dem Vorwurf, tausend Mann der Renamo wollten die Garnison stürmen, seine Truppen ab. Tatsächlich gab es keine Lebensmittel mehr für die Truppe.

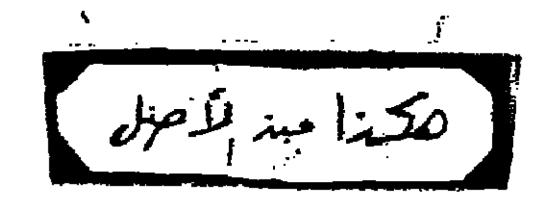
Dutzende von Menschen sterben täglich in den Dörfern der Provinz Inhambane, nachdem in vielen Fällen bereits das Saatgut für die nächste Saison verbraucht wurde und das Vieh verhungert ist. Menschen ernähren sich von wilden Früchten und Wurzeln. Viele versuchen, in das gleichfalls unter der Trockenheit leidende Zimbabwe zu gelangen in der Hoffnung, dort überleben zu können.

Um die Bevölkerung in der Hauptstadt Maputo zu senken, die seit 1975 ihre Bevölkerung auf 800 000 verdoppelt hat, hat die Regierung zu drastischen Maßnahmen gegriffen. Unter dem Motto „Nur wer Arbeit hat, darf in den Städten bleiben" wurden unzählige zwangsdeportiert; insgesamt mindestens 50 000 Menschen von Juni bis August. Auf Lastwagen verfrachtet und dann mit der Eisenbahn oder dem Flugzeug nach dem Norden des Landes gebracht, wurden sie mitten im Busch in Lagern ausgesetzt, ohne Unterkünfte, ohne Werkzeug für den Ackerbau.

Auf seiner Europa-Reise und bei der Wiedereröffnung der US-Botschaft in Maputo vor wenigen Wochen ließ Präsident Zamora Machel durchblicken, daß bei entsprechender Wirtschaftshilfe eine bessere Verständigung mit dem Westen möglich sei. Besonders Großbritannien scheint nach Äußerungen aus dem Foreign Office zu hoffen, den Marxisten Machel ins westliche Lager ziehen zu können. Er erhielt Zusagen für Kredite in Höhe von 81 Millionen DM, das Versprechen, die moçambiquanische Eisenbahn mit 31 Millionen DM zu sanieren, und 11 500 Tonnen Getreide.

Frankreich versprach militärische Hilfe. Die ehemalige Kolonialmacht Portugal, mit eigenen Wirtschaftsproblemen beschäftigt, verlieh Machel den Orden „Heinrich des Seefahrers". Erst 1982 hat die Bundesrepublik einen Vertrag über künftige Entwicklungshilfe mit Moçambique unterzeichnet. Eine Delegation aus dem Entwicklungshilfeministerium reist nach Maputo, um über Wirtschaftshilfe und Entwicklungsprojekte zu verhandeln.

Außerdem hat die Queen ihn zum Ritter geschlagen. Kann Sir Zamora noch reinen Herzens die Weltrevolution betreiben? Wenn nicht, dann wäre er der erste Moskau-orientierte Kommunist, der für einen Titel und ein paar Millionen Wirtschaftshilfe seine Sache aufgibt. Man hätte ihn freilich testen können mit der Forderung: Erst Demokratie – und Einführung freier Wirtschaft –, dann Geld. Aber so anspruchsvoll waren die westlichen Spender noch nie, und keine Erfahrung hat sie bisher vom Pfad der Hoffnung abgeschreckt.



Bundesparteitage der ehemaligen Koalitionspartner SPD und FDP: Beide Parteien haben sich gewandelt

Kalt ließ die Partei Schmidt ins Nichts fallen

Von W. HERTZ-EICHENRODE

Er selbst, Helmut Schmidt, schlug den Bogen zurück bis 1958, überspannte zweieinhalb Jahrzehnte, die ihn 1983, am Ende seiner glanzvollen Karriere als Politiker und Staatsmann, als tragische Gestalt erscheinen lassen. Unauslöschlich der Eindruck seines wie zur *Totenmaske erstarrten Gesichts* am Schluß *dieses SPD-Parteitages in* Köln. Unvergeßlich auch das zerfurchte, verquälte, aber noch einen verborgenen Schimmer klammheimlichen Triumphes phosphoreszierende Greisenantlitz des Mannes, der in diesem Augenblick beiderseitiger Wortlosigkeit endgültig über Schmidt obsiegte: Willy Brandt.



Ein Bild, das täuscht: Nicht mehr Willy Brandt steht im Schatten von Helmut Schmidt. Der Parteichef hat den Kampf gegen den Ex-Kanzler gewonnen; die Brücken zwischen beiden sind abgebrochen. FOTO: POLY-PRESS

Schmidt forderte den Vergleich seiner wenig applaudierten, wegen der Selbsttreue und bestechenden Argumentation jedoch beeindruckenden, ja tief bewegenden Rede mit jener vom 22. März 1958 heraus, die den Ruhm des Polemikers „Schmidt-Schnauze" begründet hatte, und die ihn – heute gelesen – als den Lafontaine von damals ausweist.

So sahen es auch ränkesüchtige Genossen. Es war die abgeschmackteste Infamie dieses sonderlichen Sonderparteitages, daß unter dem hektographierten Deckblatt des offiziellen Pressedienstes der Wortlaut jener weit zurückliegenden Bundestagsrede verbreitet wurde, angekündigt unter dem Datum des 18. 11. 1983 als „Rede von Helmut Schmidt zur Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Europa auf dem Parteitag der SPD in Köln", ergänzt mit dem ironischen Klammersatz: („Es gilt das damals gesprochene Wort.")

Laut Bundestagsprotokoll der Sitzung vom 22. März 1958, die sich mit der Einführung atomarer Waffen befaßte, haben zum Beispiel diese demagogischen Sätze des schneidigen Abgeordneten Schmidt zu gelten: „Und wenn Sie (gemeint war die CDU/CSU-Fraktion) von der NATO reden, meinen Sie Atombomben für die Bundeswehr. Und wenn Sie von Atomwaffen für Ihre Bundeswehr sprechen, meinen Sie die militärische Macht, nichts als die Macht und die Macht um ihrer selbst willen."

Die „Schmidt-Schnauze" holte den Ex-Kanzler ein

Dem „Regierungschef außer Diensten" – Schmidt über Schmidt – ging es jetzt in Köln keineswegs um einen Rückfall in gründlich revidierte Ansichten, sondern um sachliche Kontinuität, wie er sie versteht. Er sagte: „Mit Leidenschaft habe ich mich vor 25 Jahren der damaligen Vorrüstung widersetzt, nämlich einer der DDR vorweggehenden Aufrüstung der Bundeswehr mit nuklearen Waffen. Heute handelt es sich um den umgekehrten Vorgang einer Entscheidung über Nachrüstung."

Doch der „Schmidt-Schnauze" von 1958 holte den Ex-Kanzler Schmidt in tragikomischer und darum um so grausamerer Weise ein. Seinerzeit hatte der Vierzigjährige „zur Massenpsychologie der CDU/CSU-Fraktion" höhnend Gustave Le Bon aus dem Jahre 1895 wie folgt zitiert: „Das Auftreten besonderer Charaktereigentümlichkeiten der Masse wird durch verschiedene Ursachen bestimmt. Die erste dieser Ursachen besteht darin, daß der einzelne in der Masse schon durch die Tatsache der Menge ein Gefühl unüberwindlicher Macht erlangt, ein Gefühl, welches ihm gestattet, Trieben zu frönen, die er für sich allein notwendig gezügelt hätte." Hier nun, in Köln, stand der Fünfundsechzigjährige vor den Delegierten eigenen Partei, deren Gemütsverfassung nicht treffender beschrieben werden konnte als mit diesem Zitat des französischen Psychologen.

Schmidt stieß auf eine Wand der Ignoranz, deren Kälte noch mehr frösteln machte als die astrale Imitation eines Glühlampen-Sternenhimmels über der drangvollen Enge in der abstoßend häßlichen Messehalle. Schmidt erreichte sein Publikum nicht. Während Brandt unter dem Eindruck der Brillanz dieser Rede zusehends versteinerte, indessen Herbert Wehner, vom Alter gegerbt und von Krankheit gekerbt, schein[illegible] wie ein Denkmal thronte, mißverstand ein Großteil der Delegierten das sie überfordernde geistige Niveau, die geschliffene Rhetorik als arrogante Selbstgerechtigkeit des Helmut Schmidt. Zwar sprach Schmidt beredt von der Hoffnung, doch seine Situation war hoffnungslos.

Er muß es geahnt haben; denn erst nach einem Appell an die „Leidenschaft der Vernunft" verkündete er sein Credo: „Ich halte am Doppelbeschluß vom Dezember 1979 auch heute fest, weil ich darin unverändert ein wirkungsvolles Instrument zur Herstellung des Gleichgewichts durch Begrenzung und zum schrittweisen Abbau von eurostrategischen Nuklearwaffen sehe." Dies war die Botschaft des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt, und diese Botschaft ließ der Delegierten-Kongreß seiner Partei regungslos und stumm ins eisige Nichts fallen.

Es entsprach der massenpsychologischen Situation dieses Parteitages, daß Schmidts rationale Beweisführung zu der für alle Deutschen existenziellen Rolle der Amerikaner in Deutschland und Europa an einer emotionalen Sperre abprallte. Als Schmidt sagte, wenn die östliche Supermacht solidarisches Verhalten ihrer Verbündeten erzwingen könne, so müsse der Westen „die nötige Solidarität mit der westlichen Führungsmacht freiwillig aufbringen", rührte sich keine Hand. Da brach es aus ihm heraus: „An dieser Stelle fehlt der Beifall, Genossen!"

Ebenso entsprach es der massenpsychologischen Situation dieses Parteitages, daß jeder rational vorgetragene Satz über Koordination mit der Sowjetunion auf Wogen der Emotionen segelte, sogar mehrfach mit schwellendem Beifall belohnt.

Im Saal brodelte hämisches Gelächter

Die Gereiztheit zwischen Redner und Publikum explodierte im Eklat, als Schmidt von Ängsten des befreundeten Auslands vor einem Neutralismus der Deutschen sprach und einen Italiener zitierte: „Eure unruhige Beweglichkeit macht Italien Angst – wir Italiener sind tatsächlich viel stetiger." Hämisches Gelächter brodelte im Saal. Schmidt richtete sich noch auf und donnerte: „Ich bitte sehr herzlich um Respekt vor den Italienern, die ein fabelhaftes Volk sind." Da war er ganz Helmut Schmidt.

In den nächsten Stunden mußte Schmidt erleben, wie sein Bekenntnis und sein Vermächtnis ausgelöscht wurden von gestanzten Plakatformeln aufgewühlter Emotionen.

Ausgelöscht durch Hans-Jochen Vogels bejubelte Frage, ob der Beginn der Stationierung nicht doch den Prozeß der wechselseitigen Beschleunigung des Rüstungswettlaufs wieder in Gang setze?

Ausgelöscht durch Brandts stereotype Aussage, daß es Washington für wichtiger gehalten habe, „Pershing 2 nach Deutschland zu bringen, als SS 20 runterzuverhandeln".

Ausgelöscht durch Erhard Epplers unverhohlene Drohung: „Wir werden klarmachen: Es gibt hier keine Ruhe, solange diese Raketen da sind."

Ausgelöscht von Oskar Lafontaines demagogischem Aufschrei, wer je den Krieg vorbereitet habe, der habe ihn auch geführt.

Hier schloß sich abermals der Kreis 1958–1983. Vor 25 Jahren hatte der Abgeordnete Helmut Schmidt den Unionsabgeordneten entgegengehalten, ihre Fraktion lasse sich „von der satanischen Weisheit des klassischen Imperialismus leiten, von dem Satze, der da heißt: Si vis pacem, para bellum (wenn du den Frieden willst, rüste zum Kriege)". Diesen lateinischen Satz ließ Lafontaine auf das Haupt Schmidts niedersausen wie ein Richtschwert. Den „Schmidt-Schnauze" gibt es schon lange nicht mehr, aber jetzt gibt es den „Lafontaine-Schnauze".

Helmut Schmidt, eine tragische Gestalt. Wie ist das gekommen? Szenen des Kölner Parteitages sagen mehr aus, als es Worte können – Szenen zwischen den beiden bisherigen Bundeskanzlern der deutschen Sozialdemokratie.

Als Schmidt nach seiner Rede im dosierten Respekt-Beifall zu seinem Platz geht, klatscht Brandt mit distanziert langsamen Armbewegungen gerade so lange, daß er dem Mann, der sich neben ihm hinsetzt, nicht die Hand zu geben braucht. Als Brandt nach seiner Rede, von stürmischem Beifall begleitet, Platz nimmt, rührt Schmidt keine Augenbraue. Da der Beifall sich zur Ovation steigert, steht Brandt noch einmal auf, schreitet zu den beiden Schmidt-Getreuen Apel und Wischnewski, schüttelt ihnen versöhnlich die Hand. Er kehrt zu seinem Platz neben Schmidt zurück, würdigt den Nachbarn keines Blickes.

In seinem Schlußwort kann der Parteivorsitzende seinen Stellvertreter nicht mehr ignorieren. Brandt sagt: „Die Partei weiß, Helmut, nicht nur, was du geleistet hast, sondern daß du es dir weiterhin nicht leicht machst. Die Partei weiß, was sie dir schuldet, und sie weiß zu würdigen, daß du ihr gegenüber wie dir gegenüber das Gebot der Solidarität neu bekräftigt hast." Andere Worte findet Brandt nicht für den Abgang des Staatsmannes. In Schmidt erstirbt jede Regung. Sein Antlitz ist wie gemeißelt. Später, im letztmöglichen Augenblick, kommt es doch noch zu einem steifen Händedruck, der nichts mehr rettet. Helmut Schmidt am Ende. Die Schmidt-SPD am Ende, die Brandt-SPD im friedensbewegten Aufbruch – wohin?

Die Tränenströme bei den Liberalen sind versiegt

Von HERBERT KREMP

Etwas unnahbar und streng ist er immer, der Otto Graf Lambsdorff, und ein scharfer „Ausputzer" bei den Debatten über alle Themen, wenn er die Ordnung der Begriffe gefährdet sieht. Aber die Solidarität, die ihm nach seiner ganz auf die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik abgestellten Rede am Wochenende aus den Reihen der Parteitags-Delegierten in Karlsruhe entgegenschlug, trieb ihm doch die Rührung ins Gesicht.

Die Ovation, fast fünf Minuten lang, galt dabei weniger dem Meister aller Ökonomie-Klassen als dem Vorverurteilten und mithin Diffamierten in der Flick-Angelegenheit. Die Liberalen in Karlsruhe nahmen ihn instinktiv in Schutz, weil sie das wahrscheinlich richtige Gefühl hatten, daß eine sittenlos verfahrende Publizistik, die sich aus dunklen Quellen nährt, eine Symbolfigur der politischen Wende in Deutschland niederzumachen versucht.

Der Schutz kam dem Politiker zugute, der sich noch vor einem Jahr, auf dem Berliner Parteitag der FDP im Anschluß an den Regierungswechsel, als bestgehaßte Figur vorkommen mußte. Aber die Zeiten haben sich geändert und mit ihnen zahlreiche Delegierte, immer noch dieselben, die in Berlin den Tod der sozialliberalen Koalition beklagt hatten und damals, in der Stunde äußerster Erregung, am liebsten die eigene Partei geopfert hätten, wäre es nur möglich gewesen, das Lazarus-Wunder der Wiederbelebung des 13 Jahre lang Geliebt-Gewohnten zu vollbringen. Davon war in Karlsruhe nichts mehr zu spüren. Denken und Fühlen haben sich beruhigt, die Tränenströme sind versiegt, die Kleider besser gebügelt. Die FDP trägt wieder Krawatte, das Buntfräckige der emanzipierten Ära ist verschwunden.

Urteil über den früheren Partner SPD ist gesprochen

Die Liberalen stehen im Ernst des Lebens, und dieser besteht, wie die Minister Genscher, Lambsdorff und Engelhard immer wieder ausführten, in einer schweren Regierungsverantwortung. Das Urteil über den früheren Partner, die SPD, ist abgeschlossen; selbst diejenigen, die ihres Reformdranges und der neuen Gesellschaft wegen dieser Koalitionspartei einst den Vorzug gaben, schreiten ernüchtert und erstaunlich angepaßt einher. Die Herren Baum und Hirsch, die Damen Hamm-Brücher und Funcke, sie gehören wieder zur FDP, wie diese heute ist: verbündet mit der CDU und, wohl oder übel – je nach Gusto – mit der bayerischen CSU. In der zum Teil hitzigen Aussprache über die Nachrüstung, in dem Gefecht um die Anträge zum Demonstrations-Strafrecht, zur Ausländerpolitik, zum Datenschutz und zur Umwelt traten die alten liberalen Konturen der Flach- und Scheel-Jahre stellenweise noch einmal hervor. Aber sie ergaben nicht den Zusammenhang einer scharfen Abgrenzung gegenüber der Union.

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann wurde in einigen Reden als Kontra-Figur anvisiert, doch hatte Hans-Dietrich Genscher bei der Vorbereitung des Parteitags dafür gesorgt, daß Franz Josef Strauß so gut wie öffentlich unerwähnt blieb. Der Vorsitzende wünschte keinen Strauß-Parteitag, der sicher vom Temperament gekennzeichnet gewesen wäre, hätte man ihn zugelassen. Es ist nachgerade erstaunlich, mit welcher Disziplin die Delegierten, auch die adrett und frisch wirkenden Jung-Liberalen, dem Appell des Wende-Meisters folgten.

Das ändert freilich nichts daran, daß intern, in den Zirkeln, auf den Gängen und an den Biertischen zweier langer Abende Strauß und die ihm nachgesagten Bonner Ambitionen das Thema Nummer eins abgaben. Nicht nur mit Blick auf Lambsdorff, der einen Teil der großen Sympathie, die ihm entgegenschlägt, diesem Thema verdankt. Die Sorge steckt viel tiefer.

Die Kundigen unter den Liberalen haben das beklemmende Gefühl, daß die scharfen Geräusche, die immer wieder aus dem Differential der Bonner Drei-Parteien-Koalition dringen, auf einen Konstruktionsfehler deuten lassen, der möglicherweise die Regierungsmaschine unter Touren halten wird. Genscher lobt Kohl, warnt mit Blick nach Süden vor „vorwitzigem Ämterstreben" und schweigt ansonsten. Aber er läßt [illegible] durchblicken, daß er einer Kabinettsumbildung, die Strauß nach Bonn brächte, nicht zustimmen würde. Da sind hohe Hürden entstanden, Hürden des Nicht-Verstehens, wie immer man die Gründe im einzelnen beurteilt.



Hans-Dietrich Genscher weist seiner Partei den Weg: Leichte Neigung in eine rechts-liberale Richtung FOTO: AP

Regierungs-Frohsinn gibt es also nicht, was den Parteitag in Karlsruhe etwas trocken und lustlos erscheinen ließ. Die Liberalen wirken wieder geschlossen und einig in dem Bewußtsein, daß die Wende kommen mußte – die Frage des „Stils", in die man sich im vergangenen Jahr in Berlin noch verbiß, wird nicht mehr diskutiert. Genscher ist damit zufrieden, vermag aber selbst in der aufgeräumten Atmosphäre der Hotel-Etablissements, in die sich trinkfreudige Parteitage nach getaner Arbeit zurückzuziehen pflegen, keine laute Genugtuung darüber zu äußern, daß „*König Schmidt*", als dessen Mörder man ihn bezichtigt hatte, auf der parallelen SPD-Veranstaltung in Köln nur noch ein Schlußwort sprechen durfte. Für Gefühle der Schadenfreude, so der einstige Weggenosse Genscher, sei die Zeit zu ernst und die Spaltung der deutschen Parteien in unüberbrückbare Lager zu tief geworden. Bei solchen Worten breitete sich Aschgrau über die gedeckten Tische.

Konzept für den Erfolg noch nicht gefunden

Die Liberalen sind mit dem Regierungswechsel nicht jünger geworden. Dafür sprechen bemühte Metaphern, die zwar nicht ganz heimisch klingen, aber Stimmung wiedergeben. So beendet der baden-württembergische Landesvorsitzende Morlok, der vor den Wahlen im Südwesten eigentlich keine Angst zu haben braucht, sein Referat mit dem Satz: „Der Drache muß gegen den Wind fliegen, wenn er aufsteigen will." Und eine Delegierte wählt das Bild: „Blicke zur Sonne, dann läßt du den Schatten hinter dir." Das nimmt sich entschieden aus, bezeichnet aber die Entschlossenheit desjenigen, der noch nicht weiß, in welche Richtung er eigentlich schreiten soll. Die FDP, durchaus gewendet, hat die Konzeption noch nicht gefunden, mit der sie den Erfolg fürs Leben anstreben soll: Die alten Liberal-Sozialen kehrten in Karlsruhe die Rechts- und Innenpolitik heraus, Lambsdorff mit großem Schwung die [illegible]rale Wirtschaftspolitik, Technologie, Forschung und Wissenschaft. Der eine wirkt wie ein Samurai, die anderen wirken wie Skandinavier – das paßt noch nicht zusammen.

Konzeptionellen Zug verriet am ehesten noch Genschers Rede, die zwar alles erwähnen und wie ein Bogen überspannen mußte, auch unformierte Gruppen und unbefreundete Freunde, in der Definition von Politik aber doch Richtung aufwies. Ob Marktwirtschaft, die Rolle des Selbständigen, Technologie-Verständnis, Bildungspolitik Elite („kein Schreckenswort") oder Bindung an den Westen – im Unterschied zur neutralistischen Ausmünzung der deutschen Frage –, überall weisen Genschers Lösungen und Deutungen mit leichter Neigung in eine rechts-liberale Richtung. Der Begriff stößt in der FDP auf Widerspruch, selbst Graf Lambsdorff mußte seine politische Meinung vom Bild einer „Wirtschaftspartei" abgrenzen. Man wagt sich noch nicht vor, nicht weit hinaus. Denn draußen herrscht Schollentreiben, und die Nebel ziehen.

Grüne gegen Koalitionen mit Sozialdemokraten

„Minderheitsregierungen wie in Hessen tolerieren"

R. v. WOIKOWSKY, Duisburg

Mit der in einem Leitantrag aufgestellten Forderung „Raus aus der NATO" hat sich der Bundesparteitag der Grünen am Wochenende in Duisburg von der SPD abgegrenzt und ein neues Ziel grüner Friedenspolitik gesetzt. In Anspielung auf die Beschlüsse des in Köln parallel laufenden SPD-Parteitages erklärte Vorstandsmitglied Klaus Timpe unter dem Beifall der etwa 900 Delegierten: „Wer die Integration der Bundesrepublik in die NATO befürwortet, muß deshalb auch die Pershing 2 in Kauf nehmen."

Gleichzeitig entwickelten die Grünen in dem Leitantrag ein neues Konzept für eine radikalere Friedenspolitik. Neben den formulierten Forderungen nach einem atomwaffenfreien Europa nach Auflösung von NATO und Warschauer Pakt und nach einer offensiven Propagierung und Organisierung der Kriegsdienstverweigerung kündigten die Grünen eine größere Eigenständigkeit innerhalb der Friedensbewegung an.

Mit dem Kernsatz „Die Friedensbewegung darf sich nicht von einer Straßenverkehrsordnung aufhalten lassen" nahm der Parteitag in dem Leitantrag auch klar zur aktuellen Gewaltdiskussion Stellung. Die Friedensbewegung dürfe vor allem nach einer Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen sich nicht „auf die vom Staat vorgegebenen Formen des Widerstandes beschränken". Timpe: „Wir wollen eine massenhafte Beteiligung am Widerstand. Diesem Ziel darf aber nicht die Qualität des Widerstandes geopfert werden, die auch Gesetzesübertretungen einschließt." Und weiter: „Wenn ein angeblich zu begrenzender Atomkrieg wahrscheinlicher wird, muß sich die Friedensbewegung das Recht auf Widerstand als aktiven Verfassungsschutz nehmen."

Warnung vor Kooperation mit den Kommunisten

Neben diesem Konzept zur künftigen grünen Friedenspolitik, das im Zusammenhang mit der Nachrüstungsdebatte wohl als ein Stück Öffentlichkeitsarbeit angesehen werden muß, bestimmten vor allem zwei Themen die drei Tage des Duisburger Parteitages: Einmal das Verhältnis der Grünen zu den anderen Parteien, insbesondere zu SPD und DKP, und zum anderen das Verhältnis von grünen Parlamentariern und ihrer Basis. Erstmals wurden in Duisburg auf einem Parteitag auch im Plenum zahlreiche Stimmen laut, die vor einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten innerhalb der Friedensbewegung warnten. Da wurde kritisiert, daß man „aus Faulheit" die Organisationsstrukturen der DKP in Anspruch nehme, und da wurde die Diskriminierung der „DDR"-Friedensbewegung beurteilt.

Vorstandsmitglied Rudolf Bahro forderte gar: „Ein Ausscheiden der Grünen aus der von der DKP dominierten Bonner Koordination und eine Entscheidung gegen eine weitere Einbindung in deren Aktionskonferenzen." So weit mochte der Parteitag und vor allem Bundesgeschäftsführer Lukas Beckmann dann doch nicht gehen: Er formulierte im Leitantrag klar: „Friedenspolitik kann konstruktiv nicht mit Organisationen vorangetrieben werden, die mit mindestens einem Bein in Washington oder Moskau stehen", schwächte jedoch im gleichen Atemzug ab, daß die Grünen nicht grundsätzlich aus den bisherigen Koordinierungsstrukturen raus müßten.

Wesentlich schwerer tat sich der Parteitag in der Frage einer Abgrenzung oder einer Zusammenarbeit mit der SPD. Hier prallten die „Realpolitiker" und die „Fundamentalisten" zusammen. Der bisherige Vorstandssprecher Rainer Trampert versuchte nach dem Motto „Das eine tun und das andere nicht lassen" ein allgemeines Verhaltenskonzept zu entwickeln. Trampert schloß eine Koalition mit der SPD aus, bejahte aber – wie beispielsweise in Hessen – eine Minderheitenregierung der SPD unter Bedingungen zu tolerieren.

Streit um Teilnahme an der Bundestags-Abstimmung

Trampert: „Wir suchen politische Kompromisse in Teilbereichen, ohne uns auf die anderen 98 Prozent zu verpflichten, die wir nicht tragen können. Und wir bleiben offen für unsere Aufgaben in den Bewegungen." Diese Politik müsse so angewendet werden, daß die Sozialdemokratie dann tatsächlich zu einem Wandel in Teilbereichen gebracht werde. Trampert warnte aber gleichzeitig vor einer Fehleinschätzung der SPD. Die Grünen seien aus einem Reflex aus dreizehn Jahren SPD-Regierung hervorgegangen. Diese Partei müsse heute nach Taten und nicht nach Worten gemessen werden. So laute beispielsweise die SPD-Gleichung in der Stationierungsfrage: „Raketen nein – NATO-Rechtsstaat und staatliches Gewaltmonopol ja."

Noch deutlicher wurde der Streit zwischen den grünen Parlamentariern und den Fundamentalisten am Freitagabend, als der Parteitag über die Frage, ob die Grünen bei der heutigen Bundestagsdebatte mit- oder nicht mitstimmen sollten. Die Fraktionsmitglieder um Gerd Bastian und Petra Kelly verteidigten vehement die Teilnahme an der Abstimmung. Bastian: „Wir sind es unseren zwei Millionen Wählern schuldig, jede Möglichkeit zu nutzen, nein zu sagen." Die Gegner argumentierten, es gehe hier um eine Grundsatzfrage der Grünen überhaupt. Eine Teilnahme an der Abstimmung würde bedeuten, das Parlament als souverän anzuerkennen. Damit würde der außerparlamentarischen Arbeit der grünen Bewegung Substanz entzogen.

Es zeigte sich in Duisburg, daß zumindest die Delegiertenbasis den grünen Parlamentarismus grundsätzlich stützt, wenn die Fraktion auch stets mit Mißtrauen Profilierungsversuche der Bundestagsabgeordneten beobachtet. Die Grünen werden heute mit einem großen Votum des Parteitages im Bundestag mitstimmen. Die Mehrheiten für die Fundamentalisten von früheren Parteitagen blieben nicht nur in diesem einen Fall aus. Die Zukunft wird jedoch zeigen müssen, ob sich die Grünen unter dem Druck der augenblicklichen Raketen- und Friedensdiskussion in Duisburg nur diszipliniert haben oder ob mit Duisburg ein parlamentarischer Etablierungsprozeß eingeleitet worden ist.

Seite 2: Geld und Fenster

„Die SPD hat vor außerparlamentarischen Kräften der Friedensbewegung kapituliert"

Einmütiges Bekenntnis zur Nachrüstung auf dem Kleinen Parteitag der CSU / Dank an den amerikanischen Präsidenten

PETER SCHMALZ, Hof

Der Beifall war noch ein wenig dünn, als Franz Josef Strauß am Samstag die Freiheitshalle von Hof nahe der deutsch-deutschen Todesgrenze betrat; das aber lag einzig und allein am Zeitpunkt: Der CSU-Chef war zu früh erschienen und die meisten der 230 Delegierten des Parteiausschusses, auch „Kleiner Parteitag" genannt, plauderten noch in der Vorhalle. Dagegen demonstrierte der Applaus nach dem sicherheitspolitischen Grundsatzreferat des Vorsitzenden, daß die Partei gewillt ist, zumindest vor der Öffentlichkeit den Wunsch des „Herrn und Meisters" (CSU-Bundestagsabgeordneter Sauter über Strauß) uneingeschränkt zu erfüllen: „Wir brauchen Geschlossenheit in den eigenen Reihen."

Mag die Vergangenheit in der CSU manche Irritationen über die neue Ostpolitik des Vorsitzenden oder über die lebhaften Spekulationen über ein Bonner Ministeramt für Strauß gebracht haben, so fand sich die Partei in Hof ohne Diskussion und einstimmig zum Schulterschluß in der „Lebensfrage Nummer eins unseres Volkes" (Strauß), der Frage der Sicherheit und der Nachrüstung. Keine Gegenstimme und keine Enthaltungen wurden gezählt, als der „Kleine Parteitag" die zwölf Punkte der „Hofer Erklärung" beschloß, mit der die CSU ein Bekenntnis ablegte zu „einer Politik für Sicherheit, Frieden und Freiheit".

Das Fünf-Seiten-Papier und die 110-Minuten-Rede von Strauß dekken sich in Inhalt und Aussage. Die CSU stehe ohne Wenn und Aber zum westlichen Bündnis in der Atlantischen Allianz, während die SPD nach dem Verlust der Bonner Regierungsverantwortung „den bis dahin gemeinsamen sicherheitspolitischen Kurs aller demokratischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland verlassen und um des Traumes einer rot-grünen Mehrheit willen vor den außerparlamentarischen Kräften der sogenannten Friedensbewegung kapituliert hat". In seiner Rede rechnete Strauß noch weit härter mit der SPD ab, die er eine „zerrüttete, bankrotte und ins Abseits geführte Partei" nannte.

„Feiger Ausweg"

Strauß bezeichnete es als „einen feigen Ausweg", wenn die SPD zwar in ihrer Mehrheit sage, sie stehe zum Atlantischen Bündnis, lehne aber die Nachrüstung ab. Heißt es in der „Hofer Erklärung", die Mitgliedschaft in einem Bündnis bringe nicht nur Anspruch auf die Loyalität und Solidarität der Partner, sondern auch eigene Pflichten mit sich, so formulierte Strauß farbiger: „Man kann nicht Mitglied einer Feuerversicherung werden und sich weigern, die Prämien zu zahlen."

Der gegenwärtige Kurs der SPD sei eine „Verantwortungslosigkeit vor der Geschichte", zeige aber, daß sich diese Partei „von ihren Illusionen, Ideologien und marxistischen Eierschalen nie völlig freizumachen verstanden hat noch verstehen wird". Auf dem Kölner Parteitag sprenge die SPD das Denkmal Helmut Schmidt, und Willy Brandt kehre zurück „zu den marxistischen Anfängen seiner politischen Lebenszeit, allerdings gemildert durch gewisse luxus-sozialistische Eigenmächtigkeiten".

Die Vereinigten Staaten werden in der Erklärung als Führungsmacht der freien Welt bezeichnet, die in Genf ihre ernste und echte Bereitschaft zur Abrüstung unter Beweis gestellt habe. Die CSU dankt ausdrücklich dem amerikanischen Präsidenten, daß er mit dem Einsatz in Grenada ein „Signal qegeben und damit eine unmißverständliche Warnung ausgedrückt" habe. Strauß sprach sogar von „Fehlleistungen" und Heimtücke in Bonn, wozu er nicht schweigen könne, wenngleich er Grenada nicht zu einem innenpolitischen Thema machen wolle. Auf die offizielle Bonner Regierungserklärung anspielend, meinte der CSU-Chef ironisch: „Ich kann dem amerikanischen Präsidenten nur raten, künftig noch weniger zu fragen als bisher."

Überhaupt die Koalitionspolitik in Bonn! Strauß nannte zwar keine Namen, aber jeder in der Hofer Freiheitshalle wußte, daß er ausnahmsweise weder SPD noch Grüne meinte, als er mit drohendem Unterton warnte: „Politik kann weder durch schnoddrige Erklärungen noch durch abfällige Äußerungen über die CSU in Sache und Person noch durch Preisgabe grundsätzlicher Positionen überzeugend und durchschlagend vermittelt werden." Und wer dachte nicht an Helmut Kohl, als Strauß die eigene Partei lobte: „Wir wissen um die normative Kraft des Faktischen, wir glauben aber nicht an die faktenersetzende Kraft des Phraseologischen." Braucht's also doch den Fakten-Fanatiker Strauß am Bonner Koalitionstisch? Darüber verlor der CSU-Vorsitzende kein Wort. Auch die anderen CSU-Oberen schwiegen sich an diesem Samstag vor Journalisten über dieses Thema aus, selbst die angekündigte Pressekonferenz wurde abgesagt. Die CSU will diese Frage vorerst nicht mehr öffentlich diskutieren.

Strauß hält sich bedeckt

Hinter den verschlossenen Türen des Landesvorstands hatte sich Strauß vor dem Parteiausschuß darüber beklagt, daß sich immer wieder andere über ihn äußern, das könne er schon selbst. Die interne Aussprache, bei der keiner wagte, sich offen gegen ein Ministeramt für Strauß zu stellen, zeigte aber feine Unterschiede: Die Münchner CSU-Politiker halten den Einsatz von Strauß in Bonn für weit notwendiger als ihre in Bonn tätigen Parteifreunde. Strauß selbst hielt sich über seine Absichten bedeckt, klagte aber ausführlich über die Mühsal eines Bonner Ministeramtes. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, aber der Bonner CSU-Landesgruppenchef Theo Waigel verkündete nach der Sitzung, man sei sich einig gewesen, es sei „das natürliche und grundsätzliche Recht eines Parteivorsitzenden, der Bonner Regierung anzugehören".

Ein Vieraugen-Gespräch zwischen Kohl und Strauß soll nun innerhalb der nächsten zwei Wochen klären, ob der CSU-Vorsitzende Interesse daran hat, von diesem Recht Gebrauch zu machen.

Der Triumphator von Köln hieß Willy Brandt

Verheerende Niederlage für Schmidt und seine Sicherheitspolitik / Bahr: Ende des Streits

PETER PHILIPPS, Köln

Die äußeren Bedingungen des Kölner „Raketen-Parteitags" der SPD waren schlecht: Bundesgeschäftsführer Peter Glotz hatte einen viel zu kleinen Saal für den starken Andrang der Interessierten gemietet, und die unterkühlte Atmosphäre der Kölner Messehallen machen es darüber hinaus schwer, Herzen sich erwärmen zu lassen. Aber dies alles konnte die 400 versammelten Genossen nicht auf Dauer beeindrucken.

Befreit von Verantwortung und Last, Bonner Regierungspartei unter einem respektierten, aber nicht geliebten Kanzler Helmut Schmidt zu sein, entledigten sie sich der Last des von ihnen einst mitgetragenen NATO-Doppelbeschlusses. Emotionen waren mehrheitsfähig. Erleichtert, fast freudig „schritten" die Delegierten, wie es in dem von ihnen zum Abschluß gesungenen Lied der Arbeiterbewegung heißt, „Seit' an Seit'" – in einer Geschlossenheit, wie sie in der Geschichte der SPD bei einer derart wichtigen Entscheidung sehr selten ist.

Dies war der Parteitag Willy Brandts. Nach seinem Kanzler-Rücktritt vor neun Jahren hatten ihn viele übereilt abgeschrieben. Seine Konkurrenten in der Führungs-Troika – Helmut Schmidt und Herbert Wehner – erschienen als die Überdauernden. Doch seit dem vergangenen Wochenende, seit Köln, ist klar: Herbert Wehner, von Krankheit gezeichnet, kann in die Geschicke nicht mehr eingreifen. Und Schmidt wird mit seinem Abschied vom Amt des Brandt-Stellvertreters auf dem nächsten Parteitag im Mai 1984 nur noch die Niederlage nachvollziehen, die ihm die 400 Delegierten am Wochenende bereitet haben.

Brandt traf in Köln genau die seelische Wellenlänge seiner Genossen. Das, was in Gestalt neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen „am Mittwoch bei uns beginnt", sei „gegen die Interessen Deutschlands gerichtet". Er gab die Parole aus: „Nicht aufgeben, gegenhalten, weitermachen." Die SPD sei dabei, auch durch den Schwenk in der Sicherheitspolitik, „sich aus dem Rückschlag" der verlorenen Bundestagswahl vom März „herauszuarbeiten".

USA auf der Anklagebank

Egon Bahr, einer der engsten Berater des SPD-Chefs, formulierte: „Wenn die erste Pershing 2 stationiert wird, ist der Versuch des Doppelbeschlusses gescheitert." Damit sei auch dieser „Streitgegenstand", der die SPD immer stärker entzweit und um ihre Regierungsfähigkeit gebracht hatte, „überflüssig geworden". Nicht das „Nein der SPD" zur Nachrüstung sei es, „was unserem Volk schadet, sondern die Stationierung der Raketen ist es".

Angesichts der überwältigenden Zustimmung für das uneingeschränkte Nein zum Vollzug des Doppelbeschlusses fiel es einigen Exponenten der neuen Mehrheit leicht, generös mit den Unterlegenen umzugehen. Bahr brachte es auf die Formel: „Ihr Ziel haben beide nicht erreicht – die, die damals (auf den Parteitagen in Berlin 1979 und München 1982) ja (zum Doppelbeschluß) gesagt haben, und die, die damals nein gesagt haben." Und Erhard Eppler, einst belächelt, dann von Schmidt als Antipode in der Partei bekämpft, konnte jetzt im Hochgefühl sagen: „Der Streit um den Doppelbeschluß gehört von heute an für mich der Geschichte an."

In Eindruck machender Demagogie riß Eppler die Genossen mit. Auf der Anklagebank saßen dabei die Amerikaner, denn „die einzige interessante Frage in Genf, nämlich wie weit die Sowjetunion bereit ist, ihre Raketen zu verschrotten für den Fall, daß es keine (westliche) Stationierung gibt – diese Frage ist in Genf zu keiner Zeit gestellt worden". Die Sozialdemokraten seien nicht bereit, „uns nackten Weltmachtinteressen dienstbar zu machen, nur weil die sich ideologisch kostümieren". Die Sozialdemokraten stünden den USA „für den Kampf auf dem Berge Hermagedon nicht zur Verfügung", jenem Kampf „zwischen Gott und dem Teufel, zwischen Gut und Böse", der in der „Offenbarung" der Bibel prophezeit wird.

Signal zur Kursumkehr

Und Hans-Jochen Vogel, einst Schmidts „Kronprinz" und heute Oppositionsführer in Bonn? Als Vorsitzender der Antragskommission saß er am entscheidenden Schalthebel. Er gab, von den Delegierten mit langanhaltendem Beifall belohnt, in seiner Rede das Signal zur Kursumkehrung des „schweren Tankers SPD" (Glotz). Er nahm immer wieder zwar Bezug auf Helmut Schmidt, versuchte Tendenzen zur Ausgrenzung zu begegnen – aber er zog das Fazit: „Ich vermag der Stationierung nicht zuzustimmen. Ich empfehle vielmehr, die Stationierung abzulehnen."

Vogel begründete dies für sich, so wie Hans Apel sein Minderheiten-Nein vertrat. Denn für den von ihnen repräsentierten „Seeheimer Kreis" konservativer Sozialdemokraten konnten sie beide nicht sprechen: In ihrer Abwesenheit, quasi führungslos, hatten sich diese Genossen am Freitagabend während einer Sitzung hinter verschlossenen Türen auf keine gemeinsame Parteitagslinie einigen können.

Stoltenberg: SPD macht sich unglaubwürdig

DW./schw. Timmendorfer Strand

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg führt auch in den nächsten zwei Jahren die schleswig-holsteinische CDU. Der CDU-Landesparteitag in Timmendorfer Strand (Kreis Ostholstein) bestätigte am Samstag den ehemaligen Ministerpräsidenten des nördlichsten Bundeslandes mit 351 von 358 Stimmen. Stoltenberg hat dieses Amt bereits seit 1971 inne. Neu in das Gremium der vier Stellvertreter wurde der parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Peter Kurt Würzbach, gewählt. Er löst Ministerpräsident Uwe Barschel ab, der verzichtet hatte, weil er kraft Amtes dem Vorstand angehöre.

Stoltenberg griff auf dem Parteitag die SPD scharf an und bezeichnete die Sozialdemokraten als „Sicherheitsrisiko". Es seien weitgehend dieselben Leute, sagte er unter Einbeziehung von Friedensbewegung und Grünen, die 1967 Demonstrationen gegen die Notstandsgesetze organisiert, 1968 die Bildungskatastrophe beschworen und 1976 eine bundesweite Bewegung gegen die Kernenergie geschürt hätten, und die nun im Konflikt über die Sicherheitspolitik dieselben Parolen der „Angst und Hysterie" verbreiteten.

Stoltenberg sagte wörtlich: „Das Ja der SPD zur NATO und zur Bundeswehr verbunden mit einem Nein zum Doppelbeschluß ist unglaubwürdig, es ist für die bestimmenden linken Kräfte in der Sozialdemokratie nur eine vorübergehende Zwischenstation auf dem Wege zum Neutralismus, zur lebensgefährlichen außenpolitischen Trennung von den großen westlichen Demokratien. Die SPD ist zu einem Sicherheitsrisiko für unser Land geworden." Mit Parolen der Angst und der Hysterie, sagte Stoltenberg, hätten immer wieder jene „Bewegungen", die von Katastrophen sprechen, die Sorgen der Bevölkerung zu manipulieren und zu mißbrauchen versucht, und ein jedes Mal habe man bei der SPD denselben „peinlichen Vorgang des grundsatzlosen Anpassertums an lautstarke Zeitströmungen" erlebt. Es gelte Verantwortungsbewußtsein und „begründete Zuversicht" zu stärken, anstelle „schon bei den Kindern", wie es manche Mitarbeiter der Kirchen täten, „Panik, Hoffnungslosigkeit und Angst" zu verbreiten.

Der Parteitag bekräftigte die Zustimmung der Union zum NATO-Doppelbeschluß. Falls die von der ehemaligen Regierung Schmidt eingegangenen Verpflichtungen einer Nachrüstung erforderlich werden sollten, hieß es in einem von den Delegierten verabschiedeten Antrag des Landesvorstandes, müßten die Verhandlungen um eine „wechselseitige und überprüfbare Abrüstung" auf allen Ebenen fortgesetzt werden.

Stoltenberg lehnte die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich erneut deutlich ab, weil sie Hunderttausende von Arbeitsplätze bedrohe. Er wiederholte ferner seine Erwartung, daß das wirtschaftliche Wachstum höher ausfallen werde, als die CDU es noch vor der Bundestagswahl vorausgesagt habe.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Rogers warnt den Westen vor Aufschub der Nachrüstung

Moskaus Null-Lösung abgelehnt / Sowjetisches Ziel: Europa von den USA trennen

MANFRED NEUBER, Stuttgart

Der Oberbefehlshaber des atlantischen Bündnisses, US-General Rogers, hat an die Bevölkerung der NATO-Mitgliedstaaten appelliert, ihre Regierungen bei der „schwierigen Entscheidung" über die Raketen-Stationierung in Westeuropa zu unterstützen.

Die Friedenssicherung durch die Strategie der Abschreckung beruhe auf der Entschlossenheit der westlichen Allianz, sagte Rogers. Diese Entschlossenheit „muß im Bewußtsein der Bürger unserer Länder" verwurzelt sein, damit die politische Führung mit „Beharrlichkeit und Mut" handeln könne und sich nicht scheuen brauche, Opfer für die Freiheit zu fordern.

Nur wenn der Westen die Modernisierung seiner Mittelstrecken-Waffen vornehme, wie im NATO-Doppelbeschluß bei einem ergebnislosen Verlauf der Genfer Verhandlungen vorgesehen, und gleichzeitig die konventionellen Streitkräfte stärke, so erklärte der US-General in Stuttgart, werde „unsere sichtbare Entschlossenheit" die Sowjetunion zu ernsthaften Gesprächen über Rüstungsbegrenzungen veranlassen.

Nur Mittel zum Zweck

„Die Sowjets haben nicht wie wir das Ziel, sowohl Stabilität zu gewährleisten als auch eine möglichst weitreichende beiderseitige Abrüstung zu erreichen", sagte Rogers vor der unabhängigen Vereinigung „Atlantik-Brücke", der namhafte Vertreter aus Politik und Wirtschaft, von Verbänden und Medien in der Bundesrepublik angehören.

Moskau sehe in der Rüstungskontrolle nur ein Mittel zu dem Zwecke, den Westen zu selbst auferlegten Beschränkungen zu bewegen und die östliche Überlegenheit in der Rüstung festzuschreiben. Der NATO-Oberbefehlshaber wies darauf hin, daß es die Sowjets in Genf darauf abgesehen hätten, „die USA von ihren Verbündeten abzukoppeln ... und die Nachrüstung durch den Westen zu verhindern".

Eindringlich warnte Rogers vor westlicher Nachgiebigkeit ohne sowjetische Konzessionen: „So würden Westeuropa die sowjetischen Vorstellungen von Sicherheit in Europa aufgezwungen." Als gefährliches Wunschdenken bezeichnete er die Annahme, Moskau wäre zur Rüstungsbegrenzung bereit, ohne daß der Westen „politisch vereint, militärisch stark und entschlossen auftritt".

Ein Aufschub bei der Stationierung der „Pershing" und der „Cruise Missiles" bringe keinen Zeitgewinn für Verhandlungen, wie unsinnigerweise behauptet werde, sondern ermögliche den Sowjets, beides zu hintertreiben: die Aufstellung und einen Verhandlungserfolg. Denn Moskau werde dann zur erprobten Verzögerungstaktik wie seit fast einem Jahrzehnt bei den Wiener MBFR-Verhandlungen (über einen ausgewogenen Truppen-Abbau in Mitteleuropa) übergeben.

„Die Bereitschaft des Westens zu ernsthaften Verhandlungen besteht nach wie vor, obwohl die Sowjets während der Genfer Verhandlungen mehr SS-20-Gefechtsköpfe zusätzlich disloziert haben, als bei uns insgesamt aufgestellt werden sollen", betonte der amerikanische Vier-Sterne-General.

Bei der Beurteilung der beiden Supermächte gebe es in der öffentlichen Meinung im Westen eine doppelte Moral, bedauerte Rogers. So werde bei den US-Vorschlägen zum Kriterium erhoben, daß sie „von den Sowjets nicht akzeptiert werden". Mit merkwürdiger Logik werde daraus gefolgert, sie seien „unrealistisch" und müßten deshalb geändert werden. So gerieten die USA unter starken Druck, ihre Positionen aufzugeben – ohne daß Moskau ähnlichen Pressionen ausgesetzt sei.

Bedenklich wäre nicht, wenn mit der Aufstellung der Raketen begonnen werden müsse, sondern wenn der Westen sich nicht dazu aufraffen könnte, falls in Genf nichts erreicht werde, meinte der NATO-Oberkommandierende. In einem solchen Falle erlangten die Sowjets „praktisch ein Vetorecht", welche Waffen zur Abschreckung gegen „die bereits stationierten Atomwaffen" des Ostens aufgestellt werden sollten.

„Die Garantie für unsere Sicherheit und Freiheit ist unsere Fähigkeit, auf eine offene Aggression wie auf Einschüchterungs- und Erpressungsversuche zu reagieren", sagte Rogers. Für Westeuropa liege heute die Hauptgefahr weniger in einem militärischen Überfall aus dem Osten als vielmehr in dem Streben des Kreml nach Rüstungsüberlegenheit, mit der politischer Druck ausgeübt werden könne.

Besonders an die Jugend im Westen gerichtet, die sich keine militärische Aggression der Sowjetunion vorstellen könne, erklärte der General: „Eine Einschüchterung des Westens ist nach sowjetischer Anschauung ein Wesensmerkmal für die Aufrechterhaltung des sowjetischen Systems." Im kommunistischen Machtbereich werde die westliche Demokratie mit Bürgerrechten und Wohlstand als „ständige Bedrohung" aufgefaßt.

„Das höchste Ziel"

„Als Alternative zu einem Angriff" versuchten die Sowjets, die Westeuropäer von ihren Verteidigungsanstrengungen abzuhalten, ihnen Vorteile einer entgegenkommenden Politik zu Moskau einzureden und schließlich – „das höchste und alles umfassende Ziel" – Westeuropa und die USA auseinanderzubringen.

Der NATO-Oberbefehlshaber räumte ein, daß die Bündnispartner Nachrüstung in der westlichen Öffentlichkeit nicht überzeugend genug vertreten hätten. Nun fragten sich US-Soldaten in Europa, warum die „Friedensbewegungen" gegen die Beschützer demokratischer Freiheiten protestierten, die ohne ihren Schutz diese Rechte verlieren würden.

Für schädlich hielt Rogers die mangelnde Geduld im Westen bei Abrüstungsverhandlungen mit dem Osten. Wenn die Sowjets jetzt auf einmal in Genf bereit seien, die britischen und französischen Systeme auszuklammern, dann beweise dies, wie unberechtigt ihre Forderung bisher gewesen sei. Eine Null-Lösung nach Moskauer Rechenart – Abbau der SS 20 auf 120 Raketen bei westlichem Verzicht auf die Nachrüstung – komme nicht in Frage. Rogers erklärte: „Das bedeutete Null im Westen und 120 mal drei Sprengköpfe pro SS 20, zusammen mit der Nachlade-Kapazität also 720 Gefechtsköpfe im Osten."

Mutmaßungen über Hintergründe: Was Moskau aus dem Genfer „Seespaziergang" machte

Verwirrspiel oder eigene Verwirrung – das ist die Frage / Was steckt hinter dem sowjetischen Werben in Paris?

H. KREMP, Bonn/Karlsruhe

Der Applaus in der Karlsruher Schwarzwaldhalle für die Rede des FDP-Vorsitzenden ist noch nicht verklungen, da eilt Hans-Dietrich Genscher mit langen Beinen aus dem Saal. Es ist Freitag mittag. Während unter den 400 Delegierten des Parteitags die Diskussion über die Raketenstationierung anschwillt, greift der Minister im Nebenraum zum Telefon, um seinen Staatssekretär Meyer-Landrut und den Abrüstungsexperten Ruth zu fragen, was es mit dem Memorandum des Sowjet-Botschafters Semjonow auf sich habe, das ihm gerade auf den Parteitagstisch gelegt wurde.

Dann erreicht Genscher den Bundeskanzler, dessen Staatssekretär Schreckenberger am Donnerstagabend das Moskauer Sendschreiben in Bonn in Empfang genommen hatte. Die Herren kommen zu dem Schluß, Botschafter Hermes in Washington sofort zu Außenminister Shultz in Marsch zu setzen, um zu verhindern, was wie eine internationale Intrige anmutet.

Was war geschehen? Semjonow hatte dem Minister im Kanzleramt ein Schreiben in russischer Sprache überreicht, in dem behauptet wurde, der amerikanische Delegationschef in Genf, Nitze, habe seinem sowjetischen Kollegen Kwizinski am 13. November den Verzicht auf Nachrüstung mit 572 Mittelstreckenwaffen für den Fall in Aussicht gestellt, daß die Sowjets ihrerseits 572 gegen Europa gerichtete Sprengköpfe liquidierten und es künftig unterließen, die französischen und britischen Systeme in die Genfer Mittelstrecken-Rechnung einzubeziehen. Dafür könne die Sowjetunion 360 Sprengköpfe (= 120 SS 20) in Euro-Stellung belassen.

Alarm in Bonn

Die „Knotenlösung" Nitzes, so hieß es in dem Schreiben, werde geprüft. Die Aussichten seien jedoch düster, da die USA bei der letzten Genfer Runde am 14. November, einen Tag nach dem angeblichen Vorschlag ihres Chefunterhändlers, wieder auf 420 Nachrüstungsraketen beharrt hätten.

Das Schreiben löste in Bonn und Karlsruhe Alarm aus, weil es den Sachverhalt des Genfer „Seespaziergangs", zu dem Kwizinski den Kollegen Nitze eingeladen hatte, ins Gegenteil verkehrte: Nicht der Amerikaner hatte bei der Uferbegehung am 13. November den zitierten Vorschlag unterbreitet, sondern der Sowjetrusse hatte ihn angedeutet. Kwizinski hatte allerdings hinzugefügt: „Wenn Sie sich diesen Plan zu eigen machen, nehmen wir, die Sowjets, ihn sofort an."

Washington hatte die Nachricht sofort an Bonn weitergegeben, so daß Außenminister Genscher am Dienstag (15. November) seinen erstaunten Kollegen im Kabinett die „streng geheime" Mitteilung machen konnte, Moskau habe sich in letzter Minute offenbar doch noch besonnen und die Raketen der Franzosen und Engländer aus der Genfer Rechnung herausgenommen.

Die Hauptforderung der Sowjets, die USA dürften in Westeuropa um keine Waffe nachrüsten, während sie selbst 120 SS-20-Systeme behalten wollten, machte den Vorschlag zwar wertlos, doch sprach die Bundesregierung vom Donnerstag letzter Woche an offen von einer „Bewegung" in Genf, die sich allerdings gegen die Sozialdemokraten richte. Denn es war die Opposition, die mit Stentorstimme für die Verrechnung der sogenannten Drittstaatensysteme in Genf plädiert hatte und sich nun von der sowjetischen Diplomatie „ins Bein geschossen" fühlen mußte.

Jetzt aber, nach dem unverfrorenen Tauschen der Adressen und Quellen im Sendschreiben Moskaus, lag das Staunen wieder auf der Regierungsseite. Was hatte die Sowjets zu dieser faustdicken und ungemein kurzbeinigen Lüge veranlaßt? Hans-Dietrich Genscher wirkte den Freitag über in Karlsruhe etwas versonnen, bis ihn am Abend die neue Nachricht aus Moskau erreichte, Verteidigungsminister Ustinow habe die ganze Angelegenheit dementiert und in harten Worten erklärt, die Sowjetunion denke gar nicht daran, auf die Einsetzung der französischen und britischen Raketen in ihre Genfer Gleichung zu verzichten – es bleibe beim alten Standpunkt, Punktum. Genau das hatte Egon Bahr, der sowjetische Braten offenbar sehr früh riecht, bereits am frühen Freitagabend in einem Rundfunkinterview vorausgesagt. Woher hatte er die Information?

Das Dementi Ustinows machte hinsichtlich Genf zwar einiges deutlicher, warf aber gleichzeitig vier beunruhigende politische Fragen hinsichtlich der Sowjetunion selbst auf. Denn für den deutschen Außenminister, der von Washington auf das genaueste über den wirklichen Hergang des „Seespaziergangs" in Genf am 13. November unterrichtet worden war, gab es jetzt keinen Zweifel mehr, daß in einer kritischen Verhandlungsphase die militärische Autorität Moskaus in der Gestalt Ustinows der politischen Autorität in die Parade gefahren war, die den Unterhändler Kwizinski zur Korrektur der Genfer Raketenrechnung legitimiert hatte. Die Schlußfolgerung in der Umgebung Genschers lautete: Verwirrspiel. Politik der Desinformation vermische sich mit einem Machtkampf, dessen Dimension und Folgen noch niemand überblicke.

Koalition gegen Andropow?

Es gibt eine Reihe von Indizien dafür, daß die sowjetische Politik zur Zeit nicht koordiniert ist, was zum Teil auf den gesundheitlichen Schwächen Andropows beruhen kann. Im Fall des Kwizinski-Nitze-Gesprächs ereignete es sich jetzt zum wiederholten Male, daß die sowjetischen Militärs die Regierungspolitik korrigierten und selber erläuterten. Auch nach dem Abschuß der koreanischen Passagiermaschine am 1. September traten sowjetische Generale als Interpreten des Vorgangs auf, obwohl nach Meinung aller Ostexperten, wie Professor Leonhard gegenüber der WELT erklärte, es in kommunistischen Ländern nicht üblich sei, daß Militärs die Politik des Landes offen nachbessern und darstellen. In der Umgebung des Außenministers hält man eine Koalition zwischen Gromyko und Verteidigungsminister Ustinow gegen Andropow nicht für ausgeschlossen.

Noch schwieriger, aber lohnender ist es freilich, nach den Gründen zu fragen, welche die Auftraggeber Kwizinskis zu dem kurzen Vorstoß zur Ausklammerung der französischen und britischen Raketen aus der Genfer Rechnung veranlaßt hatten.

In diesem Zusammenhang wird in diplomatischen Kreisen auf die Antwort Präsident Mitterrands vor dem französischen Fernsehen in der vergangenen Woche hingewiesen. Mitterrand hatte gesagt, er könne sich vorstellen, im Rüstungsdialog als Vermittler zwischen den USA und der Sowjetunion aufzutreten – eine Rolle, die nach einer Äußerung des früheren Beraters Präsident Carters, Brzezinski, Helmut Schmidt vergebens in Washington angestrebt hatte.

Die Sowjetunion wirbt nach sicheren Informationen seit Wochen in Paris um Verständnis für die „schwierige Situation", die nach der Raketenstationierung in Westeuropa entstehen könnte. Offensichtlich habe Moskau, so heißt es in diplomatischen Kreisen weiter, erkannt, daß die Forderung nach Einbeziehung der Drittstaatensysteme ein „strategischer Fehler" gewesen sei. Die Sowjetunion müsse einen europäischen Anknüpfungspunkt suchen, um nach Genf weiterverhandeln zu können. Dafür komme möglicherweise Frankreich in Frage, weil die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Italien sich angesichts der sowjetischen Rüstungspolitik nun entschlossen hätten, neue amerikanische Raketen zu stationieren.

Als Indiz für die tastende Unsicherheit der sowjetischen Außenpolitik wird schließlich ein weiteres, fast kurioses Auftreten des sowjetischen Botschafters in Bonn, Semjonow, angeführt. Während des Bundespresseballs habe Semjonow in Begleitung eines Dolmetschers den Kanzleramts-Staatssekretär Schreckenberger aufgesucht und ihm ein Memorandum seiner Regierung vorgelesen. Der Inhalt lautete, daß die Sowjetunion den Genfer Verhandlungstisch verlassen werde, falls der Bundestag sich am 21. und 22. November für die Stationierung ausspreche.

Wenige Tage später begab sich der Botschafter dann jedoch zu den Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen und brachte bei dieser Gelegenheit die modifizierte Formel vor, daß seine Regierung vor einer „De-facto-Stationierung" (Feuerbereitschaft) der Raketen die Verhandlungen nicht abbrechen werde. Anschließend gab die sowjetische Botschaft diese Äußerung in schriftlicher Form an Nachrichtenagenturen. Verwirrspiel oder eigene Verwirrung – das ist die Frage.

Helmut Schmidt vor dem SPD-Parteitag: Es hat in Moskau nicht immer nur kühle Schachspieler gegeben

„Ich halte am Doppelbeschluß fest"

DW. Köln

In einer eindrucksvollen Rede hat der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt auf dem Kölner SPD-Parteitag begründet, weshalb er am NATO-Doppelbeschluß festhält. Die WELT veröffentlicht Auszüge aus der Rede Schmidts:

Eine große Mehrheit will heute einen Beschluß fassen, den viele Bezirksparteitage schon vorweggenommen haben – an der einen oder anderen Stelle sogar in einer mich prinzipiell sehr nachdenklich machenden Einstimmigkeit. Mir ist klar, daß der Beschluß, den der Parteivorstand mit Mehrheit vorgeschlagen hat, über sein Thema hinaus den zukünftigen Kurs der Geschichte unserer 120 Jahre alten Partei durchaus verändern könnte – allerdings nicht muß; es wird vielmehr sehr auf seine zukünftige Handhabung, Interpretation und Fortentwicklung ankommen...

Ich werde den mehrheitlich erstrebten Beschluß nicht mittragen.

Aber auch ich will von vornherein anerkennen, daß ein Sozialdemokrat aus Gewissensgründen zu einer Entscheidung kommen kann, jetzt nicht nachzurüsten. Ja, daß er sogar sagen kann, niemals nachzurüsten oder nie auf deutschem Boden.

Ich erwarte allerdings auch umgekehrt Respekt dafür, daß anderslautende Entscheidungen ebenfalls aus Gewissensgründen ergehen können. Ich will nicht verhehlen, daß einige pauschale öffentliche Verunglimpfungen mich geschmerzt haben...

Es ist wahr – und warum sollte ich das verschweigen –, daß ich in den letzten zwölf Monaten von Zweifeln heimgesucht worden bin. Ein Zweifel hat mich allerdings zu keiner Stunde geplagt: Dies ist der Parteitag meiner Partei, der ich nun bald vier Jahrzehnte angehöre, der ich mich zugehörig fühle, die mein politisches Schicksal gewesen ist und von der mich niemand wegdrängen wird, niemand von draußen und auch niemand in den eigenen Reihen. Die Sozialdemokratische Partei und die Wähler unserer Partei werden nicht erleben, daß ich mich von ihr zurückziehe und Groll zu meinem Lebensinhalt mache...

„Es geht um Frieden und Selbstbestimmung zugleich"

Es geht allein um den zielgerichteten Weg, der uns zu einem Abbau der nuklearen Waffenarsenale führt, ohne daß wir dadurch erpreßbar werden.

Mit einem Wort: Es geht um Frieden und Selbstbestimmung zugleich. Selbstbestimmung meint Freiheit.

Freiheit als Grundwert steht im gleichen Rang mit Gerechtigkeit und Solidarität. Viele Parteitagsdelegierte werden sich erinnern, wie ich oft das Fehlen des Friedensgebotes in unserem Grundwertekatalog bedauert habe...

Mit Leidenschaft habe ich mich vor 25 Jahren der damaligen Vorrüstung widersetzt, nämlich einer der DDR vorweggehenden Ausrüstung der Bundeswehr mit nuklearen Waffen. Heute handelt es sich um den umgekehrten Vorgang einer Entscheidung über Nachrüstung. Dies ist kein Konflikt innerhalb der Moral. Es darf auch kein Konflikt zwischen Vernunft und Emotion sein. Sondern es handelt sich um einen Konflikt innerhalb der politischen Vernunft, auf der Basis der gleichen moralisch-ethischen Grundwert-Entscheidung.

Ich halte in klarer Erkenntnis von Versäumnissen beider Großmächte am Doppelbeschluß vom Dezember 1979 auch heute fest.

Nicht, weil ich dessen angeblicher „Erfinder" oder „Vater" wäre, nicht nur, weil ich selbst auf die unauflösbare Verbindung der beiden Elemente hingewirkt habe, sondern weil ich darin unverändert ein wirkungsvolles Instrument zur Herstellung des Gleichgewichts durch Begrenzung und zum schrittweisen Abbau von eurostrategischen Nuklearwaffen sehe...

Warum aber hat denn dann die Sowjetunion auf dem Felde euro-strategischer Waffen, welchen Zieles wegen hat sie diese ungeheure Überrüstung betrieben, zu ungeheuren Kosten? Inzwischen sind es über 350 SS-20-Raketen mit je drei unabhängig voneinander zielbaren Atomsprengköpfen. Davon rund 240 SS-20-Raketen auf Europa, auf alle Mittelmeer-Staaten, auf den Nahen Osten gerichtet. Über 100 weitere decken nicht nur die Volksrepublik China und Japan, sondern beinahe alle Staaten Asiens ab. Es kann keine Rede davon sein, daß alle diese 50 Staaten ihrerseits die Sowjetunion nuklear-strategisch gefährden.

Die Sowjetunion hat ihr Argument, durch nukleare Waffen der Engländer, der Franzosen (und der Chinesen) gefährdet zu sein, nur sehr zögerlich und nur sehr spät, nämlich seit zwei Jahren, nachträglich ins Spiel gebracht. Es ist heute nur ein Argument, nicht aber war es das ursprüngliche Motiv der SS-20-Rüstung. Schließlich war man sich bei SALT I ja darüber einig gewesen, englische und französische U-Boot-Raketen ebenso wie amerikanische und sowjetische als sogenannte strategische Waffen, das heißt als gleichrangig zu betrachten. Weder China noch Frankreich und England waren an SALT I beteiligt; wohl aber haben die Amerikaner die ihnen unter SALT I zugestandenen Zahlen strategischer Waffen tatsächlich nicht ausgenutzt und dadurch de facto Raum gelassen für die Zahlen französischer und englischer Raketen.

Ich will einen mir wichtigen Vorschlag aufgreifen:

Es wäre dringend wünschenswert, daß alle fünf Atommächte sich zu einer Rüstungsbegrenzungskonferenz zusammenfinden.

Staatsmänner aller fünf Länder haben schließlich ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Rüstungsbegrenzung öffentlich erklärt. Die strategischen Nuklearwaffen der dritten, vierten und fünften Nuklearmacht gehören in die Gesamtbalance, dort müssen sie auch begrenzt und verringert werden. Ich trete ausdrücklich Pierre Trudeau bei...

Zu den SS 20 sind inzwischen SS 21 und SS 22 hinzugekommen. Falls die Sowjetunion, wie längst vorbereitet und neuerdings angedroht, SS 22 in der DDR und in der CSSR stationieren sollte, so wird sie auch mit diesen Raketen alle westdeutschen Städte und Brüssel, Kopenhagen, Paris und London abdecken können.

1978 haben Leonid Breschnew und ich in Brühl beide militärische Karten auf den Tisch gelegt – mit den Reichweiten der damals vorhandenen nuklearen Waffen. Beide Karten stimmten im wesentlichen überein. Breschnew vertrat den Standpunkt, es herrsche ungefähres Gleichgewicht. Ich habe dem widersprochen.

Danach haben wir uns in einer gemeinsamen Erklärung darauf geeinigt, es solle ein ungefähres Gleichgewicht angestrebt werden. Damals, im Mai 1978, hatte die Sowjetunion etwa 50 SS-20-Raketen in Europa stationiert. Inzwischen hat sich deren Zahl für Europa verfünffacht, für Europa und Asien zusammen versiebenfacht.

Wenn man sich auf Breschnews Standpunkt von 1978 stellt, damals habe ungefähres Gleichgewicht geherrscht, was war dann das Motiv für die seitherige Überrüstung?

Für mich war es eine bittere Enttäuschung, daß die Sowjetunion ihre in Bonn gegebene Absichtserklärung nicht eingehalten hat.

Ich unterstelle aus Überzeugung, daß mit dieser gewaltigen Raketen-Flotte auch zukünftig kein Krieg gewollt ist, daß auch kein Eventual- [illegible] gegeben ist. Dann bleibt aber die in Moskau gewollte Tatsache, daß diese Raketen diejenigen in ihrer Entschlußfreiheit bedrohen, die in deren immer größereren Schatten leben und politische Entscheidungen treffen müssen.

Es hat an der Spitze Sowjetrußlands nicht immer nur kühle Schachspieler gegeben. Es hat auch schon Chruschtschow gegeben, der seinerzeit England und Frankreich mit seinen Raketen gedroht hat. Dergleichen könnte in der Zukunft wiederkehren – zum Beispiel bei Krisen innerhalb des Warschauer Paktes oder im östlichen Mittelmeer, im Nahen Osten – oder innerhalb des Westens – oder: um Berlin.

Bei Kossygin, bei Ustinow, Gromyko und Tichonow, vor allem aber bei Breschnew hatte ich aus vielen Gesprächen die Gewißheit: einen Krieg mit dem Westen wollen diese Männer gewiß nicht. Mir haben sich Zwiegespräche mit Breschnew tief eingeprägt, in denen er von den Leiden des letzten Kriegs sprach, von den Opfern seines Volkes, von den Opfern in seiner eigenen Familie. Sein Wille zum Frieden war mir klar.

Aber ich habe dabei auch die Breschnew-Doktrin nicht vergessen. Inzwischen beeinflußt militärisches Denken die sowjetische Führung stärker als jemals.

Viele haben in den letzten Monaten geschrieben, ich hätte ein Verdienst daran, die beiden Weltmächte an einen gemeinsamen Verhandlungstisch in Genf gebracht zu haben... Man darf aber nicht verkennen, wodurch die damalige Bundesregierung die sowjetische Bereitschaft zu den Genfer Verhandlungen erreicht hat. Im Sommer 1980 habe ich vor dem versammelten Politbüro maßvoll, aber eindeutig vorgetragen: Wenn es nicht zu Verhandlungen und Vertrag kommen sollte, dann würde ich für die Stationierung amerikanischer eurostrategischer Waffen in Westeuropa und auch in meinem eigenen Lande eintreten. Einige Mitglieder des Politbüros reagierten zornig, andere hatten es vorausgesehen. Alle spürten: Dies war kein Bluff! Jedenfalls wurde die Gewißheit über die eindeutige Absicht der Bundesregierung zum entscheidenden Hebel: am nächsten Mittag erklärten Breschnew und Gromyko die Verhandlungsbereitschaft der Sowjetunion.

In meinen Augen wäre es heute ein schwerer Fehler, diesen entscheidenden Hebel aus der Hand zu geben.

Dabei bin ich weit davon entfernt, das Verhalten unserer eigenen Freunde und Bündnisgenossen und der einander folgenden Regierungen in Bonn für fehlerlos zu halten...

Der Westen akzeptierte in Helsinki, daß Koexistenz der Staaten keineswegs ideologische Koexistenz bedeuten würde, das heißt sowjetischer Infiltrationsarbeit in aller Welt war kein Halt geboten.

Vor allem: Das rüstungsbegrenzende Vertragssystem blieb auf solche Waffen beschränkt, die man damals als „strategisch" definierte. Und das System der Gewaltverzichtsverträge war auf Europa und Deutschland und Berlin beschränkt – es galt nicht für andere Kontinente.

Diese Einschränkungen ließen den Beteiligten also freie Hand für außerhalb der Verträge liegende Bereiche (was sich später als erhebliches Risiko herausgestellt hat). Im übrigen setzten sich – abgesehen davon, daß sie Willy Brandts Brief zur deutschen Einheit (12. 8. 1970) guthießen – unsere westlichen Bündnisgenossen im Verlauf aller dieser auf Entspannung abzielenden Verträge kaum noch für gesamtdeutsche Belange ein – wie sie dies ja schon zur Zeit Kennedys und Johnsons nur noch als verbale Pflichtübung getan hatten.

Die Sowjetunion hat keinen der Verträge verletzt. Wohl aber hat sie zielstrebig jene Handlungsspielräume genutzt, die von den Vertragssystemen unberührt geblieben waren.

Dies gilt für die Unterstützung des vietnamesischen Imperialismus gegenüber Kambodscha und Laos. Es gilt für die Einrichtung von Luft- und Flottenstützpunkten in Süd-Ost-Asien. Es gilt für Südjemen, Äthiopien, Angola, Kuba usw. Es gilt für den Krieg in Afghanistan, wo seit vier Jahren inzwischen 100 000 sowjetische Soldaten gegen ein ganzes Volk Krieg führen...

Auch die große Aufrüstung zur See wie ebenfalls die Modernisierung der Ausrüstung der sowjetischen Truppen war nicht vertragswidrig. Auch die rücksichtlose Ausnutzung der abrüstungspolitischen Grauzone, die Jimmy Carter offengelassen hatte, verstieß gegen keinen Vertrag.

Psychologisch kann ich die Besorgnisse der sowjetischen militärischen Führung wegen der Deutschen, Amerikaner und Chinesen zwar begreifen, jedoch kann ich sie keineswegs für vernünftig halten. Diese drei kumulierten Bedrohungsvorstellungen allein reichen zur Erklärung ihrer Rüstung aber noch nicht aus; zur Erklärung gehört auch der inhärente, expansionistische Trend Rußlands dazu. Die Andropowsche Führung wird sich davon nicht grundsätzlich unterscheiden.

Die Russen wollen nicht verstehen, daß „ihr Verfolgungskomplex, ihr Sicherheitskomplex, ihr Streben nach absoluter Sicherheit inzwischen zu immer größerer Unsicherheit für uns Europäer führt, für Amerikaner, Chinesen, Japaner und so fort. Sie verstehen auch nicht, daß Europäer, Amerikaner, Chinesen, Japaner die zunehmende Unsicherheit keineswegs hinnehmen können.

Die Russen haben erlebt, daß der Westen nicht immer solidarisch auf Drohungen reagiert. Sie hoffen, die westeuropäischen Verbündeten und die USA psychologisch und politisch voneinander trennen oder sogar gegeneinander ausspielen zu können...

Natürlich sind wir Deutsche einer der Hauptangriffspunkte der sowjetischen Propaganda.

Gefahr der psychologischen Verwundbarkeit des Westens

Wer die Drohungen zum Beispiel Arbatows im „Spiegel" gelesen hat, der versteht, warum die früheren Kommunisten Andrej Sacharow in Gorki oder Manes Sperber in Paris dem Westen in der Stationierungsfrage eine feste Haltung anempfehlen.

Die forcierte SS-20-Rüstung war ein schwerer Fehler. Die Verwerfung der Waldspaziergangsformel der beiden Sachkenner Nitze und Kwizinski durch die Sowjetunion war ein zweiter schwerer Fehler. Nach dieser Formel sollte der Westen völlig auf die Stationierung von Pershing-2-Raketen verzichten, die Russen sollten ihre SS-20-Raketen bis auf 75 Stück abbauen. Trotzdem hat Moskau diese Formel abgelehnt. Generalsekretär Andropow hat später zu erkennen gegeben, er sei statt dessen möglicherweise mit 140 SS 20 gegenüber null bei Pershing 2 und Cruise-Missiles zufrieden...

Auch 140 oder 120 SS 20 sind geeignet in Krisenfällen nicht nur einseitig zur Ängstigung und Nötigung einzelner europäischer Länder verwendet zu werden, sondern auch Europa und die USA politisch voneinander zu trennen. In dieser psychopolitischen Verwundbarkeit des Westens liegt die Gefahr.

Denn niemand kann mehr sicher sein, daß bei der heutigen Parität der interkontinental-strategischen Waffen ein amerikanischer Präsident zugunsten der Aufrechterhaltung europäischer Handlungsfreiheiten bereit sein wird, das Schicksal amerikanischer Städte zu riskieren.

De Gaulle hatte dies schon Mitte der sechziger Jahre erkannt. Gleichwohl darf deswegen kein deutscher Sozialdemokrat in de Gaulles Konsequenz ein Vorbild suchen; denn dessen Entscheidung, Frankreich aus der integrierten Organisation NATO (nicht aus dem Bündnis) zurückzuziehen, ergab Sinn nur durch den gleichzeitigen Aufbau einer autonomen Raketenstreitmacht.

Kein deutscher Sozialdemokrat kann solche Konsequenzen für unser eigenes Land ziehen wollen. Im Gegenteil:

Die Bundesrepublik darf nie Besitz oder Disposition über eine einzig nukleare Waffe anstreben!

Deshalb ist auch der Vorschlag abwegig, für uns eine sozusagen negative Dispositionsbefugnis zu verlangen, zwar nicht den *Abzugshahn*, wohl aber den Sicherheitshebel. Ich stimme hierin ganz ausdrücklich Jochen Vogel zu.

Die Bundesrepublik Deutschland bleibt auf den nuklearen Schutz durch die USA angewiesen; jedenfalls solange, wie nicht Frankreich und England sich Europa gegenüber zu solchem Schutz verpflichten wollen.

Kennedys Entscheidung, die Mittelstreckenraketen Thor und Jupiter ein Jahr nach der kubanischen Raketenkrise ersatzlos aus Europa abzuziehen, hat schon in den sechziger Jahren Kritik herausgefordert. Denn die damaligen sowjetischen SS 4 und SS 5 blieben ja auf uns gerichtet; jetzt sind sie weitgehend durch sehr viel leistungsfähigere SS 20 ersetzt. Ich habe 1965 in einem Buche das erste Mal auf das damit entstehende Problem hingewiesen.



Helmut Schmidt
FOTO: WERNER SCHÜRING

Nixon hat das Problem bei SALT I noch nicht gesehen, wohl aber Gerald Ford 1974 in und nach Wladiwostok. Ford und ich waren uns einig, daß SALT II auch die im Aufbau befindlichen „Backfire" und SS 20 limitieren müsse. Carter und Brzezinski haben sodann unsere Vorschläge abgelehnt, die eurostrategischen Waffen bei SALT II einzubeziehen.

Anfang 1979 kamen sie statt dessen mit dem Vorschlag, amerikanische Mittelstreckenwaffen in Europa aufzustellen. Daraus ist dann durch Jim Callaghan und Valery Giscard d'Estaing, denen ich beigepflichtet habe, der Doppelbeschluß entstanden.

Er enthielt in seiner endgültigen Ausprägung Ende 1979 einen Fehler. Wir Deutschen wollten verhindern, daß der Beschluß zur Vereinzelung, zur „Singularisierung" der Bundesrepublik führte – Stationierung deshalb nicht nur bei uns, sondern auch in Italien, Holland, Belgien und England.

Wir haben dabei nicht vorhergesehen, daß die sowjetische Seite die beabsichtigte Ersetzung der nur bei uns stehenden Pershing 1 durch Pershing 2 als wesentlich stärkere Bedrohung interpretieren würde als die Aufstellung von bodengestützten Cruise Missiles. Hier haben wir einen Fehler gemacht.

Allerdings hätte auch in jedem anderen Falle die Sowjetunion den nachhaltigen psychopolitischen Versuch zur Vereinzelung der Bundesrepublik gemacht. Die sowjetische Führung hofft heute noch, daß die Angst in unserem Land und in Westeuropa die Stationierung verhindern werde und sie dann im Besitze eines unbegrenzten Quasi-Monopols eurostrategischer Raketen bleiben würde.

Der „Waldspaziergang" – ein durchaus akzeptabler Kompromiß zwischen zwei zunächst unvereinbaren Ausgangspositionen – hat auch auf seiten der Amerikaner Fehler nach sich gezogen. Sie haben erstens diesen Kompromiß abgelehnt. Sie haben dies zweitens getan, ohne ihre europäischen Verbündeten, ohne die Stationierungsländer zu informieren, geschweige denn sie zu konsultieren. Zum Beispiel habe ich in den zehn Wochen bis zum Ende meines Amtes darüber nichts erfahren...

Die USA haben in Genf bisher keine „größte Anstrengung" unternommen. Trotzdem gibt es keinen Anlaß anzunehmen, daß in unserem Bündnis mit Amerika die Fähigkeit zu neuen Einsichten und zur Anpassung an neue Lagen erschöpft sei. Das Bündnis hat – auch durch seine Anpassungsfähigkeit – den Frieden für alle seine Mitglieder und in allen geschützten Territorien dreieinhalb Jahrzehnte voll aufrechterhalten können; es ist eine der erfolgreichsten Allianzen der Geschichte.

Für mich ist klar: Solange russische Streitkräfte im östlichen Teil Mitteleuropas stehen, solange müssen auch die USA sich in Westeuropa engagieren.

Es darf auch nicht am Ende die Sowjetunion de facto ein Veto-Recht über Westeuropa erwerben, weil der Westen andauernd mit sich selbst verhandelt.

Und wenn die östliche Supermacht solidarisches Verhalten ihrer Verbündeten erzwingen kann (wobei zum Beispiel weder Honecker noch Kadar noch Schivkov zusätzliche Nuklear-Raketen auf ihrem Boden stationiert haben möchten), so muß der Westen die nötige Solidarität mit der westlichen Führungsmacht freiwillig aufbringen.

An dieser Stelle fehlt der Beifall, Genossen, vielleicht kann man wenigstens darüber nachdenken.

Dies ist mein erster Grund für Stationierung jetzt: Die Bundesrepublik muß ihr Wort halten – trotz aller Enttäuschungen über Reden und über Verhalten in Washington. Unsere eigene Vorstellung von der nötigen Gesamtstrategie des Bündnisses – und das heißt auch unser Wunsch nach Fortentwicklung unserer Ostpolitik – machen Solidarität und Kohärenz innerhalb der Allianz zu einem überragenden Gebot.

Mein zweiter Grund: Das politische Gleichgewicht würde nachhaltig gestört werden, wenn die Sowjetunion sich mit ihrer einseitigen, unprovozierten Vorrüstung durchsetzte. Eine tiefe Krise der Allianz würde unvermeidlich...

Ich halte übrigens nicht sehr viel von zeitlicher Verschiebung; denn am Ende der Verlängerungsfrist würde die westliche Verhandlungsposition nicht stärker, sondern wohl schwächer sein.

Ich bin eher für einen Stufenplan, den der NATO-Rat Anfang Dezember verabreden sollte, welcher der Sowjetunion über den Jahre dauernden Fortgang der Stationierung keinen Zweifel läßt. Ähnlich hat sich Valerie Giscard d'Estaing ausgesprochen. Innerhalb eines solchen Stufenplanes darf das Schwergewicht nicht einmal vorübergehend auf Deutschland liegen. Der Wille zur Fortsetzung der Verhandlungen muß eindeutig sein.

Der Doppelbeschluß hat keine Automatik des maximalen Aufstellungsumfanges vorgesehen, siehe seinen Schlußsatz! Als erste Stufe genügt für 1984 ein Zehntel des geplanten Maximal-Umfanges. Der Westen muß zugleich sagen: Auch wir sind zu Verschrottungen bereit.

Für mich war immer und bleibt klar, es sollten am Ende nur so viele westliche Systeme stationiert werden, daß Moskau weiß:

1. Die Bundesrepublik erfüllt ihre Bündnisverpflichtungen.
2. Wir sind bereit, den USA in Westeuropa die Rechte einzuräumen, die im Interesse gemeinsamer Sicherheit notwendig sind.
3. Im Falle des Versuchs, auf Westeuropa Druck auszuüben, muß die Sowjetunion immer zugleich damit rechnen, daß etwaige Drohungen sich notwendigerweise auch auf amerikanische Systeme in Westeuropa richten müßten, daß also zwangsläufig die USA involviert wären.

Für mich war und bleibt auch klar, es dürfen in Westeuropa niemals so viele amerikanische Systeme stationiert werden, daß jemand in Washington in vollem Ernst auf den Gedanken kommen könnte, eine *theoretisch denkbare nukleare Konfrontation* mit der Sowjetunion beschränken zu können auf Europa.

Ich gebe zu, dies war immer eine komplizierte Kalkulation. Auch bei mir selbst bleibt immer ein Rest von Zweifel; denn ich sehe, daß auch an der Spitze von Weltmächten irrational gehandelt werden kann...

„Wir sollten auf die amerikanische Nation sehen"

Die notwendige Verschiebung des Schwergewichts weg von nuklearen Waffen und hin zu konventioneller Verteidigungsfähigkeit, weg von riesenhaften Raketenbudgets und hin zu Soldaten, wird innerhalb des Bündnisses zu erheblichen Auseinandersetzungen führen. Wir können uns in Europa aber nicht einfach mit einem Maximum von Dollar- oder D-Mark-Ausgaben verteidigen wollen, sondern erste Priorität haben die Soldaten, und zweite Priorität hat deren Motivation. Dritte Priorität haben Bildung und militärisches Training. Und erst an vierter Stelle braucht man das Budget für Ausrüstung und Waffen. Allerdings: Niemand sollte sich einbilden, daß dies ohne finanzielle Opfer geht...

Die größte militärische Schwäche unserer Allianz liegt gegenwärtig darin, keine hinreichenden militärischen Personalreserven für die in Westeuropa stehenden Streitkräfte binnen weniger Wochen einsatzbereit zur Verfügung stellen zu können...

Die Sowjetunion ist von der weltwirtschaftlichen Strukturkrise nebst fast allen ihren Verbündeten und Klienten ähnlich schwer getroffen wie wir Westeuropäer. Sie ist bisher schwerer davon getroffen als die USA. Wer aber die Sowjetunion wirtschaftlich zugrunde rüsten oder sie in einem Wirtschaftskrieg besiegen wollte, der unterschätzt in gefährlicher Weise die Leidensfähigkeit Rußlands, er unterschätzt auch die kommunistische Massenpropaganda. Die russischen Massen würden der Kreml-Führung folgen, wenn diese ihnen plausibel machte: Ihr müßt den Riemen nochmals enger schnallen, damit wir vom Westen nicht wirtschaftlich besiegt werden. Wirtschaftliche Kriegsführung gegen die Sowjetunion kann keinen Erfolg haben. Aber sie widerspräche außerdem allen in Jahrhunderten gewachsenen Interessen Europas an wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit den Russen.

Umgekehrt wird ein Schuh draus: Das Feld der Wirtschaft ist – ebenso wie das Feld der Rüstungsbegrenzung – hervorragend zur Zusammenarbeit geeignet. Wir haben das auf 25 Jahre berechnete Wirtschaftskooperationsabkommen mit der Sowjetunion nicht geschlossen, um es alle vier Jahre von einem neuen amerikanischen Präsidenten unterlaufen oder in Zweifel ziehen zu lassen.

Auf dem Felde der Kooperation muß ein Vorwurf auch an die Adresse der Sowjetunion erhoben werden: Nach wie vor hängt die kulturelle und die wissenschaftliche Zusammenarbeit an Prestige-Formulierungen über die Einbeziehung West-Berlins in diese Zusammenarbeit. In einer besseren Atmosphäre ließen sich hier beiderseitig akzeptable Verhaltensweisen finden...

Ich gebe stichwortartig meine Auffassungen zu einigen der Einwände, die ich kenne oder erwarte:

● Der Einwand aus der Bergpredigt. Er kann auf keinen Fall beiseitegeschoben werden. Er kann sich allerdings wohl nicht nur auf nukleare Waffen richten, sondern muß wohl zur Waffenlosigkeit schlechthin führen. Dazu hat sich bisher kein Volk der Welt bekannt; auch wir Sozialdemokraten können und wollen das nicht, Johannes Rau hat es gestern bekräftigt.

● Der Einwand, mit dem heutigen Arsenal nuklearer Waffen könne sich die Menschheit erstmalig selbst auslöschen – und mit jeder zusätzlichen Waffe erhöhe sich die Wahrscheinlichkeit. Der erste Satz ist richtig; der zweite Satz verdient größte Zweifel. Bisher haben die gegenseitigen Verwundbarkeiten sogar jedweden konventionellen Krieg in Europa verhindert, obgleich es ansonsten in der Welt seit 1945 keinen Tag ohne Krieg und insgesamt seither viele Millionen Tote gegeben hat.

● Der Einwand, die kurzen Flugzeiten von Mittelstreckenraketen wie Pershing 2 (ich schätze sie auf etwa 14 Minuten) stelle eine zusätzliche Gefahr für das bedrohte Land dar. Dieses Übel wird allerdings Westeuropa schon seit längerem angedroht; denn die Flugzeiten der SS 20 sind genauso kurz! Im übrigen sind für Moskau oder Washington die Flugzeiten von U-Bootsraketen keineswegs länger. Die sogenannte Nuklearschwelle liegt in Europa keineswegs erst bei Mittelstreckenwaffen, sondern immer noch – leider! – viel niedriger, nämlich bei atomaren „Minen" (ADM) und bei atomarer Rohr-Artillerie.

● Pershing-Raketen könnten in einem sogenannten „first strike" die Sowjetunion verkrüppeln und zur Gegenwehr unfähig machen. Dieser Einwand ist abwegig; denn die größten Teile der sowjetischen strategischen Waffen und ihre Führung könnten auch theoretisch mit Pershing niemals zerstört werden. Es trifft aber zu, daß man mit SS 20 Deutschland zerstören könnte...

● Die französischen und britischen Waffen seien immer noch nicht berücksichtigt. Dies trifft zu; aber dazu hatte sich das Bündnis auch weder im Doppelbeschluß noch ansonsten bereit erklärt oder gar verpflichtet. Vielmehr müssen diese Waffen im Gesamtgleichgewicht der strategischen Waffen auf der Welt berücksichtigt werden...

Herrn Bundeskanzler Kohl ist vorzuwerfen, daß er nicht entfernt ausreichende, schon überhaupt keine sichtbaren oder hörbaren Anstrengungen zum Kompromiß unternommen hat. Als ihm verspätet der „Waldspaziergang" und dessen Ablehnung bekannt wurde, hätte er umsichtig und tatkräftig reagieren müssen, zum Beispiel durch Drängen, Arbeitsbesuche in Moskau wie in Washington. Unsere Diplomatie hätte auf Hochtouren laufen müssen...

Ich kenne die Entschließung und die Erklärung nicht, die Herr Kohl nächste Woche im Bundestag vorlegen will. Aber man kann ihm nach seinem bisherigen Verhalten keine Vollmachten geben, weil man weder seiner Umsicht vertrauen kann noch seiner Tatkraft.

Deswegen werde ich jedenfalls seine Entschließung ablehnen.

Zu dem Versuch, auf die Einwände zu antworten, will ich... Gedanken zu einigen Strömungen in unserer Partei hinzufügen:...

● Wir Sozialdemokraten sollten uns in der Opposition nicht isolieren. Mit der vorläufigen Ausnahme Hollands, das sich noch nicht entschieden hat, sind die anderen Regierungen unserer Bündnisgenossen anderer Meinung als diese Parteitagsmehrheit. Auch Mitterrand, Gonzales und Soares sind anderer Meinung. Craxi hat... einen uns entgegengesetzten Parlamentsbeschluß herbeigeführt. Wir benötigen aber nicht nur solche ausländischen Freunde, welche an keiner verbündeten Regierung teilhaben.

Wir sollten insbesondere auf die Regierungen in London und Paris Rücksicht nehmen. Wenn jemand in Europa unsere besonderen deutschen Anliegen verstehen und fördern kann, dann sind sie es. Insbesondere ist die Allianz mit Frankreich lebenswichtig für unser Volk.

● Wir sollten auf die amerikanische Nation sehen. Sie hat sich uns gegenüber seit 1945 sehr großzügig verhalten – die Handlungen einzelner fallen dagegen nicht ins Gewicht. Daß viele unserer jungen Menschen ihre Ängste, ihre Forderungen und ihre Kritik frei demonstrieren können, ganz anders als die deutsche Jugend im anderen Teil, das wäre ohne die amerikanischen Freunde nicht möglich geworden!... Es war nicht selbstverständlich, daß die Amerikaner vor allen anderen Freunden uns beim Aufbau einer lebendigen Demokratie geholfen haben. Sie sollten spüren können – auch auf diesem Parteitag! –, daß wir dies wissen.

Wer heute demonstrieren kann, der verdankt diese Freiheit zu einem sehr großen Teil der amerikanischen Nation. Wo dagegen sowjetische Vorstellungen herrschen, dort ist ein Gleiches nicht vorstellbar.

Es bleibt die Frage, ob sich in der amerikanischen Außenpolitik jener überhebliche Idealismus durchsetzt, der die Menschen auf dem ganzen Erdball am liebsten entweder in Schwarz oder Weiß malen möchte – um sodann im Bewußtsein des Besitzes der höheren Moral die Schwarzgemalten zu verteufeln... Ein missionarisch-ideologischer Weg könnte Gefahren heraufbeschwören; nur der pragmatische Weg der Vernunft bietet Hoffnung auf Erfolg...

Die Deutschen müssen zuverlässig, berechenbar sein

Auch in Deutschland gibt es vielerlei Idealismus. Auch bei uns gibt es ein „falsches Bewußtsein", die höheren moralischen Werte zu besitzen. Ich achte moralische Unbedingtheit: Aber: Wirkliche Christen können für oder gegen Stationierung sein. Wirkliche Sozialdemokraten können dafür oder dagegen sein. Wirkliche deutsche Patrioten, russische oder amerikanische Patrioten können dafür oder dagegen sein. Sie bleiben deshalb doch Christen, Sozialdemokraten, sie bleiben deutsche oder russische oder amerikanische Patrioten! Ihnen diese Qualitäten abzusprechen, wäre schierer Hochmut.

Ich habe zum Beispiel von einer moralisch hochmütigen kirchlichen Stellungnahme gehört, schon der Besitz von atomaren Waffen sei ein Verbrechen. Aber wohin soll denn die Anmaßung führen, Kennedy oder de Gaulle oder Breschnew mit Verbrechern zu identifizieren?

Ich verstehe die Ängste in Deutschland – ich kann sie sogar teilen. Aber ich weiß auch, daß John F. Kennedy recht hatte: „Niemals Angst haben zu verhandeln, aber niemals aus Angst verhandeln."

Angst muß rational eingedämmt, nicht aber geflissentlich verbreitet werden...

Gewiß kann das Vertrauen auf Gott dabei helfen, auch das Prinzip Hoffnung im Sinne Ernst Blochs – aber keiner von uns darf willentlich Hoffnung durch Angst ersetzen wollen...

Meine Generation hat den 17. Juni und Budapest und Prag und Vietnam und Kambodscha miterlebt. Wir kommen deshalb nicht in Versuchung, das kommunistische Gesellschafts- und Staatssystem diskutabel zu finden. Peter von Oertzen hat recht:

Das, was sich heute real existierender Sozialismus nennt, ist für uns Sozialdemokraten „prinzipiell unannehmbar". Wir wissen: Die Würde des einzelnen muß unantastbar bleiben.

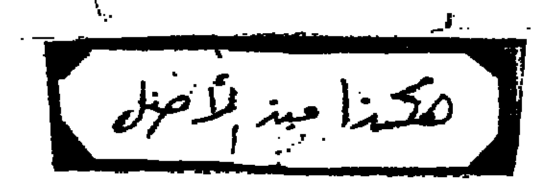
Sorgfältige ausländische Beobachter denken, die Thesen der Friedensbewegung drückten unbewußt etwas Tieferliegendes aus:

In Wirklichkeit handele es sich unter all den politischen, religiösen und humanitären Argumenten um die durch die Teilung des Landes hervorgerufene Angst und das Fehlen nationaler Identität.

Dies ist sicher nicht ganz falsch. Es kommt aber die Angst hinzu, Fehler und Versagen in der Generation der Großväter könnten sich wiederholen. Diese Angst manifestiert sich jetzt an Raketen. Aus dem mitreißenden Gemeinschaftserlebnis der Demonstranten erwächst eine seelische Kraft, die Angst, Ohnmacht und Zorn bekennen will.

Dies ist begreifbar. Aber zugleich kann es auch gefährlich werden. Ich wünschte, einige politische Redner im Westen würden begreifen, wie sehr ihre ignoranten, kriegerisch tönenden Reden zu dieser Angst, zu diesem falschen Bewußtsein der Ohnmacht und zu diesem Zorn beigetragen haben. Zumal ich deutlich erkennen kann, daß andere im Osten sehr absichtlich zur Angst beitragen.

Den Jungen aber muß ich sagen: Wenn wir Deutschen es abermals dahinbrächten, für unberechenbar, für unzuverlässig angesehen zu werden, dann allerdings würde es für uns Deutsche wirklich gefährlich.



In Afrika ist Abidjan immer noch das Vorbild

Karl Carstens zum Staatsbesuch an der Elfenbeinküste

BARBARA RÜTTEN, Abidjan

Heute trifft Bundespräsident Karl Carstens zum Staatsbesuch in der Elfenbeinküste ein. Dies ist die erste Station seiner letzten Reise als Staatsoberhaupt.

Die Elfenbeinküste hat Probleme. Die Auslandsverschuldung ist mit sieben Milliarden Dollar gefährlich hoch. Der Schuldendruck verschlingt ein Drittel der Deviseneinnahmen. Die Kriminalität ist beträchtlich gestiegen, und viele, wenn nicht die meisten der jährlich 3000 Hochschulabgänger finden keine Arbeit. Im März 1983 mußte der 78jährige Präsident Houphouet-Boigny seine ganze Persönlichkeit – und er ist eine Persönlichkeit – in die Waagschale werfen, um die Krise zu überwinden, die durch einen Streik von Lehrern und Professoren offenbar geworden war.

Doch „Ich wünschte, wir hätten diese Probleme" müssen die Mehrzahl afrikanischer Staatsführer insgeheim mit Blick auf die Elfenbeinküste sagen, die mit Recht seit langem als afrikanisches Wirtschaftswunderland gilt. Dieses – so ein Wirtschaftsexperte in Abidjan – beruht auf einem „Unterstützungs-" und einem „Entwicklungswunder".

Langsame Entwicklung

Die prowestliche Außen- und liberale Wirtschaftspolitik, die Houphouet-Boigny seit der Unabhängigkeit verfolgt, hat Entwicklungshilfe und Investitionen angezogen. Sein Konzept einer langsamen Entwicklung unter ständiger Assistenz französischer Experten hat ein Entwicklungswunder hervorgebracht. Das Pro-Kopf-Einkommen ist mit 1300 US-Dollar das höchste in Afrika. Insgesamt leben in der Elfenbeinküste ständig 37 000 Franzosen, von denen fast 4000 für die Regierung tätig sind. Das Zentrum von Abidjan gleicht einem Klein Manhattan ohne die unangenehmen Begleiterscheinungen, die in Lagos der Hauptstadt des neureichen und wieder verarmten Nigeria, aufgetreten sind.

„Die Wette gilt", hatte vor der Unabhängigkeit Houphouet dem ghanaischen Präsidenten Dr. Kwame Nkrumah erklärt, der sich als Führer eines wahrhaft unabhängigen Afrika gerierte und den Bruch aller Verbindungen zu den ehemaligen Kolonialmächten propagierte. Houphouet war überzeugt, daß nur eine langsame und schrittweise Emanzipation unter enger Anlehnung an die frühere Kolonialmacht Aussicht auf Erfolg versprach. Ghana nahm seit der Unabhängigkeit den Weg des kontinuierlichen Abstiegs und hat gegenwärtig ein Stadium wirtschaftlicher Agonie erreicht, aus dem es nur eine Radikalkur des Internationalen Währungsfonds noch retten kann. Daß Nkrumah die Wette so klar verlieren würde, brauchte er nicht mehr zu erleben.

Die wirtschaftliche Stabilität erzeugt politische Stabilität. Während sich in der Mehrzahl der Staaten Afrikas Coups und Putschversuche häufen, wie besonders im benachbarten Ghana, regiert „der Alte" seit der Unabhängigkeit im Jahre 1960. Er kann es sich sogar leisten, wie in diesem Jahre, fünf Monate hintereinander im Ausland zu verbringen.

Freundschaft zum Westen

„Enrichissez-Vous!" – „Bereichert euch!" hatte der wohlhabende Kakaopflanzer seinen Landeskindern nach der Unabhängigkeit zugerufen. Wenn sich gelegentlich einmal zaghafte Kritik an seinem persönlichen Reichtum regte, wischte er sie mit einer Handbewegung vom Tisch: „Ich bin reich geboren und werde reich sterben." Niemand sonst in Afrika hat sich so offen für den „kapitalistischen" Weg entschieden, und nur wenige haben so kontinuierlich die Freundschaft zum Westen gepflegt. Die Elfenbeinküste hat bis zum heutigen Tage keine diplomatischen Beziehungen zur „DDR". Sie tritt auch für einen politischen Dialog mit dem im restlichen Afrika verfemten Apartheidregime in Südafrika ein.

Das Wirtschaftswunder in der Elfenbeinküste hat scharenweise Gastarbeiter aus den armen Nachbarländern Obervolta, Mali und Ghana angelockt. 25 Prozent der Bevölkerung sind Ausländer. Doch die Weltwirtschaftslage und vor allem auch der Verfall der Weltmarktpreise für Rohkakao – die Elfenbeinküste ist der größte Kakaoproduzent der Welt – haben das Land in eine schwierige Situation gebracht. Staatsstreiche revolutionärer Militärs im benachbarten Obervolta und Ghana und ein plötzlicher Anstieg der bewaffneten Kriminalität taten ein übriges, die Sicherheit des Landes zum Problem werden zu lassen. Insgeheim geben viele „den Ausländern" die Schuld daran, andere sehen den libyschen Revolutionsführer Ghadhafi in subversiver Weise am Werke. Houphouet-Boigny ist ein entschiedener Gegner des Libyers.

Wie die meisten frankophonen Länder Afrikas gilt auch die Elfenbeinküste mit Recht politisch und wirtschaftlich als eine „chasse gardée" der Franzosen, zu denen sich in letzter Zeit in steigendem Umfang die USA gesellen. Nur diese waren in der Lage, aufwendige Investitionen im Erdölsektor aufzunehmem. Angesichts der privilegierten Stellung der französischen Wirtschaft haben deutsche Geschäftsleute resigniert. Es wird nicht erwartet, daß der Besuch von Bundespräsident Carstens daran etwas ändert.

Andreotti geht auf Gegenkurs zu Craxi

Eklat beim italienisch-französischen Gipfel in Venedig / Spekulationen um die Pläne des Außenministers

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Mit einem Eklat endete die routinemäßige italienisch-französische Konsultationsrunde, zu der Präsident Mitterrand mit zahlreichen seiner Minister Ende vergangener Woche nach Venedig gekommen war. Auf einer abschließenden Pressekonferenz kam er zu einer beispiellosen inneritalienischen Auseinandersetzung über die Außenpolitik. Während der sozialistische Ministerpräsident Craxi den französischen Vergeltungsschlag in Libanon verteidigte, schüttelte sein christdemokratischer Außenminister Andreotti, der schon vor Beginn des Treffens Paris kritisiert hatte, mißbilligend den Kopf.

Craxi antwortete auf die Frage, ob es zwischen der italienischen und der französischen Regierung Meinungsverschiedenheiten wegen des französischen Vergeltungsschlags gebe: „Ja, ein Unterschied besteht – und zwar in den 60 (beim Attentat von Beirut umgekommenen) toten Franzosen. Wir müssen uns selbst fragen: Was hätten wir wohl getan, wenn 60 italienische Soldaten ermordet worden wären, wenn wir gewußt hätten, wer die Verantwortlichen für diesen Mord sind und daß diese Leute weitere Attentate vorbereiten?"

Nach der offiziellen Beendigung der Pressekonferenz aber, als alle Delegationsmitglieder noch im Saal waren, konterte Andreotti: „Als unsere Leute in Kindu ermordet wurden, kam niemand auf die Idee, Zaire zu bombardieren." (Vor etwa 20 Jahren waren im zairischen Kindu italienische Flieger, die Hilfslieferungen dorthin transportiert hatten, niedergemetzelt worden.)

Der sozialdemokratische Parteisekretär und Haushaltsminister Longo, der ebenfalls der italienischen Regierungsdelegation angehörte, gab erregt zurück: „Ich teile die Position Andreottis nicht. Im Gegenteil! Ich billige nichts von dem, was Andreotti außenpolitisch tut. Es muß endlich Schluß gemacht werden mit den personalistischen Positionen, die sich nicht an die kollegialen Entscheidungen der Regierung halten. Aber darüber müssen wir in Rom weitersprechen."

Longo bezog sich mit seinem Hinweis auf „personalistische Positionen" ganz offensichtlich auf einige Initiativen der italienischen Außenpolitik, die in jüngster Zeit den allgemein entstandenen Eindruck in Frage stellten, daß Italien einer der zuverlässigsten Partner der Atlantischen Allianz sei.

Auf Anweisung Andreottis war beispielsweise der italienische Botschafter in Moskau am Jahrestag der Oktoberrevolution nach dreijähriger Abwesenheit zur Militärparade auf der Ehrentribüne auf dem Roten Platz zurückgekehrt und hatte damit den nach der Afghanistan-Invasion verhängten westlichen Boykott durchbrochen. Der Außenminister selbst war unter den Protesten aus dem Regierungs- und aus dem nichtkommunistischen Oppositionslager nach dem Massaker von Beirut und auf dem Höhepunkt der von Syrien gesteuerten Kämpfe gegen PLO-Chef Arafat in Tripoli zu einem offiziellen Besuch nach Damaskus geflogen. Auf sein Drängen wird auch das antiamerikanische Votum des italienischen UNO-Botschafters bei der Abstimmung über Grenada zurückgeführt.

Nach Überzeugung zahlreicher Politiker des Regierungslagers hat der Minister mit diesen Initiativen neue außenpolitische Akzente gesetzt, die den kommunistischen Vorstellungen von einer „eigenständigeren" Position des Landes im Rahmen der NATO entgegenkommen.

In politischen Kreisen Roms wird weiterhin ausgeschlossen, daß sich Andreotti bei seinem Vorgehen von ideologischen Motiven leiten läßt. Andreotti ist als Realist und kalter Rechner bekannt. Unter diesen Umständen wird in Rom darüber spekuliert, ob hinter seinen außenpolitischen Initiativen nicht eher ein innenpolitisches Kalkül zu suchen ist.

Manche Beobachter meinen, der ehemalige Ministerpräsident wolle den Sturz der Regierung Craxi vorbereiten, um sein Experiment der Zusammenarbeit mit den Kommunisten zu wiederholen, das er auf der Basis einer Koalition der Verfassungsparteien im Jahre 1978 schon einmal vorexerziert hatte. Andere glauben, er wolle sich Wohlwollen der Kommunisten für die 1985 anstehende Staatspräsidenten-Neuwahl sichern.

Leipzig: Weitere Proteste gegen Sowjet-Raketen

KNA/rtr, Berlin

In Mitteldeutschland haben jetzt auch katholische Geistliche den Gläubigen empfohlen, keine Willenserklärungen zu unterschreiben, in denen die Stationierung sowjetischer Atomraketen in der „DDR" begrüßt werden soll. Bisher war zu diesen Unterschriftenaktionen in „DDR"-Betrieben nur im evangelischen Bereich Stellung bezogen worden.

Wie am Wochenende verlautete, sind solche kritisierte Listen in vielen Betrieben zurückgezogen worden, weil die Arbeiter die Unterschrift verweigert hätten. Die Unterzeichnung ist mit der Erklärung verbunden, der Arbeitnehmer sei bereit, pro Monat einen Tag mehr zu arbeiten, um einen Kostenbeitrag zu den neuen Raketen zu leisten. Nach Augenzeugenberichten demonstrierten am Wochenende mehr als 50 Mitglieder der Friedensbewegung mit Spruchbändern und brennenden Kerzen vor den Gästen des Internationalen Qilmfestivals in Leipzig gegen die Stationierung. 15 Personen sollen festgenommen worden sein.

Rascher Zerfall der Autorität in La Paz

Boliviens Regierung wieder am Ende? / Generalstreik

G. FRIEDLÄNDER, Miami

Der einsamste Mann Boliviens ist sein Präsident Hernan Siles Zuazo. Seine ursprüngliche Regierungskoalition existiert nicht mehr. Boliviens Vizepräsident, Jaime Paz Zamora, bezeichnete in einer öffentlichen Erklärung Siles Zuazo als unfähig und regte indirekt seine Absetzung an: „Die Demokratie hat Mechanismen, um eine unfähige Regierung nicht mehr zu dulden, aber auch einen Staatsstreich zu vermeiden. Ich meine, daß man alle Arbeiter in diesem Sinn anweisen sollte." Paz Zamora ist der Führer der linksradikalen „Bewegung der revolutionären Linken", einer Partei, die anfänglich ein Bündnis mit Siles geschlossen hatte, sich dann aber aus der Regierung zurückzog. Sie ist am totalen Verfall der Autorität mitschuldig.

Aber ein Staatsstreich ist vorerst nicht das Problem. Siles muß sich gegen seine eigenen Leute verteidigen, die ihm das Leben unmöglich machen, an der Spitze der Gewerkschaftsführer Juan Lechin, der Siles Zuazos Staatsführung angreift.

Ein typisches Beispiel sind die Ereignisse in der Corporacion Minera (Comibol), der staatlichen Organisation für den Bergbau, die man das wirtschaftliche Rückgrat des Landes nennen kann. Die Arbeiter erzwangen dort eine „gemeinsame Geschäftsführung", eine Art Mitbestimmung. Nachdem die Comibol praktisch von den Gewerkschaften übernommen worden war, dekretierte Siles, daß sie zunächst von einem provisorischen Komitee betrieben werden sollte, in dem drei Mitglieder von der Regierung ernannt und drei von den Bergarbeitern gewählt werden. Das Komitee hat keinen Vorsitzenden. Jede Sitzung wird von einem anderen Mitglied geleitet. Da alle 6 Mitglieder Stimmrecht haben, ist nicht einmal gewährleistet, daß man zu Entscheidungen kommen kann. In Massenkundgebungen „gegen den Hunger und gegen den Staatsstreich, für die Vertiefung des demokratischen Prozesses" forderte die Gewerkschaftszentrale (COB) Siles auf, die Mitbestimmung zu verallgemeinern. Für heute hat sie zu einem Generalstreik aufgerufen, auch um gegen die Abwertung des Peso um 200 Prozent zu protestieren.

Die Bauernschaft wiederum lehnt die „Cogestion" ab und protestiert gegen „die kommunistische Kamarilla" in der Regierung, die mit ihren angeblich „aus Moskau empfangenen Instruktionen die Wünsche des Volkes verzerrt". Die Bauern sind zahlenmäßig die größte Gruppe des Landes. Sie leben in der Tradition der indianischen Urbevölkerung, die nur in Bolivien die ethnische Mehrheitsgruppe (etwa 70 Prozent) geblieben ist. Sie fordern von Siles, seine Regierung zu „bolivianisieren" und warnen, daß sie niemanden, auch nicht die Regierung ermächtigt haben, in ihrem Namen zu sprechen oder zu handeln.

In La Paz spricht man von Guerrillagruppen, die nach der Angabe des Heeres in Kuba ausgebildet wurden und sich in einigen Teilen des Landes organisiert haben sollen. Der Innenminister bestätigt Bombenattentate und spricht in diesem Zusammenhang von Versammlungen von rechtsgerichteten Verschwörern, die angeblich von ehemaligen Offizieren des Heeres organisiert worden sein sollen.

Der Machtkampf innerhalb der Regierung, zunehmende Arbeitslosigkeit, Rauschgifthandel, Arbeitsunwilligkeit der Staatsbeamten, Versorgungsprobleme mit lebenswichtigen Artikeln und die Erosion der Staatsautorität haben eine trostlose Lage geschaffen. „Das Land könnte sich auf dem Weg der permanenten Subversion befinden", sagt ein einflußreicher Politiker des MNR. Die bolivianische Bischofskonferenz hat Siles mit harten Worten als verantwortlich dafür genannt, daß jede Autorität im Lande untergraben wurde.

Diese Entwicklung ist auch für Boliviens Nachbarn gefährlich, die fürchten, daß das kranke Land zum Schlupfwinkel der Guerrilla Argentiniens, Brasiliens, Chiles, Perus und Paraguays werden und damit zum neuen Mittelpunkt einer Krise werden kann, ähnlich Mittelamerika.

(SAD)

Gespräche mit Moskauer Frauen: Eine Bilanz

F. H. NEUMANN, Moskau

Die Methode war einfach, aber ergiebig: Drei Wochen lang trafen sich zwei schwedische „Reporterinnen" mit sowjetischen Frauen in Moskau und ließen sich von ihnen schildern, wie ihr Leben verläuft und was sie davon halten. Sie stellten nur wenige kurze Zwischenfragen und verzichteten ganz darauf, über das sowjetische „Frauenproblem" zu diskutieren. Das Ergebnis liegt in Buchform vor und belegt exemplarisch, was in allgemeiner Form schon mehrmals untersucht und dargestellt wurde: Frauen in der Sowjetunion führen ihr Leben unter wesentlich härteren Bedingungen als im Westen, aber sie werden damit besser fertig. Die Autorinnen sprechen in ihrem Nachwort von „Ansichten voller Widersprüche".

In die Logik der westlichen Frauenbewegung will da tatsächlich vieles *nicht* passen. Wie ist das starke Selbstvertrauen der meisten sowjetischen Frauen mit der widerspruchslosen Hinnahme männlicher Dominanz, ja Vorherrschaft in diesem Lande zu vereinbaren? Widersprüchlich ist vor allem, daß die Frauen ihre vielfache Benachteiligung kennen und als ungerecht empfinden, andererseits *aber selbst an die Legende* ihrer Gleichberechtigung glauben. Fast alle sind berufstätig, kümmern sich um die Kinder, besorgen den Haushalt und haben sich in allen Bereichen mit Verhältnissen herumzuschlagen, die jede Frau im Westen nicht unzulänglich, sondern katastrophal fände. Und trotzdem sympathisieren die Befragten mit dem „Mythos der Weiblichkeit", wie die Autorinnen formulieren.

Da sind sie auf etwas gestoßen, was ihnen bei aller offenkundigen Emanzipationsneigung doch Anerkennung entlockte: „Diese positive Wertung der Weiblichkeit (eine Frau ist nachgiebig, anmutig, geduldig, gepflegt, uneigennützig ...) schien ihnen eine starke und selbstverständliche Identität zu verleihen. Dies ist bestimmt *eine der Erklärungen für die Geborgenheit* und Sicherheit, die sie in ihrer Rolle als Frauen ausstrahlen.

Die Widersprüche lassen sich nicht auflösen. Man muß sie zur Kenntnis nehmen. Im übrigen zeigen die Schilderungen wieder einmal, wie weit die Menschen in der Sowjetunion von der Ideologie entfernt sind.

„Warum ich gegen die Ideologie der Friedensbewegung bin"

Die WELT veröffentlicht heute den zweiten Teil eines Aufsatzes von Wolfram Lackner, in dem der Diakoniepastor des Kirchenkreises Flensburg begründet, warum er gegen die Ideologie der Friedensbewegung ist. Am Dienstag folgt der dritte Teil dieses – wie Lackner es nennt – „öffentlichen Selbstgesprächs".

Von WOLFRAM LACKNER

Die Argumente. Von der moralisch ausgemünzten „Angst" wende ich mich nun zu den Sachargumenten für die Abschaffung der Massenvernichtungsmittel. Hier gibt es die bekannten Argumente, die kaum in Abrede zu stellen sind: die ungesunde Belastung der Staatshaushalte durch Rüstungskosten, die gleichzeitig ungelöste Problematik der Staaten in der sog. Dritten Welt und der Widersinn, der darin besteht, daß im Ernstfall mit Hilfe von Atomwaffen das nicht zu verteidigen ist, was man verteidigen will. Hier hat die Friedensbewegung zur Verdeutlichung und Aktualisierung der Problemlage beigetragen. Auf diesen Gebieten dürfte es auch eine gemeinsame Interessenlage in Ost und West geben. Ich könnte mir vorstellen, daß nicht einmal das Militär an einer atomaren Hochrüstung Gefallen finden kann, weil es praktisch dadurch überflüssig wird.

Die Frage ist also nur: Wer macht den Anfang mit der Reduzierung dieser Waffen und wie kann sie abgesichert werden, ohne der Gegenseite das Übergewicht zu lassen? So liegt der Gedanke an einen schrittweisen, kalkulierten Abbau bei allen Regierungen nahe. Das ist das erklärte Verhandlungsziel in Ost und West und ich sehe keinen Grund dafür, das anzuzweifeln, wie es in der Friedensbewegung generell geschieht. Ihre radikalen Vertreter fordern darüber hinaus, den Abbau jeglicher Verwendung von Atomkraft, sei es zu friedlichen oder militärischen Zwecken. In diesem Falle müßten nicht nur die Waffen abgeschafft werden, sondern auch die dazugehörige Großtechnik, aber nicht nur diese, sondern auch das Wissen darum. Mir kommen eher Zweifel an der Ernsthaftigkeit solcher Forderungen als an dem Verhandlungswillen der beteiligten Regierungen.

Der Slogan „Atomkraft – nein danke" erscheint mir als Un-Sinn.

Bleiben wir bei dem Erreichbaren. Nun wird von der Friedensbewegung völlig verdrängt, daß von den USA längst eine Vorleistung zur Begrenzung der Atomwaffen erbracht worden ist. Präsident J. Carter hatte – auch aus christlicher Verantwortung – die Produktion der Neutronenbombe wie des strategischen Bombers in der Hoffnung auf Eis gelegt, daß die UdSSR dieses Signal aufgreifen würde. Die auch von den USA gewünschte Politik der „Entspannung" sollte diese rüstungspolitischen Maßnahmen flankieren. Leider haben die sowjetischen Führer die Atempause dazu benutzt, die USA rüstungsmäßig zu überflügeln. Das ist das wahre Dilemma der Entspannungspolitik und *nicht westlicher Machtwille!* Der Nachrüstungsbeschluß der NATO war also nicht mehr als die logische Antwort auf dieses Verhalten der Führer der Sowjetunion, die das auch wissen, im Gegensatz zu den Theoretikern der Friedensbewegung. Für die Sowjets war das ein Teil der leninistischen Strategie und Taktik. Die Anführer der Friedensbewegung geben sich nun den Anschein, als kennten sie diese Zusammenhänge überhaupt nicht, oder sie wollen sie nicht *zur Kenntnis nehmen.* Konsequenterweise entschuldigen sie nur das Verhalten der Sowjetunion, deren „Sicherheitsbedürfnis" und „Einkreisungsneurose" ihnen Rechtfertigung genug für die sowjetische Überrüstung bedeuten. Diese Legende ist überhaupt nicht zu erschüttern. Dabei sieht jeder unvoreingenommene Mensch, daß die Völker der Welt heute nicht etwa mit der Schwäche der Sowjetunion, sondern mit ihrem *überdimensionalen Machtbewußtsein konfrontiert sind.*

Die Kapitulation. Die Friedensbewegung will „Frieden schaffen ohne Waffen". Sie nennt das „Mut zum Risiko". Damit aber bringt sie sich eindeutig in die Lage einer Kapitulationsbewegung vor dem Machtanspruch der Sowjetunion. Aber dafür gibt es eine Erklärung, die man in den Reihen der Friedensbewegung oft genug hören kann: „Na, wenn schon; lieber rot als tot."

Verharmlosung der weltrevolutionären Ziele der Sowjetunion plus Selbstentwaffnung, plus Industriefeindschaft bilden für meine Begriffe zusammen mit einer generellen Ablehnung der Schutzmachtfunktion der USA eine Art Untergangsprogramm für unsere Lebensart, wie es vollständiger nicht ersonnen werden könnte. Es ist mir unbegreiflich, wo hier die „bessere Politik" liegt, die man für sich in Anspruch nimmt. Welcher Logik folgt man eigentlich, *der der Erhaltung unserer Demokratie oder der ihrer Preisgabe?* Erst die Wehrunwilligkeit, die von der Friedensbewegung in breitester Form gefördert wird, bringt ja die USA in die fatale Lage, die Lücke in der konventionellen europäischen Rüstung atomar ausfüllen zu müssen. Eine ganze Armee hat sich bereits selbst entwaffnet. Der Wehrunwille, der von den christlichen Teilen der Friedensbewegung sogar in den Rang einer religiösen Forderung erhoben wird, stärkt also letztlich den Zwang zu atomarer Hochrüstung. Man sollte die USA nicht allein für Entwicklungen verantwortlich machen, die man selbst mit herbeigeführt hat!

Was wäre also, so frage ich mich, wenn sich die Ziele der Friedensbewegung in Richtung einer freiwilligen *Selbstentwaffnung und* einer Neutralisierung der Bundesrepublik durchsetzten? Wäre das nun „die Wahl des Lebens statt des Todes"? Die politische Kräftedynamik, die auch die Friedensbewegung nicht außer Kraft setzen kann, ließe allerdings etwas ganz anderes vermuten. Der entstehende offene Raum würde sich dadurch selbst zum Kampffeld bestimmen, auf welchem die Machtfrage durch einen Bürgerkrieg entschieden werden müßte, der keinen *verschont ließe. Die Sowjets stünden* mit ihrer Atomdrohung im Hintergrund, um dessen Ausgang in ihrem Sinne zu beeinflussen und sicher fände sich nach bewährtem Muster jene Gruppe, die die Sowjets um ihre „freundschaftliche Hilfe" bäte. Unser Land würde zu einer Art „Libanon" werden und seine Identität völlig verlieren. Muß man eigentlich große Phantasie aufbringen, um sich das vorzustellen?

(wird fortgesetzt)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Mittel gegen Depressionen

„Wenn die Lust auf Tabletten zur Sucht wird"; WELT vom 9. November

Sehr geehrte Herren,

in der Polemik gegen Ärzte, insbesondere jetzt, weil wir angeblich große Teile der Bevölkerung in die Medikamentenabhängigkeit trieben, sollten doch wohl Ärzte als Angeschuldigte und Sachverständige Anspruch darauf haben, gehört zu werden.

Was überall vor allem zu beanstanden ist, sind die Pauschalurteile. In der Wirtschaftlichkeitsprüfung der Kassenärztlichen Vereinigungen, vor den Sozialgerichten, in der Presse und der Politik bleibt der Einzelfall, die Inanspruchnahme des Einzelarztes *durch den Einzelpatienten, außer* Betracht. Bei dem verbreiteten kollektivistischen Denken ist aber nicht aus der Welt zu schaffen, daß es einzelne Personen sind, die hier zueinander in Beziehung treten.

Warum brauchen Patienten Medikamente? Weil sie Beschwerden haben und davon Hilfe erwarten.

Die „Psychopharmaka" werden verlangt, weil Menschen „seelische Schwierigkeiten" haben. Und diese beruhen eben auf der eigenen körperlichen Verfassung einschließlich der des Nervensystems und auf den Verhältnissen zur „Umwelt". Und hier liegt jeder Fall anders! Wie sollen aber wir Ärzte die körperliche Verfassung anders beeinflussen als mit Medikamenten, wenn nicht ggf. mit Operationen? Anlagemäßige Leistungsschwäche ist überhaupt nicht beeinflußbar, aber die Einsicht in diese Leistungsschwäche erzeugt ganz unentrinnbar „Depression". Sollen wir diesen Menschen raten, sich umzubringen?

Und was können wir tun gegen die deprimierende Entwicklung der politischen Verhältnisse? Das staatlich und politisch erzeugte Mißverhältnis von Leistung und Ertrag, die Ungewißheit über Rücklagen, überhaupt *der verbreitete Zynismus* führen zu seelischen Zuständen, die mit „Depression" bezeichnet werden. Dazu kommt, daß im Laufe des Lebens zwangsläufig Hoffnungen dahinschwinden und Absichten vereitelt werden. Diese Zustände werden eben oft durch „Psychopharmaka" wesentlich erleichtert.

Wie viele haben fürs Alter vorsorgen wollen und Grundlagen zu schaffen versucht, dann nicht „nutzlos da*hinvegetieren" zu müssen, und dann* stellt sich heraus, daß die Bibliothek, die Schallplattensammlung doch keinen Sinn mehr hat, daß geplante Hobbies zu anstrengend geworden sind, daß Bergwandern nicht mehr möglich ist, daß Augenschäden das Lesen, Ohrenschäden das Hören erschweren.

Und es ist bekannt, daß es „Antidepressiva" im weitesten Sinn gibt, die all das eben doch erleichtern, und soll der Arzt sie verweigern, wenn sie verlangt werden?

Die geplante Verkürzung der „Lebensarbeitszeit" wird diese Probleme in hohem Maße verschärfen und jeder, der ein wenig rechnen kann, muß sehen, daß dadurch auch seine eigene Altersversorgung gefährdet wird.

Zwar pflegen Gerichte ein „Leben in äußerster Bescheidenheit" für zumutbar zu erklären – aber daß das „Leben in äußerster Bescheidenheit" eben deprimierend ist, wird dabei nicht beachtet.

Das beste Mittel gegen Depression: *eine Wiederherstellung* der Zuversicht, eine Förderung der Strebsamkeit, Ermutigung zur Leistung und Schutz der errungenen Erfolge.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Fr. Busch,
Oberkochen

Vorprogrammiertes Siechtum

„Die Investitionen der Bundesbahn bleiben weiterhin in der Schwebe"; WELT vom 11. November

Das neue Bahn-Konzept der Bundesregierung droht zu einem Fiasko für die Deutsche Bundesbahn (DB) und die Eisenbahner zu werden: Wenn die Bundesregierung weiter auf politische Gestaltungsmöglichkeiten verzichtet und sich mit vagen Erklärungen um die eigentlichen Probleme der Bahn herumdrückt, ist das vom Bundesverkehrsminister befürchtete Siechtum der DB vorprogrammiert.

Durch erneute Einschränkungen im Leistungsangebot der DB, weitere drastische Streckenstillegungen und durch den Abbau von weiteren zigtausend Arbeitsplätzen kann die Bahn nicht gesunden. Das hat das Scheitern der jahrzehntelang betriebenen Schrumpfpolitik eindeutig bewiesen.

Den Todesstoß für die Bahn bedeutet das teilweise Abrücken von der weiteren Finanzierung der Neuausbaustrecken. Dabei, das haben mehrere Untersuchungen belegt, gibt es kaum eine andere öffentliche Investition, die ähnlich zukunftsorientiert und beschäftigungswirksam ist wie die Neubaustrecken der Bundesbahn. Nach Überzeugung der Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamten, Arbeiter und Angestellten (GDBA) ist eine Gesundung der Bundesbahn vielmehr nur dann möglich, wenn zuvor

- die Wettbewerbsnachteile gegenüber dem Straßengüterverkehr und besonders der Binnenschiffahrt endlich beseitigt werden,
- *ausreichende* Investitionsmittel für die Modernisierung der größtenteils veralteten Betriebsanlagen (Schienenwege, Rangierbahnhöfe usw.) sichergestellt werden und
- die Auftragsleistungen voll abgegolten werden sowie die Finanzstruktur der DB durch Übernahme der Altschulden und der Zinsen durch den Bund als dem Eigentümer der Bahn verbessert wird.

Noch hat die Bundesregierung die große Chance, die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren und die Bundesbahn wieder attraktiv und wettbewerbsfähig zu machen. Wenn aber selbst die bescheidenen positiven Ansätze der Zensur des Bundesfinanzministers zum Opfer fallen, wird sie diese Chance verspielen.

Adolf Hartmann
Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamten, Arbeiter und Angestellten,
Frankfurt

Glaube und Friede

„Protest der [illegible]"; WELT vom [illegible] November

Wenn grundgesetzliche Ethik und damit auch christliche Gebote in der Politik durch Interessenlagen verwebelt werden, dann müssen Christen, dann muß die Kirche zur Politik sprechen. Die Standpunkte in den großen Parteien sind z. Zt. so kontrovers, daß ein Wort der Kirchen geradezu dringend wurde.

Die Evangelische Kirche in Deutschland ist mit einer Verlautbarung zur „Friedensdiskussion im Herbst 1983" „der schweren Gewissenslast" vieler Bürger und Verantwortlichen zu Hilfe gekommen. Mit Recht ist sie davon ausgegangen, daß wir noch immer in der Welt Kains leben. Sie lehnt deshalb Verteidigungsmittel nur *dort ab*, wo sie über die notwendige Sicherung von Frieden und Menschenwürde hinauswirken.

Aus dem Labyrinth militärfachlicher Daten, politischer und wirtschaftlicher Erwägungen sowie menschlicher Ängste und Ansprüche können Wege nur gefunden werden, wenn christliche Gebote als Maßstab des Denkens und Handelns ernstgenommen werden. Dann nämlich sind Extremstandpunkte als unangemessen zu erkennen und zu korrigieren. War Abel nicht unbewaffnet, als er dem Bruder erlag? Bewahrte nicht David die Seinen mit angemessener Waffe? Man kann nicht Brüder behüten ohne die Macht zu Sanktionen. Auch gelten Beschlüsse Gewählter nicht mehr der linken Wange, wenn schon der Schlag auf die rechte das Ende der Menschheit sein kann. Wo Brüder einander noch töten, muß man sich wappnen, jedem Angriff den Sinn zu nehmen und Raum für die Einsicht zu schaffen, daß Friede ohne Alternative ist.

Stephan-L. Tobatzsch
Georgsmarienhütte

Andere Quelle

Im Artikel „Wiesheu hat bewußt provoziert" vom 19. Oktober 1983 wird die Katholische Studenten-Gemeinde Regensburg als kirchliche Organisation zitiert, die seit Jahren zu politischen Aktivitäten aufruft. Als Beispiele werden Zitate verwendet, in denen der Staat als Feind bezeichnet wird.

Dies ist falsch. Die angeführten Zitate im Artikel sind in keinem Papier der Katholischen Studentengemeinde Regensburg enthalten, sondern sind auf einem Papier der Katholischen Studierenden Jugend abgedruckt.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. W. Gegenfurtner
Studentenpfarrer
Regensburg

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

» In der langen Geschichte der Menschheit wurde nur wenigen Generationen die Aufgabe zugedacht, die Freiheit in der Stunde ihrer größten Gefahr zu verteidigen. Die Energie, der Glaube, die Hingabe, welche wir für *diese* Aufgaben einsetzen, werden unser Land erleuchten. Die Glut dieses Feuers kann die ganze Welt heller machen. «

John F. Kennedy, amerik. Politiker (1917–1963)

Personalien

VERANSTALTUNGEN

Ulrich K. Wegener, Kommandeur des Grenzschutz*kommandos* West und Schöpfer der weltberühmten Anti-Terroreinheit GSG 9, bat zum Tanz. Wegener und die GSG 9, die heute den Bundestag vor Nachrüstungsgegnern absichern werden, stellten in der Bad Godesberger Stadthalle unter Beweis, wie wichtig ihnen die Pflege internationaler Partnerschaft ist. Gäste beim Ball waren unter anderem der amerikanische Unterstaatssekretär im Pentagon **Noel Koch** sowie Wegeners amerikanischer Counterpart Generalmajor **Dick Scholtes**, Kommandeur des Joint Special Operation Command in Fort Bragg in Virginia. Bonns Polizei tanzte mit, Polizeipräsident Dr. **Hans-Wilhelm Fritsch** und der leitende Polizeidirektor **Joachim Zimmermann**.

*

Zu ihrem traditionellen Essen lud am Wochenende die Berliner Anwaltschaft ein. Treffpunkt war der Festsaal des Hotel Palace im Berliner Europa-Center. Zu den Gästen gehörten Berlins Regierender Bürgermeister **Richard von Weizsäcker** und der Justizsenator der Stadt **Hermann Oxfort** sowie die Spitzenrepräsentanten der deutschen Justiz. So kamen der Präsident des Bundesgerichtshofes Professor **Gerd Pfeiffer**, Generalbundesanwalt Professor **Kurt Rebmann** und der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes **Helmut Leonardi**.



Hervorragende Stimmung beim Ball des Grenzschutzkommandos West. Von links US-Generalmajor Dick Scholtes, Kommandeur und Schöpfer der GSG 9 Ulrich K. Wegener und dessen Ehefrau Regina. FOTO: KEIL

EHRUNG

Zwei populäre Volksschauspieler erhalten von der Hamburger Stiftung F. V. S. den Richard-Ohnesorg Preis. Es sind **Heidi Kabel** und **Heinrich Kunst** von der August-Hinrichs-Bühne in Oldenburg. Die Stiftung F. V. S. erklärt hierzu, durch ihre schauspielerischen Leistungen habe Heidi Kabel Sympathie für das Niederdeutsche auch über die Landesgrenzen hinweg geweckt. Kunst, der in mehr als 1500 Vorstellungen in Oldenburg aufgetreten ist, stehe heute in der vordersten Reihe niederdeutscher Theaterspieler. Die Preise sind mit 7500 DM dotiert.

WÜRDIGUNG

In einem Nachruf hat Bayerns Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** Schwester **Pascalina Lehnert** gewürdigt, die früher Haushälterin bei **Papst Pius XII.** gewesen ist. „Der gebürtigen Ebersbergerin verdankt Bayern große Wohltaten", sagte Strauß. „Denn sie hat als Leiterin des Päpstlichen Hilfswerkes für Deutschland zur Linderung der Not nach dem Zweiten Weltkrieg einen unschätzbaren Beitrag geleistet."



Machiko Kyo (l.) und Ayako Wakao in einer Szene des Ozu-Films „Abschied in der Dämmerung" FOTO: KINDERMANN

Vorschau auf zwei Filme aus Japan und den USA

Kleinbürgerliche Dramen

Die Spannungen zwischen Tradition und Moderne, Konflikte zwischen *alten und jungen Menschen*, die Brüchigkeit *menschlicher* Beziehungen – das sind die Themen, die der japanische Regisseur Yasujiro Ozu immer wieder in seinen Filmen

Abschied in der Dämmerung – ARD, 23.00 Uhr

aufgreift. Sie kommen auch in dem Film „Abschied in der Dämmerung" zur Sprache, den das Nacht-Studio der ARD in seiner Ozu-Retrospektive zeigt.

Im Mittelpunkt steht die Truppe eines Wandertheaters, die in einer japanischen Kleinstadt gastiert. Es interessieren sich zwar kaum noch Zuschauer für die Stücke, die das Theater anbietet, dennoch kehrt der Prinzipal der Bühne, der alte Schauspieler Komajuro, immer wieder in dieses Dorf zurück. Denn hier wohnt seine frühere Geliebte, mit der er einen Sohn hat, und zu beiden fühlt er sich hingezogen. Das macht seine neue Lebensgefährtin eifersüchtig. Schließlich spitzt sich der Konflikt so zu, daß die Truppe sich auflöst.

Ozus Filme sind in der Mehrzahl Familiendramen aus dem modernen Kleinbürgertum. Sie zeigen seine Vorliebe für die Darstellung des Alltäglichen; der dramatische „plot" rückt immer mehr in den Hintergrund. Schon deshalb wurde er um 1960 für viele Jüngere in Japan zum Inbegriff eines zu bekämpfenden Traditionalismus im Film. Erst spät konnte man hierzulande sein Werk kennenlernen. Als die ersten Filme Ozus in den Westen kamen – 1963; *der Regisseur war bereits tot* –, *ging* ihnen die Legende voraus, japanische Exporteure hätten sie zurückgehalten in der Überzeugung, die Werke des im eigenen Lande hochgeehrten Meisters seien „zu japanisch", um im Ausland verstanden zu werden.

*

Vor 20 Jahren, am 22. November 1963, fielen die tödlichen Schüsse auf den amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy. Der Film „Vor den Augen der Welt" schildert die Ereignisse unmittelbar vor dem Attentat und seine Folgen bis zur Festnahme Jack Rubys nach der Erschießung Lee Harvey Oswalds. Dabei folgt die

Vor den Augen der Welt – ZDF, 21.20 Uhr

Handlung den bis heute nicht widerlegten Zeugenaussagen, stützt sich auf Bild- und Tondokumente und hält sich frei von Spekulationen über einige ungeklärte Hintergründe der Vorgänge jener Tage in Dallas.

Minutiös geht der Film auch scheinbaren Nebensächlichkeiten nach, die erst im Zusammenhang und Rückblick Bedeutung erlangten. In die Spielhandlung sind die authentischen Live-Aufnahmen des amerikanischen Fernsehens, Fotos und Filme von Presseleuten und Amateuren so einbezogen, daß sich nahezu die klassische Einheit von Zeit, Ort und Handlung ergibt, eine Synchronität weltgeschichtlich „großer" und alltäglich „kleiner" Geschehnisse. DW.

KRITIK

Dr. Renz als Winkeladvokat

Offensichtlich gibt es Krimi-Macher, die noch nicht kapiert haben, daß im Wettlauf der verschiedenen Serien die wichtigste Voraussetzung für den Erfolg die Ritualisierung des Kommissars (oder der für ihn stehenden Ersatzfigur) ist: Sein Charakter darf sich nicht ändern. Das Publikum will sich an ihn gewöhnen wie an einen verläßlichen, unerschütterlichen Freund, an dessen Hand man sich in das Chaos des Verbrechens wagen kann.

Das ZDF hat grob gegen diese Regel verstoßen, und zwar gerade bei der Reihe **„Ein Fall für zwei"**, die sich immer noch im Mittelfeld dieses Rennens bewegt. Kommissar-Ersatz ist hier der Rechtsanwalt Dr. Renz (überzeugend gespielt von Günter Strack). Das Publikum *wußte*: Auf die Ehrlichkeit dieses Anwalts kann man sich verlassen. Und daß hin und wieder seine Ehrlichkeit von bösen Leuten mißbraucht wird, steigerte seine Beliebtheit nur. *Im* neuesten Fall, „Die große Wut des kleinen Paschirbe", mußte nun Dr. Renz plötzlich ein typischer Winkeladvokat mit unsauberen Methoden sein. Der Teufel, der da das ZDF geritten hat, ist der Drehbuchverfasser „-ky", hinter welchem Pseudonym sich ein Universitätsprofessor versteckt, der am Sonntag Krimis schreibt. Dieses Eigentor vermochten auch schauspielerische Leistungen wie die von Ex-Ekel Hans Schubert als Mini-Kohlhaas-Paschirbe nicht wettzumachen.

Wer genau wissen wollte, ob die Serie „Ein Fall für zwei" zum Durchschnitt gehört oder vielleicht doch etwas mehr ist, konnte sich die Antwort zwei Stunden später im 1. Programm holen: Dort wurde der erste Schimanski-Film wiederholt. Hier stimmte jede Einzelheit, hier paßte alles zusammen.

ANTON MADLER

Die Wirkung einer Geschichte

Der gescheite Walt Disney hat einmal zu einem Filmmitarbeiter gesagt: Jedes, wörtlich: jedes Thema kannst du verfilmen, wenn es dir gelingt, eine Geschichte zu erzählen. Die **Bettkantengeschichten** (ZDF) halten sich daran, das macht ihren sichtbaren Erfolg aus. Man kann belehren und beraten, man kann einschüchtern, man kann die Hölle oder den Fernsehentzug androhen, das alles zusammen ergibt nicht die Wirkung, die eine Geschichte hat, wenn sie mit viel Phantasie, mit Handlung, mit spannender Anteilnahme erzählt wird.

Beispiel: Wenn das Kind vor einem – zugegeben – seltsamen Nachbarn Angst hat, wenn es in ihn alles Böse seiner kindlichen Ängste projiziert, so kann es durch Offenlegung der Unsinnigkeit rational überzeugt, das heißt: ernüchtert werden. Doch Erfahrung lehrt, daß gerade solchermaßen „ernüchterte" Kinder um so emotionaler in ihre Ängste und Phantasien zurückfallen. Eine Geschichte, die ein Beispiel erzählt, führt dagegen zur Identifikation, löst die Ängste auf, nachhaltig, weil sie im Bereich des Märchens, der Phantasie bleibt, weil sie das kindliche Netzwerk der realen und irrealen Bezüge nicht zerreißt.

Davon leben die Bettkantengeschichten, und darum sind sie nicht nur beliebt, sondern vermutlich auch wirkungsvoll.

REGINA ROSTOW

STUDIO

Ab 1. Dezember wird Klaus Bednarz, langjähriger Korrespondent des WDR in Moskau und Warschau und jetzt Leiter der Sendereihe „Auslandsstudio" im Westdeutschen Fernsehen (WDF), die Redaktionsleitung des zeitkritischen **Fernsehmagazins „Monitor"** vom WDR übernehmen. Der bisherige Redaktionsleiter, Gerd Ruge, war zum neuen Leiter der Auslandsabteilung des WDR-Fernsehens berufen worden. Zum Jahresende wird Bednarz seine Tätigkeit als Moderator der „Tagesthemen" aufgeben.

*

Eine **Delegation von Radio Peking** stattet morgen dem Deutschlandfunk in Köln einen Besuch ab, an ihrer Spitze die Intendantin des Senders, Frau Ding Yilan. Sie wird begleitet von drei leitenden Mitarbeitern ihres Hauses. Die Besucher aus der Volksrepublik China wollen sich über das Programm, die Einrichtungen und die technische Ausrüstung eines modernen Funkhauses informieren.





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die Sender der ARD
09.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.03 Frank Elstner:
Stippvisite in Tokio
11.05 exclusiv
11.50 Tagebuch
12.10 Fahrt auf dem Wind
13.00 heute
Nur über die Sender des ZDF
08.57 heute im Parlament
Regierungserklärung zum NATO-Doppelbeschluß und Debatte (bis 15.57)

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Ich wollt' ich wär ...
Was sich Zeitgenossen wünschen
Mit Susanne Offenbach
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
mit Sonderbericht der Debatte im Bundestag
20.45 Rote Erde
7. Dreißig Pfennig mehr
In einem Wanderkino bewundern die Männer und Frauen der Siedlung, wie Karl Boetzkes zwischen anderen Abgeordneten die Treppe zum Reichstag hinaufschreitet. Der Filmvorführer muß den Film immer wieder zurückspulen, um die kurze Szene wieder neu vorzuführen.
Nach der Veranstaltung kommt Friedel in dem Augenblick nach Hause, da die Gendarmerie das Haus durchsucht aufgrund eines Hinweises, daß hier eine verbotene Versammlung abgehalten worden sei. Die Männer konnten rechtzeitig durch den Ausgang zum Hof fliehen. Bruno weigert sich, vor dem Betriebsführer die Namen der Männer zu nennen. Der Betriebsführer reagiert darauf mit einer kurzfristigen Kündigung des Mietshauses.
Nachdem Rewandowski ein weiteres Verhandlungsangebot über 30 Pfennig mehr Lohn von Karl und seinem Verband abgelehnt hat, wird der Streik ausgerufen.
21.45 Café in Takt
Mit Peter Horton und Veronika Fischer, Eduardo Falu, Paco Pena, Nemo, The Dubliners
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Abschied in der Dämmerung
Japan. Spielfilm, 1959
Regie: Yasujiro Ozu

ZDF

16.00 heute
16.04 Bild(n)er der Chemie
Robert Bunsen: Leuchtsignale aus dem Mikrokosmos
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Propellerinsel
Zweiteiliger Trickfilm nach Jules Vernes
1. Vertragsbruch und 1 Million Dollar
17.00 heute/Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Der Gitarrist Kambiz und Volker Lechtenbrink
17.50 Die Straßen von San Francisco
Der alte Herr Niemand
dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Hitparade im ZDF
präsentiert von Dieter Thomas Heck
20.15 Kinder Kinder
Ich will doch nur dein Bestes
Von Elke Kummer
Moderation: Rainer Haake
21.00 heute-journal
21.20 Vor den Augen der Welt
Amerik. Fernsehfilm, 1977
Mit Michael Lerner, Frederic Forrest u. a.
Regie: Mel Stuart
Vor zwanzig Jahren, am 22. November 1963, fielen die tödlichen Schüsse auf den amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy. Der Film schildert die Ereignisse unmittelbar vor dem Attentat und seine Folgen bis zur Festnahme Jack Rubys nach der Erschießung Lee Harvey Oswalds.
Anschl. Ratschlag für Kinogänger
Fanny und Alexander
23.35 heute
Anschl. Dr. Pnina Navé Levinson
Mein Text aus dem Buch der Bücher



Im „Café in Takt" singen diesmal gemeinsam Peter Horton und Veronika Fischer – ARD, 21.45 Uhr FOTO: KINDERMANN

III.

WEST
18.00 Telekolleg
Chemie (5)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.45 Ich stelle mich
Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein, Präsident des Deutschen Roten Kreuzes
Gesprächsleitung: Claus-Hinrich Casdorff
22.15 Landesspiegel
Innere Führung bei der Polizei
Besuch in der Polizeischule Wuppertal
22.45 Was mir gefiel
Robert Lembke stellt das Fernsehspiel seiner Wahl vor:
00.25 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Nach dem Schillerberg (2)
19.00 Familientraining II (5)
19.15 Prisma
20.00 Tagesschau
20.45 Ein Mythos wird müde
Israels Kibbuz zwischen gestern und heute
21.30 Für *Leser und Liebhaber*
21.45 Stolz und Vorurteil (4)
22.40 Parkett Mitte
22.55 *Götter und Geister*
23.25 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Spaß im Dritten
19.00 TV-Kochbuch
19.15 Elternstammtisch
20.00 Tagesschau
20.45 Notizen von Nachbarn
21.30 Task Force Police
22.20 Kultur International
23.05 Kunst im Knast

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Chemie (5)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.26 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.20 Die Kennedy Saga
21.50 Opas Weltraum-Utopien
22.10 Jazz am Montagabend
Herbie Mann and the Family of Mann

BAYERN
18.15 *Da schau her!*
18.40 Der Paddington-Bär
18.45 Rundschau
19.00 Aschenbrödel
19.10 Ivy
Amerik. Spielfilm, 1947
20.45 Rundschau
21.00 Blickpunkt Sport
22.00 Z. E. N.
22.05 Von Menschen und Maschinen (2)
22.50 *Der Schlaf, der nie endet*
00.00 Rundschau







DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheffa (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

„Bonner Wende ohne Mut und Weitblick“

Mk. Bonn

Eine scharfe Attacke gegen die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung hat die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM) geführt. Im Bulletin der ASM heißt es: „Die neue Regierung ist in ihrer ‚Erneuerungspolitik‘ zum Schaden der Gesundung und zum eigenen Schaden derart zaghaft vorgegangen, daß man sich fragen muß, ob die Wende überhaupt stattgefunden hat.“ Mut und Weitblick fehlten.

Die Aktionsgemeinschaft mahnt das Fehlen einer Ordnungspolitik, also marktwirtschaftliche Verbesserungen der Rahmenbedingungen, an. „Überdies muß man den Eindruck gewinnen, daß die Union ohne konkretes gesellschafts- und wirtschaftspolitisches Programm in die Regierungsverantwortung gegangen ist, erst recht ohne ordnungspolitische Entschlußkraft.“ Die Aktionsgemeinschaft wirft der Union vor, daß bei ihr kurzsichtige taktische Rücksichten auf interne Parteiflügel und außenstehende Interessengruppen wichtiger seien als eine weitsichtige Sanierung. In der Union herrschten ein Defizit an Theorie und Grundsatzklarheit.

Ehrendoktorwürde für Galinski

DW. Berlin

Mit der Würde eines Ehrendoktors der Bal-Ilan-Universität (Tel Aviv) wurde am Sonntagabend der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, ausgezeichnet. Die Feierstunde fand im Verlagshaus Axel Springer in Berlin statt. Galinski ist nach Verleger Axel Springer der zweite Deutsche, der diese Auszeichnung erhielt. Der Verleger würdigte in einer Laudatio die Verdienste Galinskis. Die Bar-Ilan-Universität ist die bedeutendste religiös orientierte israelische Universität mit Sitz in Ramat Gan bei Tel Aviv.

Axel Springer war 1974 mit der Würde eines Doktors „honoris causa“ der Philosophie ausgezeichnet worden. In der Verleihungsurkunde hieß es: „Man achtet Sie als einen Mann der Gerechtigkeit, und Sie haben sich einen Ehrenplatz verdient. In Ihren Meinungen sind Sie ohne Furcht, sogar bereit, Ihr eigenes Land zurechtzuweisen und zu tadeln.“

Teheran bestätigt Tod von Iranern in Libanon

Beiruter christliche Politiker sprechen in Bonn vor

AP/AFP, Beirut

Israelische Jagdbomber haben gestern Stellungen drusischer Milizen in den Bergen um Beirut angegriffen, berichtete der libanesische Rundfunk. Dabei wurden auch Stellungen im syrisch besetzten Gebiet getroffen. Der Sender meldete den Abschuß einer Maschine des Jagdschutzes. Ein syrischer Sprecher erklärte, es seien zwei israelische Flugzeuge abgeschossen worden.

Nach Angaben des iranischen Parlamentspräsidenten Rafsanjani sind bei den französischen Luftangriffen auf das Gebiet von Baalbek in Ost-Libanon 14 iranische „Revolutionswächter“ ums Leben gekommen. Ein Parlamentssprecher präzisierte, die Opferbilanz betreffe auch den vorangegangenen israelischen Angriff.

Die Kämpfe rivalisierender Palästinensergruppen um die nordlibanesische Stadt Tripoli und das naheliegende Flüchtlingslager Baddawi haben sich am Wochenende noch verschärft. Das fast völlig zerbombte Lager schien jetzt je zur Häfte von Gegnern und den Anhängern des PLO-Chefs Arafat besetzt.

Syriens Verteidigungsminister General Mustafa Tlass drohte den USA: „Wir haben Piloten, die bereit sind, Kamikaze-Angriffe auf amerikanische Kriegsschiffe zu fliegen.“ Auch könne Syrien mit sowjetischen Raketen den israelischen Kernreaktor in der Negev-Wüste zerstören.

lim. Bonn

Mit eindringlichen Worten hat eine Delegation der Christdemokratischen Union Libanons (UCDL) in Bonn auf das „bedrohliche Ungleichgewicht der Kräfte“ und auf die immer bedrückender werdende Notsituation der von Drusen belagerten christlichen Flüchtlingsstadt Deir el Kamar hingewiesen. In Gesprächen mit dem Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, mit CDU-Generalsekretär Heiner Geißler und dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Werner Marx, machten die libanesischen Politiker darauf aufmerksam, daß eine baldige Veränderung des militärischen Kräfteverhältnisses dringend nötig sei, da sonst die Regierung Gemayel dem Druck der Syrer nicht mehr widerstehen könne und das israelisch-libanesische Abkommen somit gefährdet sei.

Die Stimmung der Bevölkerung Libanons sei von Angst gekennzeichnet. Rund 400 Geschützrohre feuerten von Bergen seit Wochen auf Beirut herab, erklärten die libanesischen Gäste. Zwar werde die libanesische Armee von den USA jetzt massiv mit Waffen und Munition versorgt, könne aber nicht das allmähliche Vorrükken der syrischen und prosyrischen Einheiten verhindern.

IG Metall: Mehr Kontrolle der Gemeinwirtschaft

AP dpa/rtr, Frankfurt

Für eine schärfere Kontrolle und eine grundsätzliche Diskussion über das gemeinwirtschaftliche Engagement der Gewerkschaften hat sich die IG Metall als größte Einzelgewerkschaft im DGB ausgesprochen. Einstimmig beschlossen die 554 Delegierten des Mitte Oktober in München unterbrochenen Gewerkschaftstages am Wochenende in Frankfurt, ihre Organisation solle sich für bessere Kontrollregelungen wie Treuhandausschüsse und Kontrollbeiräte einsetzen. Sie forderten auch Beschwerdestellen für die Nutzer der gewerkschaftseigenen Unternehmen.

Damit soll verhindert werden, daß Mitglieder von Aufsichtsgremien privaten Nutzen aus ihrem Informationsvorsprung ziehen können. In Mißbrauchsfällen sollen ihre Anstellungsverträge sofort unwirksam werden, und sie sollen Schadensersatz leisten.

Kaum Unterstützung fanden dagegen Anträge, die Zahl der Aufsichtsratsmandate für Funktionäre zu begrenzen und die Beteiligung an der Neuen Heimat, dem Beamtenheimstättenwerk und co op aufzugeben. Die IG Metall bekannte sich zur Gemeinwirtschaft, forderte aber gleichzeitig eine Konferenz mit dem DGB über „Zweck und Nutzen“ dieser Unternehmen. Auf dem nächsten Gewerkschaftstag in drei Jahren in Hamburg soll der IG-Metall-Vorstand dazu berichten.

Argentinien tritt dem Klub der Atommächte bei

Angereichertes Uran wird in Rio Negro produziert

AFP/DW. Buenos Aires

Argentinien ist als erstes Land Lateinamerikas in den kleinen Klub der Atom-Mächte eingetreten. Der Präsident der nationalen Kommission für Nuklear-Energie (CNEA), Carlos Castro Madero, berichtete in Buenos Aires, daß sich Argentinien nun in der Lage befinde, angereichertes Uran zu produzieren. Zur Herstellung von Atomwaffen fehle es nach Darstellung aus Regierungskreisen gegenwärtig aber noch an den technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten.

Für die Produktion von Atomwaffen ist 90prozentig angereichertes Uran notwendig. Die Anlage der Argentinier zur Anreicherung von Uran in der Südprovinz Rio Negro kann nach den Worten von Roberto Pedazo, dem argentinischen Regierungsberater für Energie-Fragen, aber lediglich zu 20 Prozent angereichertes Uran produzieren.

CNEA-Präsident Castro Madero wies auf der Pressekonferenz in Buenos Aires darauf hin, daß der Prozeß der Uran-Anreicherung auf einer Technologie basiere, die „keiner ausländischen Hilfe“ bedürfe. Die Tatsache, daß die Argentinier die Fortschritte auf diesem Gebiet nicht geheim gehalten hätten, wertete Energie-Berater Pedazo als deutliches Zeichen dafür, daß Argentinien seine Forschungen zu friedlichen Zwecken betreibe.

Argentinien unterzeichnete 1967 zwar den für Lateinamerika ausgearbeiteten Atomsperrvertrag von Tlatelolco, aber ratifiziert wurde das Abkommen nicht, weil man es später als diskriminierend ansah. Die argentinische Haltung in dieser Frage führte denn auch zu Spannungen mit den USA.

Durch den Besitz der Technologie zur Uran-Anreicherung wird Argentinien künftig einen wichtigen Platz als Uran-Lieferant einnehmen. Besonders die südamerikanischen Länder Chile, Uruguay, Peru, Venezuela, Kolumbien und Brasilien gelten als potentielle Abnehmer.

Das Interesse an den argentinischen Forschungsergebnissen ist bereits jetzt nicht zu übersehen. Schon in den nächsten Tagen wird in Buenos Aires der Besuch einer wissenschaftlichen Delegation aus Algerien erwartet, die die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit im Hinblick auf den Bau des ersten algerischen Atomkraftwerks untersuchen soll. Schon heute wird der Generaldirektor der Internationalen Agentur für Atomenergie in Wien, Hans Blix, zu einer Besichtigung der argentinischen Atomkraftwerke und nuklearen Forschungszentren erwartet. Die Atomenergie-Behörde überwacht weltweit die Verbreitung von Kernwaffen, ist aber auf die Mithilfe der jeweiligen Atommächte angewiesen.

Wird Ruehl Botschafter bei der NATO?

cvb. Brüssel

Verteidigungsminister Manfred Wörner erwägt dem Vernehmen nach die Berufung des deutschen NATO-Botschafters Hans-Georg Wieck zum Staatssekretär im Bonner Verteidigungsministerium. Gleichzeitig denke der Minister darüber nach, Staatssekretär Lothar Ruehl, der im Verteidigungsministerium für Sicherheitspolitik zuständig ist, zum Botschafter und Ständigen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland im Nordatlantikrat zu ernennen.

Kenner bezeichnen Wörners Plan als ideal. Der Minister habe offenbar erkannt, daß er bestehende Schwächen seines Ministeriums mit dieser Personalveränderung beseitigen und zwei als erstklassig angesehene Beamte jeweils an die richtige Stelle setzen könne. Wie es weiter heißt, erwägt Wörner zugleich, Wieck auch das Aufgabengebiet Ruehls im Verteidigungsministerium zu übertragen. Strategie und Rüstung wären dann in einer Hand vereinigt.

Besonders auf amerikanischer Seite war in jüngster Zeit wachsende Unzufriedenheit über die Zusammenarbeit mit der Rüstungsabteilung des Verteidigungsministeriums sichtbar geworden. (SAD)

„Eingreiftruppe“ auch für Europa?

dpa/AFP, Paris

Frankreich führt zur Zeit Gespräche mit seinem Verbündeten über den Einsatz seiner im Aufbau befindlichen „Schnellen Eingreiftruppe“ (FAR) außerhalb der französischen Grenzen. In Frage kommt dabei, wie die Pariser Zeitung „Le Monde“ am Wochenende meldete, vor allem ein Einsatz in der Bundesrepublik Deutschland.

Der Kommandierende General der 1. Armee, Charles de Llamby, deren Einheiten im Osten Frankreichs und in der Bundesrepublik Deutschland stationiert sind, bestätigte in Straßburg die Aufnahme von Verhandlungen. Nach seinen Angaben werde geprüft, wie weit die NATO logistische Hilfe für die FAR bei einem Einsatz in Mitteleuropa leisten soll.

Die „Schnelle Eingreiftruppe“ soll nach ihrer Aufstellung 47 000 Mann zählen. Sie besteht vor allem aus leichten Panzereinheiten und Hubschrauberverbänden von Regimentern im Norden und Osten Frankreichs.

Andropows Brief an Kohl. USA-Bericht über Kwizinskis Vorstoß

■ Fortsetzung von Seite 1

struktion war genau jener auch in Bonn bekanntgegebene Vorschlag einer Reduktion der auf Europa gerichteten SS 20 auf 120 Stück (mit vergleichbaren Zahlen in Asien), wobei die NATO auf jede Nachrüstung zu verzichten habe.

Kurios aber an dem Nitze-Kwizinski-Austausch ist, daß der Russe nicht selber dieses neue Verhandlungspaket vorschlug, sondern Nitze nahelegte, er – das heißt die amerikanische Regierung – solle diesen Vorschlag unterbreiten, und Moskau werde dann sofort darauf eingehen. Die Erklärung des State Department vom Freitag sagt dazu: „Botschafter Nitze entgegnete (Kwizinski), daß er davon ausgehe, Washington werde wohl kaum einen sowjetischen Vorschlag in einen amerikanischen Vorschlag verwandeln. Er versprach aber, Kwizinskis Darlegungen an Washington weiterzugeben.“

Doch kaum waren diese „Darlegungen“ in Washington angekommen, als auch schon die Nachricht aus Westeuropa hinzukam, die Sowjets hätten bereits ihren neuen Vorschlag als „Nitzes Vorschlag“ feilgeboten.

In der amerikanischen Hauptstadt schüttelt man über derlei Finten nur noch den Kopf. Man rätselt über viele Aspekte: 1. Die Sowjets haben die neu ventilierten Ideen noch nicht formell am Genfer Verhandlungstisch unterbreitet. 2. Der Eindruck, sie verzichteten jetzt auf Kompensation für die 162 britischen und französischen Sprengköpfe, wurde sofort von Verteidigungsminister Ustinow dementiert (WELT vom 19. 11.). 3. Die Mischung aus Sondierung und Desinformation gewinnt im Westen keine Anhänger mehr und untergräbt eher den Anstrich der Seriosität, den sich Moskau zu geben versucht.

4. Die angebotenen Reduktionsstufen gehen seit einem Jahr auf immer niedrigere Zahlen. Im Dezember 1982 lautete das Angebot: 162 Trägerwaffen (als unebenbürtige Anrechnung für die britischen und französischen 162 Sprengköpfe). Am 26. Oktober 1983 schlug Andropow 140 Systeme als europäische Obergrenze vor; jetzt lautet die Zahl 120, wobei immer wieder westliche Nicht-Nachrüstung gefordert wird, also ein sowjetisches Monopol das Ziel bleibt. Wie weit, fragt man sich in Washington, wird Moskau in seinen Angeboten noch gehen wollen? Etwa auf 54 Systeme, was als Sprengkopfzahl (162) dem vorhandenen britischen und französischen Arsenal ebenbürtig wäre?

Vor allem die letzte Frage könnte im Bündnis beträchtlichen Wirbel auslösen. Eine Niedriggrenze von 54 Systemen wäre verlockend genug, um in westlichen Kreisen den Gedanken an einen gänzlichen Verzicht auf Nachrüstung zu wecken. In Washington sieht man das freilich nicht. Die Amerikaner würden auch ein Angebot von nur noch 54 gegen Europa gerichteten INF-Trägern (also 162 Sprengköpfe) ablehnen, solange der Westen im Gegenzug auf Stationierung vergleichbarer amerikanischer Waffen zu verzichten hätte. Ein sowjetisches Monopol, auf welcher Stufe auch immer, will man in Washington auf keinen Fall konzedieren.

Eine Reduktion um 572 Sprengköpfe würde die Gesamtsumme auf 708 reduzieren. Aufgeteilt auf die globalen Dislozierungsräume hieße dies: 120 Träger (360 Sprengköpfe) auf Westeuropa, 116 (348 Sprengköpfe) auf Asien gerichtet.

Montag, 21. November 1983
Nr. 271

WELT DER WIRTSCHAFT

Versicherte ohne Lobby

Py. – Die deutschen Schadenversicherer haben der Aufsichtsbehörde ihr neues Bedingungswerk zur Hausratversicherung zur Genehmigung vorgelegt. War zunächst aus einsichtigen Gründen daran gedacht, ein in den letzten 20 Jahren verändertes Schadenbild der Schadenentwicklung anzupassen, vielleicht auch mehr Bedingungs-Transparenz zu wagen, ging es zusehends stärker ums Abspecken von Versicherungsschutz, von tatsächlichem oder vermeintlichem Klimbim. Der freilich war vor Jahren von den Versicherern selbst aus Wettbewerbsgründen geschaffen worden.

Nach Beruhigung der durch mancherlei öffentliche Streichaktionen schwach gewordenen Nerven der Versicherer läßt die Assekuranz jetzt eine Gefahrenklassifizierung und eine Prämienanpassungsklausel aus dem Bedingungssack. Kein Meisterwerk an Geschicklichkeit.

Für die Einführung eines Prämienrabatts für solche Versicherungsnehmer, die ihr Eigentum nach dem letzten Stand der Technik schützen, haben sie allerdings kein Ohr. Dies sei ein Problem des Versicherungsnehmers und wirke sich maßgeblich bei der Annahmepolitik des Versicherers aus, meint lapidar der Verbandsvorsitzende Georg Voß. Angesichts der beklagenswerten Kriminalität im Bereich Feuer und Einbruchdiebstahl sollte derjenige „belohnt" werden, der sein Eigentum vor diesen Gefahren schützt. Im Industriebereich, wo dieselben Gefahren auftreten, geht es ja auch. Industrieversicherer haben ihren Versicherungs-Schutzbund, private Versicherungsnehmer haben keine Lobby.

Initiative

Wb. – Fünfzig Lehrer aus allen EG-Staaten sind in diesen Tagen in Japan auf „Besichtigungstour". Nicht etwa ihren Behörden haben sie diese 18tägige Studienreise zu verdanken und auch nicht im Interesse ihrer Staaten an den Realitäten der neuen Wirtschaftsweltmacht Japan. Die Japaner selbst sind es, die nun schon zum achten Mal eingeladen haben, um Kultur, Erziehungswesen und gesellschaftliches Leben und Verhalten ihres Landes an den Erzieher zu bringen. Der Denkansatz leuchtet ein, zumal in Zeiten, da den Japanern (in einigen Nachbarländern noch mehr als in Deutschland) das Image des großen Wirtschafts-Aggressors angeheftet wird: Fangen wir bei denen an, die die Vorstellungswelt der Erwachsenen von morgen prägen, mag sich das Tokioter Außenministerium bei seiner Initiative gesagt haben. Allerdings, selbst wenn die Mehrheit der Lehrer anschließend im Kollegenkreis als Multiplikator wirken sollte, bliebe die Breitenwirkung gering. Doch die Japaner denken langfristig – wahrscheinlich haben sie schon das Datum errechnet, zu dem auch der letzte deutsche Pauker ihr Land gesehen haben wird.

ZUKUNFTSINVESTITIONEN / Die WELT sprach mit Minister Heinz Riesenhuber

Bonn will in einem Modellversuch die Gründung von Unternehmen fördern

HEINZ HECK, **Bonn**

Mit einem zeitlich und regional begrenzten Modellversuch will Forschungsminister Heinz Riesenhuber die Gründung technologieorientierter Unternehmen fördern. In den nächsten vier Jahren stehen hierfür rund 100 Millionen Mark bereit. Wenn sich der Versuch bewährt, ist der Minister bereit, in ein flächendeckendes Programm das Zehnfache zu stecken, wie er in einem Gespräch mit der WELT erklärte.

Mit dem Modellversuch will das Forschungsministerium (BMFT) selbst etwas lernen, vor allem, wo die spezifischen Gründungshemmnisse liegen. Riesenhuber: „Kapital und Ideen sind vorhanden. Das Problem ist, die beiden zusammenzubringen." Ziel des Versuchs ist, die Startchancen für Firmengründungen in zukunftsträchtigen Technologiefeldern zu verbessern und gleichzeitig den Markt für Risikokapital für derartige Gründungen anzuregen. Riesenhuber erhofft sich davon Anstöße für die Aktivierung privater Investitionen in solche neuen Unternehmen und für ein verstärktes Engagement der Banken bei der Finanzierung.

Die Maßnahme soll pilotartig in einem vier Jahre für Gründungsprojekte offenen Versuch erprobt werden. Je nach Projektstadium kommen folgende Förderinstrumente zum Einsatz:

- Beratungshilfen für Gründer zur Erarbeitung tragfähiger Konzepte für die Vorhaben (also technische Gutachten, Marktuntersuchungen, Prüfungen der Patentsituation und ähnliche externe Hilfe – Phase I);
- bis zu 75prozentige Zuwendungen des Ministeriums zu den Entwicklungskosten der Gründungsvorhaben bis zum Prototyp (Phase II);
- bis zu 80prozentige Risikobeteiligungen Bonns für Bankkredite, die zur Finanzierung der Produktionseinrichtung und Markteinführung bestimmt sind (Phase III).

Teilnehmen kann jeder, der ein solches Unternehmen gründen will oder bereits eine solche Firma besitzt (nicht älter als drei Jahre und nicht mehr als zehn Mitarbeiter). Aus Kostengründen wurde auch eine regionale Beschränkung vorgenommen: Der Modellversuch soll in Berlin, Hamburg und Umgebung, im Ruhrgebiet, im Saarland, im Raum Karlsruhe/Pforzheim und in Ostbayern laufen. Daneben können Gründer im Bereich Mikroelektronik sowie Gründer, bei denen sich Wagnisfinanzierungsgesellschaften mit mindestens 25 Prozent beteiligen, bundesweit an dem Modellversuch teilnehmen.

Riesenhuber hält unter administrativen und ordnungspolitischen Erwägungen eine steuerliche Förderung für „ideal". Doch wenn, wie hier, nur ein begrenzter Kreis von Unternehmensgründungen (etwa in der Mikroelektronik oder Fertigungstechnik) gefördert werden soll, gäbe es Abgrenzungsschwierigkeiten und zusätzliche Komplikationen für die Steuerverwaltung.

Doch auch Riesenhuber ist klar: „Die Welle der Neugründungen kommt nur, wenn wir auch finanziell flankieren können." Aber die Anregung an die Versicherungsgesellschaften 0,1 Prozent ihrer Anlagen aus der Mündelsicherheit herauszunehmen und für die Wagnisfinanzierung bereitzustellen, stieß dort bereits auf deutliche Ablehnung.

Gerade bei der Finanzierung ist die Achillesferse zu sehen. Zwar sei auch in der Bundesrepublik Risikokapital durchaus vorhanden. Doch anders als in den USA werde es nicht in Technologiefirmen investiert, sondern meist in Bauherrenmodelle, Abschreibungsfirmen (zum Teil im Ausland).

Die Hauptprobleme der technologieorientierten Unternehmen in der Bundesrepublik seien geringes Eigenkapital und fehlende Sicherheiten, denen hohe Forschungs- und Entwicklungskosten für das marktreife Produkt, für Fertigung, Marketing und Vertrieb gegenüberstünden. Im Gegensatz zu den USA seien die Zugangsmöglichkeiten zur Börse praktisch noch gleich Null. Folglich ließen sich mögliche Gewinne aus einer Beteiligung an solchen Firmen nur schwer realisieren. Sollte der Modellversuch erfolgreich sein, so sieht Riesenhuber im ERP-Programm eventuell ein geeignetes Finanzierungsinstrument.

US-AKTIENMÄRKTE

Eilig abgereister Kongreß schürt die Defizitfurcht

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Das Wetter an den US-Aktienmärkten bleibt wechselhaft. In der vergangenen Woche dämpfte vor allem der Kongreß die neu aufgeflammte Hausse-Stimmung, als er die Lösung der riesigen Haushaltsdefizite wie eine heiße Kartoffel fallen ließ. Statt dessen beschloß er eine bis April befristete Anhebung der Verschuldungsgrenze des amerikanischen Bundes von 1,39 auf 1,49 Milliarden Dollar, damit der gewaltige Regierungsapparat weiterhin auf Pump geschmiert werden kann.

Klarer als die Politiker in Washington sieht die Börse die Konsequenzen dieses Versagens, das auch den Beginn des Wahlkampfes signalisiert: Wenn nichts geschieht, steigen in den kommenden fünf Jahren die roten Zahlen im US-Budget von 200 auf nahezu 300 Milliarden Dollar; in der gleichen Zeitspanne wächst die öffentliche Schuld um eine weitere Billion Dollar, wobei die Zinszahlungen von 101 (1983) auf mehr als 160 Milliarden Dollar jährlich zunehmen. Das muß zwangsläufig zu neuen Zinsschüben führen. Es ist nur eine Frage der Zeit.

Um in der Nacht zum Samstag für zwei Monate die Tore schließen zu können, haben die Senatoren und Abgeordneten ihre eigene Budgetresolution für das Finanzjahr 1984 über Bord geworfen. Sie sah Steuererhöhungen um 73 und Ausgabenstreichungen um 12,3 Milliarden Dollar in drei Jahren vor. Im Papierkorb versenkt wurde auch Senator Doles Plan, in vier Jahren das Defizit durch gleichhohe Ausgabenschnitte und Einnahmesteigerungen um 150 Milliarden Dollar abzubauen. Mitschuldig ist die Reagan-Administration, die neue Steuerlasten strikt ablehnt, so daß keinerlei Verhandlungsspielraum besteht.

Die US-Notenbank hat sich mit dem fiskalpolitischen Hindernisrennen offensichtlich abgefunden, was ebenfalls viele Investoren irritiert. Sie steuert jetzt einen „akkomodierenden" monetären Kurs, wenn auch vorsichtig. Aber die Zinsgefahr wächst natürlich. Wie aus dem Sitzungsbericht vom 4. Oktober hervorgeht, wurden die Kreditbremsen leicht gelockert; zuletzt nahm M1 (Bargeld und Sichteinlagen) um 2,2 Milliarden Dollar zu. Deutlich verbilligt hat sich Tagesgeld (Freitag: 9,13 Prozent).

Es wundert also nicht, daß die Märkte auf der Stelle treten. Im Wochenverlauf verbesserte sich der Dow-Jones-Industrie-Index nur um 0,82 (Freitag: minus 3,65) auf 1251,02 Punkte, während der breiter gestreute Nyse-Index sogar um 0,36 (0,47) auf 95,46 Punkte sackte. Einige Broker sagen eine auch steuertechnisch bedingte Korrekturphase voraus.

Heute ist für die US-Börsen ein besonderer Tag: Zum erstenmal gehandelt werden die neuen AT&T-Aktien sowie die Papiere der sieben abgetrennten regionalen Telefongesellschaften. Insgesamt kommen 1,6 Milliarden Aktien neu auf den Markt, das tägliche Umsatzvolumen steigt vermutlich um 15 Millionen.

Strategie gegen Freihandel

Von HORST-A. SIEBERT, Washington

Über den dritten Akt des Stahlgewitters, das der amerikanischen Industrie bisher Importschutz gegen Kohlenstoffstahl aus der EG und ausländischen Edelstahl einbrachte, hebt sich nun der Vorhang. Die Bethlehem Steel Corp. bereitet weitreichende Einfuhrschwerden vor, die vordergründig zwar auf eine Eindämmung der Einfuhren aus der Dritten Welt zielen. Was der zweitgrößte US-Stahlkonzern aber wirklich erreichen will, sind Lieferquoten für jedes Exportland, die weit unter den derzeitigen Marktdaten liegen.

Der Vorstoß der Bethlehem Steel ist Teil einer sorgfältig koordinierten Strategie. So hat die U. S. Steel Corp. als Marktführer am 18. November in Washington schon Klage gegen Mexiko, Argentinien und Brasilien erhoben, denen Preisdumping und/oder Exportsubventionierung vorgeworfen wird. Weitere Beschwerden hat Konzernchef David Roderick gegen Rumänien, Spanien, Südkorea und Südafrika angekündigt.

Damit aber nicht genug: Im Kongreß eingebracht worden ist am selben Tag der „Fair Trade in Steel Act of 1983", der den Anteil aller ausländischen Lieferungen am US-Stahlmarkt für fünf Jahre auf 15 Prozent beschränken soll. Die drei Maßnahmen stellen eine enorme Intensivierung der in Amerika seit 15 Jahren zu beobachtenden protektionistischen Bestrebungen dar. Der Aktion der Bethlehem Steel wollen sich mindestens Inland Steel und Armee anschließen.

Was der US-Stahlindustrie, die ebenfalls mit Überkapazitäten und sinkender Beschäftigung zu kämpfen hat, vorschwebt, ist die Lösung ihrer Absatzprobleme durch Marktschranken. Das ist in der Tat insofern gerechtfertigt, als die sogenannten Schwellenländer ohne Rücksicht auf Verluste ihre Produkte an den Mann zu bringen versuchen. Die Dummen sind in dieser neu entstandenen Situation jedoch die Westeuropäer und Japaner, die entweder unter Zwang oder freiwillig ihre Lieferungen gedrosselt haben.

Besonders gefährlich ist, daß zum Beispiel Bethlehem Steel ihre Beschwerden, die von Washington nicht einfach ignoriert werden können, auf die Sektion 201 des US-Handelsgesetzes stützen will. Hiernach muß importgeschädigten Industrien Schutz gewährt werden, während der bisher übliche Rückgriff auf die Sektion 301 staatliche Subventionen oder Preisdumping voraussetzte. Anders ausgedrückt: Einfuhrrestriktionen nach 201 werden nicht mehr nur auf das beklagte Land bezogen, sondern gelten weltweit. Kaum noch etwas wert wäre das EG-Abkommen.

Das alles – und das gibt zu denken – spielt sich vor der Kulisse des Wahlkampfes ab. Angesichts der desolaten Wirtschaftslage in den amerikanischen Stahlzentren rufen demokratische Anwärter auf die Präsidentschaftskandidatur wie Walter Mondale laut nach Abhilfe. Der Druck auf die Reagan-Administration verstärkt sich mit jedem Monat, und ihr Verhalten im Stahlstreit in den letzten 13 Monaten läßt trotz der Freihandelsschwüre Schlimmes befürchten.

Die US-Stahlkonzerne haben schon immer für eine globale Marktaufteilung plädiert; sie ist nach ihrer Ansicht unausweichlich. Den Topf zum Überlaufen bringen nun Länder wie Südkorea, Brasilien, Mexiko, Taiwan, Argentinien und Venezuela, die von 1971 bis 1981 ihre Ausfuhren nach Amerika von 0,63 auf 1,89 Millionen Tonnen jährlich verdreifacht und ihren Anteil an den US-Stahlimporten von 4,1 auf 10,7 Prozent erhöht haben. In diesem Jahr schlagen diese Lieferungen mit 3,42 Millionen Tonnen zu Buch, der Einfuhranteil steigt auf 25 Prozent. In den ersten neun Monaten verschifften Südkorea und Brasilien 1,1 und 0,8 Millionen Tonnen in die USA, die Bundesrepublik brachte es nur noch auf 0,7 Millionen Tonnen.

Die Crux sehen die Amerikaner darin, daß dies nur der Anfang ist: In Brasilien beispielsweise steigt die Rohstahl-Jahreskapazität bis 1985 von zur Zeit 18 auf 25 und in Mexiko von zehn auf 14 Millionen Tonnen, wobei ein immer höherer Prozentsatz auf Staatsbetriebe entfällt. Gegenüber 1982 verdoppelt Brasilien seine Stahlexporte in diesem Jahr auf 4,3 Millionen Tonnen; ermittelt hat das US-Handelsministerium bereits bei Grob- und Feinblechen Dumpingmargen bis zu 79 Prozent. Und Brasilien ist nur einer von vielen Lieferanten. Aus US-Sicht ist es jetzt die Dritte Welt, die über die Zukunft des internationalen Stahlmarktes entscheidet.

AUF EIN WORT

»Das Zusammenwirken von Wissenschaft und Wirtschaft muß bei uns optimiert werden, und es erscheint notwendig, daß wir recht bald zu vorzeigbaren und belegbaren Erfolgen kommen.«

Dr. Gerhard Zeidler, Vorstandsmitglied der Standard Elektrik Lorenz AG, Stuttgart

FOTO: KRAUFMANN

Geiger: Zinsniveau wird andauern

AP, **Stuttgart**

Der wirtschaftliche Aufschwung und die Verringerung der öffentlichen Verschuldung werden sich noch nicht beim Zinsniveau bemerkbar machen, erklärte der Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes, Helmut Geiger, im Süddeutschen Rundfunk. „Mit den Zinsen, die wir heute erreicht haben, werden wir noch einige Zeit leben müssen", zumal das Haushaltsdefizit der USA immer noch zunehme und die Bundesrepublik sich nicht vom internationlen Finanzmarkt abkoppeln könne, sagte er. Insgesamt sei er aber optimistisch. Die Weltwirtschaft habe das konjunkturelle Tal durchschritten. 1984 werde es weltweit Wachstumsraten geben, von denen auch die Bundesrepublik, nicht zuletzt im Hinblick auf die Beschäftigungslage, profitieren würde.

WELTHANDEL

Gatt: Sowjetunion konnte Exporte deutlich erhöhen

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Mehr als 60 Prozent ihrer Exporterlöse im Handel mit den Industrieländern müssen die kleineren Ostblockstaaten bereits für ihren Schuldendienst aufbringen. Wie aus dem jetzt vom Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) in Genf vorgelegten Bericht über den Welthandel 1982/83 hervorgeht, stieg die Verschuldung dieser Länder in harten Währungen im vergangenen Jahr um rund sieben auf 65 Milliarden Dollar.

Wegen des geringen Wachstums ihrer eigenen Produktion und der anhaltenden Rezession in anderen Teilen der Welt mußten diese Staaten im Gegensatz zur Sowjetunion ihre Importe drastisch reduzieren. Waren die Einfuhren im Durchschnitt der Jahre 1976 bis 1980 um zwölf Prozent gewachsen, so gingen sie 1981 um vier und 1982 um sieben Prozent zurück. Der mengenmäßige Rückgang war noch ausgeprägter. Ihr Export stagnierte 1981 und nahm 1982 leicht um ein Prozent zu.

Die Folge: Mußten diese Staaten 1980 noch ein Handelsbilanzdefizit von 6,2 Milliarden Dollar verkraften, so konnten sie im vergangenen Jahr bereits einen Überschuß von 3,6 Milliarden verbuchen. Gegenüber den Industriestaaten wurde aus einem Defizit von 3,3 ein Überschuß von 1,8 Milliarden Dollar während dieser Zeit.

Demgegenüber konnte die Sowjetunion 1982 ihre Exporte noch um zehn Prozent steigern, obwohl der Welthandel um zwei Prozent schrumpfte. Die Importe nahmen noch um 6,5 Prozent zu. Seit 1977 ist die sowjetische Handelsbilanz im Plus, das sich im vergangenen Jahr auf 9,3 Milliarden Dollar belief. Allerdings ergab sich für den Handel mit den Industriestaaten ein Fehlbetrag von 410 Millionen Dollar.

AGRARPOLITIK

Einzelhandel wehrt sich gegen EG-Reformpläne

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Erhebliche Bedenken führt der deutsche Einzelhandel gegen die ins Auge gefaßte Reform der EG-Agrarpolitik ins Feld, wie sie von der Brüsseler Kommission vorgeschlagen wurde und von der Bundesregierung weitgehend unterstützt wird. In einem Brief an Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle warnt der Präsident der Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels (AVE), Gerd C. Kade, die Importinteressen des Handels zugunsten einer angemessenen Verbraucherversorgung zu vernachlässigen. Die Reform dürfe nicht nur zugunsten einer Gruppe vorgenommen werden.

Nach Ansicht Kades läuft die bisherige Diskussion darauf hinaus, die Gemeinschaftspräferenz weiter zu stärken, also die Importe aus Drittstaaten noch mehr zurückzudrängen. Damit werde es für den Einzelhandel immer schwieriger, ein angemessenes Sortiment vorzuhalten.

Immerhin, so Kade, solle die internationale Zusammenarbeit gegen den Verfall der Weltmarktpreise intensiviert werden. Überdies wendet sich die AVE dagegen, die Einfuhren landwirtschaftlicher Erzeugnisse in die Gemeinschaft zu überprüfen, um sie der Marktlage anzupassen. Die hierzu entwickelten Leitlinien sehen in wichtigen Sektoren zusätzliche Einfuhrbeschränkungen in Form von Importquoten, Exportselbstbeschränkungsabkommen und Mindestpreisregulierungen vor. „Danach bedeutet die neue Agrarpolitik noch mehr Protektionismus als bisher", schreibt Kade. Fast ein Drittel der Konsumgütereinfuhren in die Bundesrepublik bestünden aus Nahrungs- und Genußmitteln. Auslandswaren hätten am Lebensmittelumsatz einen Anteil von rund 25 Prozent.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Wolff: USA und Europa vor Zerreißprobe

Graz/Bonn (AP) – Europa und die USA nähern sich in Fragen von Agrarpolitik, Osthandel und Protektionismus der Zerreißprobe. Diese Auffassung hat der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, in einer Rede vor Unternehmern und Politikern in Graz vertreten. Die „wirtschaftlichen Querelen" hätten bereits eine solche Qualität erreicht, daß sie dem Zusammenhalt des westlichen [illegible] Streit um die Cocom-Liste strategisch wichtiger Güter, die nicht in Länder des Warschauer Paktes geliefert werden dürfen, zeige, daß man in Washington „nicht viel hinzugelernt" habe. Allerdings sei auch in der EG die Neigung zum Protektionismus größer geworden.

Weg der Kurse

	18. 11. 83	11. 11. 83
Boeing	40,875	40,625
Chrysler	27,125	28,75
Citicorp	34,75	35,125
Coca-Cola	55,125	56,875
Exxon	36,875	38,625
Ford Motors	65,25	66,125
IBM	123,25	127
PanAm	8,125	8
US Steel	27,875	27,50
Woolworth	37,875	37,125

Umweltschutz mit Augenmaß

Bonn (Mk.) – Zusätzliche Belastungen der Industrie für den Umweltschutz lassen sich nach Ansicht des Vizepräsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Tyll Necker, nur verkraften, wenn nicht gleichzeitig neue hohe Kostensteigerungen in anderen Bereichen auf die Wirtschaft zukommen. Die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sei mit erhöhten Anstrengungen für den Umweltschutz mit Sicherheit nicht vereinbar, betonte Necker vor dem Umweltforum in Düsseldorf. Die hohe Priorität der Arbeitsplatzsicherung mache eine Umweltschutzpolitik mit Augenmaß doppelt wichtig. Nachdrücklich plädierte Necker für eine internationale Abstimmung im Umweltschutz.

Kohleförderung sinkt

Essen (dpa/VWD) – Die Ruhrkohle AG, Essen, hat in den ersten drei Quartalen 1983 ihre Förderung stärker gesenkt, als der Absatz zurückgegangen ist. Die Förderung lag bis Ende September mit 43,1 Millionen Tonnen verwertbarer Kohle um fast zehn Prozent niedriger als vor Jahresfrist. Zugleich sank der Absatz um 2,6 Prozent auf 40,9 Millionen Tonnen. Die Kokserzeugung wurde wegen der Stahlkrise um 24 Prozent auf 9,1 Millionen Tonnen gedrosselt. Die Auslastung [illegible] Prozent gelegen hatte, sank dadurch auf 79,6 Prozent. Lediglich der Absatz an die Kraftwerke stieg erneut um 2,8 Prozent auf 18,6 Millionen Tonnen verwertbarer Förderung.

Neue Milchsubvention

Washington (Sbt.) – Zum erstenmal sollen amerikanische Bauern Geld für Milch erhalten, die ihre Kühe nicht produzieren. Nach einem Beschluß des Kongresses zahlt der US-Fiskus zehn Dollar je 12,5 Gallonen (47,3 Liter) Milch, die „unterhalb des normalen Erzeugungsniveaus liegen". Wenn überhaupt, wird Präsident Reagan die Maßnahme nur widerwillig akzeptieren. Die Administration befürchtet ein weiteres Aufblähen der Milchsubventionen, die ohnehin schon mehr als 2,7 Milliarden Dollar im Jahr verschlingen. Washington kauft alle Milch auf, die nicht zu dem um 0,50 auf 12,60 Dollar je 12,5 Gallonen reduzierten Stützpreis abgesetzt werden kann.

Londoner Kassapreise

	18. 11. 83	11. 11. 83
Kupfer (£/t)	940,5	914
Blei (£/t)	272,5	272
Zink (£/t)	595,5	578,5
Zinn (£/t)	8645	8675
Gold ($/Unze)	376,125	382,125
Silber (p/Unze)	582,05	599,10
Kakao [1] (£/t)	1554	1550,5
Kaffee [2] (£/t)	1903,5	1848
Zucker (£/t)	135	143
Kautschuk (p/kg)	80,75	78,75
Wolle (p/kg)	401	402
Baumwolle [3] (cts/lb)	89,45	89,15

[1] Abladung März; [2] Abladung Januar; [3] A-Index-Preis Liverpool

SCHULDENKRISE

Aufatmen nach Freigabe der amerikanischen IWF-Gelder

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Die Freigabe des Anteils der USA an der Quotenerhöhung und der Allgemeinen Kreditvereinbarung (AKV) – insgesamt 8,5 Milliarden Dollar – durch den Kongreß garantiert eine Eindämmung der Schuldenkrise. Davon ist man beim Internationalen Währungsfonds (IWF), in der Reagan-Administration und in amerikanischen Bankkreisen überzeugt. 89 Mitgliedsländer haben das Abkommen schon ratifiziert; die restlichen 57 werden nun rasch folgen, so daß dem Fonds zusätzlich mehr als 40 Milliarden Dollar für Bereitschaftskredite zur Verfügung stehen.

Das Exekutivdirektorium des IWF tritt morgen zusammen. Erwartet wird eine Fortsetzung der Auszahlungen an Brasilien im Rahmen des 5,4 Milliarden Dollar umfassenden Hilfspakets. Wie es heißt, ist der Fonds Brasilien entgegengekommen, indem er einer Kürzung der Inflationsrate von 200 auf 75 (statt 55) Prozent bis Ende 1984 zustimmte. Mit dem Kongreßbeschluß abgesichert ist auch der neue Kredit der Privatbanken über 6,5 Milliarden Dollar.

Den Durchbruch auf dem Kapitol vorausgesagt hat die WELT am 31. Oktober. Möglich wurde er durch einen legislativen Trick: Die IWF-Mittel wurden mit 15,6 Milliarden Dollar Neuausgaben für den sozialen Wohnungsbau gekoppelt; das eine gab es also nicht ohne das andere, was für Mehrheiten in beiden Häusern sorgte. Einen hohen Preis zahlen die Banken. Für sie gelten zum Beispiel diese neuen Auflagen: Streckung der Gebühren auf die Kreditlaufzeit, Rückstellungen für dubiose Ausleihungen, Erhöhung des Eigenkapitals auf fünf Prozent der Bilanzsumme und eine größere Informationspflicht.

INNOVATIONSPOLITIK / Internationales Symposium in Bonn

Zielgerichtete Anstrengung in Japan

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Japan – das große Vorbild? Wenn es um Innovationen geht, scheint das fernöstliche Inselreich in der deutschen Öffentlichkeit immer mehr in diese Rolle zu rutschen. Allerdings können sich auch die Erfolge in einigen wichtigen Bereichen sehen lassen.

Gründe also genug für die Bundesministerien für Wirtschaft und Forschung und Technologie heute und morgen auf einem Japansymposium in Bonn, zwei Studien zu den japanischen Anstrengungen im Bereich Forschung, Entwicklung und Innovation öffentlich diskutieren zu lassen. Immerhin wird in der vom Battelle-Institut im Auftrag des Wirtschaftsministeriums durchgeführten Untersuchung „Innovationsprozesse und Innovationspolitik in Japan" festgestellt, das dortige Wirtschaftssystem besitze eine gleichgerichtete, quasi-natürliche Innovationsfähigkeit in allen Bereichen und auf allen Ebenen.

Auf der Unternehmensebene falle für Japan vor allem der Vorrang der Marktorientierung bei der Entwicklung neuer Produkte und Verfahren, die innovationsfreundlichen, gruppenorientierten Entscheidungsstrukturen sowie die umfassenden Aktivitäten zur Auswertung der Informationen aus allen wichtigen Ländern ins Gewicht. Ein weiterer Vorteil sei die im Verbund von Wirtschafts-, Industrie- und Technologiepolitik einheitlich konzipierte und durchgeführte Innovationspolitik. Ihr gelinge es, durch den gezielten Einsatz finanzieller Anreize, mehr aber noch durch einen breiten Konsensbildungsprozeß zwischen allen Beteiligten, neue Branchen und Technologien beschleunigt und zielgerichtet sich entwickeln zu lassen.

Zwar kann nach Ansicht des Battelle-Instituts, das Japanische System nicht einfach übernommen werden. Aber die in der Bundesrepublik vorhandenen innovativen Kräfte könnten „nach eigenen Konzepten" besser genutzt werden. Dazu wird ein integriertes Innovationsmanagement vorgeschlagen. Beispielhaft werden dazu angeregt:

- ein Bundesamt für Innovation, um die Aktivitäten der öffentlichen Hände besser zu koordinieren,
- ständige Beratende Innovationsausschüsse für das Zusammenwirken aller Beteiligten,
- die Ausbildung von Innovationsmanagern und von Innovationsingenieuren,
- die Einrichtung neuer und die Elektronisierung vorhandener Systeme zur Informationsbeschaffung und
- eine bessere Wissensvermittlung vor allem im Hinblick auf die Teilnahme kleiner und mittlerer Unternehmen am Innovationsprozeß.

KUNSTSTOFF

Verarbeiter: Bessere Rendite

JOACHIM WEBER, Darmstadt

Die deutschen Kunststoffverarbeiter sind bislang auf etlichen ihrer in diesem Jahr neu geschaffenen Ausbildungsplätze sitzengeblieben. Die genaue Zahl konnte Verbandsvorsitzender Peter Bruckmann anläßlich der Jahresversammlung der Branche in Darmstadt noch nicht nennen. Als wesentliche Ursache des mangelnden Interesses – vor allem für den jungen Beruf des „Kunststoff-Formgebers" – sieht er aber das immer noch sehr unscharfe Image dieses Zukunftsberufs.

Etwa 15 bis 20 Prozent der produktionsorientiert Beschäftigten in der Branche, also 25 000 bis 30 000 Menschen, müßten künftig eine solche Facharbeiter-Ausbildung haben, wenn das Qualitätsniveau der Produktion weiter angehoben werden soll. Bisher hat man sich vorwiegend mit umgeschulten Facharbeitern anderer Richtungen oder mit Angelernten beholfen.

Die wirtschaftliche Lage der Kunststoffverarbeiter hat sich in diesem Jahr deutlich gebessert. In den ersten acht Monaten nahm ihr Umsatz bei nur einem Prozent Preissteigerungen um 5,9 Prozent auf 18,8 Mrd. DM zu. Gleichzeitig verbesserte sich die Bruttoumsatzrendite um etwa 8 Prozent. Für das Gesamtjahr erwartet die Branche einen Umsatzzuwachs zwischen 6 und 8 Prozent, der sich 1984 fortsetzen soll.

AGRARMARKT / Vor dem EG-Gipfel in Athen

Kompromisse in Sicht

DANKWARD SEITZ, Sonthofen

Sehr zuversichtlich beurteilt Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle nach dem derzeitigen Stand der Vorgespräche die Aussichten, daß auf dem EG-Gipfeltreffen in Athen Anfang Dezember grundsätzliche Lösungsmöglichkeiten zur weiteren Finanzierung des EG-Agrarmarktes gefunden werden können. Bei den Verhandlungen auf den unteren Ebenen sei man bisher weiter vorangekommen als erwartet. Selbst bei den noch bestehenden Streitpunkten über den Währungsausgleich, die Milchmarktordnung und die Frage, ob noch weitere Produkte in einem Begrenzungssystem miteinbezogen werden sollen, zeichnen sich Kompromisse ab.

Seine Zuversicht stützt Kiechle auch darauf, wie er vor Journalisten in Sonthofen erläuterte, daß inzwischen alle EG-Länder eingesehen hätten, daß die Finanzierungsmöglichkeiten des Agrarmarktes erschöpft und nur noch mit „Tricks" aufrechtzuerhalten seien. Auch wenn noch versucht werde, einzelne nationale Vorstellungen durchzusetzen, sei bei allen Beteiligten angesichts des drohenden Zusammenbruchs des Marktes spätestens im Herbst 1984 „eine große interne Bereitschaft festzustellen, zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen".

Mit Entschiedenheit verteidigte Kiechle die von der Brüsseler Kommission vorgeschlagene Einführung einer Garantiemengenregelung für den EG-Milchmarkt. „Dies ist nicht mein Wunschtraum", so der Minister, „aber die einzige Möglichkeit, diesen Markt zu retten." In Detailfragen sei man sich zwar noch nicht einig, aber grundsätzlich hätten inzwischen alle EG-Länder diesem Plan zugestimmt. Ohne größeren Schaden könne dadurch die jährlich anfallende Milchmenge innerhalb der Gemeinschaft von 105 auf 97 Millionen Tonnen zurückgeführt und begrenzt werden.

Wie Kiechle andeutete, wird man dabei allerdings nicht auf die Forderung des Deutschen Bauernverbandes, das Jahr 1983 als Referenzbasis zu nehmen, eingehen, sondern aller Voraussicht nach die Milchmenge des Jahres 1981 zuzüglich ein Prozent als Bemessungsgrundlage wählen. Die Bauern, die ihre Milchproduktion seit 1981 stark ausgeweitet hätten, müßten mit einer um zehn bis elf Prozent geringeren Abnahmegarantie rechnen. Allein für die Bundesrepublik bedeute diese Maßnahme eine Verringerung der Milchmenge um rund zwei Millionen Tonnen im Jahr.

Ein Marktgleichgewicht, so räumte Kiechle ein, sei zwar auch dann noch nicht erreicht, doch seien diese Mengen dann wieder einigermaßen finanzierbar. Eine Realpreissenkung sei weder im Hinblick auf die Einkommenssituation in kleinen und mittleren Betrieben, sondern nur unter gesamtwirtschaftlichen Aspekten vertretbar oder sinnvoll.

FRANKREICH

Stahlverbrauch nimmt ab

J. SCH. Paris

In seinem erst jetzt veröffentlichten Jahresbericht 1982 warnt der Spitzenverband der französischen Eisen- und Stahlindustrie davor, von einer allgemeinen Konjunkturbelebung eine entsprechende Steigerung des Stahlverbrauchs zu erwarten. Denn der Stahl sei einem zunehmenden Substitutionswettbewerb insbesondere durch das Aluminium ausgesetzt. Außerdem führe die Verbesserung der Stahlverwendungstechniken zu rückläufigem Stahleinsatz des gleichen Produktes.

Selbst wenn die Produktion der stahlverarbeitenden Industrie gleich bliebe, müßte deshalb die Rohstahlproduktion zurückgehen. So mache sich die Stahlindustrie selbst Konkurrenz, heißt es. Zum Beispiel würden für den Bau des Pariser Eiffelturms statt der damals (1889) 7000 Tonnen heute nur noch 2000 Tonnen Stahl benötigt. Mit weiteren „Fortschritten" in diese Richtung sei zu rechnen.

Im Jahre 1982 war der französische Stahlverbrauch auf 15,52 (16,60) Millionen Tonnen zurückgegangen, die Rohstahlproduktion dagegen auf 18,40 (21,26) Millionen Tonnen, obwohl die Stahlexporte mit 7,51 (9,53) Millionen Tonnen das Niveau der Importe von 7,23 (7,02) Millionen Tonnen erreichten.

ZYPERN / Türken-Staat kaum lebensfähig

Hilfe aus Ankara nötig

dpa/VWD, Athen/Ankara

Die kürzlich ausgerufene „Türkische Republik von Nordzypern", die 38 Prozent der Inselfläche umfaßt und in der etwa 150 000 Einwohner leben, dürfte wirtschaftlich ohne massive Unterstützung aus der Türkei kaum lebensfähig sein. Im Etat von Ankara sind für das Jahr 1983 umgerechnet 218 Millionen Mark an Hilfe für den türkischen Teil der Insel vorgesehen. Für 1984 plant Ankara eine Hilfe in Höhe von 200 Millionen Mark. Griechischen Schätzungen zufolge trägt die Türkei seit der Invasion im Sommer 1974 etwa 50 bis 60 Prozent des Haushalts der Zypern-Türken. Demgegenüber bestritt Griechenland lediglich vier bis sieben Prozent des (griechisch-)zyprischen Staatshaushalts.

Türkisch-Zypern hat bislang auch noch keine eigene Währung. Die Gründung einer Zentralbank und die Herausgabe einer Landeswährung sind erst für 1984 geplant. Nach türkischen Angaben ist die türkische Lira im Norden der Insel offiziell seit Anfang 1983 Landeswährung, de facto aber seit vielen Jahren. Nordzypern lebt gegenwärtig vor allem vom „Koffer-Export": Da der Außenhandel 1974 völlig liberalisiert wurde, reisen zahlreiche Festlands-Türken auf die Insel, um sich hier mit den Produkten des Weltmarkts einzudecken, die in der Türkei erheblich teurer oder Mangelware sind.

Der Tourismus, früher die Hauptstütze der Wirtschaft, liegt trotz vorhandener Hotelkapazitäten, schöner Strände und antiker Stätten darnieder. Die Hotels stehen vielfach leer und verfallen, weil die Touristenströme aus Westeuropa ausbleiben. Vor der Invasion, bei der etwa 160 000 griechisch-stämmige Flüchtlinge nach Süden zogen, lagen 65 Prozent der Fremdenverkehrseinrichtungen im Norden. Die wichtigsten Exportgüter (Exportvolumen 1982: 86 Millionen Mark) von Türkisch-Zypern sind heute Zitrusfrüchte und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Die rund 520 000 griechischen Zyprer können demgegenüber für die Lebensfähigkeit ihrer Wirtschaft ins Feld führen, daß ihr Bruttosozialprodukt 1982 um 3,7 Prozent gestiegen ist und die Arbeitslosenquote mit drei Prozent sowie die Jahresinflationsrate mit sechs Prozent relativ niedrig lagen. Trotz hoher Soziallasten infolge des Flüchtlingsproblems gelang es den Griechen, den Fremdenverkehr im Süden soweit auszubauen, daß die Zahl der Touristen 1982 mit 544 000 bereits doppelt so hoch war wie 1973 auf ganz Zypern. Zur wirtschaftlichen Erholung des griechischen Teils trugen auch die Überweisungen von 250 000 im Ausland lebender Zyperngriechen bei. Die Exportprodukte des griechischen Teils (Textilien, Schuhe und Zement) gehen zu 50 Prozent in die arabischen Länder, ein Drittel wird von der EG abgenommen, mit der Zypern assoziiert ist.

DYWIDAG

Dividende wieder „angemessen"

dpa/VWD, München

Die Dyckerhoff + Widmann AG, München, erbrachte in den ersten neun Monaten des Geschäftsjahres 1983 eine Gesamtleistung von 1,58 (1,48) Mrd. DM. Das entspricht – wie der Vorstand in einem Zwischenbericht mitteilte – einer Steigerung um 6,5 Prozent. Der Auslandsanteil stieg um 15,7 Prozent auf 464 (401) Mill. DM.

Der Auftragsbestand am 30. September lag mit 2,95 Mrd. DM nur unwesentlich niedriger als zu Jahresbeginn (2,99 Mrd. DM) und auf gleicher Höhe wie Ende September 1982. Der Auftragseingang in den ersten neun Monaten betrug 1,23 Mrd. DM aus dem Inland (plus 8,1 Prozent) und 310 Mill. DM aus dem Ausland (minus 50 Prozent). Die Betonwerke konnten mit 252 Mill. DM ihre Leistung in den ersten drei Quartalen um 17 Prozent steigern. Der Auftragseingang blieb allerdings – insbesondere wegen der Finanzschwäche der öffentlichen Hände – mit 214 Mill. DM hinter dem Vorjahreszeitraum zurück.

Das Ergebnis werde wegen des Konkurrenzdrucks, der an manchen Stellen nicht auskömmlichen Preise und der Finanzschwierigkeiten einzelner Auftragsländer (Irak) belastet. Dennoch werde man das jüngst um 50 Prozent auf 57 Mill. DM erhöhte Grundkapital mit einer „angemessenen Dividende" bedienen.

WIBAU-VERGLEICH / Heute Entscheidung

Kredit von drei Millionen

rtr/DW, Frankfurt

Die endgültige Entscheidung über das Fortbestehen der Baumaschinenfirma Wibau AG wird heute durch die Gläubigerbanken fallen. Wie Vergleichsverwalter Wilhelm Schaaf auf Anfrage erklärte, wollen die Kreditinstitute, insbesondere die neue Führung der Bank Schröder, Münchmeyer, Hengst und Co. (SMH) bis zu diesem Zeitpunkt darüber „nachdenken", ob sie einen dringend notwendigen Betriebsmittelkredit über 3 Mill. DM zur Verfügung stellen. Er habe, so Schaaf, die gewünschte Summe von ursprünglich 6 Mill. DM auf die Hälfte reduziert, um den Banken die Entscheidung leichter zu machen.

Er habe „kein schlechtes Gefühl", daß dies möglich sein werde. Bis zum Abschluß der Prüfung des Unternehmens, die noch rund zwei Wochen in Anspruch nehmen dürfte, würde der Betrag für die notwendigsten Zahlungen reichen. Für die Finanzierung der Gehälter könnte eine andere Regelung gefunden werden. Vorstandsvorsitzender Roland Spika hat am Freitag bei einem Gespräch mit den Banken seinen Rücktritt erklärt.

Zu den Überlebenschancen des Unternehmens, das in erster Linie Betonpumpen und Asphaltmischanlagen herstellt, bestehen in Branchen- und Bankenkreisen unterschiedliche Versionen. Bisher gebe es von der Prüfungsgesellschaft Treuarbeit keine umfassenden Zahlen über den Vermögensstatus noch eine endgültige Untersuchung der Bilanzen. Mit näheren Angaben zu den Geschäftschancen wird frühestens in der nächsten Woche gerechnet, auch im Hinblick auf die erwünschte Bürgschaft von der hessischen Landesregierung, heißt es in Bankenkreisen.

In der Baumaschinenbranche wird davon gesprochen, daß bei der Wibau weit überdurchschnittliche Lagerbestände liegen, die einen Wert von mehreren hundert Mill. DM repräsentieren. So schätzt man den Bestand an Asphalt-Mischmaschinen mit einem Wert von jeweils 1,5 bis 2,5 Mill. DM auf 50 bis 90. Darüber hinaus soll eine ähnliche Anzahl von Betonpumpen (bis 700 000 DM pro Stück) auf Halde liegen.

HAUSRATVERSICHERUNG / Neuordnung tritt mit zeitlicher Verzögerung in Kraft

Anpassungsklausel fehlte bislang

HARALD POSNY, Düsseldorf

Das neue Bedingungswerk für die Verbundene Hausratsversicherung (VHB 84) wähnten die meisten nach langer Diskussion „in trockenen Tüchern". Doch weit gefehlt. Noch bevor das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV) um den amtlichen Segen gebeten wurde, sind von der Öffentlichkeit bis vor ein paar Tagen unbemerkt und wohl auch nicht an die große Glocke gehängt zwei Punkte in die Bedingungen hineingeschrieben worden, die bislang fehlten: eine Prämienanpassungsklausel und eine Prämiendifferenzierung nach Tarifzonen.

Kein Wunder deshalb, daß die neue VHB 84 nicht wie ursprünglich vorgesehen am 1. 1. 1984, sondern erst Anfang April, vielleicht auch erst Anfang Juli in Kraft tritt. Von da an wird die gesamte Umstellung der bestehenden, meist langfristig abgeschlossenen Versicherungsverträge vier bis sechs Jahre dauern.

Ursprünglich sollte nur die Fünffach-Kombination (Feuer, Einbruchdiebstahl, Leitungswasser, Sturm und Glas) durch Ausgliederung von Glasschäden abgespeckt werden. Die Möglichkeit, einzelne Gefahren vom Versicherungsschutz auszusparen, besteht künftig nicht mehr. Dagegen gehören neben Glasbruch und „Gefahren des einfachen Diebstahls" (Fahrräder, Gartenmöbel und Hausrat – auch in verschlossenen Kraftfahrzeugen) nicht mehr zur Grunddeckung. Zumindest Glas – wie schon bisher Sonderglasungen und übergroße Scheiben – und Fahrräder sollen demnächst zusätzlich versicherbar sein. Sogenannte Vandalismus-Schäden, die durch vorsätzliche Zerstörung bei „erfolglosen" Einbrüchen entstehen, werden jedoch mitversichert sein.

Die Anzahl der Entschädigungsgrenzen, so der Verbandsvorsitzende der Sachversicherer, Georg Voß, ist stark reduziert worden. So werden Wertsachen bis zu 20 Prozent der Versicherungssumme (maximal 40 000 DM) erstattet. Eine Erhöhung dieser Entschädigungsgrenze ist jedoch – gegen Mehrprämien versteht sich – möglich. Bei den zahlreichen Entschädigungsgrenzen ist jedoch nicht von der Hand zu weisen, daß es bis zur endgültigen Genehmigung durch das BAV noch einige – auch unangenehme – Überraschungen geben wird.

Dennoch: „Die Versicherer wollen beim bewährten Vollwertmodell bleiben", sagt Voß. Der Versicherungsnehmer muß wie bisher den genauen Wert seines Hausrats versichern, um im Schadensfall voll entschädigt zu werden. Akzeptiert er die Bemessung der Versicherungssumme (mindestens 1000 DM je Wohnungsquadratmeter), kann der Versicherer in Form einer Klausel zum Versicherungsvertrag auf den Einwand der Unterversicherung verzichten.

Bei der neuen Prämienanpassungsklausel wird der Prämiensatz entsprechend dem Schadensatz (Schadenaufwand im Verhältnis zur Versicherungssumme) verändert. Letzterer wird durch einen Treuhänder auf Basis des Durchschnitts der letzten 3 Jahre berechnet. Der längere Zeitraum gleicht witterungsbedingte Ausschläge etwas aus. Die Steigerung der Schadensätze wird durch Kappen der Veränderungsrate auf die nächstniedrigere, durch 2,5 teilbare Zahl gemildert. Hierdurch werden die Versicherer im Durchschnitt auf 1,25 Prozentpunkte „unwiederbringlich" verzichten. „Für die Höhe des Prämiensatzes wird es eine unverbindliche Verbandsempfehlung auf der Grundlage langjähriger Statistiken geben, erläutert Voß.

Freilich – die Geschäftsentwicklung der deutschen Sachversicherer ist auch 1983 alles andere als rosig: Zwar wurden insgesamt bis Ende August 7 (8,5) Prozent mehr an Prämien kassiert als im Vorjahr, doch wird sich die Schadenentwicklung nicht verbessern. Rund 77 Prozent der Beiträge werden durch Schäden aufgezehrt. In der Industrie-Feuerversicherung lag die Prämiensteigerung bei 2,3 Prozent, der Schadenaufwand jedoch um 17,5 Prozent über dem des Vorjahres. Allein für Großschäden wurden 1,3 Mrd. DM aufgewendet. Brandstiftungsschäden erreichen bereits 20 Prozent des Aufwands. Von bisher verzeichneten 225 Millionenschäden des Jahres gingen 51 mit einem Aufwand von 184 Mill. DM auf Brandstiftung zurück.

COMPACT DISC / Neue Abspieltechnik etabliert sich

Impulse von Preissenkung

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Günstiger als dies die weitverbreiteten Vorbehalte erwarten ließen, entwickelt sich die Nachfrage nach Compact-Disc-Geräten. Seit der Einführung der neuen Technik im Frühjahr 1983 ist die Zahl der zur Verfügung stehenden Titel von 130 auf inzwischen 500 gestiegen. Die Polygram Record Service GmbH, Hannover, der einzige Platten-Hersteller dieses Systems, rechnet bis Ende 1983 mit einem Angebot von rund 700 Titeln, wobei der Anteil der Popmusik ständig steigt.

Nach Angaben der Gesellschaft zur Förderung der Unterhaltungselektronik (GFU), Hannover, dürften 1983 in der Bundesrepublik zwischen 50 000 und 60 000 Compact-Disc-Geräte verkauft werden. Belebende Impulse verspreche sich der Fachhandel von der jüngsten Preissenkung der Abspielgeräte durch Philips. Nach einer Untersuchung der GFU liegen die Preise derzeit bei 1500 DM gegenüber 2000 DM zum Zeitpunkt des Starts. Daraus errechnet sich für den Handel ein Geräte-Umsatz von 80 bis 100 Mill. DM.

Die Plattenproduktion bei Polygram, die anfangs bei 2,5 Millionen Stück lag, erreicht mittlerweile 6 Millionen Stück. Für 1984 rechnet das Unternehmen mit einer Produktion von über 14 Millionen Compact Discs. Der Großteil davon, so heißt es, gehe in den Export. Für den deutschen Markt ergebe sich ein Volumen von rund einer Million Platten. Der Fachhandelsumsatz erreichte 1983 rund 37 Mill. DM.

Spätestens Anfang der 90er Jahre wird sich nach Ansicht der GFU die Compact Disc gegenüber der herkömmlichen Schallplatte durchgesetzt haben, wobei der weiteren Preisentwicklung entscheidende Bedeutung zukommen dürfte.

RENTENMARKT / Auslandsinteresse fehlt

Leichter Zinsanstieg

Der Rentenmarkt hat sich wieder einmal etwas vom Wiederanstieg der amerikanischen Zinsen anstecken lassen, nachdem „Zinspapst" Henry Kaufmann die ohnehin schon etwas schwankend gewordenen Zinssenkungsoptimisten in den USA „umgedreht" hatte.

Der Devisenmarkt hat darauf sofort mit einer spürbaren Befestigung des Dollarkurses reagiert, die allerdings auch mit den weltpolitischen Spannungen zusammenhängt. Aber es gab daneben auch hausgemachte Gründe für einen leichten Zinsanstieg am deutschen Markt. Die vielen Gerüchte, die im Nachklang zur SMH-Affäre aufkamen, dämpften das Auslandsinteresse für deutsche Renten, dem der Markt in letzter Zeit Impluse zu verdanken hatte. (cd.)

Emissionen	18.11. 83	11.11. 83	30.12. 82	30.12. 81	30.12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,72	7,68	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,71	7,74	7,04	10,55	9,88
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,84	7,86	7,61	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	8,13	8,06	8,24	11,52	8,35
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,86	7,85	7,65	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,60	7,60	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,27	8,27	7,94	9,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	7,85	7,85	7,63	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	8,12	8,10	8,45	10,32	8,32

OPPENHEIM PIERSON / Ergebnis verbessert

Risikovorsorge hat Vorrang

HARALD POSNY, Düsseldorf

Bei einem Zuwachs des Bilanzvolumens um 3 (23) Prozent auf 26,6 Mrd. lfr (1,3 Mrd. DM) hat die Bank Oppenheim Pierson International S. A., Luxemburg, im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 6.) ihren Betriebsüberschuß um 32 Prozent auf 181 Mill. lfr (8,9 Mill. DM) gesteigert. Während das Vorjahreswachstum den Kursverfall des lfr widerspiegelte, entsprach das Plus der Bilanzsumme 1982/83 einer realen Steigerung auf Grund der Befestigung des Franken.

Hauptanteil des Bilanzwachstums hatte das Institut, das unverändert zu gleichen Teilen dem Kölner Privatbankhaus Sal. Oppenheim jr. & Cie und der niederländischen Pierson, Heldring & Pierson N. V., Amsterdam, gehört, im Kreditgeschäft. Sein Volumen erhöhte sich um 9,4 (14) Prozent auf 15,1 Mrd. lfr (742 Mill. DM). Dabei konzentriert sich die Bank auf das kurzfristige Geschäft (75 Prozent) in den Industrieländern vor allem mit Industrie und Handel. Mittelfristige Ausleihungen betrugen nur noch 14 Prozent des Bilanzvolumens. Der Anteil der Kundengelder an den Gesamteinlagen hat sich weiter auf 22 Prozent oder 5,3 Mrd. lfr (261 Mill. DM, plus 15 Prozent) erhöht.

In der Ergebnisrechnung weist Oppenheim Pierson einen von 109 auf 166 Mill. lfr (8,2 Mill. DM) Zins- und Provisionsüberschuß aus, daneben noch 70 (92) Mill. lfr (3,4 Mill. DM) an sonstigen Erträgen. Im Gegensatz zum Vorjahr (20 Mill. lfr) wird kein Gewinn ausgewiesen. Mit Rücksicht auf die wachsenden Probleme des Schuldendienstes in vielen Gebieten der Welt wird der erwirtschaftete Betriebsüberschuß voll der Risikovorsorge (194 nach 130 Mill. lfr) zugeführt. Von den eigenen Mitteln in Höhe von 1,06 (0,9) Mrd. lfr entfallen 398 (244) Mill. lfr auf Wertberichtigungen und 172 (151) Mill. lfr auf freie Rücklagen. Das Grundkapital liegt bei 300 Mill. lfr.

Pelikan plant Kapitalerhöhung

dpa/VWD, Hannover

Der seit Februar 1982 im Vergleich stehende Bürotechnik- und Schreibwarenkonzern Pelikan AG, Hannover, will das Kapital erhöhen. Vorstand und Aufsichtsrat schlagen der außerordentlichen Hauptversammlung am 28. Dezember vor, das Grundkapital von 6,2 Mill. DM auf 62 Mill. DM aufzustocken. Wie aus einer Veröffentlichung im Bundesanzeiger ferner hervorgeht, sollen die neuen 50-DM-Aktien den Anteilseignern im Verhältnis eins zu neun zum Ausgabepreis von 50 DM je Aktie angeboten werden. Die Hauptversammlung soll außerdem über die Veräußerung der Auslandsbeteiligungen der Pelikan AG sowie von nicht betriebsnotwendigen Vermögenswerten unterrichtet werden.

Die Geschäftsentwicklung verläuft nach Angaben des Unternehmens positiv. 1983 werde trotz der Sortimentsstraffung das Umsatzniveau des Vorjahres wieder erreicht. Erstmals seit 1979 werde Pelikan im laufenden Jahr wieder mit Gewinn abschließen. Am Grundkapital von Pelikan ist die schweizerische Overpart AG in Zug seit Mitte des Jahres mit über 75 Prozent beteiligt. Hinter Overpart steht der Metro-Gründer Otto Beisheim, der zu einem Drittel an der Metro-Dachgesellschaft beteiligt ist.

Tewidata: Geschäft besser als erwartet

sz. München

Ein überdurchschnittliches Wachstum verzeichnete die Tewidata AG für technisch-wissenschaftliche Datenverarbeitung, München, in den ersten neun Monaten 1983. Wie es in einem Aktionärsbrief des Unternehmens, dessen Aktien seit Mitte Juli dieses Jahres an der Börse notiert werden, heißt, brachte vor allem das dritte Quartal mit 10,85 Mill. DM einen unerwartet hohen Auftragseingang und einen Umsatz von 10,3 Mill. DM, der damit den geplanten Wert um über 2 Mill. DM übertraf.

Insgesamt verzeichnete Tewidata per Ende September 1983 einen Auftragseingang von 23,3 Mill. DM, was gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit ein Plus von 28 Prozent bedeutet. Noch deutlicher fielen die Zuwachsraten beim Umsatz mit 63 Prozent auf 27,89 Mill. DM und beim Gewinn vor Steuern mit 104 Prozent auf 1,3 Mill. DM aus.

NAMEN

Volker Groth und **Josef Weiler** wurden zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern der Vereinigte Deutsche Metallwerke AG, Frankfurt, bestellt. **Jost-Wilfried Gehrhardt** scheidet im gegenseitigen Einvernehmen aus dem Vorstand aus.

Ministerialdirektor **Klemens Wesselkock** (48), der am 31. Juli 1984 aus dem Bundesfinanzministerium ausscheiden wird, wurde per 1. August 1984 zum Vorstandsmitglied der Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG, Hamburg, bestellt. Er soll Nachfolger von **Günter Kalbaum** (63) werden, der altershalber ausscheidet.

Günter Neisen wird am 1. Dezember 1983 Finanzdirektor der 3M Deutschland GmbH. Er ist Nachfolger von Geschäftsführer und Finanzdirektor **Kunibert Bork**, der zum 30. November auf ärztlichen Rat seine aktive Tätigkeit aufgibt. **Dr. Klaus Weidekamp** übernimmt die Position des Unternehmens-Controllers.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Gefährdung dementiert

Emden (dpa/VWD) – Die Werft Thyssen Nordseewerke, Emden, verfügt über einen hohen Auftragsbestand, der in wesentlichen Teilbereichen einen Beitrag zur Beschäftigung bis zum Beginn der 90er Jahre leiste. Mit dieser Erklärung trat das Unternehmen Berichten entgegen, wonach die Existenz der 100prozentigen Tochter der Thyssen Industrie AG über 1984 hinaus gefährdet sei. Allerdings müßten angesichts der allgemein bekannten Entwicklung auf dem Weltschiffbaumarkt die Kapazitäten im Handelsschiff-Neubau auch bei der Emdener Werft zurückgenommen werden.

Hüls reißt Anlage ab

Düsseldorf (J. G.) – Die Chemische Werke Hüls AG, Marl, hat nunmehr den Abriß ihrer bereits seit 1979 stillgelegten Hochdruckpolyethylen-Pachtanlage (Eigentümer Veba Öl AG) in Gelsenkirchen beschlossen. Die Hüls-Kapazität für diesen Standard-Kunststoff reduziert sich damit auf 160 000 (180 000) Jahrestonnen. Begründet wird dieser endgültige Kapazitätsverzicht mit den seit Jahren sehr großen Überkapazitäten in der westeuropäischen Chemieindustrie.

Positives Ergebnis

Stuttgart (nl) – Die unter Führung des Philips-Konzerns stehende Bauknecht Hausgeräte GmbH, Stuttgart, hat nach Mitteilung der Verwaltung im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 4.) „die Umsätze deutlich gesteigert und ein positives Ergebnis erwirtschaftet".

Dünger aus Abgas

Düsseldorf (J. G.) – Die zum Krupp-Konzern gehörende Walther & Cie. AG, Köln, hat von den Stadtwerken Karlsruhe den 31 Mill. DM teuren Auftrag zum Bau einer Rauchgasentschwefelungsanlage nach dem abwasserfreien Walther-Verfahren für das neue Heizkraftwerk Karlsruhe-West erhalten. Zum Unterschied von den herkömmlichen Kalkwasch-Verfahren (mit Gipsproduktion) wird hier das umweltschädliche Schwefeldioxid mit Ammoniak zum marktgängigen Stickstoffdünger Ammoniumsulfat umgewandelt.

FLEISCHWAREN / Absatzstagnation durch Preiserhöhungen aufgefangen

Verpackte Wurst gewinnt Anteile

HEINZ HILDEBRANDT, Bielefeld

Der Pro-Kopf-Verbrauch an Fleisch und Fleischwaren in der Bundesrepublik geht zurück. Wurden 1981 noch 91,1 kg im Jahr konsumiert, waren es 1982 nur noch 88,4 kg. Die allgemeine Kaufzurückhaltung der Verbraucher wirkt sich also auch in diesem Marktsegment aus, das nach wie vor zu einem der größten im gesamten Lebensmittelbereich zählt. Die Umsatzerlöse konnten jedoch durch Preisanhebungen im gleichen Zeitraum von 49,9 auf 53,3 Mrd. DM erhöht werden.

Weniger von der stagnierenden Tendenz betroffen war bisher der Teilbereich Fleischwaren, zu dem neben Wurst auch Konserven zählen. Hier konnte der Anteil am Gesamtumsatz gesteigert werden; er lag 1982 bei rund 29 Mrd. DM. Auch im ersten Halbjahr 1983 gab es erneut eine leichte Steigerung. Bei den Produkten der Fleischwaren-Industrie betrug das mengenmäßige Plus 1,9 Prozent, das wertmäßige 1,7 Prozent, übrigens eine Folge der inzwischen stabilen und teilweise sogar leicht nachgebenden Preise.

Während der Konservenbereich geringfügige Umsatzeinbußen verzeichnete, lag die sogenannte SB-Wurst, die vorverpackte Ware, weiter im Aufwind. Ihr Anteil am Gesamtmarkt der Fleischwaren stieg von 16,1 Prozent (1980) auf 20,9 Prozent im 1. Halbjahr 1983. Sortimentserweiterungen in den Supermärkten sind die Ursachen dieser Entwicklung. Die Produkte werden in erster Linie von den rund 400 industriellen Fleischwarenherstellern angeboten, die damit teilweise im Wettbewerb mit den etwa 28 000 handwerklichen Fleischereibetrieben stehen, teilweise deren Sortiment jedoch ergänzen.

Mit seinen 1500 Wurstsorten zählt die Bundesrepublik nach wie vor zu den führenden Anbietern auf dem Weltmarkt, obwohl ein erheblicher Teil des Sortiments mehr oder weniger nur von regionaler Bedeutung ist. Es haben sich beim deutschen Verbraucher jedoch klare Präferenzen herausgebildet. Würstchen haben mit etwa 10 Prozent den größten Umsatzanteil auf dem heimischen Markt vorzuweisen, gefolgt von Fleisch- und Leberwurst sowie von Bratwurst und Salami.

Nicht ohne Einfluß auf die zukünftige Marktentwicklung dürfte die neue Lebensmittel-Kennzeichnungs-Verordnung bleiben, die auch bei der SB-Wurst zu einer offenen Deklarierung der Zutaten zwingt. Dies könnte zu einer Verunsicherung der Verbraucher führen, gleichzeitig aber den sogenannten Hausmacher-Wurstsorten Auftrieb geben, die auf solche Zusatzangaben weitgehend verzichten dürfen.

Wurstwaren-Produzent Artland-Dörffler im niedersächsischen Badbergen, mit 370 Mill. DM Jahresumsatz einer der führenden Anbieter der Branche, ist bereits in dieser Hinsicht mit neuen Produkten aktiv geworden. Da jedoch auch dabei das unvermeidliche Pökelsalz benötigt wird, kann von einer „chemiefreien" Wurst im engsten Sinne des Wortes nicht gesprochen werden, eine Feststellung, auf die die Wettbewerber in der Branche offensichtlich besonderen Wert legen.

FUSSBALL / Deutsche Mannschaft für die Endrunde der Europameisterschaft qualifiziert – 2:1-Sieg über Albanien, aber wie . . .

Hektik, blindes Anrennen, Rückstand – Gerd Strack der Retter

BERND WEBER, Saarbrücken

Genau 80 Minuten sah es so aus, als würde Europameister Deutschland 1984 in Frankreich seinen Titel nicht verteidigen können. 1:1 stand es zwischen der deutschen Nationalmannschaft und Albanien, was den Nordiren gereicht hätte. Dann aber ging Libero Gerd Strack in den Angriff und köpfte den Ball nach einer Flanke von Norbert Meier zum 2:1 ins Tor. Damit hatte der Kölner die Mannschaft und Jupp Derwall vor einer der größten Blamagen des deutschen Fußballs bewahrt.

Sie sahen schon sehr blaß in ihren Gesichtern aus, als sie in den Bus stiegen, der sie ins Saarbrücker Stadion bringen sollte. So sehen keine Spieler aus, die entschlossen sind, es sich selbst und der ganzen Welt zu zeigen. An der moralischen Unterstützung der deutschen Spieler kann es auch nicht gelegen haben, denn die Begeisterung der Zuschauer im Saarland für die Mannschaft von Bundestrainer Jupp Derwall war ungebrochen. Es gab zuweilen auch vereinzelte Rufer, die die Entlassung von Derwall lauthals forderten – „doch die waren bestimmt aus Hamburg", so wurde auf der Tribüne geulkt (siehe „Kulisse").

Dann legten die Nationalspieler aber los, als wollten sie die Albaner im Sturm vom Platz fegen, um klarzumachen, daß an der Qualifikation zur Europameisterschaft nicht mehr zu zweifeln sei. Leider kam zahlenmäßig nicht viel dabei herum, denn die Aktionen wurden doch zu sehr von allzu großer Hektik geprägt. Höhepunkt dieser Hektik dann in der Schlußminute der ersten 45 Minuten. Die deutsche Mannschaft bekam einen Freistoß an der Strafraumgrenze zugesprochen. Als Rummenigge und Littbarski die Ausführung vorbereiteten, wurde der Bremer Rudi Völler im Strafraum mit einem Schlag ins Gesicht zu Boden gestreckt. Wie sehr die Nerven der deutschen Spieler an der Oberfläche lagen, zeigte die Reaktion von Lothar Matthäus. Der Mönchengladbacher lief sofort in das Spielerknäuel und trat nach allem, was sich bewegte.

Dennoch kamen die Spieler wieder zur Ruhe, nicht aber zur Besinnung. Nachdem der Freistoß ausgeführt war, kam Rudi Völler an den Ball. Im Fallen aber brachte der Bremer den Ball nur über die Torauslinie. Als er wieder aufstand, wollte ihn Albaniens Torwart Musta versöhnlich im Gesicht tätscheln. Auch Völler hatte ähnliches vor, doch die Kollegen von Musta sahen darin einen Angriff auf ihren Torwart. Gleich vier Albaner stürzten sich auf Völler und warfen ihn auf den Rasen. Wieder gab es Tumulte, wie man sie vom Eishockey her kennt. Spieler schubsten sich gegenseitig hin und her und warfen sich bestimmt keine netten Worte an den Kopf. Doch diesmal hatte Schiedsrichter Mattsson aus Finnland genug: Er zeigte dem Linksaußen Timori die rote Karte. Damit mußten die Albaner in den zweiten 45 Minuten nur mit zehn Mann auskommen.

Gerade dieser Timori war es aber, der der deutschen Mannschaft den ersten Schock versetzte. Die Anfangsoffensive der deutschen Nationalmannschaft war gerade abgeklungen, als die Albaner zum ersten Konter ansetzten und auch gleich Erfolg hatten. Auf der rechten Seite fühlte sich niemand für den Abwehrspieler Omuri verantwortlich. Der lief gemütlich in den deutschen Strafraum und paßte den Ball ungehindert zu seinem Mitspieler Timori. Jener Timori, der später vom Platz gestellt wurde, behielt in dieser Situation aber die Nerven. Aus nur vier Metern bugsierte er den Ball an Torwart Harald Schumacher vorbei ins deutsche Tor. Der Kölner Torwart hatte sich nicht von der Linie bewegt.

Das war aber auch der Augenblick, in dem Bundestrainer Jupp Derwall noch blasser wurde und noch häufiger auf die Uhr schaute. Sollte tatsächlich das eintreten, woran niemand so recht glauben wollte? Daß der deutsche Fußball eben doch nur noch zweitklassig ist und daß die Mannschaft von Jupp Derwall deshalb bei der Endrunde auch nichts zu suchen habe.

Diese bange Frage hatte auch Bestand, nachdem nur eine Minute später Mannschaftsführer Karl-Heinz Rummenigge der Ausgleich gelang. Nach seinem Freistoß wurde der Ball von einem Spieler in der albanischen Mauer unglücklich ins eigene Tor abgefälscht.

Nun trieb Rummenigge seine Mitspieler lautstark noch mehr an. Doch auch jetzt legte sich die Hektik nicht, der Druck, der auf den deutschen Spielern lastete, lähmte ihre Aktionen. Kombinationsspiel oder gefährliche Torszenen, das alles hatte Seltenheitswert im deutschen Spiel. Norbert Meier gab sich viel Mühe, fand jedoch nicht immer den Mitspieler. Lothar Matthäus war fleißig, wenn er sich ins Spiel einschaltete.

Aber gerade dem Mittelfeld machte Herrmann Neuberger, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), die meisten Vorwürfe zur Pause. Neuberger: „Das Spiel ist genauso verlaufen, wie ich es mir vorgestellt habe. Unser Mittelfeld muß mehr aufrücken, um die Albaner eher zu stören." Harald Schumacher im Tor mochte gar nicht mehr hinsehen. Er sagte: „Fürchterlich, wenn man das von hinten mit ansehen muß. Wir machen es uns selber schwer." Es sei nun unbedingt erforderlich, so Neuberger, in den zweiten 45 Minuten wesentlich abgeklärter an die Sache heranzugehen.

Doch damit tat sich die Mannschaft von Derwall sehr schwer. Die Albaner gaben auch weiterhin keinen Zentimeter Boden preis, kämpften bis zum Umfallen und warfen sich immer wieder mit dem ganzen Körper vor den Ball. Und den Deutschen fiel nichts ein, sich gegen diesen Abwehrblock zu behaupten, weil die Albaner auch konditionell nicht nachließen.

Pierre Littbarski verstand es als dritter Angreifer neben Rummenigge und Völler auch nicht, dem deutschen Angriffsspiel über den linken oder rechten Flügel mehr Schwung zu geben. 15 Minuten vor dem Spielende war die Geduld von Derwall am Ende. Er tauschte Littbarski gegen den Leverkusener Herbert Waas. Immer wieder aber kam die bange Frage der Spieler an die Trainerbank – wie lange noch?

Bei aller Kritik, die an den Nationalspielern nach dem 0:1 von Hamburg gegen Nordirland, an ihrer Einstellung geübt wurde, gegen Albanien kämpften sie wenigstens bis zum Schluß. Doch was Rummenigge oder Völler auch vorhatten, die Albnaner erahnten es und stoppten die Aktionen. Karl-Heinz Rummenigge hatte während des gesamten Spiels noch die besten Torchancen, aber auch er vergab sie oft zu überhastet. Zum Schluß war es dann nur noch ein unkontrolliertes Anrennen auf das Albaner Tor.



Neue Taktik oder Konkurrenzkampf im eigenen Team, in dem Michael Rummenigge aus München Thomas von Heesen aus Hamburg nicht an den Ball kommen lassen will? Eine Szene aus dem Juniorenspiel, die die Verwirrung zeigt, mit der das deutsche Team zu Werke ging. FOTO: FMS

Matthäus: Ich habe Mist gebaut . . .

Als vor gut zehn Jahren der Düsseldorfer Stürmer Reiner Geye mit Alkohol am Steuer erwischt wurde, reagierte Bundestrainer Helmut Schön spontan. Der heutige Stammspieler des 1. FC Kaiserslautern, der schon zum Länderspiel in die Sportschule Kaiserau angereist war, wurde sofort aus dem Aufgebot geworfen. Jupp Derwall, damals Schöns Assistent, hatte Geye die Entscheidung zu überbringen.

Als Derwall nun selbst als Cheftrainer mit einem solchen Fall konfrontiert wurde, übernahm er die generöse Haltung, die sich einst Sepp Herberger zu eigen gemacht hatte. Der war nämlich vor der WM 1958 nächtens nach Essen geeilt, um sein Problemkind Helmut Rahn wegen eines Trunkenheitsdelikts aus der Haft freizupauken. Derwall ließ den Mönchengladbacher Lothar Matthäus trotz seines Autounfalls, den er am 30. Oktober unter Alkoholeinwirkung verursachte, zur Nationalmannschaft anreisen. Wie jetzt durchsikkerte, soll Matthäus 2,0 Promille Alkohol im Blut gehabt haben.

„Der Junge ist schon genug bestraft", sagte Derwall und behandelte das heikle Thema damit genauso unproblematisch wie Vereinstrainer Jupp Heynckes. Lothar Matthäus bestätigt: „Ich habe Mist gebaut und muß dafür wie jeder andere bestraft werden, aber das ist schließlich die Sache eines ordentlichen Gerichts." Geldstrafe und Führerscheinentzug erwartet er, wenngleich er den Promillegehalt von 2,0, der ihm in dicken Schlagzeilen im Saarbrücker Mannschaftsquartier gemeldet wurde, noch nicht bestätigen kann.

„Nur mein Anwalt weiß bisher Bescheid. Er will mir das Ergebnis erst am Montag mitteilen. So war es vereinbart, weil ich möglichst unbelastet die Länderspiele bestreiten wollte. Im übrigen stimmt der Vorwurf der Unfallflucht einfach nicht. Ich stand lediglich unter Schockwirkung und bin etwa 100 Meter weggelaufen, weil ich Angst hatte, der Wagen würde explodieren." So seine Situationsbeschreibung, und reumütig fügt der nie um einen flotten Spruch verlegene Matthäus hinzu: „Die ganze Geschichte wird mir und anderen, die vielleicht genauso leichtsinnig sind wie ich, eine Lehre sein.". Ein Wort, das viel von seiner Verlegenheit preisgibt . . .

Froh ist der 22 Jahre alte Mittelfeldspieler, daß er ungeachtet seiner Probleme sportlich gute Leistungen zeigte. Sogar Paul Breitner hat ihm bescheinigt: „Auf dem Platz ist der Lothar ein ganzer Kerl." Weil das so ist, hofft mittlerweile die halbe Bundesliga, den dynmaischen Franken verpflichten zu können. Köln, der HSV, der FC Bayern, Nürnbergs Mäzen und Präsident Michael A. Roth: Sie und einige andere haben angeklopft bei Matthäus, sind jedoch aufs nächste Frühjahr vertröstet worden.

Frühestens im März will der Nationalspieler seine Zukunft festlegen, und er verhehlt gar nicht, daß er am liebsten wohl in Mönchengladbach bleiben möchte. Abgesehen von dem finanziellen Hindernis (die geschätzte Ablösesumme legt bei 1,8 Millionen Mark) weiß Matthäus: „Viele, die gewechselt haben, sind bei ihrem Klub nicht glücklich geworden." Und glücklich fühlt sich Matthäus bei der Borussia – nicht zuletzt wegen der Haltung des Klubs und der Mitspieler nach seiner Bruchlandung.

Ewald Lienen fährt ihn jeden Tag zum Training, und das ist fast schon das einzige, was an seinen „Blackout" (so Matthäus selbst) vom 30. Oktober erinnert. DW.

Junioren bangen um ihre Karriere: „Das Aus bedeutet Rückschritt um ein Jahr oder mehr"

dpa/sid, Trier

Sie galten als Team der Hoffnung, für die Optimisten als sichtbarer Beweis, daß dem deutschen Fußball doch eine rosige Zukunft bevorsteht. Aber ausgerechnet „in dieser schweren Stunde des deutschen Fußballs" (DFB-Schatzmeister Egidius Braun) versagte diese Mannschaft. In der Europameisterschaft der Junioren (U 21) hatte der Vize-Europameister Deutschland von 1982 seine Titelträume am Samstag um 16.15 Uhr ausgeträumt. 16 000 enttäuschte Zuschauer mußten in Trier erleben, wie die deutschen Junioren gegen Albanien wie schon im Hinspiel nur ein 1:1 erreichten. Kein Spiel verloren, dennoch war die Mannschaft von DFB-Trainer Berti Vogts nach drei Unentschieden ausgeschieden. Nun nehmen die Albaner an der Endrunde teil, die unter den letzten acht Mannschaften wie der UEFA-Pokal in Hin- und Rückspielen ausgetragen wird.

„Blutauffrischung für die Nationalmannschaft", hatte Hermann Neuberger, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), noch in der vergangenen Woche gefordert und dabei auch Namen aus dem „U 21"-Team genannt. Doch nur Günter Schäfer (Stuttgart) und Thomas von Heesen (Hamburg) zeigten neben dem Bochumer Stefan Kuntz ansprechende Leistungen. Michael Rummenigge blieb trotz seines Kopfballtores zum 1:0 ebenso viel schuldig wie beispielsweise Ralf Falkenmayer von Eintracht Frankfurt und Mannschäftsführer Alfred Schön vom Aufsteiger Waldhof Mannheim.

Trainer Berti Vogts muß jetzt mit dem Aufbau einer neuen Mannschaft beginnen. Der frühere Nationalspieler (96 Länderspiele) und Weltmeister von 1974 sagte: „Ab Februar 1984 werde ich mit dem Jahrgang 1963 in dieser Richtung arbeiten. Talente habe ich schon im Auge: Frontzek aus Mönchengladbach, den Kaiserslauterner Kitzmann, die Essener Wegmann und Bakalorz oder auch den Nürnberger Grahammer."

Vom 15er-Kader aus dem Trierer Moselstadion bleiben nur Michael Rummenigge (München) und Ersatz-Torwart Roland Grüner (1. FC Kaiserslautern) im Rennen. Hinzu kommen die zwei freien Plätze für Spieler, die über der Altersgrenze liegen. In diesem Jahr nahmen der Kölner Paul Steiner und der Uerdinger Michael Herget diese Plätze ein.

Es gibt keine andere Wahl: In der Talentschule, die Bundestrainer Jupp Derwall „die beste Erfindung des letzten Jahrzehnts" nennt, muß der Unterricht immer weiter gehen. Vogts: „Wir müssen und werden neue Leute finden, damit der Fußball wieder so attraktiv wird, wie er sein soll." Nach den zuletzt recht guten Leistungen nahm Berti Vogts das überraschende Ausscheiden mit sehr viel Verbitterung auf. Er sei persönlich tief enttäuscht, meinte der frühere Mönchengladbacher später, das Fehlen von so guten Spielern wie Waas, Mathy oder Vollborn wolle er auch nicht als Entschuldigung gelten lassen.

Trotzdem bleibt festzuhalten: Kampf, Disziplin und ein guter Torwart reichten der Mannschaft aus Albanien schon, um sich gegen die Bundesliga-Profis zu behaupten. Bei allem Respekt vor der kämpferischen Einstellung und dem Willen zur Leistung bei der deutschen Mannschaft – wer Albanien zu Hause nicht besiegen kann, mit dem kann nicht viel los sein.

Die Spieler selber glauben, daß sie durch dieses frühe Ausscheiden in ihrer persönlichen Entwicklung vorerst einmal zurückgeworfen wurden. Alfred Schön, Spielmacher aus Mannheim, glaubt: „Das Aus bedeutet einen Rückschritt um ein Jahr oder noch mehr. Gerade Spiele gegen England oder Schottland hätten jedem einzelnen von uns viel Erfahrung bringen können. Ohne diese Etappe fällt der Sprung in das A-Team ungleich schwerer."

Den zur Halbzeit ausgewechselten Mannheimer wollte Berti Vogts nicht zum Alleinschuldigen machen. Berti Vogts: „Es gibt in der Bundesliga nur wenige Spielmacher. Ich stehe zu Alfred Schön, aber jetzt liegt es an seinem Trainer Schlappner, ihm zu zeigen, was verkehrt war. Ich habe den Spielern in der Kabine gesagt: Ihr seid hingefallen, nun müßt ihr wieder aufstehen, junge Leute müssen aus solchen Negativ-Erlebnissen lernen und mit ihnen fertig werden."

Dementiert hat der DFB-Trainer Meldungen, daß er seinen Vertrag mit dem Deutschen Fußball-Bund bereits jetzt bis 1990 verlängern will. Berti Vogts: „Dazu besteht überhaupt kein Anlaß. Schließlich läuft mein Vertrag ohnehin noch bis 1985."

Deutschland „U 21": Zimmermann (Mannheim) – Herget (Uerdingen) – Schäfer (Stuttgart), Steiner (Köln), Falkenmayer (Frankfurt) – Brunner (Nürnberg), von Heesen (Hamburg), Schön (Mannheim), ab 46. Storck (Dortmund) – Reichert (Stuttgart), ab 60. Thiele (Düsseldorf), M. Rummenigge (München), Kuntz (Bochum).

Schiedsrichter: Quiniou (Frankreich)

Tore: 1:0 Michael Rummenigge (38.), 1:1 Josa (41.).

Die Deutschen im Saarland und die kranken Vertreter der Medien

Jetzt wissen wir es genau, und es ist gut, daß wir eine Fußball-Nationalmannschaft haben. Wie anders sollten zum Beispiel Hamburger erfahren, daß sie wohl eher zu Dänemark gehören, Münchner, daß sie Tiroler sind. Und Berliner sind schließlich auch nicht die wahren Deutschen – schließlich wollten von ihnen noch nicht einmal so viele das Länderspiel gegen die Türkei sehen, wie ins Olympiastadion passen (78 000).

Harald Schumacher (29) – er ist Torwart, kein Tor und der Mann, der bei der Nationalhymne immer so fest die Augen schließt – hat es ein für alle Male festgeschrieben: „Das hier sind die Deutschen, nicht die Hamburger." Gemeint waren jene Zuschauer im Saarland, die schon das Training der deutschen Mannschaft vor dem Spiel gegen Albanien besucht und Beifall gespendet hatten.

Bundestrainer **Jupp Derwall** (62), Rheinländer mit Wohnort im Saarland, hat da nicht zurückstehen wollen. Dieses Training, diese Aufwärmübungen, Laufspielchen und Rumpfverdrehungen galten ihm plötzlich als Erholung des Gemütes: „Das ist Begeisterung, das ist der wahre Fußball, und nicht das, was in den Zeitungen steht."

In den Zeitungen hatte gestanden, das Spiel gegen Nordirland sei schwach gewesen. Wie sich jetzt rausstellt, kann das nicht wahr sein. Wer tatsächlich glaubt, in Hamburg hätten ein paar Jung- und Sportmillionäre neben den Ball getreten, der irrt. Sie haben getroffen, nur alle Welt hat das nicht gesehen und die ganze Sache falsch dargestellt.

Verzweifeln Sie nicht, lieber Leser, die Erklärung folgt. Nämlich so: „Wissen Sie, ich kenne ja die meisten, die das schreiben. Das nehme ich nicht für ernst, weil es oft an Fachwissen mangelt. Und dann weiß ich auch, daß einige dieser Herren echt und ernstlich krank sind . . ."

Das ist Originalton Derwall. Ein Interview mit ihm stand in der Zeitschrift „Saarsport-Spiegel", die vor dem Spiel gegen Albanien kostenlos verteilt wurde.

Alle krank, echt und ernsthaft. Nicht nur die, die schreiben. Auch die Kameraleute der Fernsehanstalten müssen es sein. Sie sind in ihrer Krankheit tatsächlich so verwirrt, daß sie uns immer weismachen wollen, die deutsche Nationalmannschaft spiele zur Zeit schlecht. Pfui Teufel.

*

Ganz im Ernst: Derwalls Ausfall mag als Retourkutsche für viele böse Angriffe gelten, die er in der letzten Zeit überstehen mußte. Nur ist es schlichtweg dumm. Vielleicht hat auch er das „Sportstudio" des ZDF am Samstag abend gesehen. Da fing Bayern Münchens Manager **Uli Hoeneß** (32) so ähnlich an: Miesmacher von Bildschirm, Lautsprecher und Papier sie alle, die Derwalls Logik und Hans-Peter Briegels (28) Technik nicht begreifen. Als da selbst der liebe **Dieter Kürten** (48) eingriff und sagte, das sei wohl doch etwas zu einfach gesehen, gab es Beifall von den Studio-Besuchern.

Aber selbstverständlich, so baut man sich seine eigene Legende zusammen: Keiner hat Ahnung vom Fußball, nur die, die Fehler machen und es noch nicht einmal zugeben, nur die, die dafür sorgen, daß allenthalben Unzufriedenheit herrscht. Den tiefen Teller haben Derwall und seine Mannen erfunden, die anderen rund 64 Millionen minus 15 Elitekikker spucken nur immer hinein. Ein Glück, daß es da wenigstens Trubel um die Aufstellung von Karl-Heinz Rummenigge (29) gibt. Das lenkt schön ab – alle Kranken. Denn: „Die Zuschauer haben gefälligst hinter Deutschland zu stehen" (Schumacher).



Um 11.40 Uhr trat der Bundestrainer im deutschen Mannschaftsquartier vor die Tür des Raumes, in dem die Nationalspieler die letzte Sitzung abgehalten hatten. Derwall strahlte, und als er von Dutzenden von Journalisten und Schlachtenbummlern sofort umlagert wurde, kam er auch gleich zur Sache: „Kalle spielt." Das Ziehen in seinem linken Oberschenkel, die Folgen einer Zerrung, habe in der Nacht nachgelassen. Am Abend vorher sei der Mannschaftskapitän noch kräftig durchmassiert worden, habe einen Verband angelegt bekommen und habe entzündungshemmende Tabletten eingenommen. Mithin: „Nachdem Karlheinz Rummenigge selbst erklärt hatte, daß er sich gänzlich schmerzfrei fühle, sah ich kein Risiko mehr darin, ihn aufzustellen."

Alle, die Derwall umringten, vernahmen es mit fast ungläubigem Staunen. Denn eine knappe Stunde vorher sah es noch ganz anders aus: Da nämlich ließ DFB-Mannschaftsarzt **Heinrich Heß** (46) die Nachricht verbreiten, an Rummenigges Einsatz sei wohl nicht mehr zu denken.

Als der Kapitän selbst wenige Minuten vor 11.00 Uhr offensichtlich mißmutig und grußlos an den Journalisten vorbei in das Sitzungszimmer ging, war für alle klar, daß das Unternehmen Albanien ohne „Käpt'n Kalle" stattfindet. Die Deutsche Presse-Agentur (dpa) verbreitete die vermeintliche Schreckensnachricht sofort über die Fernschreiber in alle Zeitungsredaktionen und mußte sich kurz darauf korrigieren.

Bestand hatte hingegen, was sich bereits am späten Samstagabend endgültig entschieden hatte: Der Münchner **Klaus Augenthaler** (26) mußte wegen einer schweren Beckenprellung passen, für ihn wurde der Stuttgarter **Bernd Förster** (27) aufgestellt. Aber das ging im Rummenigge-Wirbel am Sonntagmorgen fast gänzlich unter.

Max Merkel (62) hatte freilich auch für den nicht das geringste Verständnis. Merkel stand, von nahezu allen DFB-Leuten geflissentlich übersehen, in der Hotelhalle und spottete: „Ob mit oder ohne Kalle, wenn du die Albaner nicht niedermachst, kannst du den ganzen Laden gleich ganz zumachen." Gar so drastisch wollte Derwall die Dinge natürlich nicht sehen. Immerhin sagte aber auch er zur WELT: „Ich mache mir keine Sorgen. Wir gewinnen das Spiel, alles andere kommt für mich überhaupt nicht in Frage."

Den Einwand, daß er sich schon einmal, nämlich vor der Algerien-Begegnung bei der letzten Weltmeisterschaft in Spanien, so klar festgelegt und später total blamiert dagestanden habe, wischte Derwall locker beiseite: „Das passiert nicht noch einmal." Der Bundestrainer war sich seiner Sache gegen Albanien so sicher, daß er (zuletzt hatte er das immer strikt abgelehnt) seine gesamte Familie auf die Tribüne des Stadions plazierte. „Das hier ist für uns ein Heimspiel, diesmal wird es auch keine Sprechchöre gegen mich geben", sagte er.

Doch nicht allen Nationalspielern konnte Derwall dieses Selbstverständnis vermitteln. Einigen merkte man vor dem Anstoß einen ganz gehörigen Bammel vor dem Fußballzwerg Albanien an. Der Kölner **Gerd Strack** (28) zum Beispiel wies immer wieder darauf hin, daß die Junioren am Samstag in Trier auch aus allen Träumen gerissen worden seien. Der Bremer **Norbert Meier** (25) hielt in der Hotelhalle vor kleinem Zuhörerkreis einen Kurzvortrag über Leistungsdruck. „Wenn du mußt", referierte er, „gelingen dir manchmal die einfachsten Sachen nicht".

STATISTIK

Deutschland: Schumacher (29 Jahre/44 Länderspiele) – Strack (28/10) – B. Förster (27/28), K.-H. Förster (25/53), Briegel (28/47) – Dremmler (29/26), Matthäus (22/19), Meier (25/9) – Littbarski (23/25), Völler (23/10), K.-H. Rummenigge (28/71).

Albanien: Musta – Rragami – Ruci, Omuri, Ahmeta – Lame, Ballgjini, Vukatane, Eksarko – Minga, Tomori. – **Schiedsrichter:** Mattsson (Finnland). – **Zuschauer:** 40 000 (ausverkauft).

Tore: 0:1 Tomori (23.), 1:1 Rummenigge (24.), 2:1 Strack (80.). – **Auswechslungen:** Otten für Briegel (30.), Waas für Littbarski (62.). – **Gelbe Karten:** Ahmetaj, Vukatane, Musta – Völler.

Die Tabelle, Endstand

1. Deutschland	8	5	1	2	15:5	11:5
2. Nordirland	8	5	1	2	8:5	11:5
3. Österreich	8	4	1	3	15:10	9:7
4. Türkei	8	3	1	4	8:16	7:9
5. Albanien	8	0	2	6	4:14	2:14

Junioren-EM

Deutschland – Albanien 1:1

1. Albanien	6	4	2	0	9:3	10:2
2. Deutschland	6	3	3	0	13:4	9:3
3. Türkei	6	1	1	4	6:11	3:9
4. Österreich	6	0	2	4	4:14	2:10

*

Waldhof holt Remark

Mannheim (sid) – Thomas Remark, Linksaußen beim Zweitligaklub Hertha BSC Berlin, spielt ab sofort für den SV Waldhof Mannheim, wo er einen Vertrag bis zum 30. Juni 1985 unterschrieben hat. Noch in dieser Woche will sich der Hamburger Sportverein entscheiden, ob er den 21jährigen Stürmer Egbert Zimmermann vom Zweitligaklub 1. FC Saarbrücken verpflichten wird.

Hussing – der „Schmeling der Amateure“

In der Nacht vorher hatte er nicht gut geschlafen. In der Kölner Sporthalle ärgerten ihn die Zuschauerpfiffe. Im Ring brachten ihn der erheblich kleinere Karl-Heinz Geuss aus Coburg mit seinen Treffern und Ringrichter Walter Willnow aus Rüsselsheim mit seinem Anzählen Anfang der zweiten Runde erst richtig in Schwung. Dann jedoch ging es schnell: Peter Hussing wurde zum 15. Mal Deutscher Meister. Dieser Rekord wird im DABV wahrscheinlich niemals gebrochen. Denn von der jüngeren Boxmeistergarde hat Stefan Gertel erst sechs Titel errungen.

Als einziger erinnert Hussing noch an die guten alten Zeiten des DABV. Er war 1969 in Bukarest erstmals bei einer Europameisterschaft. Im Alter von 21 Jahren gewann er Bronze. 1971 und 1973 belegte er zweite Plätze, 1979 in Köln schaffte er als Europameister den größten Erfolg seiner Laufbahn. Bei den Weltmeisterschaften 1974 in Havana, 1978 in Belgrad und 1982 in München (Dritter) boxte er genauso wie bei Olympia 1972 in München (Dritter) und 1976 in Montreal. 1980 in Moskau kam er nur durch den Olympiaboykott um einen Start. 1984 in Los Angeles wären nach seiner Rechnung also die vierten Olympischen Spiele, die er erlebt.

„Ich will dabeisein“, sagte der „Bär von Brachbach“ immer wieder in Köln. Dabei brummte er: „Es ist ein Unding, daß Europa in Los Angeles im Feld der zwölf Superschwergewichtler nur fünf Mann stellen darf. Entsprechend ihrer Leistungsstärke müßten sechs bis acht Europäer fahren.“ Hussing weiß: Dann braucht er keine Qualifikation zu bestreiten, die wahrscheinlich in Form eines Ausscheidungsturniers (vielleicht im Mai 84 in Karlsruhe) angesetzt wird.

Zu fürchten braucht Hussing, der Familienvater und Bauzeichner mit eigenem Planungsbüro im eigenen Haus in der Nähe von Siegen, auf der Welt nur wenige. „Seine Routine ist enorm“, staunte Achim Wolf aus Halle, einer der besten Kampfrichter aller Zeiten, „wenn er besser trainiert ist, kann er noch viele schlagen.“

Am meisten ärgert Peter Hussing die Tatsache, daß er mit jedem Titel ein Jahr älter wird. Sein Trainer Harald Flender, ständiger Wegbegleiter in 18 Jahren, hat ihm einen Wahlspruch auf den Weg gegeben: „Es soll so sein.“ Der bereits ergraute ältere Herr möchte die Zeit zurückdrehen. „Ich würde gern fünf Jahre älter sein, wenn Peter fünf Jahre jünger sein könnte.“

Mit zunehmendem Alter fallen Hussing die Erfolge naturbedingt schwerer. „Bei meiner Sensibilität ist dies eine große Belastung. Ich möchte meinen Sport gut verkaufen und frage mich immer wieder, wie komme ich an. Wollen mich die Leute überhaupt noch sehen?“

Hussing soll für Olympia flottgemacht werden. „Nur so kann er noch einmal eine große Leistung schaffen“, erklärte Helmut Meyer. Der Leitende Direktor des Bundesleistungsausschusses (BAL) hatte schon in Köln zu Hussing gesagt: „Du mußt natürlich als 35jähriger mehr tun als mit 23.“ Der Serienmeister versprach: „Ich will es tun.“ Die Bundestrainer Helmut Ranze und Dieter Wemhöner suchen derweil die richtigen Sparringspartner für Hussing, der noch 5 bis 6 Kilogramm abspecken muß, um noch einmal eine Medaille gewinnen zu können.

Das wäre der Abschluß einer ganz seltenen Laufbahn, die 1965 begann und nach den Regeln des DABV 1985 beendet sein muß. Kein anderer Verband auf der Welt hat die von Ärzten in das deutsche Regelwerk geschriebene Bestimmung, daß ein Boxer mit 37 Jahren seine Laufbahn abschließen muß. Bis dahin kann Hussing allerdings noch zwei deutsche Titel gewinnen. Ein Nachfolger ist weit und breit noch nicht in Sicht. Helmut Meyer: „Ein trainierter Hussing schlägt auch heute noch Profi Claßen.“

Wer also will dem „Max Schmeling des Amateurlagers“ (Helmut Meyer) den Ehrgeiz verdenken, bis zum Stichtag 15. Mai 1985, seinem 37. Geburtstag, mit dem Risiko eines Endes mit Schrecken zu leben. Danach wird es für ihn ruhiger: Er soll eine neue Karriere als Vizepräsident des DABV starten ... DW.

BOXEN / Deutsche Meisterschaften der Amateure in Köln hatten nur ein schwaches Niveau

Kein neues Talent, bisher nur fünf echte Kandidaten für Olympia 1984

CLAUS MITTENZWEI, Köln

„Schwach!“ Das Urteil der Fachleute ist, auf diesen einfachen Nenner gebracht, nach dem Finale der 61. Deutschen Meisterschaften in Köln eindeutig. Diese Titelkämpfe waren kein Ruhmesblatt für den Deutschen Amateurbox-Verband (DABV). Die Glanzlichter fehlten. Kein Boxer stieg, wie das in den vergangenen Jahren immer wieder geschah, kometenhaft auf. Deshalb war auch Bundestrainer Helmut Ranze, nach der Zahl der boxenden Olympiateilnehmer 1984 aus der Bundesrepublik gefragt, sehr bescheiden: „Eine Handvoll.“ Er meinte fünf. Diese fünf sind mit Stefan Gertl, Alexander Künzler, Manfred Zielonka, Dieter Weinand und Markutt Bott sehr schnell aufgezählt.

Natürlich gehört von der Klasse her auch Peter Hussing (35) dazu. Das Denkmal des DABV geriet auf dem Wege zu seinem einsamen Rekord des 15. Titels in Folge zwar ein paarmal ins Wanken, fiel aber nicht. Im Endkampf der Superschwergewichtler wurde der „Bär von Brachbach“ nach rechten Treffern des bis dahin außerhalb Bayerns weitgehend unbekannten Karl-Heinz Geuss (27) vom VfB Coburg, der mit der Erfahrung von nur 14 Kämpfen nach Köln angereist war, richtig böse und erzwang in der dritten Runde den Abbruch (siehe nebenstehendes Porträt von Hussing).

Ob allerdings Hussing in Los Angeles antreten darf, steht in den Sternen. Denn Europa wurden im Feld der zugelassenen zwölf Superschweren lediglich fünf Plätze zuerkannt. Wie diese fünf ausgewählt werden, will der Europaverband auf einer Sitzung Ende Januar in Moskau entscheiden.

DABV-Sportwart Heinz Birkle hat einen akzeptablen Vorschlag parat: „Europameister Francesco Damiani aus Italien, Vize-Europameister Ulli Kaden, der am Samstag mit Wismuth Gera in Mülheim antritt, und ein sowjetischer Boxer werden gesetzt. Die übrigen zwei Plätze und ein paar Ersatzleute müssen bei einem Turnier ausgeboxt werden. Der Intercup Anfang Mai in Karlsruhe bietet sich dafür an.“



Peter Hussing – die Ehrenpreise und Pokale häufen sich, aber olympisches Gold fehlt noch. Das treibt ihn weiter an. FOTO: TOP

Wie der Zufall so will: Der DABV hatte vor viereinhalb Jahren in Köln bei der EM mit Gold für Peter Hussing und Ernst Müller, Silber für Rene Weller, Bronze für Georg Vlachos und Markus Intlekofer eine Sternstunde. Die drei Finalisten von damals erlebten nun mit 3655 Zuschauern und Sportbund-Präsident Willi Weyer in derselben Kölner Halle das Tief: Hussing als Meister, Müller als Trainer von Boxring Düren und Weller („Hier fehlen die Stars und damit der Reiz“) als stark gefragter Showmann am Ring. Offiziell begrüßt wurde der Profi von den Amateuren nicht. „Das war ein Versäumnis“, gestand weit nach Mitternacht DABV-Präsident Siegfried Kordts, „wir Amateure haben René viel zu verdanken.“

Der DABV hat den Aderlaß zu den Profis nicht verkraftet. Schließlich gingen nach René Weller und Manfred Jassmann vor wenigen Monaten auch Thomas Claßen sowie die Brüder Ralf und Graciani Rocchigiani. „Das wäre zu vermeiden gewesen“, kritisierte Kordts bei einem kleinen Abschluß-Bankett seine Vorstandskollegen, „wir hätten doch ein Abkommen mit Profi-Manager Wilfried Sauerland schließen sollen. Ich war dafür. Dann wären Claßen und die beiden anderen wenigstens bis Olympia bei uns geblieben.“

Zu reparieren ist das nicht mehr. Der Verband muß sich vielmehr vorsehen, daß nicht auch ein Mann wie Dieter Weinand (22) zu den Profis abwandert, der in Köln ein nie für möglich gehaltenes Comeback mit einem K.-o.-Sieg zum krönenden Abschluß feierte. Bundestrainer Ranze: „Aus solchem Holz werden im Ostblock Olympia-Sieger geschnitzt.“ Die internationalen Beobachter György Sermer aus Budapest und Achim Wolf aus Halle sagten dazu: „Weinand besitzt eine große Perspektive.“ Ansonsten hatten die beiden „eine insgesamt schwache Meisterschaft mit wenigen positiven Ausnahmen“ gesehen. Dazu gehörte ihrer Ansicht nach der „Klasse-Kampf“, den der bessere Techniker, der Weltcup-Dritte Alexander Künzler (21) aus Karlsruhe, trotz eines Kapselrisses im rechten Daumen und mit einer schmerzstillenden Spritze dank einer guten Schlußrunde gegen den physisch starken Rechtsausleger Helmut Gertel (22) aus Worms knapp nach Punkten gewann.

Großes Pech hatte Manfred Zielonka (22). Der WM-Dritte aus Düren erlitt bei einem Kopfstoß von Gerhard Standschuß (22) aus Norden nach 1:51 Minuten eine Rißwunde am rechten Augenlid und wurde vom Ringarzt gestoppt.

*

Mit 14 Boxern will der Deutsche Amateur-Box-Verband (DABV) den Olympia-Countdown für Los Angeles in Angriff nehmen. Der Vorbereitungskader: Bantam: Stefan Gertel (Worms), Feder: Klaus Niketta (Berlin), Bernhard Hainzer (Hausham), Leicht: Rainer Gies (Kaiserslautern), Jan Borczuch (Leverkusen), Halbwelter: Ulrich Junger (Berlin), Welter: Alexander Künzler (Karlsruhe), Helmut Gertel (Worms), Halbmittel: Manfred Zielonka (Düren), Jörg Rix (Lübeck), Mittel: Dieter Weinand (Gelsenkirchen), Andreas Bauer (Berlin), Halbschwer: Markus Bott (Karlsruhe), Superschwer: Peter Hussing (Leverkusen). Das Halbfliegen-, Fliegen- und Schwergewicht stehen für Olympia schon jetzt nicht mehr zur Debatte.

EISKUNSTLAUF

Schramm auf Platz zwei

sid, Zagreb

Eiskunstlauf-Europameister Norbert Schramm ist weit von seiner Bestform entfernt. Der zweite Platz beim internationalen Wettbewerb um die „Goldene Pirouette“ in Zagreb muß als mißlungenes Saisondebüt des Oberstdorfers gewertet werden. Mit deutlichem Rückstand auf Weltmeister Scott Hamilton, der ebenfalls noch einige Schwächen offenbarte, konnte sich Schramm nur aufgrund der fehlenden Konkurrenz so weit vorn plazieren.

Für seine Darbietungen erhielt er durchweg für ihn ungewohnt niedrige Noten, wobei einer der neun Preisrichter sogar für die A-Note nur eine 5,1 zog – eine Bewertung, die der Vize-Weltmeister seit Jahren nicht mehr gewohnt war. Keine Schwierigkeiten, wenig Sprünge, unsaubere Technik – so präsentierte sich Norbert Schramm in Zagreb, seinem ersten und letzten internationalen Wettkampf vor den Olympischen Winterspielen in Sarajewo. Norbert Schramm selbst schien das Resultat jedoch erwartet zu haben: „Ich bin nur hergekommen, um zu sehen, wie weit Hamilton ist.“ Doch auch der Amerikaner entsprach nicht den Erwartungen und überzeugte lediglich in der technischen Ausführung. Da auch Bundestrainer Erich Zeller keinen Kommentar zur Leistung seines Schülers abgab, blieb die Frage offen, ob beide angesichts ihres olympischen Aufeinandertreffens bewußt tiefstapelten.

Seinen ersten Sieg in einem international wichtigen Wettbewerb errang dagegen in Zagreb das Würzburger Eistanz-Paar Petra Schorn/Rainer Schönborn.

OLYMPIA / Kein Boykott mehr befürchtet

Eine UdSSR-Delegation will nach Los Angeles kommen

dpa, Lausanne/Los Angeles

Die UdSSR erwägt keinen Olympia-Boykott aus politischen Gründen. Zwar haben die Sowjets wiederholt erklärt, sie würden erst unmittelbar vor Meldeschluß am 2. Juni nächsten Jahres über eine Olympia-Teilnahme für Los Angeles entscheiden. Doch jetzt steht fest, daß die UdSSR nur dann fernbleiben will, wenn die sportlichen Voraussetzungen in Los Angeles nicht gegeben sind, und wenn es keine ausreichenden Sicherheitsgarantien für die Mannschaft gibt.

Derzeit scheint sich die Sowjetunion eher auf die Spiele vorzubereiten, denn für Anfang Dezember erwarten die Amerikaner eine neunköpfige Delegation sowjetischer Sportführer mit Sportminister Marat Gramow an der Spitze. Nach Angaben des amerikanischen Organisationskomitees (LAAOC) wollen die Gäste die letzten Vorbereitungen für die Anreise ihrer Mannschaft zu den Olympischen Spielen treffen. Präsident Peter Ueberroth wertet den Besuch als Indiz dafür, daß die UdSSR nicht beabsichtigt, die Spiele zu boykottieren. Er selbst ist daran interessiert, „dem sowjetischen Besuch alle notwendigen Informationen zu geben, damit sich die UdSSR bestens vorbereiten kann“ und den Gästen „klarzumachen, daß alle Sportler korrekt behandelt werden. Sie kommen als Sportler nach Los Angeles, nicht als Politiker.“

Bekräftigt wird die Aussage des Präsidenten durch eine Resolution, die das amerikanische Repräsentantenhaus in der vergangenen Woche auf Wunsch des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) verabschiedet hat. Darin heißt es unter anderem, daß „die Vereinigten Staaten die Ziele und Ideale der internationalen olympischen Wettbewerbe schützen und fördern will“, daß „das Parlament der Vereinigten Staaten an seiner Verpflichtung festhält, die ‚Olympische Charta' einzuhalten“, und daß „die Bevölkerung der Vereinigten Staaten ihr Wohlwollen gegenüber allen Athleten ausdrückt, die an den Olympischen Spielen 1984 in Los Angeles teilnehmen“.

Das IOC hatte auf einer solchen formalen Erklärung bestanden, um offenbar sowjetischen Bedenken zu begegnen, die durch eine antisowjetische Kampagne in den USA infolge des Abschusses der südkoreanischen Verkehrsmaschine entstanden waren. Unter anderem hatte sich das Parlament des Staates Kalifornien mit der Forderung an Präsident Ronald Reagan und den Senat in Washington gewandt, das UdSSR-Team nicht an den Spielen teilnehmen zu lassen.

Mit Sicherheit teilnehmen wird die UdSSR an den Olympischen Winterspielen in Sarajevo, für das bereits 27 Länder fest zugesagt haben. Bis zum Meldeschluß am 13. Dezember erwartet das Organisationskomitee noch 13 Meldungen (unter anderem auch die der Bundesrepublik), so daß die Rekordbeteiligung von rund 40 Ländern erreicht werden kann. Ausverkauft sind bereits jetzt die Eröffnungs- und Schlußfeier am 8. und 19. Februar sowie die Entscheidungen im Eiskunstlaufen und einige Eishockey-Spiele.

HANDBALL

Klempel warf 13 Treffer

dpa, Frankfurt

Der TV Großwallstadt und der punktgleiche MTSV Schwabing sind in der Handball-Bundesliga nicht zu stoppen. Drei Tage nach dem 25:16-Erfolg über Tabellenführer Großwallstadt besiegten die Münchner jetzt mit viel Glück den Titelaspiranten Frischauf Göppingen mit 26:25. Damit hält der Höhenflug des seit dem 2. Oktober ungeschlagenen Vorjahres-Aufsteigers (15:16 in Bergkamen) weiter an.

Der viermalige Meister TV Großwallstadt verließ sich beim 17:14 in Dankersen ganz auf seine Routine im Schlußspurt. Mit zwei Tempogegenstößen in den letzten 60 Sekunden rettete sich Großwallstadt über die Runden. Mit glänzenden Paraden bewahrte Nationaltorwart Roch den Tabellenführer vor der zweiten Niederlage.

Der frühere polnische Nationalspieler Jerzey Klempel war mit seinen 13 Treffern der überragende Spieler in München. Doch selbst diese Treffer reichten für Frischauf Göppingen nicht aus, um zum Erfolg über Schwabing zu kommen. Mitentscheidend für die Niederlage für Göppingen waren die Disqualifikationen von Weiß (24.) und Schwalb (56.).

Roth, Dörhöfer (je vier Treffer) und Anthuber (3), die alle drei Kandidaten für Simon Schobels Nationalmannschaft sind, konnten nach der gelungenen Vorstellung gegen Großwallstadt diesmal nicht überzeugen. Den Münchnern stand sogar das Glück zur Seite, weil Klempel elf Sekunden vor dem Abpfiff bei einem Freiwurf den Ball nicht aufs Schwabinger Tor bringen konnte.

NACHRICHTEN

Drei Damen führen

Neuss (kgö) – Drei Reiterinnen führen nach den drei ersten Wertungsläufen um den „Preis der Perlenkette" auf der Galopprennbahn in Neuss punktgleich: Vorjahressiegerin Gudrun Lepa aus Hannover, Gudrun Burst-Heit aus Iffezheim und Heide Zahn aus Alpen/Niederrhein mit jeweils 13 Punkten. Heide Zahn kam zu dem Erfolg, weil die 58jährige Anneliese Seitz einen Schwächeanfall erlitt und den Ritt deshalb nicht ausführen konnte. Heide Zahn gewann unter ihrem Mädchennamen Haasler den Wettbewerb im Jahre 1964. Das Finale findet am 27. November statt.

Attraktive Gegner

München (sid) – Auf attraktive Gegner treffen die drei Vertreter des Deutschen Basketball-Bundes (DBB) im Viertelfinale der europäischen Wettbewerbe. Pokalsieger BSC Saturn Köln spielt gegen Olympia Simac Mailand, Solent Southampton und KK Cibona Zagreb. Im Pokal der Landesmeister der Frauen tritt Agon Düsseldorf gegen UBLV Wien an, und die SG München muß sich im Wettbewerb um den Liliana-Runchetti-Pokal mit UFO Schio (Italien) und Racing Club Paris auseinandersetzen.

Kratochvilova hört auf

Prag (sid) – Jarmila Kratochvilova (CSSR), Weltrekordlerin und Weltmeisterin über 400 m und 800 m, will ihre aktive Laufbahn nach den olympischen Sommerspielen in Los Angeles beenden, um ein Studium zu beginnen und anschließend Leichtathletik-Trainerin zu werden. Für den gleichen Zeitpunkt hat auch Kugelstoß-Weltmeisterin Helena Fibingerova (CSSR) ihren Rücktritt angekündigt.

Traumnote für Torvill/Dean

Nottingham (dpa/UPI) – Mit einer glanzvollen Kür sicherten sich die Eistanz-Weltmeister Jayne Torvill/Christopher Dean zum sechsten Mal die britische Meisterschaft und erhielten dabei zum erstenmal in ihrer Laufbahn die Traumnote 6,0.

Daviscup in Stuttgart

Düsseldorf (sid) – Die deutsche Tennis-Mannschaft, die in diesem Jahr den Aufstieg in die Daviscup-Hauptrunde schaffte, trägt ihr erstes Spiel gegen Argentinien vom 24. bis 26. Februar in Stuttgart aus. Das Präsidium des Deutschen Tennis-Bundes erteilte damit Berlin eine Absage.

Rennfahrer gestorben

Macao (sid) – Der Chinese Chan Wai Chi ist das jüngste Opfer des internationalen Motorradsports. Beim Großen Preis von Macao stürzte er im Rennen der Klasse bis 250 ccm und erlag später seinen schweren Verletzungen.

Überraschung im Doppel

Helsinki (sid) – Der Leverkusener Stefan Reich und Peter Pfannkoch (Hannover) gewannen in Helsinki überraschend das Doppel-Endspiel eines Internationalen Tennis-Turniers mit 3:6, 7:6, 6:3 gegen die Amerikaner Dan Saltz/Billy Nealon.

Verband soll sparen

Nürnberg (sid) – Mit deutlicher Mehrheit lehnten die Delegierten aus 1101 Vereinen auf dem Deutschen Segler-Tag eine vom Präsidium beantragte Beitragserhöhung ab. Statt dessen forderten sie Einsparungen in der Verwaltung des Verbandes.

Reilingen bestraft

Frankfurt (sid) – Die Zahlung von 2000 Mark und der Kampfverlust mit 0:40 Punkten ist die Strafe für den ehemaligen deutschen Ringermeister AV Reilingen, der im Bundesliga-Kampf gegen den KSV Aalen den Türken Mustafa Tor eingesetzt hatte, ohne dessen Startrecht hinreichend geklärt zu haben. Tor hatte seinen Start per einstweiliger Verfügung beim Landgericht Saarbrücken durchgesetzt, jedoch die notwendige Bundesliga-Lizenz nicht beantragt.

Kompalla bei Olympia

Krefeld (dpa) – Der Krefelder Josef Kompalla wurde als einziger Schiedsrichter aus der Bundesrepublik für das olympische Eishockey-Turnier in Sarajevo nominiert.

SCHACH / Mit Verspätung beginnt heute das Halbfinale des Kandidaten-Turniers in London – WELT-Interview mit Viktor Kortschnoi

„Sowjets waren gegen den Wettkampf, Karpow soll Weltmeister bleiben"

Viktor Kortschnoi, der jetzt für die Schweiz spielende ehemalige Großmeister, gegen Garri Kasparow, den viele schon jetzt für spielstärker halten als den amtierenden Weltmeister Anatoli Karpow: Das ist das vorweggenommene Finale des Kandidatenturniers zur Schachweltmeisterschaft, in dem Karpows Herausforderer ermittelt wird.

Dieser Kampf, vor drei Monaten abgesagt, beginnt heute in London, ebenso wie das zweite Halbfinalspiel zwischen Wassili Smyslow (UdSSR) und dem Ungarn Zoltan Ribli.

Beide Kämpfe haben ihre eigene – politische – Geschichte. Der sowjetische Verband hatte seinen Spielern untersagt, in Pasadena (Kasparow) und Abu Dhabi (Smyslow) anzutreten. Der Weltverband erklärte danach Kortschnoi und Ribli zu Siegern.

Warum und wie es dennoch zu den Spielen von London kam, geht aus einem Interview hervor, das WELT-Mitarbeiter Ludek Pachman mit Viktor Kortschnoi führte. Kortschnois Worte zeigen deutlich, daß gerade Schach in der Sowjetunion hohe Politik ist. Darf Kasparow, Sohn deutschstämmiger Juden, gar nicht gewinnen?

Ludek Pachman wird auch in den nächsten Tagen die interessantesten Partien aus London aktuell für die WELT kommentieren.

WELT: Viktor, daß Sie kein Freund des amtierenden Weltmeisters Karpow sind, ist kein Geheimnis. Aber wie ist Ihr persönliches Verhältnis zu Kasparow? Werden auch bei der Begegnung mit ihm Probleme entstehen?

Kortschnoi: Karpow und Kasparow trennen Welten. Karpow ist wie ein Mensch ohne Gesicht. Seine Äußerungen erinnern in ihrer Form stets an offizielle Erklärungen von Tass oder der sowjetischen Regierung. Kasparow hat eine eigene Meinung und schreckt auch vor Kritik nicht zurück. Im Sowjetregime dürfen Menschen eigentlich kein eigenes Gesicht haben. Kasparow hat aber eines – und deshalb hat man mit ihm schon jetzt in Moskau Probleme.

WELT: Und Ihr persönliches Verhältnis?

Kortschnoi: Kasparow ist mir viel sympathischer als der jetzige Weltmeister. Und ich glaube nicht, daß während des Wettkampfes irgendwelche Animositäten oder andere Probleme entstehen können. Im Unterschied zu Karpow kämpft Kasparow ausschließlich mit ehrlichen Mitteln – und das tue ich auch.

WELT: Nach Ihrer Begegnung mit Kasparow in Jugoslawien war jedoch zu hören, daß Sie von seinem Verhalten enttäuscht gewesen seien …

Kortschnoi: In Jugoslawien sprach ich mit Kasparow darüber, wie unser Wettkampf doch noch zu verwirklichen wäre. Es wurde mir dabei einiges versprochen. Vor allem die Beendigung des von den Sowjets gegen mich im internationalen Schach angezettelten Boykotts. Der Präsident des Weltschachbundes, Herr Campomanes, erhielt in dieser Hinsicht von den Sowjets Zusicherungen und hat mich darüber informiert. Campomanes hat mich bestimmt nicht betrogen. Aber die Sowjets wollen sich nicht mehr an ihre Worte halten. Kasparow wollte unbedingt den Wettkampf. Auch er hat alles mögliche versprochen. Jetzt sagt er dazu nichts mehr. Sicherlich ist nicht er der wirklich Schuldige.

WELT: Warum wollten die Sowjets unter keinen Umständen die amerikanische Stadt Pasadena als Austragungsort akzeptieren? Hatte das politische Gründe?

Kortschnoi: Die von den Sowjets offiziell angegebenen Gründe waren zu lächerlich, um ernstgenommen zu werden. Meine feste Überzeugung ist, daß die Sowjets überhaupt nicht gegen Pasadena, sondern gegen den Wettkampf schlechthin waren. Karpow ist als Musterknabe des Regimes der idealste aller möglichen Weltmeister. Kenner der beiden Großmeister sind einheitlich der Meinung, daß Karpow mit seinem Stil im Wettkampf gegen Kasparow so gut wie keine Chance hat. Man sprach sich gegen Pasadena nur deshalb aus, um den Wettkampf zu verhindern, damit Karpow weiter Weltmeister bleiben kann.

WELT: Widerspricht das aber nicht der Tatsache, daß sich der sowjetische Verband in der letzten Zeit vehement für den Wettkampf eingesetzt hat?

Kortschnoi: Ich erhielt Informationen, die es mir erlauben, diesen vermeintlichen Widerspruch aufzulösen. Die ursprüngliche Entscheidung, den Wettkampf platzen zu lassen, wurde auf der niedrigsten Ebene, auf der Ebene des staatlichen Komitees für Sport getroffen. Dann haben sich jedoch hohe politische Organe eingemischt. Die nichtrussischen Mitglieder des Moskauer Polit-Büros haben gegen die Diskriminierung Kasparows protestiert. Ein mächtiger Mann im Polit-Büro, ein Mann namens Alijew aus Baku, hat einen Beschluß durchgesetzt, in dem der Wettkampf verlangt wurde. Die sowjetische Schachföderation wurde wegen ihres Verhaltens sogar scharf gerügt und gezwungen, sich dem Weltschachbund zu beugen und alle Bedingungen, sogar die ungünstigen finanziellen Konditionen, zu akzeptieren.

WELT: Wie schätzen Sie Ihre Chancen in diesem Wettkampf ein?

Kortschnoi: Alle Welt glaubt, daß ich überhaupt keine Chancen habe. Kasparows formale Qualifikation, seine sogenannte Elo-Zahl, ist viel höher als meine, und er besiegte die Konkurrenz bei den letzten Turnieren ungewöhnlich klar. Aber gerade weil mir niemand eine Chance gibt, ist meine psychologische Situation diesmal hervorragend. Ich liebe es, mit Leuten zu spielen, die wahrhaft kämpfen und nicht so „schieben", wie es der jetzige Weltmeister tut. Ich freue mich auf diesen Wettkampf und werde mit vollem Einsatz kämpfen. Ürigens hatte ich noch vor zwei Jahren eine ebenso hohe Elo-Zahl wie jetzt Kasparow. Der sowjetische Boykott und das unehrliche Benehmen Karpows in Meran haben meine formale Qualifikation verdorben. Auch wenn ich jetzt der einzige bin, der es glaubt: Unsere Chancen sind ausgeglichen! Kasparow gilt gegenwärtig als der beste Angriffsspieler der Welt. Ich wurde früher als der beste Verteidiger geschätzt. Nun muß ich also versuchen, diesen früheren guten Ruf zu rechtfertigen. Wir werden sehen …

WELT: Sind Sie nach allen Scherereien mit London als Austragungsort einverstanden?

Kortschnoi: Ich war während der letzten Monate mit jedem Austragungsort und mit allen vorgeschlagenen Bedingungen einverstanden – im Unterschied zu den Sowjets. Ich liebe England, und ich liebe London. Meine einzige Befürchtung ist, daß der Wettkampf in einer zu kurzen Zeit und deshalb recht hastig vorbereitet werden mußte.

WELT: Die sowjetische Delegation wird sicherlich zahlenmäßig wieder sehr stark aktiv sein. Befürchten Sie auch diesmal Beeinflussungen des Wettkampfes?

Kortschnoi: Ich glaube, daß meine Lage ziemlich kurios ist. Die Vertreter des sowjetischen Schach-Verbandes, die in London anwesend sind, wünschen offensichtlich aus den bereits erwähnten Gründen, daß Kasparow nicht gewinnt. Also Manipulationen zu meinen Gunsten? Ja, das wäre wirklich kurios …

REITEN / Ausländische Siege bei den wichtigen Prüfungen in Berlin

Weltmeister Koof in der Krise: „Ich bin froh, wenn ich zu Hause bin"

DIETER LUDWIG, Berlin

Die ausländischen Teilnehmer beherrschten beim Berliner Hallenreitturnier die großen Springkonkurrenzen. Einen Tag nach dem Erfolg des Briten David Broome im Preis von Deutschland siegte der Österreicher Thomas Frühmann auf Bandit im Championat von Berlin. Im zweiten Stechen verwies er in 32,85 Sekunden den ebenfalls fehlerfreien Berliner Dirk Hafemeister auf Borodin (33,56) auf den zweiten Rang. Dritter wurde der Schweizer Willi Melliger auf The Crack (35,10).

Im Preis von Deutschland als erstem absoluten Höhepunkt der Springkonkurrenzen hatten die Briten das Maß gesetzt. Zum zweitenmal nach Harvey Smith im Jahre 1974 siegte wieder ein Engländer, der ehemalige Weltmeister David Broome. Auf dem von einem Syndikat für 750 000 Mark erworbenen irischen Schimmel Last Resort setzt er sich im Stechen in 38,07 Sekunden vor seinem Teamgefährten, Vize-Weltmeister Malcolm Pyrah auf Towerlands Anglezarke (38,79), und Michael Rüping (Itzehoe) auf dem Holsteiner Hengst Silbersee (42,40) durch. Ohne Fehler war auch der westfälische Landwirt (31) aus Borken auf Saloniki (44,91) geblieben, auch der Holländer Albert Voorn auf seinem Zuchthengst mit Holsteiner Blut, Nimmerdoor (46,20). Für Nimmerdoor hatten Amerikaner schon eine Million Mark geboten. Doch vorerst ist der elfjährige Hengst noch unverkäuflich. Der Belgier François Mathy, Olympia-Dritter 1976 in Montreal und einer der größten Pferdehändler Europas meinte dazu: „Wenn das Geld stimmt, verkaufen auch die Holländer alles und alle."

Zu risikofreudig ritt Europameister Paul Schockemöhle (Mühlen) seinen Deister im Stechen vom Preis von Berlin. Ein Abwurf am dritten Hindernis warf das Paar bereits vorzeitig aus der Siegesspur, er wurde Sechster. Weltmeister Norbert Koof (Willich), letztjähriger Gewinner dieser Prüfung, mußte sich bereits auf Lovely Boy nach der ersten von zwei Runden im Normalparcours mit 9,25 Fehlerpunkten verabschieden.

„Ich habe die Schnauze voll. Ich bin froh, wenn ich wieder zu Hause bin." Zu Hause, das ist in Willich am Niederrhein in der Hausbroicher



David Broome und „Last Resort", Sieger im Preis von Deutschland. FOTO: DPA

Straße, wo vor etwas mehr als einem Jahr Spruchbänder hingen mit den bunten Schriftzügen: „Wir grüßen den Weltmeister." Norbert Koof ist immer noch Weltmeister der Springreiter. Und nichts wird daran rütteln können, an jenen Glanztaten von Dublin, als er alle aus dem Sattel stieß mit der jugendlichen Unbekümmertheit von 26 Jahren.

Nun sind die Spruchbänder eingerollt, die Blumen verwelkt. Der graue Alltag hat Norbert Koof schneller eingeholt, als er wohl selbst dachte. Paul Schockemöhle sagte einmal: „Norbert war in Dublin nicht zu schlagen. Bei ihm stimmte alles." Man könnte jetzt im nachhinein auch sagen, die Gunst der Stunde hatte Norbert Koof umschlungen und geküßt – dann brutal fallengelassen und aus einer Laune heraus verstoßen.

Der letzte große Sieg des Norbert Koof liegt genau zwölf Monate zurück. Vor einem Jahr gewann er in Berlin den Preis von Deutschland, einen der großen Höhepunkte in der Deutschlandhalle. Die Halle jubelte ihm zu. Damals saß er auf diesem wunderbaren Riesen Fire, der seit einem halben Jahr keinen Sattel mehr spürte. Der westfälische Wallach konnte bei der Europameisterschaft in Hickstead im Juli wegen eines Sehnenschadens nicht gestartet werden. Seither dreht er nur noch an der Bewegungsmaschine seine Runden.

Fire, das ist das Kapitel des Reiters Norbert Koof. Jeder dieser Athleten im roten Rock mit Krawatte hatte im Leben nur ein Ausnahme-Pferd, Winkler eine Halla, Alwin Schockemöhle einen Donald Rex, Hartwig Steenken eine Simona, Fritz Thiedemann einen Meteor, Paul Schockemöhle einen Deister. Das ist das sportliche Schicksal des Norbert Koof. Als er Weltmeister wurde, meinte er spontan, fast erschrocken: „Wenn ich auch noch Olympiasieger werden sollte, dann höre ich auf."

Solche Worte haben plötzlich Gewicht. Norbert Koof spürte wohl intuitiv im Augenblick der errungenen Weltmeisterschaft jene Last, die die Öffentlichkeit ihm auferlegte. Die Allgemeinheit fordert von einem Champion Siege, egal wie, egal wo. Da gelten keine Erklärungen mehr, da gelten nur noch die herzlosen und kalten Ergebnislisten.

Und in Berlin sah das so aus: Im Preis von Deutschland, wo er im letzten Jahr gewann, erreichte Koof auf einem Pferd namens Lovely Boy nicht einmal mehr die zweite Runde im Normalparcours. Einmal blieb der Wallach stehen, einmal trat er die Stangen herunter. Mit Zeitüberschreitung ergab das alles über neun Fehlerpunkte. Das Ende des ersten Glanzpunktes der Reitertage in der Deutschlandhalle konnte sich der Weltmeister von der Tribüne aus ansehen.

Doch diese Niederlagen haben den 26jährigen nicht aus der Bahn geworfen. Norbert Koof ist selbständiger, selbstsicherer und auch härter geworden. Die Niederlagen schmerzen, aber sie erdrücken nicht. Konsequent strebt Koof seine Teilnahme im Weltcup-Finale im April in Göteborg an: „Ich werde jetzt mit meinem siebenjährigen Holsteiner Wallach Lovely Boy an den Weltcupspringen in Brüssel und vielleicht auch in Bordeaux und London teilnehmen. Und im neuen Jahr will ich mit Fire in Dortmund und in Hertogenbosch starten. Da müßte ich genug Punkte für das Finale zusammenbekommen."

Sport in Zahlen… Sport in Zahlen…

FUSSBALL

Erste englische Division: Arsenal – Everton 2:1, Aston – Leicester 3:1, Liverpool – Stoke 1:0, Luton – Tottenham 2:4, Manchester United – Watford 4:1, Norwich – Bromwich 2:0, Nottingham – Ipswich 2:1, Queen's Park – Birmingham 2:1, Southampton – Notts 0:2, Sunderland – West Ham 0:1, Wolverhampton – Coventry 0:0. – Tabellenspitze: 1. Liverpool 30 Punkte, 2. West Ham, 3. Manchester United je 29.

„DDR"-Oberliga, 10. Spieltag: Chemie Leipzig – Karl-Marx-Stadt 1:3, Riesa – Magdeburg 1:1, Frankfurt – Jena 3:0, Rostock – Dresden 1:1, Dynamo Berlin – Union Berlin 4:0, Aue – Halle 1:0, Erfurt – Lok Leipzig 2:1. – Tabellenspitze: 1. Dresden 24:9/14:6, 2. Dynamo Berlin 30:16/14:6, 3. Magdeburg 24:11/14:6.

Freundschaftsspiele: Wattenscheid – Dortmund 0:4, Bochum – Schalke 0:1, Hannover 96 – Frankfurt 1:1, Osnabrück – Bielefeld 4:0, Duisburg – Mönchengladbach 1:1.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 13. Spieltag: Göttingen – Osnabrück 83:67, Bayreuth – Heidelberg 88:89, Charlottenburg – Köln 67:76, Gießen – Leverkusen 64:86, Wolfenbüttel – Hagen 68:99.

1.	Göttingen	995:865	26:0
2.	Köln	1128:950	20:6
3.	Leverkusen	1023:916	18:8
4.	Berlin	1097:972	16:10
5.	Hagen	1103:1043	14:12
6.	Gießen	939:989	14:12
7.	Heidelberg	936:942	10:16
8.	Osnabrück	997:1070	8:18
9.	Wolfenbüttel	1004:1206	2:24
10.	Bayreuth	847:1126	2:24

Bundesliga, Damen, 8. Spieltag: München – Köln 80:68, Leverkusen – Nürnberg 64:54, Porz/Hennef – Leimen 58:65, Marburg – Agon Düsseldorf 54:96.

EISHOCKEY

Bundesliga, 24. Spieltag: Schwenningen – Iserlohn 4:1, Köln – Rosenheim 5:1, Mannheim – Kaufbeuren 6:9, Rießersee – Landshut 3:5, Freiburg – Düsseldorf 4:1.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 9. Spieltag: Schwabing – Göppingen 26:25, Lemgo – Bergkamen 25:20, Dankersen – Großwallstadt 14:17, Nürnberg – Hüttenberg 24:53.

1.	TV Großwallstadt	222:186	19:3
2.	Schwabing	239:211	19:3
3.	Göppingen	246:239	14:8
4.	Gummersbach	189:168	13:7
5.	Essen	159:135	12:6
6.	Kiel	201:202	10:12
7.	Berlin	152:145	9:7
8.	Hofweier	219:207	9:11
9.	Nürnberg	159:184	8:10
10.	Bergkamen	165:179	7:11
11.	Dankersen	215:227	6:18
12.	Hüttenberg	218:255	5:17
13.	Lemgo	162:188	4:14
14.	Günzburg	150:170	3:11

Bundesliga, Damen, 6. Spieltag: Gruppe Nord: Jarplund-Weding – Stemmer 16:12, Minden – Kiel 15:12.

Europapokal der Landesmeister, Herren: Kiel – Karis/Finnland 29:24 (12:9) – 1. Spiel 31:24 – Kiel im Viertelfinale. – Europapokal der Landesmeister, Damen: Leverkusen – Helsingör 32:17 (17:13) – Leverkusen im Viertelfinale. – Europapokal der Pokalsieger, Damen: Nissan Noerlem Lemvig/Dänemark – Sindelfingen 19:18 (7:10).

HOCKEY

Bundesliga, Halle, Damen, 1. Spieltag, Gruppe Nord/West: Leverkusen – Düsseldorf 9:4. – Gruppe Süd/Berlin: Berliner HC – Charlottenburg 6:7.

RINGEN

Bundesliga, 14. und letzter Wettkampftag, Gruppe West: Aschaffenburg – Schifferstadt 10,5:25,5, Bonn-Duisdorf – Königshofen 22,5:14,5, Goldbach – Kollerbach 20:18, Aldenhoven – Witten 9:27,5. – Gruppe Süd: Hallbergmoos – Triberg 18:17, Aalen – Wiesenthal 23,5:1,5, Reilingen – Urloffen 21:16,5, Freiburg-Haslach – Freiburg-St. Georgen 20,5:15.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Damen, Nachholspiel vom 7. Spieltag: Düsseldorf – Kleve 5:9. – 8. Spieltag: Donauwörth – Kaiserberg 9:7, Kleve – Saarbrücken 9:2. – Pokalmeisterschaft der Herren, 2. Runde: Bad Hamm – Reutlingen 1:5, Saarbrücken – Bremen 5:2.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren, 8. Spieltag: Passau – Paderborn 3:2, Fort. Bonn – München 3:2. Bundesliga, Damen, 6. Spieltag: Stuttgart – Berlin 3:1, Lohhof – Darmstadt 3:0, Oythe – Godesberg 3:0, Augsburg – Münster 0:3.

EISSCHNELLAUF

Nationale Ranglistenrennen in München, Herren: 500 m: 1. Streb (Landshut) 39,58, 2. Gawenus (Inzell) 39,67, 3. Semler (Berlin) 39,83. – 1000 m: 1. Gawenus 1:19,02, 2. Streb 1:19,50, 3. Oberhuber (Inzell) 1:21,44. – 5000 m: 1. Baltes (München) 7:41,16, 2. Lemcke (Berlin) 7:48,58, 3. Nietsch (Berlin) 7:58,13. – Frauen, 500 m: 1. Holzner (Inzell) 43,20, 2. Smuda 43,73, 3. Hassmann (beide Ottobrunn) 44,49. – 1000 m: 1. Holzner 1:27,02, 2. Smuda 1:27,36, 3. Flierl (München) 1:29,06.

EISKUNSTLAUFEN

„Goldene Pirouette" in Zagreb, Herren, Endstand: 1. Hamilton (USA) 2,0 Punkte, 2. Schramm B (Deutschland) 5,0, 3. Kano (Japan) 6,8, 4. Begovic (Jugoslawien) 8,4, 5. König („DDR") 8,4, 6. Höner (Schweiz) 12,6. – Damen, Endstand: 1. Dubravcic (Jugoslawien) 3,2, 2. Sumners (USA) 3,4, 3. Telser (Italien) 7,6, 4. Gihara (Japan) 8,8.

REITEN

CHI-Turnier in Berlin, Mächtigkeits-S-Springen: 1. Doyle (Irland), Kerrygold Flight 3 Fehlerpunkte, 2. Koof (Deutschland), Winzerin, Melliger (Schweiz), DavEid, Cevera (Spanien), Ferryman je 4, 5. Gillespie (England), Goldfink 15, 6. Hansen (Dänemark), Night Times Playboy aufgegeben (alle im dritten Stechen). – Championat: 1. Frühmann (Österreich), Brandit 0 Fehlerpunkte/32,85 Sek., 2. Hafemeister (Deutschland), Borodin 0/33,56, 3. Melliger, The Crack 0/35,10, 4. Simon (Österreich), Landgräfin 4/31,89, 5. Dominici (Italien), Wally 8/33,54, alle im zweiten Stechen. – Preis von Deutschland: 1. Broome (England), Last Resort 0/38,07, 2. Pyrah (England), Towerlands Angelzarke 0/38,79, 3. Rüping, Silbersee 0/42,40, 4. Kamps (beide Deutschland), Saloniki 0/44,91, 5. Voorn (Holland), Nimmerdor 0/46,20, 6. Schockemöhle (Deutschland), Deister 4/38,42, alle im Stechen. – Großer Dressurpreis: 1. Krug, Muscadeur 1726 Punkte, 2. Schulten-Baumer, Slibovitz 1706, 3. Hindemann, Genius 1639, 4. Klimke, Pascal 1630, 5. Mohnsen, Grand Chaco 1623, 6. Klimke (alle Deutschland), Ahlerich 1620. – S-Dressur: 1. Klimke, Tango 817, 2. Kemme, Lotus 812, 3. Kuckhuck, Hallo, Winter, Chagal je 800. – S-Dressur: 1. Klimke, Ahlerich 919, 2. Krug, Muscadeur 911, 3. Klimke, Pascal 877. – S-Springen: 1. Meyer zu Bexten (Deutschland), Marco 0/31,86, 2. Whitaker, St. Mungo 0/32,48, 3. Cervera, Feinschnitt 0/32,61, 4. Broome, Mr. Ross 0/33,07, 5. Pyrah, Fire Fox 0/34,18, 6. Ligges (Deutschland), Goya 0/35,39 alle im Stechen.

BOXEN

Deutsche Amateur-Meisterschaften in Köln, Finals: Halbfliegen: Dubielzig (Helmstedt) Abbruchs. 2. Rd. – Metz (Waldhof). – Fliegen: Niessen (Düren) 5:0-PS – Kamm (Neumarkt). – Bantam: Gertel (Worms) Aufgabes. 2. Rd. – Metz (Hockenheim). – Feder: Niketta (Berlin) 3:2-PS – Heinzer (Hausham). – Leicht: Gies (Kaiserslautern) 5:0-PS – Borczich (Leverkusen). – Halbwelter: Junger (Berlin) Abbruchs. 2. Rd. – Buck (Mundenheim). – Welter: Künzerl (Karlsruhe) 5:0-PS – Gertel (Worms). – Halbmittel: Standschuß (Norden) Abbruchs. 1. Rd. – Zielonka (Düren) wegen Verletzung. – Mittel: Weinand (Gelsenkirchen) – K.-o.-Sieger 2. Rd. – Leuthner (Karlsruhe). – Halbschwer: Bott (Karlsruhe) – Abbruchs. 2. Rd. – Bassier (Heitersheim). – Schwer: Gallwe (Aachen) 3:2-PS – Keller (Frankfurt). – Superschwer: Hussing (Leverkusen) Abbruchs. 3. Rd. – Geuß (Coburg).

GALOPP

Rennen in Neuss: 1. R.: Anisette (R. Ulrich), 2. Maya Bird, 3. Africanus, Toto: 18/13, 22, 18, ZW: 208, DW: 764, 2. R.: 1. Milord (W. Härtel), 2. French Connection, 3. Isarpolka, Toto: 68/30, 26, 30, ZW: 532, DW: 2666, 3. R.: 1. Lover (P. Alafi), 2. Funklotse, 3. Don Aguilar, Toto: 40/20, 34, 14, ZW: 1900, DW: 5492, 4. R.: 1. Goodbye (Frl. P. Faulstich), 2. Fast Love, 3. Schakutinga, Toto: 64/20, 17, 15, ZW: 536, DW: 2256, 5. R.: 1. Alpenfirn (W. Gülcher), 2. Tokajer, 3. Faszination, Toto: 17/15, 34, 18, ZW: 148, DW: 744, 6. R.: 1. Livre (Frl. G. Lepa), 2. Lilienthal, 3. Serengeti, Toto: 100/26, 22, 26, ZW: 348, DW: 4032, 7. R.: 1. Ombretta (P. Klenzler), 2. Oscientia, 3. Kronenliebe, Toto: 40/16, 12, 20, ZW: 84, DW: 368, 8. R.: 1. Admiral Blake (P. Kallai), 2. Saturn, 3. Nandor, Toto: 24/13, 21, 90, ZW: 192, DW: 4752, 9. R.: Tap (L. Mäder), 2. Romedio Real, 3. Gambe, Toto: 24/12, 17, 15, ZW: 132, DW: 504, 10. R.: 1. Arras (Frau G. Burst), 2. Oststern, 3. Laser, Toto: 40/18, 34, 28, ZW: 452, DW: 5996, 11. R.: 1. Ravit (Fr. H. Zahn), 2. Rappanui, 3. Wildfee, Toto: 168/38, 78, 21, ZW: 2804, DW: 13 234.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 2, 3, 11, 16, 38, 40, Zusatzzahl: 4. – Spiel 77: 9 4 7 4 4 8 4. – Glücksspirale: Endziffern: 31, 151, 8879, 50 343, 458 880, 7 887 220. – Prämienziehung: 379 613, 772 228, 618 406. – Toto: Elferwette: 1, 1, 0, 2, 0, 1, 2, 1, 1. (Ohne Gewähr.)

Pankraz, v. Weizsäcker und das rote Zeughaus

Hätten sich den Zuhörern nicht die Haare sträuben müssen? Ihm sei, sagte Berlins Regierender Bürgermeister Richard von Weizsäcker in hochkarätiger Gesprächsrunde, das „gut gemachte sozialistische Zeughaus Unter den Linden" allemal lieber als „unser bisher mißglückter Versuch, in Berlin ein Museum für deutsche Geschichte einzurichten". Das Zeughaus ist, wie man weiß, Ost-Berlins eigene Version eines Museums für deutsche Geschichte. Die Geschichte wird dort, ob gut gemacht oder nicht, in einer Weise gefälscht und zurechtgebogen, daß es zum Himmel schreit. Ausstellungsstücke und Beschriftungen gruppieren sich einzig zum höheren Lob der SED und des „real existierenden Sozialismus"; es waltet eine derart demagogische, geradezu hinterfotzige Ausstellungs-Didaktik, daß jeder gerecht und objektiv denkende Besucher abgestoßen sein muß.

Andererseits kann man von Weizsäckers Ungeduld und Sarkasmus nur allzugut verstehen. Die westlichen Bemühungen um die Etablierung eines Museums für deutsche Geschichte in Berlin haben bisher nur Professorengezänk hervorgebracht. Alles ist strittig, die Ausstellungskonzeption, der Ausstellungsort, der Ausstellungsname. Einige wollen die deutsche Geschichte erst mit dem Zeitalter der Aufklärung beginnen lassen, andere wollen das Mittelalter einbeziehen. Einige wollen nur Originalstücke zeigen, andere nur Kopien und Texte. Einige sprechen von Museum, andere von einer „Dokumentationszentrale" und von einem „Forum". Übereinstimmung herrscht nur darüber, daß man „nichts beschönigen" will. Die deutsche Geschichte sei in entscheidendem Maße eine „Geschichte des Scheiterns", und das müsse gezeigt werden.

Pankraz meint: Wer so kleinmütig und zerstritten ist, sollte gar nicht erst anfangen mit der Einrichtung eines Museums der nationalen Geschichte. Er würde doch nur Peinlichkeit und Irritation erzeugen. Außerdem verfügen die Westberliner faktisch über keinerlei Originalmaterial, während das Ostberliner Zeughaus üppig mit den alten Beständen der Preußenzeit wuchern kann. Gerade solche alten Bestände erzeugen in Nationalmuseen den Eindruck des „gut Gemachten", weil sie für sich selber sprechen. Zerschlissene Fahnen und Standarten, alte Uniformen und Waffen, Originaldokumente mit original verblichener Tinte, Königskronen und Reichsinsignien, Schatzkammern und Naturalienkabinette – all das strahlt eine naive Würde aus, vermittelt auch dem eiligen Betrachter eine reale Ahnung von Geschichte und macht beigefügte moderne Texte weitgehend überflüssig.

Ein zentrales Museum für deutsche Geschichte in Berlin könnte nur gelingen, wenn alle deutschen Länder ihre besten, repräsentativsten und geschichtlich wichtigsten Originalstücke dazu hergäben – und dann fehlten immer noch unabdingbare Hauptstücke aus Ost-Berlin und Wien, für die man sorgfältige Replikas herstellen müßte. Aber warum sollen die Länder irgend etwas hergeben? Dazu fehlt doch zur Zeit jegliche nationale Einsicht und Begeisterung. Ein Klima des Mitmachenwollens müßte zunächst einmal erzeugt werden, wie es etwa im neunzehnten Jahrhundert bei der Vollendung des Kölner Doms herrschte. Dafür gibt es im Augenblick ja nicht einmal Ansätze.

Im Gegenteil, die Länder müßten heute befürchten, daß ihre Stücke in Berlin hinter Texten versteckt und denunziert würden. Für die Preußenausstellung unseligen Angedenkens hatten die Hohenzollern nach langem Zögern einige erstrangige Stücke aus ihrem Familienbesitz hergegeben, und es kam dabei, wie es kommen mußte: Die Stücke wurden im läppischsten, demagogischsten Zusammenhang präsentiert, die theatralisch aufgedonnerte Schau war, bei Lichte betrachtet, eine Antipreußenschau, eine Selbstbefriedigung für linke Ausstellungs-Didaktiker, für die der Waffenrock des Alten Fritz das Feigenblatt abzugeben hatte. Ähnliches würde auch mit dem Museum für deutsche Geschichte passieren.

Der Gestus des arroganten Besserwissens und der Herablassung gegenüber „vordemokratischen" Zeitaltern ist gegenwärtig im Westen fast noch weiter verbreitet als im Osten, der Drang zur Oberlehrerei schier übermächtig. Deshalb wird in Berlin mit Sicherheit kein Museum für deutsche Geschichte herauskommen, sondern – bestenfalls – ein geschwätziges „Dokumentationszentrum über die Höhen und Tiefen deutscher Geschichte" (in Wirklichkeit natürlich vor allem über die Tiefen), eine weitere Klagemauer über „deutsche Daseinsverfehlung", überflüssig wie ein Kropf und gefährlich wie eine hessische Rahmenrichtlinie.

Ja, man kann den Herrn von Weizsäcker schon verstehen. Da kommt er, das Gezänk der eigenen Professoren noch im Ohr, nach Ost-Berlin ins Zeughaus, sieht dort prachtvolle Relikte aus preußischer Vergangenheit und stellt fest, daß sich die Ausstellungsorganisatoren wie selbstverständlich mit diesen Stücken identifizieren. Das geht zwar nicht ohne Fälschungen ab, aber es dokumentiert immerhin ein ungemein waches, nämlich ein dezisionistisches und politisches Verhältnis zur Geschichte. Die SED will sich im Bewußtsein der Menschen verwurzeln, und das heißt, sie muß sich in deren Vergangenheit verwurzeln, sie muß sich eine stolze Ahnentafel im eigenen Volk, in der eigenen Nation verschaffen, nicht nur Marx und Bebel, sondern auch Bismarck und den Großen Kurfürsten.

Das Verhältnis des durchschnittlichen Bonner oder Westberliner Politspießers zur Geschichte ist hingegen nicht dezisionistisch, sonder nostalgisch und kunstgewerblich. Er will sich nicht identifizieren, sondern geistig abheben. Deshalb fälscht er (hoffentlich) nicht, aber er fertigt auch keine Ahnentafeln an. Er glaubt, so etwas nicht nötig zu haben. Doch er wird sich mit Sicherheit darin täuschen, zum eigenen Schaden und zum Schaden der Allgemeinheit. Denn nur wer sich dem eigenen Volk in seiner Geschichte unmittelbar verbunden weiß, kann auch seine Zukunft verläßlich sichern.

Pankraz

Hamburg: Tagung ehemaliger „DDR"-Autoren

Gegen die Ausgrenzung

Sind die aus der „DDR" ausgebürgerten oder geflohenen Schriftsteller in der Bundesrepublik Behinderungen und Schikanen ausgesetzt, wenn sie ihre Arbeiten veröffentlichen wollen? Stoßen sie auf Abweisung, ja Diffamierung, wenn es um offizielle Literaturveranstaltungen geht? Um diese Fragen drehte sich ein Wochenendtreffen, zu dem sich rund dreißig ehemalige „DDR"-Autoren in Hamburg zusammengefunden hatten.

Nach eklatanten Beispielen mußten die in der Katholischen Akademie Versammelten nicht lange suchen. Zu den parallel stattfindenden „Hamburger Literaturtagen" nämlich, die vom Senat initiiert und finanziert wurden, war kein einziger der hier versammelten „DDR"-Autoren eingeladen worden, weil sie sich nicht willig ins linksgerichtete Kulturkonzept fügen. Was Ulrich Schacht für Hamburg, konnte Siegfried Heinrichs auch für West-Berlin und manche seiner Kulturinstitutionen belegen. Auch dort finde, so Heinrichs, mit kurzfristig wieder abgesagten Veranstaltungen und Disqualifizierungen als „kalter Krieger" eine bewußte Ausgrenzung der „DDR"-Autoren statt.

Ausgrenzung – dies bittere Wort fiel denn auch sehr oft bei diesem Hamburger Treffen, dem zweiten nach dem Marburger Literaturtag im vergangenen Jahr. Letztlich war auch die Debatte um den VS davon bestimmt, von dessen Vorsitzenden Engelmann man sich einhellig distanzierte. Organisationen wie der VS seien heute nicht mehr in demokratischer Hand, resümierte der Schriftsteller Heinz Brandt, der einen freiheitlichen deutschen Schriftstellerverband ohne Zensur und andere despotische Varianten forderte.

Zu einer Resolution in dieser Richtung konnten sich die in Hamburg vereinten Literaten allerdings nicht entschließen. Wie denn auch keine Einigkeit darüber herrschte, ob man sich als Gruppe konstituieren wolle. Während Erich Loest, als Vater der Veranstaltung, Abstand davon nahm („Wir haben keinen Exilverein gegründet"), wies Siegmar Faust mit großem Nachdruck auf die Notwendigkeit einer besseren Organisation hin, weil man Aufklärungsarbeit leisten und sich mit der „DDR"-Thematik „aus der Sicht von unten" literarisch auseinandersetzen müsse.

Aber kann man überhaupt als in den Westen verschlagener „DDR"-Autor weiterhin auf „DDR"-Thematik fixiert bleiben? Auch an dieser Frage schieden sich in Hamburg die Geister. Während sich vor allem die Jüngeren leidenschaftlich für eine kontinuierliche Aufarbeitung der „DDR"-Probleme einsetzten, warnte Hans Joachim Schädlich vor den Folgen einer allzulange währenden emotionalen Bindung an die „DDR" und einer Opferhaltung, die das Fußfassen in einem anderen Lebensbereich nur zu oft verhindere.

Die Treffen sollen jedenfalls fortgeführt werden, wie Loest verkündete: zuerst einmal in der Akademie in Vlotho, die erfreulicherweise auch halbjährige Studienplätze für die Exilliteraten zur Verfügung gestellt hat.

KLÄRE WARNECKE





Bewegung bei den Realisten: „Frauen pflanzen Bäume" von Hermann Waldenburg (1983) und „Veitstanz Nr. 1" von Schang Hutter (1982) aus der Ausstellung in der Nationalgalerie und im Martin-Gropius-Bau
FOTOS: BINDER/THIELE

Löcher in der Gegenwart – Die 31. Jahresausstellung des Deutschen Künstlerbundes in Berlin

Pflichtübung nach dem Göttergeschenk

Zum 80jährigen Jubelfest des Deutschen Künstlerbundes sandte sein Ehrenpräsident Walther Scheel Flüssiges: 800 Flaschen Wein für die abendlich Feiernden. Zur Vorbesichtigung hatte es, etwas beziehungsreicher, eine Art Eintopf mit Wurststückchen gegeben. Man konnte ihn in der oberen Halle der Neuen Nationalgalerie aus dem Wegwerfbecher löffeln – inmitten eines Aufgebotes plastischer Arbeiten, die hier, auf Wohl und Wehe, getreu jenem Potpourri-Prinzip mit-, neben- und gegeneinander inszeniert sind, nach dem „Jahresausstellungen" des Deutschen Künstlerbundes eben funktionieren müssen.

Da glitzern rotierend die schicken Plexi-Prismen von Adolf Luther. Da gibt es hervorragende Stahlskulpturen in der Nachfolge von Smith und Caro (Gisela von Bruchhausen), da blinkt Blattgold vom Friesdekor der Hajekschen Bildordnungen. Bernd Hennig läßt einen frechen Neonblitz durch die schöne Metallzeichnung funken. Aber da kämpfen auch Schang Hutters hölzerne Menschwesen, nicht von plastischer Materie aufgesogen zu werden. Da sammeln sich konzeptionelle Selbstzweifel in Form kaltbehauener Bleiwürfel nebst soundsoviel Hämmern (Wolfgang Liesen), da lagern die irritierenden Minimalismen; Stahl, hingelegt, hingefaltet, als wär's gefügiges Packpapier. Da findet man die mit Bedeutung aufgeladenen Fundstücke von Raffael Rheinsberg oder dekorative Puzzles, Naturholzkonstruktionen und vieles mehr. Die Veranstalter werden es als „Vielfalt" preisen, den „Pluralismus" der Kunst. Sie müssen Wein auf Bier trinken. Ob die Mischung bekommt, dürfen sie gar nicht erst fragen.

Die Aufsplitterung dieser 31. Jahresausstellung wäre nicht nötig gewesen. Am Hauptschauplatz, im Martin-Gropius-Bau, gibt es dann ohnehin noch einmal Plastisches. Das phänomenale Ausstellungshaus an der Mauer hätte für die hereinjuryierten 540 Arbeiten der 352 Künstler (und für das Stehvermögen der Betrachter) dicke gereicht. Der Gropius-Bau, als ob noch immer vom Weiheatem des „Zeitgeists" durchweht, war eine Attraktion ohnegleichen. Thomas Grochowiak, Vorsitzender des Künstlerbundes, lieferte denn auch gleich einen weiteren Beitrag zur Diskussion um die künftige Nutzung des Hauses: er bekräftigte den „großen Wunsch der deutschen Künstlerschaft", dieses „Göttergeschenk" und „herrliche Instrument" als Schauplatz für internationale Kunstausstellungen zu erhalten. Was Nürnberg und Stuttgart, Hannover und Düsseldorf nicht boten, hat das alte Kunstgewerbemuseum in Hülle und Fülle: phantastisch große Wände. Die Riesenformate fluteten nur so vor die Augen der Jury. Drei Arbeiten durfte jeder Bewerber vorstellen. Wer ganz geschickt war, bediente sich sowieso gleich triptychonaler Unwiderlegbarkeit. Und dennoch: Mit dem grandiosen Lichthof und seinen Rundumgalerien sind die Regisseure nicht fertig geworden. Das Kuddelmuddel scheint geradezu aufgesogen von Architektur.

Ganz anders die Innenräume. Die Säle der Konkreten, Konstruktiven, der Monochrom-Strukturellen atmen lichte Konzentration. Vor den augenflirrenden Musterwänden, der asketischen Farbintensität läßt sich ausharren. Fünf Meter hoch ist die Vertikale aus zweifachem Acrylrot, mit dem Altmeister Rupprecht Geiger die Halle durchflammt. Ein starkes Stück.

Bewegung bei den Realisten und den Hypergenauen von gestern. Mag Dietmar Ullrich mit einem kopfübergemalten Achterbahn-Looping, gewollt-ungewollt, Baselitz mit dem traditionellen Pinsel überholen, mag der Zeichner Klaus Vogelgesang (am Rande reitet Franz Josef Strauß in kurzer Hose satirisch eine Bombe) seine zeichnerische Brillanz in immer weitere Quadratmeterperfektion treiben – mancher Weggefährte der sechziger und siebziger Jahre sucht jetzt den Ausweg in malerisch lockerere und gängigere Gefilde. Nicht jedem gelingt die Symbiose auf Anhieb so neu, so überzeugend wie Wolfgang Petrick.

Viele junge Künstler wären gerne bei der Veranstaltung des Eliteverbandes dabei. Allein: Jedes Mitglied kann nur einen Gast protegieren. Und manche Damen und Herren des noblen Bundes, die sich gestern noch drängten sind heute arriviert und scheuen die Jury. Der Vorstand kann Sonder-Empfehlungen aussprechen. Aber allzuviel Ermunterung ist seine Sache wohl doch nicht. Die „Wilden", meint er, hat er schon ausgestellt, als es sie sozusagen noch gar nicht gab. Da muß man sich nicht wundern, daß die Gegenwart, wie der Künstlerbund sie zeigt, ihre Löcher hat. Alles in allem ist das herausgekommen, was man so eine „anständige Ausstellung" nennt. Mehr hat keiner erwartet. Oder etwa doch?

Der Eindruck eines immensen Gemischtangebotes mit zaghafter Gliederung läßt sich kaum vermeiden. Das Auge wird strapaziert. Manchmal weniger vom Hinschauen als vom Zukneifen. Es macht eben einen Unterschied, ob man einen gehäkelten Panzer in der Ausstellung eines Bezirksamtes oder beim standesbewußten Künstlerbund findet. Es soll Maler geben, die neunmal ausstellen durften, aber noch immer nicht reif genug zur Mitgliedschaft erachtet werden. So fein sind die Sitten.

Eine Ausstellung ohne Aufregung. Eine Girlande aus Alten und Jungen, aus allzu Bekanntem, Neuem und „Neuem". Sagen wir mal: Eine gelungene Pflichtübung. Höhepunkte, aber auch viel Leerlauf. Letztlich fehlt ihr wohl genau das, was angeblich ein Symptom der Gegenwartskunst sein soll: der große Schwung. (Bis 8. Jan. 1984, Katalog 25 Mark).

PETER HANS GÖPFERT

Gert Hofmanns „Der Austritt des Dichters Robert Walser aus dem literarischen Verein" in Berlin

Hans Huckebeins fataler Hang zum Küchenpersonal

Dichterstücke, die literarische Gestalten dramatisch auf die Bühne holen, sind meistens eher peinlich oder unangemessen. Der Dramatiker leiht sich eine Figur aus der näheren oder fernen Literaturgeschichte aus. Die spickt er mit deutlichen Zitaten, verklärt sie oder läßt vom Publikum bemitleiden, wie arm, wie unverstanden, wie kläglich doch der Genius existiert habe.

Gert Hofmann, Jahrgang 1932, hat sich den fast vergessenen Schweizer Dichter Robert Walser, Jahrgang 1887, zum Behufe der dramatisierten Zweitverwertung vorgenommen. Walser war, realiter, sicher eine Art Unglücksrabe. Er existierte unstet. Er war zeit seines Lebens allenfalls punktuell anerkannt. Er schrieb, eigentlich folgenlos, seine sonderbaren, immer etwas dürren, dann wieder frappierend treffenden Prosastücke und Romane, sozusagen in der Windecke des Ruhms.

Walser ging mit 51 Jahren unversehens in eine Heilanstalt. Er lebte unter psychisch Defekten. Er war selber ein solcher oder mußte doch so wirken, wollte so auch leben. Nach seinem Tode im Jahre 1956 wurde seine originäre Bedeutung erst langsam entdeckt und gewürdigt.

Dem widmet Gert Hofmann, sicher sehr liebevoll und mit Sympathie für die schrullenhafte, reale Erscheinung des Dichters, seinen dramatischen Erweckungsversuch „Der Austritt des Dichters Robert Walser aus dem literarischen Verein". Wir sehen Walser in die Heilanstalt einziehen. Er hat eine Art Zuneigung zu einer handfesten Küchenfrau und Hausverwalterin von langher. Er besucht sie. Es scheint zu einer Art festeren Bindung zu kommen. Aber es kommt dazu nicht. Der Dichter Walser, immer auf Wolken wandernd, erkennt die Arme, die ihn umfangen möchten, nicht. Darob zwiefältiges Herzeleid. Er muß einsam bleiben.

Hofmann läßt einen schneidigen Verleger aus Berlin zureisen. Er möchte den Dichter verlegen. Er will ihn fördern. Er verschreckt durch seine flotte Art und ekelhafte Berechnung den armen Poeten. Die Chance wird vergeben. Dann zeigt Hofmann den armen Walser, wie er einer Dichterlesung in einem „Literarischen Verein" zuwandert. Der Vorstand des Vereins, ein trüber Koofmich, der sich durch literarische Bemühungen auszeichnen möchte, kommt mit dem Kauz und Außenseiter natürlich nicht klar. Die geplante Lesung platzt. Walser, der arme Hans Huckebein der Literatur, wandert weiter. Hier ist einer für den Literaturbetrieb eben gar nicht zu gebrauchen. Eine tragikomische Figur.

Sie darzubieten und zum Reden zu bringen, bemüht sich sein Dramatiker, Hofmann, mühsam. Er holte viele schöne, oft frappierende, wunderbar arglos formulierte Belege aus Walsers vorsätzlich dürrem Sprachschatz in seine Dialoge mit hinein. Da horcht man dann immer wieder auf. Dann aber macht einen die szenische Ansicht dieses Schicksals immer wieder verlegen; es wird gelacht, wo eigentlich Erschütterung am Platze wäre. Der dramatische Abzug von einer biographischen Wirklichkeit wirkt dürr und oft ein bißchen unstatthaft. Der Abend, der Wiedergutmachung an einem Abseitigen so emsig gewidmet, bleibt eher schwächlich und wie ausgeborgt. Die „Komödie" ist in Wahrheit nicht ernsthaft genug, um am Ende triftig einleuchtend und auf doppelte Weise lustig zu werden.

Die Berliner Aufführung davon ist studioklein und eher skizzenhaft gehalten in der Schiller-Werkstatt. Fritz Lichtenhan, selber Schweizer und Walser-Verehrer, kommt wie eine ins Literarische ausgerutschte Karl-Valentin-Figur daher, die Kreissäge auf dem Kopf, armeschlenkernd, seine Texte auf zaghafte Weise dezidiert anbietend. Regina Lemnitz gibt der versagten Frauenfigur einige Wärme. Dieter Ranspach und Rolf Schult bemühen sich um die Karikaturen aus dem leerlaufenden Literaturbetrieb. Jean-Claude Kuner hat das etwas karge Abziehbild freundlich und sichtbar liebevoll inszeniert. Überzeugendes Theater wird aus der kleinen literarischen Blaupause Hofmanns dann doch nicht.

FRIEDRICH LUFT

Herbert Wernicke inszenierte in Darmstadt Rossinis „Barbier von Sevilla"

Mit der komischen Oper Ernst gemacht

Auch in der Komödie regiert allein das Gold die Welt. Ohne die Geldbörse, die er ständig parat hat, hielte man den Bonvivant womöglich für einen ganz gewöhnlichen Bourgeois. Doch sobald der Herr Graf sein Portemonnaie zückt, verändert sich die Sachlage, läuft auf einmal alles wie geschmiert: Die Soldaten verlieren plötzlich jede Lust, einen vermeintlichen Hochstapler und Randalierer festzusetzen. Sie spielen lieber verrückt, verschanzen sich singend hinter Tisch und Kommode, derweil Ambrosio, Bartolos Faktotum, seelenruhig samt Leiter und Farbtopf über die Bühne stampft.

Herbert Wernicke macht Ernst mit der komischen Oper. Am Staatstheater Darmstadt inszeniert er Rossinis „Barbier von Sevilla" so, als sei's tatsächlich ein Stück Sittengeschichte. Er beschwört eine Vergangenheit, die keineswegs schon so vergilbt ist wie das alte Foto, das an der Wand hängt. Er baut vor uns eine Stadt auf – mit schmutziggrauen Häuserfronten, weitgeschwungenen Arkaden und schmiedeeisernen Balkongeländern –, in der sich's durchaus leben läßt. Und er zeigt wenig später einen bürgerlichen Salon, in dem alles seinen angestammten Platz hat.

Der Regisseur und Bühnenbildner lehrt uns, einmal genauer hinzuschauen. Er läßt sich von der Hektik, die auch seine Aufführung selbstverständlich kennt, nicht aus der Ruhe bringen, sondern entwickelt vor unseren Augen mit beispielhafter Präzision eine Handlung, in der es eigentlich um nichts anderes geht als um den Handel mit kleinen Gefühlen und großem Kapital. Selbst Rosina, die von allen noch am direktesten argumentiert, will im Grunde nur heraus aus ihrem goldenen Käfig, in den sie habgierig der Vormund gesteckt hat. Sehnsüchtig klebt sie die erste Szene über am Fenster, den Blick ziellos in die Ferne gerichtet. Jeder ist ihr in dieser Situation willkommen, wenn er sie nur befreit. Zufällig ist es hier Graf Almaviva, der sie begehrt.

Überhaupt Rosina. Rachel Joselson rückt sie in dieser Inszenierung immer mehr in den Mittelpunkt. Sie ist es, die selbst im Tohuwabohu des ersten Finales nie den Überblick verliert. Sie ist es, die ihren Willen durchsetzt, die mal verliebt tut, manchmal aber eine erschreckende Halsstarrigkeit an den Tag legt, die für den rasch geschlossenen Ehebund noch manchen Kampf erwarten läßt. Und Rachel Joselson ist es auch, die ihre Darstellung noch durch eine gesangliche Qualität aufwertet, die man sich auch für die anderen gewünscht hätte. Wilfried Plate (Graf Almaviva), Michael Glücksmann (Bartolo), Kamen Todorov (Figaro) und Hans-Joachim Porcher (Basilio) machen zwar unter der Regie Herbert Wernickes gute Figur. Aber unter der Leitung von Rainer Baum wäre manchmal eine geläufigere Gurgel sehr von Vorteil.

HARTMUT REGITZ



Rokoko mit Melone: Kamen Todorov als Figaro in der Darmstädter Aufführung FOTO: G. SCHRECKENBERG

JOURNAL

„Brüder-Grimm-Preis" für Wolfgang Hilbig

J. B. B. Hanau

Noch vor einer Woche stand nicht fest, ob der „DDR"-Lyriker Wolfgang Hilbig aus Meuselwitz bei Altenburg den „Brüder-Grimm-Preis" für seine Gedichte und Prosatexte in Hanau würde entgegennehmen dürfen. Ein „klärendes Gespräch" am letzten Montag im Ostberliner Ministerium für Kultur mit Klaus Hoepcke, der für das Verlagswesen zuständig ist, sollte da Rat und Abhilfe schaffen. Begleitet werden aber sollte der bislang nur im Westen gedruckte und geschätzte Dichter von Hans Marquardt, dem Leiter des Leipziger Reclam-Verlags, wo eine Auswahl von Hilbig-Gedichten vorbereitet wird. Hilbig durfte nun doch, allerdings ohne Hans Marquardt, der überraschend erkrankt war, zur Preisverleihung ausreisen.

„Ich war wie benommen und versuchte zu begreifen, was mich ergriff", so schilderte Karl Corino in seiner Laudatio die Wirkung der Sprachgewalt von Wolfgang Hilbigs Gedichten, die ihm Siegmar Faust im Sommer 1976 nach seiner Ausbürgerung zugeschickt hatte. Die „Eiserne Anaphorik" dieser ungewöhnlichen Verse, der „Blick aus der sächsischen Wohnküche auf den griechischen Mythos", den sie vermittelten, sei ein erstaunlicher Vorgang innerhalb der „DDR"-Literatur.

Symposion über das Geschichtsmuseum

schü. Berlin

Über die Konzeption des geplanten „Museums für Deutsche Geschichte" in Berlin haben Historiker, Politiker und Museumsfachleute auf Einladung von Kultursenator Volker Hassemer am Wochenende auf einem Symposion im Reichstagsgebäude diskutiert. Den Beratungen lagen ein von vier Historikern im Auftrage des Kultursenators erarbeitetes Gutachten sowie eine Stellungnahme des Museumsfachmanns Stephan Waetzoldt über das Museumsprojekt zugrunde.

In einem Beschluß des Berliner Senats ist bereits verbindlich festgelegt worden, daß das Geschichtsmuseum im Martin-Gropius-Bau, dem ehemaligen Kunstgewerbemuseum an der Mauer, eingerichtet werden soll. Über die Konzeption des Geschichtsmuseums sind von seiten des Senats bisher noch keine Beschlüsse gefaßt worden. Mit einer endgültigen Entscheidung ist erst im nächsten Jahr zu rechnen. Zuvor sollen in mehreren Hearings noch Politiker, Kulturpolitiker und Museumsfachleute zu Wort kommen.

Das Programm der Kunst-Biennale Venedig

M. v. Z. Venedig

Die nächste Biennale Bildender Kunst in Venedig wird am 10. Juni 1984 eröffnet. Neben den Nationalausstellungen von 27 Ländern sind vier Abteilungen vorgesehen, die das Verhältnis der Kunst zum Schauspiel, zur Architektur, zu den Medien und zu sich selbst beschreiben sollen. Vorgesehen sind außerdem eine Sektion „Aperto 84" sowie ein Überblick über die Wiener Sezession.

Dokumentarfilmwoche in Leipzig eröffnet

DW. Leipzig

Die Volksrepublik China ist seit langer Zeit diesmal wieder bei der Internationalen Dokumentar- und Kurzfilmwoche in Leipzig vertreten. Während der sechstägigen Veranstaltung, die jetzt zum 26. Mal stattfindet, werden 182 Filme aus 51 Ländern gezeigt. Eine Retrospektive mit 30 Filmen ist chilenischen Regisseuren aus der Zeit der Volksfront gewidmet. Die Leipziger Dokumentarfilmwoche ist das wichtigste Festival des kommunistischen Propagandafilms.

Restaurierung von Kastell und Kathedrale in Trani

N. M. Rom

Das Kastell und die Kathedrale der italienischen Hafenstadt Trani werden jetzt mit Unterstützung Roms restauriert. Als der fünfstöckige Turm der Nicolo-Kathedrale einzustürzen drohte, trug man ihn Stein für Stein ab, um ihn erneut sicher aufzubauen. Auch das Kastell, in dem einst Frau und Kinder von Friedrichs II. Sohn Manfred gefangengehalten wurden und das seit der Jahrhundertwende als Gefängnis diente, wurde eingerüstet. Bisher haben diese Arbeiten 400 Millionen Lire gekostet. Dieselbe Summe wurde inzwischen nochmals bereitgestellt, doch schätzt man, daß insgesamt eine Milliarde Lire nötig sein werden, ehe die Anlage eröffnet und für Ausstellungen genutzt werden kann.

Inklings-Woche über phantastische Literatur

DW. Aachen

Den zehnten Todestag von J. R. R. Tolkien und den 20. Todestag von C. S. Lewis hat die Aachener Inklings-Gesellschaft für Literatur und Ästhetik zum Anlaß für zwei Ausstellungen über die beiden Autoren genommen. Bis zum 25. November finden außerdem täglich Vorträge zu diesem Themenbereich statt.

Der britische Bobby wird vom Sockel geholt

Ein 1100-Seiten-Dokument geißelt die Fehler der Polizei

FRITZ WIRTH, London

„Wir Briten haben das dringende Bedürfnis, uns ab und zu selbst die Zähne einzuschlagen", klagte der „Daily Telegraph" am Wochenende in einem Leitartikel. Die Bürger von Luxemburg, die in der letzten Woche engen Kontakt mit britischen Fußballfans hatten, mögen das anders sehen, doch der vom „Telegraph" betrauerte Schlag ins eigene Kontor ist *unendlich schmerzhafter* als alles, was hirnlose Fußballrabauken dem britischen Image von Fairness und Sportsmanship bisher angetan haben.

Das hier beklagte Instrument zur Selbstpeinigung ist ein 1100 Seiten starkes Dokument, das eine rücksichtslose Demontage einer seit Jahrzehnten besonders im Ausland viel bewunderten und hochrespektierten britischen Institution betreibt, des angeblich so liebenswerten, fürsorglichen, toleranten, väterlichen britischen „Bobbies".

Dieses 1100-Seiten-Porträt über Eigenarten, Arbeitsweise und Berufsauffassung der Londoner Polizei entdeckt bei einer großen Anzahl dieser „Bobbies" völlig neue und *deprimierende Charaktereigenschaften:* er neigt zum Suff, ist unehrlich, häufig zu gewalttätig, hat rassistische Vorurteile und behandelt farbige Bürger härter und schroffer als weiße, ist unfair *gegenüber seinen weiblichen* Kollegen und – bestechlich.

Was dieses warzen- und faltenreiche Porträt so schmerzhaft und bewundernswert zugleich macht: es ist von der Londoner Polizei selbst in Auftrag gegeben worden. Der ehemalige Londoner Polizeichef Sir David McNee bat im Jahre 1979 das „Institut für Politische Studien" um eine Nahaufnahme seiner Polizei-Streitkräfte. Obwohl jeder bei Scotland Yard wußte, daß es kaum ein Hochglanzfoto werden würde, ist man an der Spitze der Londoner Polizei über das Ergebnis dreijähriger Untersuchungen so erschreckt, daß der heutige Scotland-Yard-Chef Sir Kenneth Newman zugab: „Ich persönlich hätte diesen Report nicht in Auftrag gegeben."

Verhalten oft illegal?

Der Bericht beklagt, daß die Londoner Polizei zu häufig Bürger auf offener Straße anhält. 16 Prozent der Londoner werden durchschnittlich [illegible] nellem Verdacht angehalten und befragt, insgesamt sind das 1,5 Millionen Fälle jährlich. Die Autoren des Berichtes glauben, daß sich in 45 Prozent dieser Fälle die Polizei illegal verhalten hat, weil kein ausreichender Verdacht bestand, den Passanten anzuhalten. Bei farbigen Bürgern ist das Risiko, von der Polizei gestoppt zu werden, ungleich höher. Mehr als 50 Prozent von ihnen erregten den Verdacht der Polizei und wurden angehalten. Die Polizei rechtfertigt sich damit, daß bei den jährlichen 1,5 Millionen Stopps auf offener Straße insgesamt rund 100 000 Verbrechen entdeckt werden.

Vorurteile gegenüber Farbigen seien, so heißt es in dem Dokument weiter, nicht nur gelegentliche Erscheinungen, sondern weit verbreitet. Die Sprache gegenüber Farbigen sei in vielen Fällen brutal, beleidigend und provokativ. Während unter den weißen Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren ein Drittel glaubt, daß die Polizei eine zu drohende und gewalttätige Haltung einnimmt, teilen unter der westindischen Bevölkerung Londons 62 Prozent der Befragten diesen Eindruck.

Der Bericht zitiert einen Polizisten mit dem kategorischen Urteil: „Ich hasse alle Pakistani." Zugleich warnen die Autoren davor, aus dem gängigen rassistischen Sprachgebrauch auf eine unfaire Behandlung der Farbigen zu schließen.

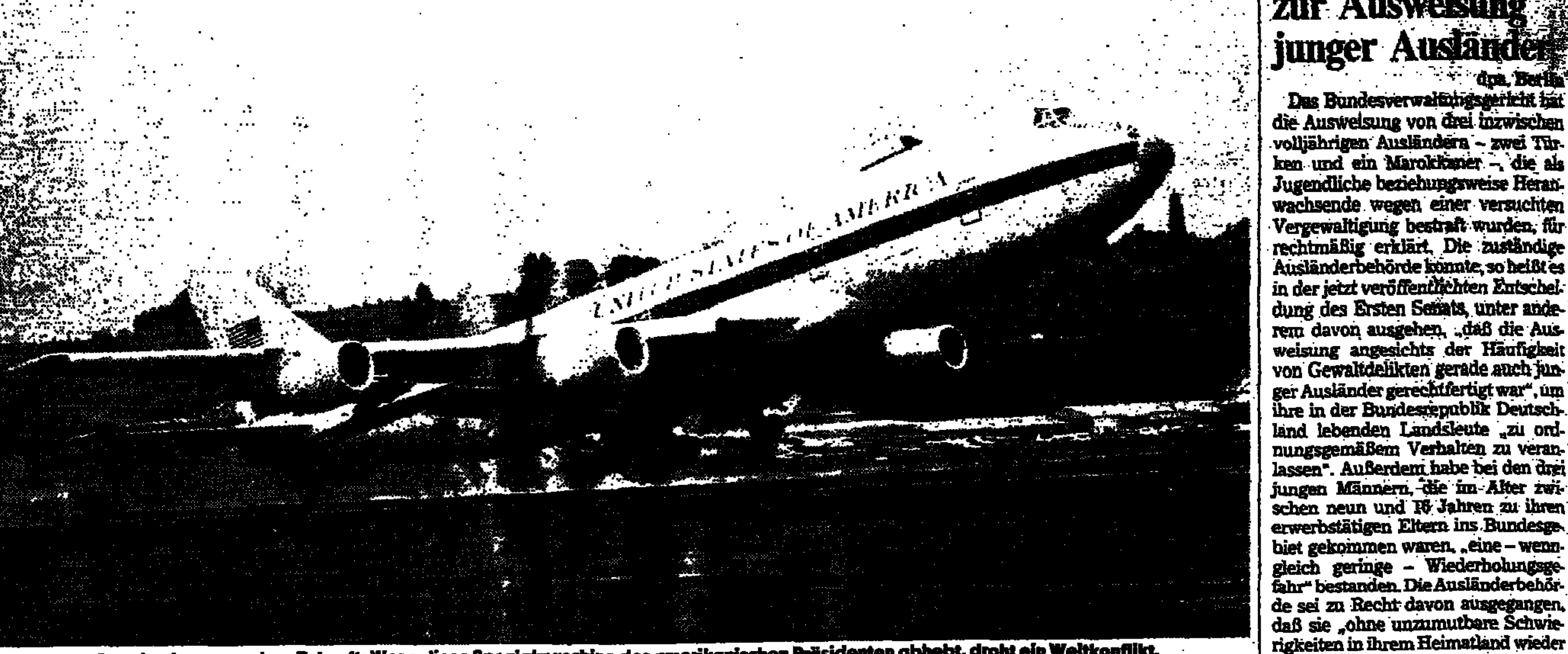
Hang zur Bestechlichkeit

Der Hang vieler Polizisten zum Trinken, so glauben die Autoren, sei eine Folge der Langeweile, zuweilen des plötzlichen Stresses und eines *Kults, Mannbarkeit zu demonstrieren.* Der gleiche Männlichkeitskult habe zu einer Diskriminierung weiblicher Kollegen geführt.

Der Hang zur Bestechlichkeit sei außerdem bei Detektiven stärker entwickelt als bei den uniformierten Polizisten im Straßeneinsatz. Während die Autoren einen von 20 Detektiven von Scotland Yard für bestechlich halten, sind es bei den uniformierten Polizisten „auf Streife" nur einer von 70.

40 Prozent der Londoner halten ihre Straßen bei Nacht für unsicher, dennoch aber ist die überwiegende Anzahl immer noch mit der Arbeit ihrer Polizei zufrieden. 74 Prozent der Londoner Bürger, die in den vergangenen Jahren mit der Polizei zu tun haben, äußern sich positiv über diese Begegnungen.

Das Pech der Londoner Polizisten ist, daß die Jahre, in denen sie so scharf unter die Lupe genommen wurden, für sie nicht die vorteilhaftesten waren. Es war die Zeit, da sie mit unzureichender Ausrüstung und auch psychologisch unvorbereitet in die Straßenkämpfe von Brixton geschickt wurden, und es war die Zeit, da massive Bestechungsskandale in den mittleren und höheren Etagen von Scotland Yard aufgedeckt wurden. Mag sein, daß der „Bobby" lange nicht mehr so gut ist wie sein Ruf, er ist jedoch keineswegs der Bösewicht auf der Londoner „Law and Order"-Szene, als den ihn die militanten Führer ethnischer Minderheiten und ihnen nahestehende politische Radikale gern darstellen. Das umstrittene 1100-Seiten-Dokument ist mehr als ein Spiegelbild der Londoner Polizei, es ist ein Spiegelbild der britischen Gesellschaft.



Start in eine ungewisse Zukunft: Wenn diese Spezialmaschine des amerikanischen Präsidenten abhebt, droht ein Weltkonflikt. FOTO: BOEING

Der Westen wird aus der Luft kommandiert

Von ADALBERT BÄRWOLF

Dort, wo die Erste-Klasse-Passagiere im Oberdeck eines Boeing-Jumbos in 11 000 Meter Höhe normalerweise die Champagnergläser schwenken, wölbt sich eine Antenne von solchen Ausmaßen, daß man die Konstruktion dieses Spezial-Jumbos verändern und einen Wulst aufsetzen mußte. Durch diesen Kunststoff-Buckel „sieht" die geheimnisvolle Antenne den künstlichen Stern – eine Relaisstation als Geheimsatellit – in 36 000 Kilometer Höhe. Diese Antenne ist nur eine von insgesamt 50 in dem Flugzeug, das der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika im Falle eines nuklearen Angriffs auf die USA als fliegende Kommandozentrale benutzen würde.

Die blau-weiße Maschine, in der außer dem Präsidenten und dessen engstem Mitarbeiterstab noch 80 Besatzungsmitglieder und Techniker *Platz finden, ist das teuerste* Flugzeug der Welt. Einschließlich aller Elektronik kostet die Sondermaschine rund 300 Millionen Dollar. Sie kann so lange in der Luft bleiben, bis *nicht mehr im Fluge nachgetankt* werden kann oder bis die Besatzung physisch nicht mehr zur Arbeit fähig ist. Nach Mitteilung des Pantagon kann der Präsident aus dieser Kommandozentrale heraus wirkungsvoll in der Anfangsphase eines nuklearen Krieges den atomaren Gegenschlag führen. In späteren Phasen müßten mobile Kommandozentren auf der Erde diese Rolle übernehmen.

Das Präsidentenflugzeug sowie drei weitere Maschinen des gleichen Typs, Boeing-E-4B, sind gegen die Wirkungen nuklearer Detonationen einschließlich des Phänomens elektromagnetischer Pulse (EMP) geschützt. Das gilt besonders für die mehr als 1600 Elektronikpakete, die sogenannten „Black Boxes", die sich in jeder Maschine befinden. Mehr als 100 000 Meter elektrischer Leitungen wurden verlegt.

Nach Einsatzbereitschaft der vierten Maschine im Finanzjahr 1985 *verfügt jedes Flugzeug* über 13 Fernmeldestationen mit den insgesamt 50 Antennen. Das Spektrum der supergeheimen Kommunikationsgeräte reicht von Sendern mit sehr geringer *Frequenz (very low frequency, VLF)* bis zu denen mit superhoher Frequenz (super high frequency, SHF). Die langwelligen Antennen VLF sind für die Kommunikation mit den getauchten Atom-Unterseebooten erforderlich. Die Präsidentenmaschine kann aus dem Heck Drähte als Antennen ausfahren, die bis zu acht Kilometer lang sind. Die Parabolantenne unter dem Wulst des Jumbos hat einen Durchmesser von rund fünf Metern. Diese Antenne arbeitet mit Superhochfrequenz SHF.

Der Präsidenten-Jumbo steht zur Stunde auf einem Flugplatz in den USA, dessen Name auf der Geheimliste steht. Bis vor wenigen Wochen war die Maschine auf dem Luftwaffenstützpunkt Andrews Air Force Base geparkt gewesen. In einer Weltkrisensituation mit bevorstehenden atomaren Einschlägen in den USA hätte der Präsident vom Weißen Haus aus die fliegende Kommandozentrale per Hubschrauber in wenigen Minuten erreichen können. Wie der Präsident den neuen Abstellplatz der Maschine im Inneren des Landes erreichen soll, ist unbekannt.

Die Verlegung der Spezial-Boeing war notwendig geworden, weil die Zielgenauigkeit der sowjetischen Raketen auf Atom-U-Booten vor der Ostküste der USA zugenommen hat. Den Sowjets wird mit der Verlegung der Präsidentenmaschine zugestanden, den Flugplatz Andrews bei Washington als Punktziel vernichten zu können.

Die vier Jumbos Boeing E-4B können in der Rotation entweder als fliegende Kommandozentrale der Regierung oder als fliegende Kommandozentrale des Strategischen Bomberkommandos SAC eingesetzt werden.

Seit dem 3. Februar 1961 kreist ständig, Tag und Nacht, ein Jet mit einem General an Bord über dem amerikanischen Mittelwesten. Der General kann bei Zerstörung des unterirdischen SAC-Hauptquartiers auf Befehl des Präsidenten den atomaren Vergeltungsschlag auslösen. Er kann aus der Luft die Raketen starten. Fällt die Funkverbindung mit dem SAC-Hauptquartier aus, nimmt der General mit der Looking-Glass-Maschine Kurs auf Omaha. Er muß mit eigenen Augen feststellen, ob das *Hauptquartier zerstört ist.*

Ein Sieg der „Eishämmer" beendet arktisches Drama

Der letzte sowjetische Frachter nach sechs Wochen vom Eis befreit / Sibirien ist nicht lebensfähig ohne Versorgung per Schiff

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Das Drama der sowjetischen Schiffe im *Eis des ostsibirischen Meeres* ist erst jetzt zu Ende gegangen: Vier der sechs Frachter und Tanker, die Anfang Oktober als erste vor der Tschuktschen-Halbinsel vom Packeis erfaßt wurden und festfroren, haben ihren Bestimmungshafen Pewek erreicht. Der Frachter „Nina Sagajdak" war schon in den ersten Tagen gesunken. Danach konnte nur der Tanker „Urengoj" befreit werden. Drei Eisbrecher bemühten sich seit dem 3. November um die Restgruppe, darunter der stärkste sowjetische Atomeisbrecher „Leonid Breschnew". Nach einer Woche, als arktische Stürme die Temperatur auf minus 30 Grad drückten, saßen die vier Schiffe wieder fest: die mühsam freigebrochene Fahrrinne hatte sich rasch geschlossen. Zwei Dutzend andere Schiffe fallen für Monate aus. Vom Eisgebirge ramponiert, müssen sie jetzt überholt werden.

Die nur vereinzelt erscheinenden Berichte sowjetischer Zeitungen lassen immerhin erkennen, daß die Eisbrecher vorrangig Tanker herausgeschlagen und an die Küste geschleppt haben. Gleich zwei dieser vielgerühmten und doch so oft überforderten Eishämmer kämpften in den vergangenen Tagen um den Tanker „Samotlor", der schließlich in Pewek eintraf.

Auf das Öl der Tanker sind die ostsibirischen Küstenstädte noch mehr angewiesen als auf andere Fracht. Vom Öl hängt das Überleben *im arktischen Winter ab. Von diesen* Städten aus wird das Hinterland erschlossen, bei dem es vor allem um die Bodenschätze geht. Die sowjetische Wirtschaft kann darauf nicht *verzichten. Moskau hat deshalb die* „Eroberung" Sibiriens/Ostsibiriens in den Rang einer „Hauptaufgabe" erhoben. Aber Öl, Gas und Kohle, ebenso Gold, Zinn und andere Metalle werden nur unter härtesten Bedingungen gewonnen. Es gibt in diesem riesigen Gebiet jenseits des Polarkreises weder Straßen noch Eisenbahnen, die wenigen Ansiedlungen im Landesinneren sind auf die Flußläufe konzentriert.

Wenn es nicht gelingt, die Versorgung des unwirtlichen Gebiets über die nördlichen Einfallstore an der Küste während des ganzen Jahres zu sichern, ist das Erschließungsprogramm gefährdet, der Optimismus der Planer, die den pausenlosen Betrieb der arktischen Schiffahrtsroute zwischen Murmansk im Westen und der Beringstraße bereits für eine sichere Sache hielten, ist durch das Schiffsdrama dieses Winters stark gedämpft worden.

Die Häfen sind schlecht ausgerüstet, es fehlt an allem: an Liegeplätzen für die Schiffe, Krananlagen, Lagerhallen und Containern. Nur ein Fünftel der Ladung kann „paketiert" werden. Diese Verzögerungen in den Häfen haben im übrigen dazu beigetragen, daß die Schiffe in das Wintereis gerieten, das allerdings, was noch hinzukam, dieses Jahr früher als sonst einsetzte. Dies nicht rechtzeitig erkannt zu haben wird wiederum den Meteorologen angelastet.

„In Sibirien ist alles Provisorische zu teuer", erkannte die „Iswestija". Die Einsicht hilft wenig, wenn der Staat durch den rasch wachsenden Investitionsbedarf überfordert wird. Für die nötige Qualität des Ausbaus stehen nicht genügend Mittel, Material und Menschen zur Verfügung. Während zum Beispiel am Pazifik zwischen Wladiwostok und Nachotka der neue Seehafen Wostotschnij angelegt wird, der sich zum größten Umschlagplatz des Fernen Ostens entwickeln soll, nimmt man resigniert in Kauf, daß der wichtige westsibirische Flußhafen Dudinka nahe der Jenissej-Mündung durch die Frühjahrsfluten regelmäßig Millionenschäden erleidet. Aber schon wird ein weiterer Hafenneubau an der sowjetischen Pazifikküste südlich der Behringstraße *in Aussicht* genommen.

Seit Jahrzehnten werden die Küstenstädte entlang des nördlichen Seeweges vergrößert, entstehen jenseits des Polarkreises neue Siedlungen. Das wirtschaftliche Wachstum Sibiriens übertrifft die durchschnittlichen Werte der Sowjetunion um 20 bis 40 Prozent. Trotz allem hinkt die Infrastruktur weit zurück. Das wiederum wirkt sich auf die dauerhafte Ansiedlung von Arbeitskräften verheerend aus. Zwei Drittel aller Zuzügler hält es denn auch nicht länger als drei Jahre.

Schon die Wohnungen sind knapp; häufig müssen sich zwei, drei Familien ein Quartier teilen. Der Baupreis für einen Quadratmeter Wohnfläche ist vier- bis fünfmal höher als im sowjetischen Westen. Obwohl die klimatischen Verhältnisse eine verdichtete Bauweise erfordern würden, müssen die Menschen beim Einkauf lange und oft gefährliche Wege zurücklegen: statt die Geschäfte in Warenhäuser zusammenzufassen, liegen sie weit verstreut. Vielen Orten fehlt die Kanalisation. Solche „Provisorien" machen den Neusibiriern das Leben zur Last.

Grundsatzurteil zur Ausweisung junger Ausländer

dpa, Berlin

Das Bundesverwaltungsgericht hat die Ausweisung von drei inzwischen volljährigen Ausländern – zwei Türken und ein Marokkaner –, die als Jugendliche beziehungsweise Heranwachsende wegen einer versuchten Vergewaltigung bestraft wurden, für rechtmäßig erklärt. Die zuständige Ausländerbehörde konnte, so heißt es in der jetzt veröffentlichten Entscheidung des Ersten Senats, unter anderem davon ausgehen, „daß die Ausweisung angesichts der Häufigkeit von Gewaltdelikten gerade auch junger Ausländer gerechtfertigt war", um ihre in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Landsleute „zu ordnungsgemäßem Verhalten zu veranlassen". Außerdem habe bei den drei jungen Männern, die im Alter zwischen neun und 16 Jahren zu ihren erwerbstätigen Eltern ins Bundesgebiet gekommen waren, „eine – wenngleich geringe – Wiederholungsgefahr" bestanden. Die Ausländerbehörde sei zu Recht davon ausgegangen, daß sie „ohne unzumutbare Schwierigkeiten in ihrem Heimatland wieder heimisch werden können". Die Ausweisungen verstoßen nach Ansicht des Gerichts auch nicht gegen Artikel sechs des Grundgesetzes, wonach Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung stehen. Das Gebot des Familienschutzes verpflichte in der Regel nicht dazu, volljährigen Ausländern allein deswegen einen erhöhten Ausweisungsschutz zu gewähren, weil sie im Bundesgebiet bei ihren Eltern wohnen. (AZ: BVerwG 1 C 129.80, 131.80 vom 18. 10.)

Große Zinsunterschiede

dpa, Berlin

„Viele Leute bezahlen, nur um irgendwo einen Kredit zu bekommen, viel zuviel." Diese von der Stiftung *Warentest zitierte Feststellung* eines Kreditinstituts wurde jetzt durch einen Preis-Vergleich untermauert: Der Vergleich der Konditionen eines 8000-Mark-Ratenkredits mit dreijähriger *Laufzeit ergab eine Spanne bis zu* 1260,80 Mark. Bei einer Umfrage unter 66 Geldinstituten ermittelte die Stiftung für einen derartigen Kredit Effektivzinsen zwischen 9,77 und 20,13 Prozent pro Jahr. Das geht aus der *Dezember*-Ausgabe von „test" hervor.

„Unnötig beunruhigt"

dpa, Hannover

Vor einer „Dramatisierung" der Schadstoffbelastung von Lebensmitteln haben Wissenschaftler in Hannover gewarnt. Auf einer Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e. V. (Frankfurt) zeichneten die Referenten ein positives Bild: Vielfach seien die Verbraucher „unnötig beunruhigt" worden, die Kontrolle der Nahrungsmittel sei erheblich verbessert worden, Überschreitungen der zulässigen Höchstwerte würden kaum noch registriert.

„Boulevard Lech Walesa"

AFP, Nizza

Lech Walesa und die Erinnerung an das frühere Stalingrad werden künftig in Nizza gemeinsam geehrt. Die Stadtverwaltung *der südfranzösischen* Stadt hat am Wochenende beschlossen, der Hälfte des bisherigen „Boulevard Stalingrad" den Namen des polnischen Arbeiterführers und Frie*densnobelpreisträgers zu geben.*

Lebenslanges Fahrverbot

SAD, Cleveland

Einem 18jährigen Mädchen, das bei einer Trunkenheitsfahrt einen Unfall verursachte, bei dem zwei Kleinkinder ums Leben kamen, ist jetzt in Cleveland die Fahrerlaubnis auf Lebenszeit entzogen worden.

ZU GUTER LETZT

„In den meisten Badezimmern fühlen sich nur Bazillen wohl" (Überschrift in der „Berliner Morgenpost")

LEUTE HEUTE

Angst vorm Fliegen

Mit Champagner feierte die Pilotin **Brooke Knapp** ihren Rekordflug über beide Pole. Die 39jährige Millionärin hat als erste Frau die Route über den Nord- und den Südpol in einem Geschäftsflugzeug bewältigt. Brooke Knapp, lernte fliegen, um ihre Angst davor zu überwinden.

Präsidenten-Appell

Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), **Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein**, hat den Spendenrückgang beklagt. Noch sei die Erfüllung der humanitären Verpflichtungen seiner Organisation zwar nicht bedroht, er appelliere aber an die Bürger, dem DRK zu helfen.

Barbras Mißtrauen

Barbra Streisand (41), Schauspielerin und Sängerin, hat jetzt den Grund verraten, warum sie an ihrer so charakteristischen Nase nie eine



Schönheitsoperation vornehmen ließ. In einem Interview am Tage der Premiere ihres neuen Films „Yentl" sagte das „Funny Girl": „Ich kann Schmerz nicht ausstehen und traue überdies Ärzten nicht über den Weg."

WETTER: Kalt und trocken

Wetterlage: Der Ausläufer eines skandinavischen Sturmtiefs überquert am Montag auch das südliche Deutschland. Auf seiner Rückseite fließt kalte Meeresluft nach Deutschland.

Vorhersage für Montag:

Gesamtes Bundesgebiet: In Süddeutschland anfangs stark bewölkt und vor allem in Bayern Schneeregen und Schneefall, örtlich auch Glatteisbildung. Gegen Mittag mit Ausnahme des Alpenvorlandes wie schon im übrigen Bundesgebiet Übergang zu wechselnder Bewölkung mit einzelnen, an der Küste kräftigen Schauern, die in Mittelgebirgslagen in Schnee übergehen. Tageshöchsttemperaturen zwischen 2 und 6 Grad C, in den Alpen in 2000 m Höhe Temperaturrückgang auf minus 5 Grad C. Auch abends und nachts im Norden und Osten noch Schauer. Abkühlung auf plus 2 bis minus 2 Grad C mit Glättebildung auf den Straßen. Mäßiger bis frischer, im Norden auch starker bis stürmischer Wind aus West bis Nord.



Weitere Aussichten:

In der Westhälfte Wetterberuhigung, in der Osthälfte noch weitere Schauer, allgemein kalt.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	5°	Kairo	27°
Bonn	6°	Kopenh.	7°
Dresden	4°	Las Palmas	23°
Essen	5°	London	8°
Frankfurt	–1°	Madrid	12°
Hamburg	6°	Mailand	1°
List/Sylt	6°	Mallorca	16°
München	–1°	Moskau	–2°
Stuttgart	–3°	Nizza	13°
Algier	20°	Oslo	7°
Amsterdam	9°	Paris	1°
Athen	11°	Prag	–3°
Barcelona	11°	Rom	10°
Brüssel	5°	Stockholm	4°
Budapest	–4°	Tel Aviv	27°
Bukarest	–5°	Tunis	18°
Helsinki	3°	Wien	–3°
Istanbul	9°	Zürich	0°

* **Sonnenaufgang am Dienstag:** 7.50 Uhr, Untergang: 16.26 Uhr. **Mondaufgang:** 17.49 Uhr, Untergang 10.01 Uhr. * in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Sintflut beendet Dürre in Portugal

ROLF GÖRTZ, Lissabon

„Plötzlich schwammen wir, der Wagen löste sich von der Straße, schaukelte wie ein Boot ohne Kiel, und dann schossen wir seitwärts gegen eine Mauer. Warum wir lebend davongekommen sind, weiß ich nicht." Eingehüllt in Decken, zwi*schen Flüchtlingen aus über*schwemmten Häusern, erzählt ein Ladeninhaber über seine Flucht vor dem Regen, der seit einer Woche über Lissabon und den Ribatejo bis zur *Mündung am Atlantik niedergeht.* Es war seine letzte Autofahrt. „Nie wieder werde ich einen Wagen besitzen." Sein Laden, den die Schlammfluten zerstört haben, war nicht versichert. Die Geschäfte gingen schlecht.

Die Sintflut ließ den Tejo, seine Nebenflüsse und Bäche schon weit nördlich von Lissabon anschwellen. Die Schlammfluten stauten sich vor allem in den seit Jahren ausgedörrten Flußtälern. Elendshütten aus Holz und rohen Ziegelsteinen, mit balkenbeschwerten Plastiksäcken über schadhaften Blechdächern, unter denen neben gemauerten Öfen in kaltfeuchten Decken die Ärmsten des Landes hausen, schoben sich zusammen. Ihre Trümmer bildeten Dämme, die – *berstend* – dem *Strom noch* mehr Wucht zum Angriff auf das nächste Armenviertel gaben. Bis zwei Meter hoch stauten sich so die Schlammfluten, ehe sie sich in den *Tejo wälzten.*

Betroffen sind die Zonen von Santarem, Sacavem über Lissabon-Baixa (die Unterstadt) bis nach Cascais, westlich Lissabons. Am meisten lit*ten jene illegalen Blechhüttenstädte* zwischen Loures und dem Flughafen. Bei einer ähnlichen Katastrophe 1967 drückten Stürme aus dem Westen den Atlantik in die Tejo-Mündung, ließen so bei Hochwasser die Fluten weitere Meter steigen.

Diesmal hatten Armee, Feuerwehr, Polizei und Zivilschutz schon lange vorher gewarnt: „Bleibt zu Hause, fahrt nicht unnötig mit dem Wagen, verlaßt die niedrig gelegenen Zonen." So sind denn die Opfer – bis gestern wurden neun Tote offiziell bekanntgegeben – in erster Linie unter den Autofahrern zu suchen. Bei Cascais rissen die braunen Fluten eine Familie, ein junges Ehepaar mit einem Kind, samt Wagen von der Straße. Auch die meisten der zwölf Vermißten waren trotz der Warnungen in ihren Autos unterwegs.

Ministerpräsident Mario Soares hat ein Krisenkabinett gebildet und die Bürgermeister *der betroffenen Zo*nen hinzugezogen. Hubschrauber der Polizei und der Armee überfliegen dieses Gebiet, dirigieren die Schlauchboote der Pioniere, die Men*schen aus Baumkronen und von Dä*chern holen. Soares nach seiner ersten Rundfahrt: „Katastrophenalarm wird nicht gegeben; die Notstandsmaßnahmen reichen aus. Die Schäden werden wir später registrieren müssen."

„Wenn es nur nicht so warm wäre", flüstert immer wieder ein alter Mann unter den Obdachlosen in einer Turnhalle. Seine Furcht: 1755, als das große Erdbeben Lissabon verwüstete, war es auch warm. „Und die Hitze kam aus der Erde." So steht es in den Berichten, sie kam nicht mit dem Wind aus Marokko. „Jetzt ist es eigentlich schon Winter, und wir haben noch immer 20 Grad", ängstigt er sich. Vom Wärmestau sich übereinanderschiebender Luftmassen will er nichts wissen. Er verharrt in seinem stoischen Fatalismus, der die Portugiesen die Geschichte hindurch an ihre nationalen Katastrophen bindet. Erst vor einer Woche verhinderte die Erinnerung an die spanische Besetzung Portugals durch Truppen Philipp II. – nun schon mehr als 400 Jahre her – jenes iberische Bündnis, *das Politiker beider Länder immer* wieder vergebens anstreben.

Spionierte australischer Premier einst für China?

Britischer Journalist „enthüllte" den Tod Harold Holts

JOCHEN ZWIKIRSCH, London

Der vor 16 Jahren spurlos verschwundene australische Premierminister Harold Holt war jahrzehntelang ein *Meisterspion* der Rotchinesen. Holt hat den Badeunfall, der offiziell als Ursache seines Todes gilt, nur vorgetäuscht und ist an Bord eines U-Bootes nach China geflohen. Diese sensationellen Behauptungen stellt der britische Journalist Anthony Grey in seinem neuesten Buch „The Prime Minister was a spy" auf.

Der Autor, jahrelang Peking-Korrespondent der Nachrichtenagentur Reuter, gilt als seriöser Journalist. Greys im Buch nur „ein australischer Geschäftsmann" genannter Hauptinformant ist dagegen nach den Recherchen des Londoner Sonntagsblattes „The Observer" ein gewisser Ronald Titcombe – ein Mann von zweifelhaftem Ruf.

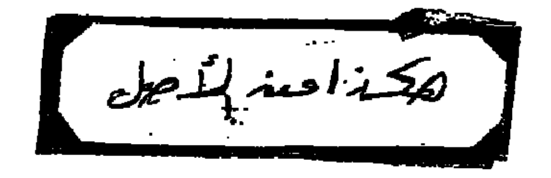
Titcombe war Fregattenkapitän der australischen Kriegsmarine. 1968 quittierte er wegen einer dubiosen Sache den Dienst, wurde Geschäftsmann, machte aber Pleite und setzte sich *1980* nach Hongkong ab.

Seine „Geschichte": Harold Holt sei 1929, während seines Jurastudiums in Melbourne, vom chinesischen Geheimdienst angeworben worden. In all den Jahren, in denen er eine steile politische Karriere machte und schließlich (1966) in Australiens höchstes Regierungsamt gewählt wurde, habe er gegen große Summen Geldes wichtige Geheimnisse verraten.

Offiziell ertrank der Politiker, der wegen seiner Vorliebe für attraktive Frauen „der James Bond von Australien" *genannt wurde,* bei einem Badeausflug. Sein Leichnam wurde nie gefunden. Man nahm an, er sei von Haifischen gefressen worden.

Die Darstellung, die Anthony Grey nun liefert, liest sich indessen so: Harold Holt hat seinen Tod nur vorgetäuscht. Rotchinesische Froschmänner hätten ihn an Bord eines U-Bootes geleitet.

Die ersten offiziellen Reaktionen in Australien sind heftig. Generalstaatsanwalt Gareth Evans in Melbourne: „Ein Märchen aus dem Zauberland." Der frühere Premier Sir William McMahon: „Von Anfang bis Ende erlogen."





Gemeinnützige Wohnungsunternehmen

Als Helfer zur Selbsthilfe, als Wegbereiter zum eigenen Haus für Einkommensschwache versteht sich der gemeinnützige Wohnungsbau. 120 Jahre lang hat er mit dieser Maxime Millionen zu einer Wohnung verholfen, die sich diese nicht hätten leisten können. Jetzt ist Sturm aufgekommen. Der Staat fordert ein Belegungsrecht für sich und droht mit dem Entzug der Vorzüge der Gemeinnützigkeit. Die Gemeinnützigen sehen ihr Werk gefährdet. Soll jetzt ihr Erfolg bestraft werden?

Eigenverantwortung rangiert vor staatlichem Eingriff

Von HELMUT TEPPER

Die Nachfrage bestimmt in vielen Regionen bereits den vermarktungsträchtigen Standort einer Wohnung, ihre Qualität und ihren Preis.

Es zeigt sich aber zunehmend, daß nur solche Wohnungssuchende problemlos in den Wohnungsteilmärkten ihre Versorgungswünsche erfüllen können, die als gleichgewichtige Nachfrager mit marktgerechten Ressourcen auftreten können. Wer unter Berücksichtigung seiner speziellen Bedarfsqualität – kinderreich, alter Mensch, Behinderter, Alleinerzieher – oder seiner ungünstigen Einkommenslage und -erwartung einen existentiellen Wohnungsbedarf berechtigt anzumelden hat, der erfährt zunehmend kein adäquates Angebot mehr.

Ein laisser faire kann daher am Wohnungsmarkt die soziale Komponente für eine soziale Wohnungsmarktwirtschaft nicht erzeugen.

Die Wohnungspolitik ist demnach herausgefordert, drei elementare Grundsätze unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung in wechselseitiger Zuordnung jeweils mit adäquaten Maßnahmen zu fördern und ihre Verwirklichung zu ermöglichen. Das gilt für

1. die individuelle Selbstverantwortung der Wohnungssuchenden und Wohnungsbenutzer,
2. die gesellschaftliche Selbstverwaltung der wohnungswirtschaftlichen Investoren und Anbieter und
3. die staatliche Koordinationsfunktion im Sine einer subsidiären Sozialpflicht der öffentlichen Hände.

Diese Prinzipien bilden den Grundriß einer Gesellschaft, in der alle Gruppen in verhältnismäßiger Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit ein eigenes Interesse an dem Bestehen ihres Gemeinwesens entwickeln können. Privateigentum und Privatinitiative stellen in dieser Marktordnung die essentiellen Grundlagen ihres Erfolgsrezeptes dar, das den Leistungswillen weckt, die Selbstverwirklichung ermöglicht, die Hilfe zur Selbsthilfe gewährt und Mechanismen zur solidarischen Verteilung der Güter entwikkelt.

Noch vor staatlichen Eingriffen in das Wirtschaftsgeschehen und vor staatlichen Eigenengagements ist solchen Zusammenschlüssen der Vorrang einzuräumen, in denen sich Gruppen vereinigen, die wiederum selbstverantwortlich ihre Bedürfnisse befriedigen wollen.

Mit dieser selbstgestellten Aufgabe ist die Wohnungsgemeinnützigkeit heute ein instutionalisiertes weiteres Ordnungselement in dem Spannungsfeld zwischen den Grundpositionen einer sozialen Marktwirtschaft einerseits und staatlichen Interventionismus andererseits. Selbstverantwortung und Selbstverwaltung zeichnen diesen Unternehmensbereich als einzelwirtschaftlich strukturiertes Instrument der Selbsthilfe aus, in dem Solidarität und genossenschaftlicher Förderungsauftrag alle Unternehmensformen gleichermaßen verpflichten.

Gemeinnützige Wohnungsunternehmen bekennen sich zu ihrer Aufgabe, breiten Schichten der Bevölkerung – insbesondere den Personen, die sich aus eigener Kraft am Markte nicht versorgen können – zu einer angemessenen und bedarfsgerechten Wohnungsversorgung zu verhelfen.

Im Rahmen dieser Aufgabe sind sie bereit, im Bedarfsfall Absprachen mit den Kommunen über die Versorgung bestimmter Gruppen Wohnungssuchender zu treffen. Dabei sind die Belange sowohl der Kommunen als auch der Wohnungsunternehmen in gegenseitiger Abwägung zu berücksichtigen. Die Belegungsrechte sowie der Förderungsauftrag der Genossenschaften und die Versorgungsaufgaben der Wirtschaft und der Körperschaften des öffentlichen Rechts dürfen durch Vereinbarungen nicht gefährdet werden.

Nur in einer vertrauensvollen Partnerschaft zwischen Kommunen und gemeinnützigen Wohnungsunternehmen können die anstehenden Versorgungsaufgaben mit befriedigenden sozialen und wirtschaftlichen Ergebnissen gelöst werden. Jeder noch so kaschierte staatliche Belegungszwang würde zwingendes Unternehmensrecht und/oder satzungsgemäß beziehungsweise tatsächlich übernommene spezielle Versorgungsaufgaben verletzen.

Nur wenn es gelingt, die drei genannten Grundsätze in Ausgewogenheit zu verfolgen, wird eine Wohnungsmarktwirtschaft ohne soziale Friktionen problemlösend wirken können.

Helmut Tepper ist Vorsitzender des Vorstandes des Gesamtverbandes Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen



Die Sorge um die Kinder steht im Vordergrund des gemeinnützigen Wohnungsbaus, hier in Bogenhausen

ENERGIE / Weiter sparen

Mit neuen Technologien

Es wäre kurzsichtig und fatal für unsere Zukunft, aus dem derzeitigen Überangebot an Energie den Schluß zu ziehen, Maßnahmen zur Energieeinsparung seien nunmehr überflüssig, insbesondere wenn sie finanzielle Opfer verlangen.

Die nächste Energiekrise kommt bestimmt, je besser man darauf vorbereitet ist, um so weniger Schaden kann sie anrichten.

An den Fakten, die Energieeinsparung notwendig machen, hat sich nämlich nichts geändert:

1.) Die in Jahrmillionen entstandenen fossilen Brennstoffe stehen bei anhaltendem Verbrauch nur noch für einige Jahrzehnte zur Verfügung. Dies ist ein beängstigend kurzer Zeitraum; es ist deshalb müßig, darüber zu streiten, ob die Vorräte noch dreißig oder hundert Jahre reichen werden. Die Verknappung eines Produktes führt nach den Gesetzen des Marktes schon im Vorfeld der Verknappung zwangsläufig zu realen Verteuerungen. Außerdem kommt es nicht allein auf die Existenz von Energievorräten an; entscheidend ist, wer daüber das Verfügungsrecht hat.

2.) Energieverbrauch bedeutet Umweltbelastung durch Wärme und Schadstoffe (Waldsterben). Energieeinsparung ist deshalb ein wichtiger und unverzichtbarer Beitrag zum Umweltschutz.

3.) Energieverbrauch ist teuer. Eine Verringerung des Brennstoffverbrauchs in Heizanlagen hilft, Wärmekosten zu sparen. Dies ist wichtig, da die gestiegenen Energiekosten das Wohnen seit Mitte der 60er Jahre überproportional verteuert haben.

Ph.

BAUNORMUNG / Trendwende

Abgespeckter Luxus

Baunormen haben im Interesse der Qualitätssicherung, der Rationalisierung sowie der Änderung des Baumarktes eine wichtige Funktion. Auf sie kann nicht verzichtet werden.

Mit deutscher Gründlichkeit wurden die Normen vor allem in den 60er und 70er Jahren im raschen Tempo dem Stand der Technik angepaßt. Die Fortschreibung der Normen brachte aber nicht nur Anhebungen des Mindeststandards, sondern darüber hinaus setzten auf „Expansion" erpichte Kreise aus Industrie und Wirtschaft durch, daß teilweise neben dem Mindeststandard auch höhere Standards (= Luxusnormen) normiert wurden. Während zahlreiche Standardanhebungen notwendig und sinnvoll waren, um gestiegenen Ansprüchen an das Wohnen oder energiepolitischen Zielsetzungen Rechnung zu tragen, führte die Normung von Luxusausstattungen in der Tendenz zu unnötigen Verteuerungen. Das Nebeneinanderstehen von Mindeststandards und höherem Standard verleitet dazu, sich zumindest dem höheren Standard anzunähern, um nicht in den Geruch vom „Schlichtwohnungsbau" zu kommen.

Mitte der 70er Jahre war im Wohnungsbau bereits eine Qualität erreicht, die sich im Vergleich zu anderen Ländern sehen lassen konnte. Vertreter des Gesamtverbandes in Ausschüssen des DIN verfolgen seit dieser Zeit das Ziel, den Standard im Wohnungsbau bis auf dringend notwendige wünschenswerte Korrekturen einzufrieren, [illegible] stieg der Baukosten abzubremsen.

Ph.

DER BUNDESBAUMINISTER: Ursprünglicher Auftrag der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft hat sich gewandelt

Wohnversorgung der Bevölkerung ist gut wie nie zuvor

Von OSCAR SCHNEIDER

Die gemeinnützige Wohnungswirtschaft hat einen erheblichen Beitrag zum Aufbau des Wohnungsbestandes geleistet. An der Nachkriegsproduktion von 16,5 Millionen Wohnungen waren gemeinnützige Wohnungsunternehmen mit 4,5 Millionen beteiligt.

Der ursprüngliche Auftrag lautete: Bau von Kleinwohnungen für Bevölkerungsgruppen mit besonders niedrigem Einkommen. Nach dem 2. Weltkrieg zwang allerdings die allgemeine Wohnungsnot den Staat, den Bau von Wohnungen zu fördern, die nach Größe, Ausstattung, Miete oder Belastung für die breiten Schichten des Volkes bestimmt oder geeignet sind. Der Auftrag der Gemeinnützigen wurde also entsprechend weiter gefaßt.

Nun sind allerdings die Zeiten eines globalen Nachfrageüberhangs vorbei, es ist die allgemeine Wohnungsversorgung auch der breiten Schichten der Bevölkerung so gut wie nie zuvor.

Regional ist die Nachfrage nach Wohnraum dennoch sehr unterschiedlich.

Es gibt eine ganze Reihe von Gründen, die zukünftige Rolle der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft zu überdenken. Die Wohnungspolitik braucht weiterhin die gemeinnützige Wohnungswirtschaft als wichtigen Partner für die Versorgung einkommensschwächerer und am Markt benachteiligter Haushalte. Wenn es gelingt, den sozialen Auftrag der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft klarer und enger zu definieren, dann halte ich auch die Steuerfreiheit gemeinnütziger Wohnungsunternehmen weiterhin für gerechtfertigt und vertretbar.

Es geht also künftig darum, den sozialen Auftrag der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen herauszuarbeiten, gesetzlich festzuschreiben und zu prüfen, wie weit der Kreis der steuerfreien Betätigung zu ziehen ist.

Im Vordergrund steht die Frage, welcher Beitrag zu der in einem marktwirtschaftlichen System unerläßlichen sozialen Absicherung durch die Gemeinnützigen geleistet werden kann. Es ist vorstellbar, daß gemeinnützige Wohnungsunternehmen nicht nur eine Verfügungsreserve für Notfälle vorhalten, sondern teilweise auch solche Haushalte aufnehmen, die einer intensiven Betreuung bedürfen, besondere Einrichtungen brauchen oder die wegen der Kinderzahl oder sonstiger Merkmale überdurchschnittliche Instandhaltungsaufwendungen erwarten lassen.

Diese Aufgabe gewinnt an Gewicht, wenn man bedenkt, daß der Bestand an öffentlich geförderten Wohnungen bis 1995 aufgrund der wegfallenden Bindungen im älteren Sozialwohnungsbestand auf die Hälfte geschrumpft sein wird. Wir wissen von vielen Großstädten, daß sie auf eine Versorgungsreserve dringend angewiesen sind. Nimmt die Zahl der Mietsozialwohnungen ab, so verringert sich der Aktionsradius der öffentlichen Hand zur Versorgung solcher sozialwohnungsberechtigter Haushalte, die sich am Markt nur schwer behaupten können.

Soweit Familien ein zu geringes Einkommen haben, bietet das Wohngeld geeignete Hilfe. Kommen aber andere Probleme hinzu, muß ein Reservebestand an Wohnungen verfügbar sein, auf den unmittelbar zurückgegriffen werden kann. Durch eine wie auch immer formulierte sozial ausgerichtete Bindung, die nicht ausschließlich an Einkommensgrenzen anzuknüpfen braucht, muß der Wohnungsbestand der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen auch zur Versorgung bestimmter Bevölkerungsgruppen herangezogen werden können. In solchen Fällen wären Mietpreisbindungen – so problematisch sie auch sein mögen – sicherlich sinnvoll, wenn steigende Mieten bei stagnierenden oder in Einzelfällen gar sinkenden Realeinkommen der Haushalte nur begrenzt durch höhere Wohngeldzahlungen ausgeglichen werden können.

Auf den einzelnen regionalen Wohnungsteilmärkten stellen sich die Probleme unterschiedlich: In einer Region mögen die Gründe für einen Bedarf an besonders preiswerten Wohnungen auf hoher Arbeitslosigkeit beruhen. In einem anderen Gebiet finden Ausländer und kinderreiche Familien keine geeignete Unterkunft.

Wohnungswirtschaftliche Probleme wirft auch die zu erwartende überproportionale Vergrößerung des Anteils alter Menschen in der Bundesrepublik auf. Rund 35 Prozent aller Mieter in Wohnungen gemeinnütziger Wohnungsunternehmen sind alte Menschen, und von diesen dürfte nur ein geringer Teil in sogenannten „Altenwohnungen" leben. Die Bewirtschaftung der von alten Menschen bewohnten Wohnungen wirft wiederum spezifische Fragen auf.

Wer kehrt im Winter den Schnee, den zu beseitigen sie verpflichtet sind? Wer stellt die Mülleimer heraus? Nicht immer regelt sich die Übernahme solcher Nebenpflichten innerhalb eines Miethauses von selbst, wenn der Mieter infolge Alters dazu nicht mehr in der Lage ist.

Zu den sozialen Aufgaben der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft kann auch die Eigentumsbildung einkommensschwacher Personengruppen gehören. Dies mögen Spezialwohnungen oder besonders preisgünstige Wohnungen für Problemfamilien sein.

Wir müssen die sehr komplexe Problematik vorsichtig angehen. Deshalb haben die Wohnungsbauminister des Bundes und der Länder zunächst eine Kommission beauftragt, Vorschläge für die Änderung des Wohnungsgemeinnützigkeitsrechts zu erarbeiten. Über diese Vorschläge können der Bundesbau- und die zuständigen Länderminister nur gemeinsam befinden. Darüber hinaus gibt es den Auftrag des Bundeskabinetts an den Bundesfinanzminister und den Bundesbauminister, die Steuerfreiheit der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen unter dem Gesichtspunkt der Wettbewerbsfragen zu untersuchen. Erst nach Vorlage der beiden Kommissionsberichte kann entschieden werden, inwieweit das Steuerprivileg aufrechterhalten werden kann und welche Pflichten gegebenenfalls als angemessene Gegenleistung anzusehen sind.

Oscar Schneider ist Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Aus dem Inhalt

RAHMENBEDINGUNGEN / Problem Teilmarkt

Stagnation hat auch die Mittelschicht erreicht

War die Situation im Wohnungsbau während der letzten Jahrzehnte vorrangig durch die Schaffung ausreichenden Wohnraumes geprägt, so stellt sich der Wohnungsmarkt gegenwärtig insgesamt erst*mals als ausgeglichen* dar.

Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die einzelnen Teilmärkte nicht im Gleichschritt entwickelt haben. Partiellen Überangeboten auf der einen Seite steht eine Übernachfrage in anderen Teilräumen gegenüber. Mit generellen Schwierigkeiten in einer bedarfsgerechten Wohnungsversorgung sind die leisstungsschwachen Bevölkerungsschichten sowie Mitbürger mit besonderem Wohnungsbedarf konfrontiert.

Aufgrund der projizierbaren Bevölkerungsentwicklung muß langfristig mit einer weiterhin *rückläufigen* Nachfrage im Wohnungsbau gerechnet werden. Vorübergehend freilich gilt es, den geburtenstarken Jahrgängen, soweit damit zusätzliche Haushaltsgründungen verbunden sind und die gesamtwirtschaftliche Situation aus der Einkommensentwicklung eine zusätzliche Nachfrage zuläßt, entsprechenden Wohnraum verfügbar zu machen.

Bereits heute werden die kaufkräftige Nachfrage und die für die Wohnungsversorgung verfügbaren Haushaltsressourcen nachhaltig durch die niedrigen Wachstumsraten unserer Volkswirtschaft und damit stagnierende Einkommen und zunehmende Arbeitslosigkeit behindert. Dies trifft schon jetzt nicht mehr nur für die Einkommensgruppen am Ende der *Einkommensskala zu, sondern* hat bereits die mittleren Einkommensschichten erreicht. In den Brennpunkten der Nachfrage sind mithin Sozialwohnungen über 5,50 Mark nur *noch schwer zu vermieten.*

Dessenungeachtet schreitet die Kostenentwicklung im Wohnungsbau noch immer voran. Schrittmacher sind hierbei die sich in Sprüngen abbauenden Aufwendungsdarlehen der siebziger Jahre, die Bodenpreise sowie die öffentlichen Beiträge und Gebühren. Die Scherenentwicklung zwischen Kostenentwicklung und Entwicklung der Zahlungsfähigkeit wird immer größer. Mehr denn je sind daher Anstrengungen zu kostensparendem Bauen gefordert.

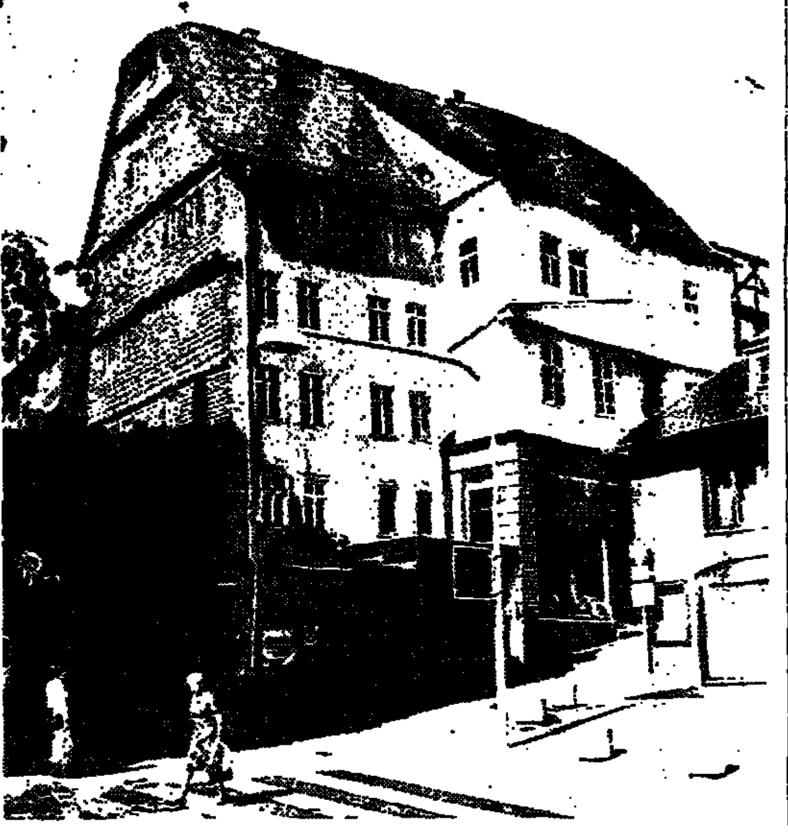
Die Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung wird zusätzlich dadurch noch erschwert, daß die Zinsanhebungen bei den öffentlichen Darlehen bis 1970 dazu führen, daß eine vorzeitige Aufhebung der Belegungsbindungen für Sozialwohnungen stattfinden wird. Es ist damit zu rechnen, daß gerade die preisgünstigen Sozialwohnungen der 50er und 60er Jahre, die heute für die einkommensschwachen Haushalte eine besonders gute und günstige Wohnungsversorgung darstellen können, beschleunigt aus den sozialen Preis- und Belegungsbindungen herauswachsen.

Die Spielräume für eine Aufrechterhaltung der bisherigen Förderungsvolumina sind durch die Haushaltssituation in den öffentlichen Haushalten stark eingeengt worden. Es ist zu befürchten, daß die Wohnungsbau*förderung in Zukunft noch weiter* zurückgehen wird. Hinzu kommt der allenthalben spürbare Versuch des Bundesfinanzministeriums, neue Quellen zur Finanzierung des staatlichen Gesamtbudgets zu erschließen. Die Wohnungswirtschaft bleibt hiervon nicht ausgenommen: Die Zinsanhebungen bei den öffentlichen Darlehen sollen dem Staat Mittel zuführen. Ferner hat es die Bundesregierung für nötig gehalten, eine amtliche Überprüfung der Steuervorteile der gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsunternehmen sowie der Organe der staatlichen Wohnungspolitik einzuleiten.

Vor diesen Fakten beginnt sich die Wende von einer in der Vergangenheit eher dirigistisch geprägten Wohnungspolitik zu einer Wohnungsmarktpolitik zu *vollziehen.* Kernpunkte dieser Hinwendung zur sozialen Wohnungsmarktwirtschaft sind ein marktmäßiger Preismechanismus, der Abbau von staatlichen In*terventionen sowie die Begünstigung* von rendite- bzw. nutzenorientierten Investitionsentscheidungen. Zielkonflikte sollen nunmehr primär über den Automatismus von Angebot und Nachfrage ausgeglichen werden. Steuerliche Anreize und Entlastungen sollen in erster Linie dem Wohneigentum zugute kommen.

Die Präferenzen der künftigen Wohnungspolitik werden in der Bestandspflege und der Wohnungsbewirtschaftung liegen müssen.

KARLHEINZ STEINLEIN



In der Augustinergasse 1 in Marburg waren lange Jahre Lagerräume untergebracht, jetzt strahlt das Haus aus dem Jahre 1350 wieder in altem Glanz. FOTOS: NH



BILANZ VON 120 JAHREN / Korrektur der liberalen Wohnungswirtschaft

Selbsthilfe-Gedanke dominiert

Die Eröffnungsbilanz ist in der liberalen Wohnungswirtschaft des vorigen Jahrhunderts geschrieben worden. Die damalige Beherrschung von Handel und Industrie durch den homo oekonomicus hat auch in der Wohnungswirtschaft große Leistungen hervorgebracht, um den mit der Industrialisierung gewachsenen Wohnungsbedarf zu decken.

Die Schattenseite war, daß das Kapital mangels Rendite keine Kleinwohnungen für die Bevölkerung mit minderem Einkommen baute, oder, wo sie gebaut wurden, das Ergebnis lichtlose Hinterhöfe und ungesunde Mietkasernen waren.

Humanitäre Verpflichtung und realreformerisches Wollen bürgerlicher Kreise, u. a. des konservativen Wissenschaftlers und Politikers Victor-Aime Huber, zusammen mit tatkräftigen Praktikern ließen demgegenüber die Geburtsstunde der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft schlagen; nicht als Alternative sondern zur Korrektur der negativen Ergebnisse der liberalen Wohnungswirtschaft.

Das mit finanzieller Unterstützung Friedrich-Wilhelm IV. 1847 geschaffene Beispiel der „Berliner Gemeinnützigen Baugenossenschaft" war so beeindruckend, daß von wohnungssuchenden Arbeitern und Angestellten selbst Bauvereine gegründet wurden, die den Gedanken der Selbsthilfe in die Tat umsetzten. Das konnten aber nicht, wie in der heutigen Diskussion über die Aufgaben der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft vielfach übersehen wird, die ärmsten Schichten, Obdachlose und andere sein, sondern es waren Kleinbürger und Arbeiter, die es zu einigen Ersparnissen gebracht hatten. Aufgabe war es, gute und gesunde Wohnungen zu bauen, die ihnen die freie Wohnungswirtschaft nicht bieten konnte.

Wesentlicher Helfer in der ungeheuren Wohnungsnot

Tragbare Mieten wurden einmal dadurch erzielt, daß damals Genossenschaften und Gesellschaften mit vielen ehrenamtlichen Kräften arbeiteten, und zum anderen dadurch, daß die öffentliche Hand durch finanzielle Unterstützung oder mittelbar durch Freistellung von Steuern und Gebühren die notwendige und unabdingbare Wirtschaftlichkeit sicherstellte. Wie sehr eine solche Korrektur der liberalen Wohnungswirtschaft gebraucht wurde, zeigten bis 1914 bereits 1342 Genossenschaften und 81 Gesellschaften.

Nach dem 1. Weltkrieg, als der Staat mit Darlehen und Bürgschaften verstärkt eingreifen mußte, um den schwächeren Einkommensschichten zu tragbaren Mieten zu verhelfen, sah die öffentliche Hand in der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft den geborenen Partner, um eine spekulative Verwendung der Subventionen zu verhindern, worauf damals noch Wert gelegt wurde. Viele Unternehmen wurden neu gegründet, so daß es 1933 schon 2572 Genossenschaften und 490 Gesellschaften waren. Regierungen kamen und gingen, aber die gemeinnützige Wohnungswirtschaft blieb bestehen. Und so konnten auch die Nationalsozialisten letzten Endes deren Leistungen nur anerkennen mit dem Ergebnis, daß am Ende des 2. Weltkrieges 2704 Genossenschaften und 675 Gesellschaften im damaligen Reichsgebiet arbeiteten.

Nach dem Kriege konnte die gemeinnützige Wohnungswirtschaft mit Genugtuung erleben, daß in der Wohnungsbau- und -förderungsgesetzgebung ihre Grundsätze Allgemeingut wurden; so insbesondere die Kostenmiete, Gewinnbeschränkung und auf technischem Gebiet die Gedanken der Wohnungsreform. Nach diesen Grundsätzen bekam nach dem „Gleichheitsgrundsatz" jeder die Subventionen zu den vorstehenden Bedingungen. Die gemeinnützige Wohnungswirtschaft war jetzt nicht mehr der Korrekturfaktor einer grundsätzlich liberalen Wohnungswirtschaft, sondern – beginnend schon nach dem 1. Weltkrieg – ein wesentlicher Helfer in der ungeheuren Wohnungsnot.

Bauen war die Pflicht Nr. 1, die Wohnungsbestände der Unternehmen schwollen an, wesensfremde Konzerne entstanden. Der genossenschaftliche Geist der Selbsthilfe trat weitgehend in den Hintergrund; der für Bau und Bewirtschaftung notwendige qualifizierte Mitarbeiterstab verdrängte weitgehend das ehrenamtliche Element und führte zum Managertum.

Wohnungspflege und Betreuung der Wohnungsnutzer in allen menschlichen Bereichen kamen vielfach gegenüber dem im Computer gespeicherten Mieter zu kurz. Die Entfernung von den Grundgedanken kulminierte in einem dem Image der Branche höchst schädlichen Verhalten eines Konzerns und in Versuchen weniger großer Industriegesellschaften, sich von den gemeinnützigen Bindungen zu befreien.

Diese Alarmzeichen hätten schon lange zur gemeinsamen Besinnung *auf die eigentlichen Aufgaben führen* müssen. Noch anerkennt jeder Wohnungsbauminister in Ländern und Bund mit Recht die Unentbehrlichkeit der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen. Auf der anderen Seite erwartet die Öffentlichkeit, daß die Gemeinnützige Wohnungswirtschaft mit ihren über 3,4 Millionen Wohnungen nach dem Gesetz, nach dem sie angetreten, in einer sozialen Wohnungsmarktwirtschaft wieder den korrigierenden Faktor bildet.

Dies kann jedoch nur in der von der Gesetzgebung seit 1930 beachteten Selbstverantwortung geschehen.

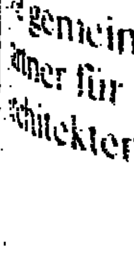
Der heutige Bestand wird nicht reichen

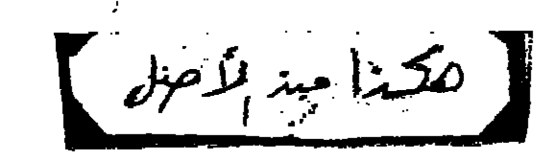
In *Selbstverantwortung* und Selbstverwaltung könnte dann trotz unvermeidlicher Datenverarbeitung im Computer bei geistiger Regeneration der Unternehmen der Gedanke der Selbsthilfe in einer verstärkten Mitwirkung der Wohnungsnutzer mit größerer Transparenz des Unternehmens wieder aufleben.

Wie einst können heute die Dinge nicht mit *Obdachlosen und anderen,* für die nach wie vor die Allgemeinheit sorgen muß, gestaltet werden, sondern nur mit den breiten Schichten der Bevölkerung, die auf dem *Markt nicht zurecht kommen können,* für welche aber die gesunden und zweckmäßigen Wohnungen der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen zu angemessenen Preisen in Zu*sammenarbeit mit der öffentlichen* Hand bereitstehen. Auf lange Sicht wird hierfür der Bestand von 4 bis 4,5 Millionen Mietwohnungen nicht einmal ausreichen.

Dringender als die diskutierte Reform des Gemeinnützigkeitsrechts erscheint daher der sofortige Stopp der Rückzahlung der öffentlichen Förderungsmittel, um so lange wie möglich den Bestand der sonstigen Sozialwohnungen für die fraglichen Bevölkerungskreise zu erhalten.

KARL HEINZ PETERS





GENOSSENSCHAFTLICHER WOHNUNGSBAU / Maxime Selbsthilfe

Zum Nutzen aller Beteiligten

Der Preis für familiengerechtes Wohnen, sei es im Eigenheim oder im Mehrfamilienhaus, sei es als Eigentum oder zur Miete, ist hoch. Große Teile der Bevölkerung können aus eigener Kraft diese Belastung nicht aufbringen.

Viele meinen daher, die Bereitstellung geeigneten Wohnraumes zu erschwinglichen Preisen ist eine Aufgabe öffentlicher Daseinsvorsorge. Diese Erwartung dürfte aber angesichts der leeren Staatskassen kaum erfüllbar sein.

Auch die „Do-it-yourself-Idee" macht das Bauen einer Familienwohnung für den einzelnen nicht leichter.

Dennoch – so sagen die Wohnungsbaugenossenschaften – läßt sich das Grundbedürfnis Wohnen befriedigen. Nicht mit einem Patentrezept, aber mit der bewährten Genossenschaftswohnung als Alternative für ein sicheres, preisgünstiges Wohnen durch Selbst- und Gemeinschaftshilfe im Miteigentum des genossenschaftlichen Unternehmens.

Kostendämmung durch Arbeitsleistung am Bau

Die Handlungsmaxime zu dieser Alternative ist einfach: Innerhalb der genossenschaftlichen Wohnungswirtschaft geschieht das traditionell in der Form, daß sich mehrere Personen zusammenschließen und einen Teil der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel zusammenlegen, um daraus zum Nutzen der Beteiligten einen gemeinsamen Vorteil zu erzielen. Dieses Prinzip der Selbsthilfe aus ökonomischen und sozialen Gründen ist das zentrale Element einer kooperativen Betriebswirtschaft in der Rechtsform der Wohnungsbaugenossenschaft.

In der Bundesrepublik arbeiten und wirtschaften nach diesem bewährten Prinzip 1149 Wohnungsbaugenossenschaften mit 1,6 Millionen Mitgliedern und einem Wohnungsbestand von fast 1 Million Genossenschaftswohnungen. Die Geschäftsguthaben der Mitglieder belaufen sich auf 1,85 Milliarden Mark.

Im Alltag der Genossenschaften hat das Selbst- und Gemeinschaftshilfeprinzip, wozu auch die Selbstverwaltung gehört, viele Gesichter, zum Beispiel:

Die Genossenschaft ist ein wirtschaftliches Unternehmen. Sie benötigt einen finanziellen Grundstock. Er wird gebildet durch die von den Genossenschaftsmitgliedern eingebrachten Geschäftsanteile. Eine Reihe von Genossenschaften betreibt außerdem eine Spareinrichtung für die Mitglieder, und ihre Angehörigen als flankierende Maßnahme zur Kapitalbeschaffung. Hier dokumentiert sich die Selbsthilfe in der Bereitschaft der Mitglieder sich finanziell an der Genossenschaft zu beteiligen. Die Rechtsverhältnisse zwischen Mitglied und Genossenschaft regeln das Genossenschaftsgesetz und die Satzung der Genossenschaft.

Die Genossenschaft fördert ihre Mitglieder, und die Wohnungsbedürfnisse werden befriedigt. Es muß gebaut werden. Das erfordert heute einen hohen Kapitaleinsatz. Belaufen sich doch die reinen Baukosten für eine 100 qm große Wohnung im Durchschnitt auf rund 150 000 Mark hinzu kommen noch die Grundstücks- und Erschließungskosten, sowie die Baunebenkosten. Hier greift genossenschaftliche Selbsthilfe zur Kostendämmung durch manuelle Arbeitsleistung am Bau.

Die Genossenschaft organisiert bauwillige Mitgliedergruppen. Das bauwillige Mitglied verpflichtet sich, einen „Finanzierungsbeitrag", der im selbsthilfefähigen Kostenbereich bis zu 60 000 Mark betragen kann, durch Arbeitsleistung in Teilbereichen am Bauwerk zu leisten. Die Genossenschaft übernimmt bei dieser Gruppenselbsthilfe die Funktion einer Bauträgerschaft.

Grundsätzlich kann diese kostendämpfende Gruppenselbsthilfe bei jeder Wohnform – Eigenheim, Reihenhaus – angewendet werden. Überwiegend wird sie jedoch beim Eigenheim- und Reihenhausbau praktiziert. Beim mehrgeschossigen Wohnhaus, besonders in der städtischen Region, beschränkt sich die genossenschaftliche Selbsthilfe im Eigengeldbereich auf die Geschäftsanteile des Mitgliedes zuzüglich eines Finanzierungsanteils der Genossenschaft. Diese Baufinanzierung wird vervollständigt durch Kapitalmarkthypotheken und öffentliche Wohnungsbauförderungsmittel. In den so erstellten Wohnungen garantiert die Genossenschaft ihren Mitgliedern durch einen Dauernutzungsvertrag ein „lebenslanges Wohnrecht" in der Genossenschaftswohnung.

Die Genossenschaft verwaltet ihren Wohnungsbestand in eigener Verantwortlichkeit. Die Regeln hierfür werden von den Mitgliedern und den gewählten genossenschaftlichen Organen – Vertreterversammlung, Aufsichtsrat und Vorstand – in der Satzung festgelegt. Selbsthilfe und Mitverantwortung sichern in genossenschaftlichen Wohnanlagen und Siedlungen mehr als nur „ein Dach über dem Kopf". Sie schaffen die Voraussetzungen für ein angenehmes Wohnklima in guter Nachbarschaft. Dazu gehören Einrichtungen wie Spielwohnungen und Spielhäuser für die Jüngsten, Sportanlagen für die Jugend, Gemeinschaftsräume oder -häuser für Kommunikationsmöglichkeiten, Familienfeiern oder Seniorentreffen.

Bei Schwierigkeiten nicht allein gelassen

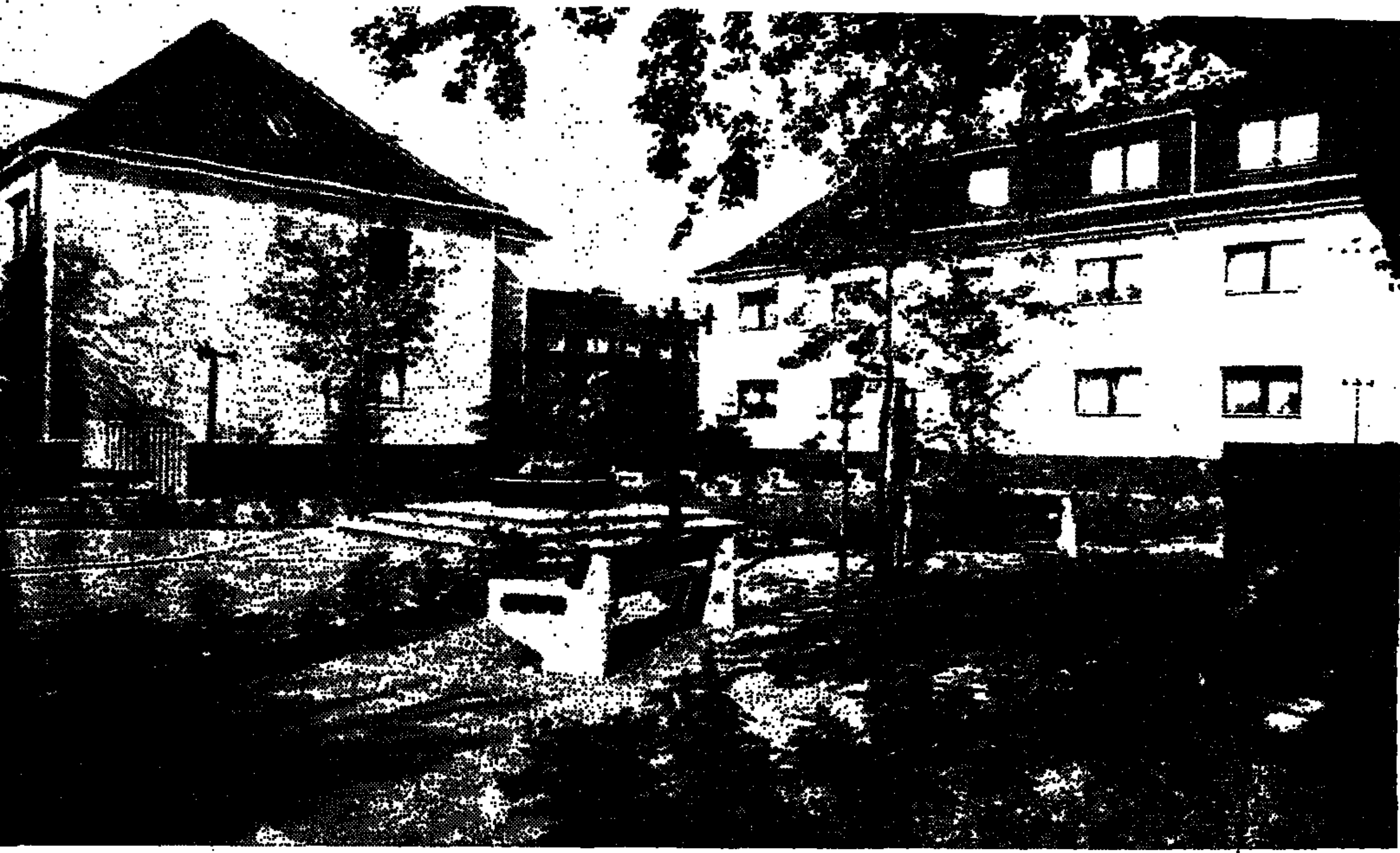
Auch bei technischen Schwierigkeiten, Wasserrohrbrüchen, Sielverstopfungen, Fahrstuhldefekten, Heizungsausfall werden die Mitglieder an Sonn- und Feiertagen nicht alleingelassen. Eine Notdienstzentrale, an der jeweils mehrere Genossenschaften beteiligt sind, sorgt für die Schadensbehebung.

Betagte Mitglieder, die ohne Hilfe nicht mehr auskommen, müssen nicht das Gefühl haben, „zum alten Eisen" zu gehören. Sie finden in gewohnter genossenschaftlicher Atmosphäre in betreuten Altenwohnanlagen oder Pflegeheimen ein Zuhause.

Der „Ring der Wohnungsbaugenossenschaften", eine Selbsthilfeeinrichtung der Genossenschaften im Bundesgebiet, bietet Hilfe an, wenn aus persönlichen oder beruflichen Gründen der Wohnort gewechselt werden muß. Der vom Wohnungswechsel Betroffene kann seine in langer Mitgliedschaft erworbenen Rechte auf eine am neuen Wohnort ansässige Genossenschaft übertragen. Er muß bei der Wohnungssuche also „nicht von vorn anfangen".

„Hilfe durch Selbsthilfe" – dieser Gedanke hat die Wohnungsbaugenossenschaften geprägt. Er durchzieht das gesamte genossenschaftliche Denken und Handeln.

WERNER AUDE



Auch ältere Siedlungen können durch Umbauten zu anspruchsvollen Wohnanlagen werden FOTO: DIEWELT

Um- und Ausbau, die preiswerte Alternative

Das Land Nordrhein-Westfalen hat sich sehr früh dazu bekannt, daß neben der Wohnungsbauförderung von Neubauprojekten auch durch finanzielle Förderung die Erhaltung des Wohnbestandes notwendig ist.

Die positiven Ergebnisse einer solchen Förderung in Bereichen mit ausbaunotwendigen und erhaltungsbedürftigen Altbauten mit gleichzeitiger Neugestaltung des Wohnumfeldes werden bereits mehrfach dokumentiert. Es sollen die in der Stadt und geschlossenen Wohnbereichen gewachsene Bausubstanz erhalten und gleichzeitig ein zukunftssicherer Wohnungsstandard geschaffen werden. Hiermit ist ein wirksames Mittel gegen den Verfall älterer Städte gefunden: Die beklagte Stadtflucht wird verhindert, die gewachsenen Sozialstrukturen bleiben erhalten und eine spürbare Belebung der Ballungskerne erreicht.

Wesentlich ist auch die Einsparung von öffentlichen Subventionsmitteln, da umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen nicht erforderlich sind. Hinzu kommt, daß die öffentlichen Förderungsmittel sparsamer eingesetzt werden können, da im Durchschnitt die Ausbaukosten nur etwa die Hälfte der heutigen Kostenansätze für Neubauten betragen.

Alte Wohnquartiere und Arbeitersiedlungen werden systematisch und mit Bedacht in eine wieder attraktivere „Heimat" für Mitglieder der Genossenschaft umgestaltet.

Mehr Lebensqualität für Wohnung und Wohnumfeld

Nicht nur die Wohnungen, sondern auch ihr Wohnumfeld erhalten durch Ausbau mehr Lebensqualität und vermitteln ein menschenwürdiges und freundliches Zuhause.

In Paragraph 17 des zweiten Wohnungsbaugesetzes (II. WoBauG) wird der Begriff „Ausbau" herausgestellt: „Als Wohnungsbau durch Ausbau eines bestehenden Gebäudes gilt auch der unter wesentlichem Bauaufwand durchgeführte Umbau von Wohnräumen, die infolge von Änderungen der Wohngewohnheiten nicht mehr für Wohnzwecke geeignet sind, zur Anpassung an die geänderten Wohngewohnheiten."

Frühzeitig wurde erkannt, daß Ausbaumaßnahmen ohne gleichzeitige Verbesserung des Wohnumfeldes ihr Ziel – Erhaltung und Verbesserung urbaner Wohnsubstand mit überliefertem sozialem Gefüge – kaum oder gar nicht erreichen können.

Die Gestaltung des Wohnumfeldes ist somit für die Erhaltung in ihrer gewachsenen Struktur und in ihrer Bedeutung für die Stadt ebenso wichtig wie die Ausstattung der Wohnungen.

Die Kombination von Ausbau und Wohnumfeldverbesserung wird sich erst in der Zukunft auswirken. Dann nämlich, wenn die Wohnungsnachfrage aufgrund der geringeren Einwohnerzahl zurückgeht und sich das preisgünstige qualifizierte Angebot auf dem Wohnungsmarkt behaupten kann.

Nachbarliches Miteinander fördern

Unabhängig von dieser auch ökonomisch geprägten Sicht sollten die gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften sich zu ihrer städtebaulichen Verantwortung bekennen und dazu beitragen, unsere Städte wieder lebenswerter zu machen, die Stadtflucht zu drosseln und einen Beitrag zu leisten, das nachbarliche Miteinander in unseren Städten durch Erhalt sozialer Strukturen zu fördern.

HANS SIBINGER

Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West)

- 1.199 Wohnungsbaugenossenschaften
- 602 Wohnungsbaugesellschaften (GmbH und AG)
- 30 Wohnungsunternehmen sonstiger Rechtsformen (Stiftungen, Vereine)

Die Wohnungsbaugenossenschaften werden getragen von 1,6 Millionen Mitgliedern. Bund, Länder, Gemeinden, Städte, Landkreise, Kirchen, Gewerkschaften, Industrieunternehmen, Bahn, Post sind die Gesellschafter der GmbH's und AG's.

Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen haben seit 1949 über 4,6 Millionen Wohnungen gebaut:

- 2,7 Millionen Miet- und Genossenschaftswohnungen
- 1,9 Millionen Eigenheime und Eigentumswohnungen

Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen sind ein wichtiger Partner für die Bauwirtschaft, das Baugewerbe, das Handwerk und Architekten und Ingenieure.

In vielen Städten und Gemeinden in der Bundesrepublik führen gemeinnützige Wohnungsunternehmen kleinere oder größere Sanierungsmaßnahmen durch; auch dies ist ein wichtiger Teil der Bemühungen der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen um den neuzeitlichen Wohnungs- und Städtebau.



Gemeinnützige Wohnungsunternehmen sind Partner von Bürger und Staat.

Das bedeutet, daß sie

- für alle Bevölkerungskreise eine angemessene Wohnungsversorgung ermöglichen wollen
- ihre soziale Aufgabe unter Verzicht auf erwerbswirtschaftliches Gewinnstreben durchführen (Selbstkostenprinzip)
- die Verzinsung des Einlagekapitals auf vier Prozent begrenzen (Dividendenbeschränkung)
- die geschaffenen Vermögenswerte ständig für diese wohnungsgemeinnützigen Zwecke binden (Vermögens- und Ertragsbindung)
- ständig die Qualität der Wohnungen zu verbessern bemüht sind (Wohnungsreform).



Gesamtverband Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen e.V. (GGW)

Bismarckstraße 7 · D 5000 Köln 1 · Tel. 02 21 / 52 50 01 · Telex 8 881 842 ggw d · Btx *754#

Fußballspielen nicht erlaubt

Grünfläche darf als Spielplatz nicht benutzt werden. Zuwiderhandlungen werden geahndet. Bergbau-Museum

Das Spielen der Kinder im Hof und in den Toreinfahrten ist nicht gestattet. Für evtl. Unfälle kann keine Haftung übernommen werden. Die Eigentümer

Das Spielen der Kinder auf den Einstellplätzen ist verboten.

Kein öffentlicher Spielplatz Stadtschulamt

Fußballspiele sind hier verboten

Ballspielen an den Garagen verboten

Kindern ist der Aufenthalt im Hof nicht gestattet. II. Polizei-Vorschrift

Spielen der Kinder auf dem Hof verboten

Privatweg

Das Spielen der Kinder auf den Einstellplätzen ist verboten

Das Spielen der Kinder auf dem Hof ist nicht gestattet. Der Hausbesitzer

Ballspielen und Rollschuhlaufen ist streng untersagt

Das Spielen im Hofe ist nicht erlaubt! Der Eigentümer

Das Spielen der Kinder im Garagenhof ist polizeilich untersagt. Im Übertretungsfalle haften die Eltern für ihre Kinder. Der Eigentümer

Das Spielen der Kinder und Einstellen von Fahrrädern im Treppenhaus ist untersagt! Der Eigentümer

Das Spielen von Kindern in der Einfahrt und auf dem Hof ist nicht gestattet. Eltern haften für ihre Kinder

Das Spielen der Kinder sowie das Wagenwaschen im Hof ist nicht erlaubt! Der Eigentümer

Das Spielen und der Aufenthalt von Kindern ist hier verboten.

Das Spielen der Kinder auf Hof, Flur und Treppen sowie das Umherstehen vor der Haustür ist streng untersagt!

oh selig - oh selig ein kind noch zu sein

Das Spielen in Höfen u. Toreinfahrt ist streng verboten. Bei Schäden haften Eltern für ihre Kinder

Das Spielen der Kinder auf Hof, Flur und Treppen ist im Interesse aller Mieter untersagt

Spielen und Rollschuhlaufen nicht gestattet

Unbefugter Aufenthalt auf dem Kirchengelände, besonders Ballspielen und Radfahren, sind strengstens untersagt!

Ballspielen verboten!

Kindern ist der Aufenthalt auf diesem Hofe verboten!

Spielen in der Garageneinfahrt verboten

Privatgrundstück! Kein Kinderspielplatz

metallier gesamthochschule kassel

Lange galt das Kind als Fremdkörper in seiner eigenen Welt

KINDERGERECHT BAUEN / Schon die Planung entscheidet

Im Haus fängt die Persönlichkeitsbildung an

Wenn der bittere Satz von Zille stimmt, daß man mit einer Wohnung den Menschen erschlagen kann, dann gilt das um so mehr für den jungen Menschen, das Kind.

Im 19. Jahrhundert kam das Kind bei den Plänen der Wohnungsbauer überhaupt nicht vor. Das hatte historisch vielleicht sogar eine gewisse Berechtigung, weil das Kind noch eng mit seinen Eltern verbunden war, ihr Schlafzimmer war immer auch Kinderschlafzimmer, die Küche war der Spielplatz.

Das änderte sich erst, als mit Beginn der Industrialisierung der Vater morgens das Haus verließ, um in die Fabrik zu gehen, und sich die Lebenswelt der Erwachsenen von denen der Kinder entfernte.

Das Ruhebedürfnis des Vaters, der aus der Fabrik kam, erhöhte sich, die Kinder wurden als störend empfunden und bekamen erstmals eigene Räume zugewiesen, zumeist waren dies nicht viel mehr als Kammern, wenn überhaupt zusätzlicher Raum in den Wohnungen der frühen Arbeiterviertel vorhanden war.

Nach dem 1. Weltkrieg gab es dann erste Ansätze, sich stärker mit dem Kind und seinen Bedürfnissen zu befassen. Es entstanden die „Buddelplätze", die jedoch in den meisten Fällen zu klein waren. Sie wurden lieblos zwischen die fabrikartigen Wohnsiedlungen gesetzt, hatten keinerlei Spielgeräte, und der Sand wurde nicht erneuert, er verschmutzte alsbald, da sich Kinder und Haustiere diese Oase teilen mußten.

Man ging zwar in dieser Zeit daran, den Wohnungsbau mit gesetzlichen Regelungen organisieren zu wollen, zahlreiche Gesetze traten in Kraft, mit denen die Höhe der Geschosse, die Bauweise und vieles andere mehr geregelt wurden. Die Ansprüche der Kinder wurden in diesen Normen jedoch nicht durchgesetzt. Im Gegenteil, die Verbote für Kinder und die Vorschriften über das, was Kinder alles nicht tun dürfen, sind Legion.

Die Gesellschaft hat jahrzehntelang für ihr schwächstes Mitglied, das Kind, nichts getan. Dabei bedarf gerade der heranwachsende Mensch in seiner täglichen Umgebung, und das ist „sein Wohnumfeld", besonderer Fürsorge durch seine Eltern und nicht nur durch die Eltern, sondern auch durch die Erbauer seiner Wohnung. Und das Verhältnis zwischen Eltern und Kind ist auch im wesentlichen dadurch beeinflußt, wieviel Raum ihnen zur Verfügung steht. Können sich Mutter und Vater nicht zurückziehen und kann dies das Kind auch nicht, entstehen Spannungen. Und werden Spannungen abreagiert, ist zumeist das Kind das Opfer. Zahlen über Kindesmißhandlungen sind somit auch Anklagen gegen ungeeignete Wohnungen.

Je behutsamer der junge Mensch mit der Welt der Erwachsenen bekannt gemacht wird, um so mehr wird er, wenn er selbst Erwachsener ist, die Probleme der dann jungen Generation verstehen können und sich seinerseits wieder für die Belange von Kindern und Jugendlichen einsetzen.

Eigentlich erst nach dem Zweiten Weltkrieg hat man den Mißstand der vergangenen Jahre erkannt. Und es waren gerade die Wohnungsplaner der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft, die sich darum bemühten, kindergerechter zu denken und ihre Konzeptionen auch in den Dienst des jungen Bürgers zu stellen. Allerdings diktierten der Wohnungsmangel und die Notwendigkeit, schnell viele Wohnungen zu erstellen, nach wie vor weitgehend die Planung. Jeder Familie die eigene Wohnung, das hatte Priorität. Erst in den sechziger Jahren ging man daran, Spielplätze anzulegen und vorhandene zu modernisieren.

Es war dies die Zeit des Abschieds von der „Buddelkiste". Zu einem Sandkasten gesellten sich Spielgeräte, Schaukeln, Klettertürme, Malwände, ja in besseren Fällen ganze Abenteuerlandschaften.

Der Spielplatz bietet heute den Kindern die Gelegenheit, Kreativität zu entwickeln und vorhandene Aggressionen im Spiel abzubauen. Die Gemeinnützigen bemühten sich bei der besseren Ausstattung alter Wohnanlagen darum, dies ohne Mieterhöhungen zu realisieren.

In den vergangenen Jahren hat sich die Ausstattung der Spielplätze erheblich und ständig gebessert. Auch das Verständnis der Eltern für die Bedürfnisse ihrer Kinder hat sich gewandelt. Sie sind aufgeschlossener geworden, was man unter anderem daran ersehen kann, daß viele Eltern heute Verständnis dafür zeigen, daß sich ihre Kinder in Matschbecken austoben. Allerdings – der Siegeszug von Waschmaschine und Wäschetrockner macht es den Eltern auch leichter, abends völlig verdreckte Gören in Empfang zu nehmen.

Vor allem im Spiel- und Sportbereich bemühte man sich, den Jugendlichen besseres Material anbieten zu können. Es wurden Ball- und Bolzplätze eingerichtet und wetterfeste Tischtennisanlagen aufgestellt. Der Sport hat die Anonymität der Sportvereine verlassen, er gehört heute zum selbstverständlichen Alltagserlebnis vieler Kinder.

Es gibt sogar heute schon vereinzelt in Wohnanlagen gemeinnütziger Wohnungsunternehmen Tennisplätze, Minigolfanlagen und Schwimmbäder. Die Benutzung der Freizeitanlagen ist kostenlos. Lediglich in Schwimmbädern ist eine Gebühr zu zahlen, die wiederum nur einen geringen Teil der Betriebskosten deckt. Generell kann gesagt werden, daß die betreibenden Unternehmen diese Anlagen erheblich subventionieren.

Nicht nur außerhalb der Wohnungen stellten sich Besserungen ein. Auch in der Wohnung selbst hielt die Kinderfreundlichkeit ihren Einzug. Die Wohnbedingungen der Kinder konnten verbessert werden. So liegen in einer modernen Wohnung die Zimmer der Kinder nebeneinander, zum Teil werden sie nur durch eine Schiebetür getrennt, diese kann tagsüber geöffnet werden und ermöglicht es so, einen großen Spielraum aus den Zimmern zu machen, und so können die kleinen Bewohner wählen, ob sie allein in ihrem Raum sein wollen oder ob sie das Zusammensein mit den Geschwistern vorziehen. Diese Wahlmöglichkeit und der Konsens, der mit dem anderen jungen Mitbewohner ständig gefunden werden muß, haben einen unleugbaren positiven Einfluß auf die Persönlichkeitsbildung des Kindes.

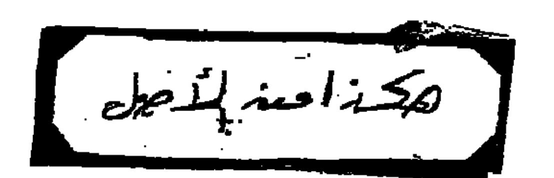
Der Gesamtbereich Küche, Eßplatz, Wohnzimmer wird modern so konzipiert, daß Kleinkinder in unmittelbarer Nähe sein können. Der Kontakt zur Mutter bleibt erhalten, auch wenn diese Hausarbeiten erledigt.

Auch wird die Diele richtig so konzipiert, daß sie zugleich ein Spielraum sein kann.

Einige Unternehmen sind dazu übergegangen, die Wohnungen mit Fußbodenheizungen zu wärmen. Die Fußbodenheizung ist für Familien geradezu ideal. Die Kinder können barfuß laufen, ohne sich zu erkälten, das Spielen, das Basteln der Kleinen und das Lesen der Großen kann auf dem Fußboden erfolgen, der jetzt warm ist.

Die Erfahrungen der Gemeinnützigen stehen natürlich auch anderen Wohnungsbauern, auch den privaten, zur Verfügung. Der Gesamtverband Gemeinnützige Wohnungsunternehmen hat in einer im Oktober 1983 herausgegebenen Broschüre über kinderfreundliche Wohnungsmodernisierung, die von Architekten und Fachleuten erstellt wurde, Beispiele für Umplanung und Wohnung bei totaler Sanierung aufgezeigt. J. C.

Kleinkinder gehören in die Nähe der Mutter, also muß im Küchenbereich ein Platz fürs Ställchen sein. Kinderzimmer sind am besten mit Schiebetüren zu trennen, so ergeben sie einen großen Spielraum. Und die Spielplätze, als kleine Sport- und Abenteueranlagen konzipiert, befinden sich am besten dort, wo sie von möglichst vielen Wohnungen im Auge behalten werden können.





Wohneigentum ist möglich, Beispiel Köln-Longerich FOTO: VON DER ROPP

FÖRDERUNG DES WOHNEIGENTUMS / Ein zentrales Anliegen

Hürde für mehr Familien überwindbar machen

In der Bundesrepublik arbeiten 1831 gemeinnützige Wohnungsunternehmen. In der Rechtsform der Genossenschaft oder der Kapitalgesellschaft wirken sie als Bauträger und Baubetreuer.

Von den seit 1949 gebauten fast 5 Millionen Wohnungen dieser Unternehmen entfielen etwa 2 Millionen, das sind gut 40 Prozent, auf die Eigentumsbildung in Privathand. Die Förderung der Eigentumsbildung ist eine satzungsmäßige Aufgabe des Spitzenverbandes der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft, des Gesamtverbandes gemeinnütziger Wohnungsunternehmen in Köln.

Das Gewicht der Eigentumsmaßnahmen ist unterschiedlich bei den einzelnen Wohnungsunternehmen; für die meisten gehören sie jedoch zum traditionellen Tätigkeitsfeld. Dies beginnt beim Erwerb geeigneter Grundstücke, führt über die Baureifmachung und Vorbereitung der Planung zu marktgerechten Angeboten von Eigenheimen und Eigentumswohnungen.

Bei dieser Tätigkeit übernimmt das Wohnungsunternehmen auch Risiken, insbesondere aus den Marktgeschehnissen. Der Käufer darf Preissicherheit sowie eine terminlich und qualitativ gute Bauabwicklung erwarten. Auch als Betreuer von privaten Bauherren und Bauherrengemeinschaften, als Organisator von Eigentumsprojekten mit Selbsthilfe und Eigenleistungen fördern die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen die Bildung von breitgestreutem Eigentum an Haus und Wohnung. Nicht zuletzt stehen sie den Käufern der Eigentumswohnungen als fachkundige und zuverlässige Verwalter nach dem Wohnungseigentumsgesetz zur Verfügung.

Die Eigentumsförderung ist ein zentrales Anliegen der Wohnungspolitik in Bund, Ländern und Gemeinden. Die beabsichtigte, sozialorientierte Umstrukturierung der vielfältigen staatlichen Hilfen, insbesondere der Steuervergünstigungen, deckt sich weitgehend mit den Zielen der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft: Es sollen insbesondere die weniger leistungsfähigen Bevölkerungsgruppen bei der bedarfsgerechten Erfüllung ihrer Wohnwünsche unterstützt werden. In diesem Sinne sind gemeinnützige Wohnungsunternehmen maßgeblich auch an den Bemühungen um Kosteneinsparungen beim Bau von Eigenheimen und Eigentumswohnungen beteiligt.

In über 90 Pilot- und Demonstrationsobjekten sollen Erfahrungen gesammelt und neue Maßstäbe gesetzt werden, nach denen auch Haushalte zu Eigentum kommen, denen die hohen Bau- und Grundstückskosten eine unüberwindbare Hürde geworden waren. So reichen die Leistungen der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen für die private Wohneigentumsbildung weit hinaus über die in Zahlen ausgedrückte eigene Bautätigkeit.

Die „Reform"-Absichten zum Recht der Wohnungsgemeinnützigkeit könnten sich auf die Tätigkeit der gemeinnützigen Unternehmen im Eigentumssektor negativ auswirken. Es wird dabei darauf zu achten sein, daß nicht durch blinden Eifer und wettbewerbspolitischen Kehraus eine solide, leistungsfähige und kontinuierlich arbeitende Anbietergruppe von Eigenheimen und Eigentumswohnungen unangemessen eingeschränkt oder gar ausgeschaltet wird. Gemeinnützige Wohnungsunternehmen, deren Kapital Stiftungscharakter besitzt, deren Geschäftstätigkeit gesetzlichen Prüfungen unterliegt und deren Gesellschafter in ihren Dividendenansprüchen begrenzt sind, stören nicht den Wettbewerb; im Gegenteil, sie gewährleisten ihn im Interesse des Bürgers, für den der Erwerb von Wohneigentum nicht selten eine Lebensentscheidung ist.

Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen werden marktorientiert, aber ihren Grundsätzen verpflichtet, den vielen Interessenten an eigenen vier Wänden auch künftig zuverlässige Partner sein. Ob als Genossenschaften oder Gesellschaften, sie werden zur Belebung vieler regionaler und örtlicher Teilmärkte beitragen. Die engen Beziehungen zu ihren Mitgliedern und Gesellschaftern aus allen öffentlichen und privaten Bereichen, insbesondere den Kommunen und der Kreditwirtschaft, garantieren Qualität der Produkte, seriöses Geschäftsgebaren und Kundennähe.

Es wäre geradezu paradox, einerseits die Wohnungspolitik richtigerweise zum Eigentumssektor hin umzugewichten und andererseits ein vorhandenes Instrumentarium in Frage zu stellen, das traditionell für gute Leistungen steht. Um so mehr, als die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen über alle Krisen und Rezessionen der Nachkriegszeit hinweg ihre Leistungskraft bewiesen und ständig gesteigert haben.

Und zeigen die Erfahrungen der gleichen Zeit nicht genauso deutlich, wie oft und wie leicht gerade auf dem Immobilienmarkt Glücksritter und Dilettanten – trotz Bauträger- und Maklerverordnung – Schaden anrichten können?

Die Erfahrungen der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft sind ein wertvolles volkswirtschaftliches Kapital bei der Erfüllung der bedeutsamen gesellschaftspolitischen Aufgabe der Förderung des Wohneigentums. Daß es noch viel zu tun gibt, zeigt auch die Diskrepanz zwischen der erreichten Versorgungsquote mit Wohneigentum von knapp 40 Prozent in der Bundesrepublik und vielen anderen Industrieländern mit deutlich höheren Werten.

Über 16 Millionen Bausparverträge mit über 500 Milliarden Mark Vertragssumme im Ansparstadium zeigen den in allen Bevölkerungskreisen tief verwurzelten Wunsch nach einem eigenen Haus oder einer eigenen Wohnung.

WOLFGANG MÜLLER

WIRTSCHAFTLICHE BEDEUTUNG / Beim Neubau dominiert das Wohneigentum

Weniger Einwohner, mehr Haushalte

Die Lage auf den Wohnungsmärkten läßt wachsende Angebotsüberschüsse bei einem flacher werdenden Nordsüdgefälle erkennen. Das Angebot von öffentlich geförderten Mietwohnungen, freifinanzierten Mietwohnungen, Eigentumswohnungen und Einfamilienhäusern ist gut sortiert. In der Bundesrepublik ist ein Grad der Wohnungsversorgung erreicht, der auch im internationalen Vergleich an der Spitze liegt und vorerst eine Wohnungsversorgung aufgezeigt, die es in unserem Land bis dahin nicht gegeben hat.

Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen – Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsbaugenossenschaften – haben hieran hohen Anteil. Seit 1949 wurden von diesem Wirtschaftszweig insgesamt 4,6 Mio. Wohnungen fertiggestellt. Somit entfielen rd. 26,8 Prozent der Nachkriegsbauleistung auf die gemeinnützige Wohnungswirtschaft.

Die Wiederaufbauphase ist abgeschlossen und Angebot und Nachfrage werden in zunehmender Weise die Bestimmungsfaktoren auf den Wohnungsmärkten. Unter Hinweis auf den Lücke-Plan ist der Zeitpunkt günstig, auch die Wohnungswirtschaft in die soziale Marktwirtschaft zu integrieren, wobei – wenn man es so will – der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft die Sicherung der sozialen Komponente zufallen kann.

Die Wohnungspolitik der nächsten Jahre muß Rahmenbedingungen erlassen, die die Wohnungswirtschaft in die Lage versetzen, längerfristig zu disponieren. Gleichzeitig muß sie sich den neuen Dringlichkeiten im Wohnungswesen zuwenden. Der Bestandspflege muß Vorrang vor dem Wohnungsneubau zufallen. Hier droht Gefahr, daß die zur Verfügung stehenden Mittel für Instandhaltung seit langem nicht mehr ausreichen.

Angebot übersteigt die Nachfrage

Über die Bestandspflege hinaus sind aber auch wohl in nächster Zukunft Neubauaktivitäten unverzichtbar. Im Hinblick auf vorliegende offizielle Schätzungen wird in der Bundesrepublik gegenüber 1978 die Gesamtbevölkerung im Jahre 2000 um etwa 1,5 Mio. abnehmen. Andererseits wird die Zahl der Haushalte – und diese fragen nach Wohnungen – bis dahin um etwa 1,5 Mio. zunehmen.

Wenn man darüber hinaus den heute erreichten quantitativen und qualitativen Stand der Wohnungsversorgung erhalten will, werden jährlich Wohnungsneubauten als Ersatzbauten notwendig, da, wo sich Wohnungsabgänge aus Gründen der Wohnraumvernichtung, der Wohnraumzusammenlegung, der Wohnraumumwidmung und der Stadtsanierung und der Verkehrsplanung einstellen.

Zur Vermeidung von Fehlinvestitionen bedarf es mehr Markttransparenz. Es ist daher sehr zu bedauern, daß die seit vielen Jahren vorbereitete Volks- und Gebäudezählung noch nicht stattgefunden hat. In zahlreichen Städten und Gemeinden liegt kein brauchbares Zahlenmaterial hinsichtlich der Bestandszahlen und der jährlichen Zu- und Abgänge an Wohnungen vor. Soweit hier und dort noch Wohnungsengpässe und Versorgungsdisparitäten bestehen, muß in Abstimmung mit Städten und Gemeinden von Fall zu Fall der Neubau von Mietwohnungen betrieben werden.

Desungeachtet kann man generell sagen, daß das Angebot von Mietwohnungen, sowohl der öffentlich geförderten als auch der freifinanzierten, die derzeitige zahlungsfähige Nachfrage übersteigt. Im Hinblick auf stagnierende Realeinkommen und Einkommenserwartungen, der Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit wegen, werden vor allem preiswerte Mietwohnungen nachgefragt. Hier drängt sich die Frage auf, inwieweit nicht leerstehende, öffentlich geförderte Mietwohnungen durch Umfinanzierung und Nachsubventionierung sich preiswerter machen lassen.

Der Wohnungsbau der nächsten Jahre wird sich in der Hauptsache auf Wohneigentum stützen. Eigentumswohnungen und Eigenheime sind gefragt. Jüngste Umfragen bestätigen dies. Von 100 Haushalten leben derzeit 38 in Eigenheimen und Eigentumswohnungen. Weitere 34 Haushalte wünschen Wohneigentum. Wohneigentum bleibt auch aus Gründen der Gesellschafts- und Vermögensbildungspolitik förderungswürdig. Wohneigentum schafft beste Voraussetzungen für ein gesundes Familienleben und vermittelt ein greif- und erlebbares Vermögen.

Die finanzielle Belastbarkeit für das Wohneigentum ist in vielen Fällen erreicht oder bereits überschritten. Im Zuge der Ausrichtung der künftigen Wohnungspolitik ist deshalb hier anzusetzen. Insbesondere sollten steuerliche Lösungen und langfristige Finanzierungen gesucht werden, die die Anfangsbelastung absenken und darüber hinaus auch die Einkommensverhältnisse und den Familienstand berücksichtigen. Schließlich ist nicht einzusehen, daß der Selbstnutzer von Wohneigentum steuerlich schlechter gestellt wird als ein Bauherr, der seine Wohnung vermietet.

In Richtung Kostensparen

Darüber hinaus sind die Architekten und Bauingenieure aufgerufen, durch Planung und technische Konzeptionen Einfluß zu nehmen. Es geht nicht darum, zu Schlichtbauten der 50er Jahre zurückzukehren, sondern eher darum, nicht bezahlbares Prestige- und Qualitätsdenken zu korrigieren.

Beispiele kostensparender Baumaßnahmen zeigen, daß die Neubautätigkeit sich bereits in diese Richtung hin orientiert. Gemeinnützige Wohnungsunternehmen waren hierbei vielfach Vorreiter. Durch Engagement, Einfallsreichtum und die Kunst der Beschränkung haben sie zusammen mit Ländern und Gemeinden neue Wege aufgezeigt.

Das künftige Neubauvolumen wird sich aller Voraussicht nach in der Hauptsache aus dem Neubau von Einfamilien- und Zweifamilienhäusern sowie Eigentumswohnungen zusammensetzen. Ab 1985 wird der jährliche Wohnungsbau in der Bundesrepublik sich auf ein Neubauvolumen von 200 000 bis 250 000 Wohnungen erstrecken. Dieser Wandel wird für die Bauwirtschaft voraussichtlich eine nochmalige Kapazitätsanpassung erforderlich machen. Ausgehend von etwa 220 000 Wohnungen in Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen und etwa 30 000 öffentlich geförderten Mietwohnungen ergeben sich jährliche Investitionsvolumina von rd. 70 Mrd. Mark, das sind dann immer noch 5,5 Prozent des Bruttosozialprodukts.

PAUL KOTTENDORF

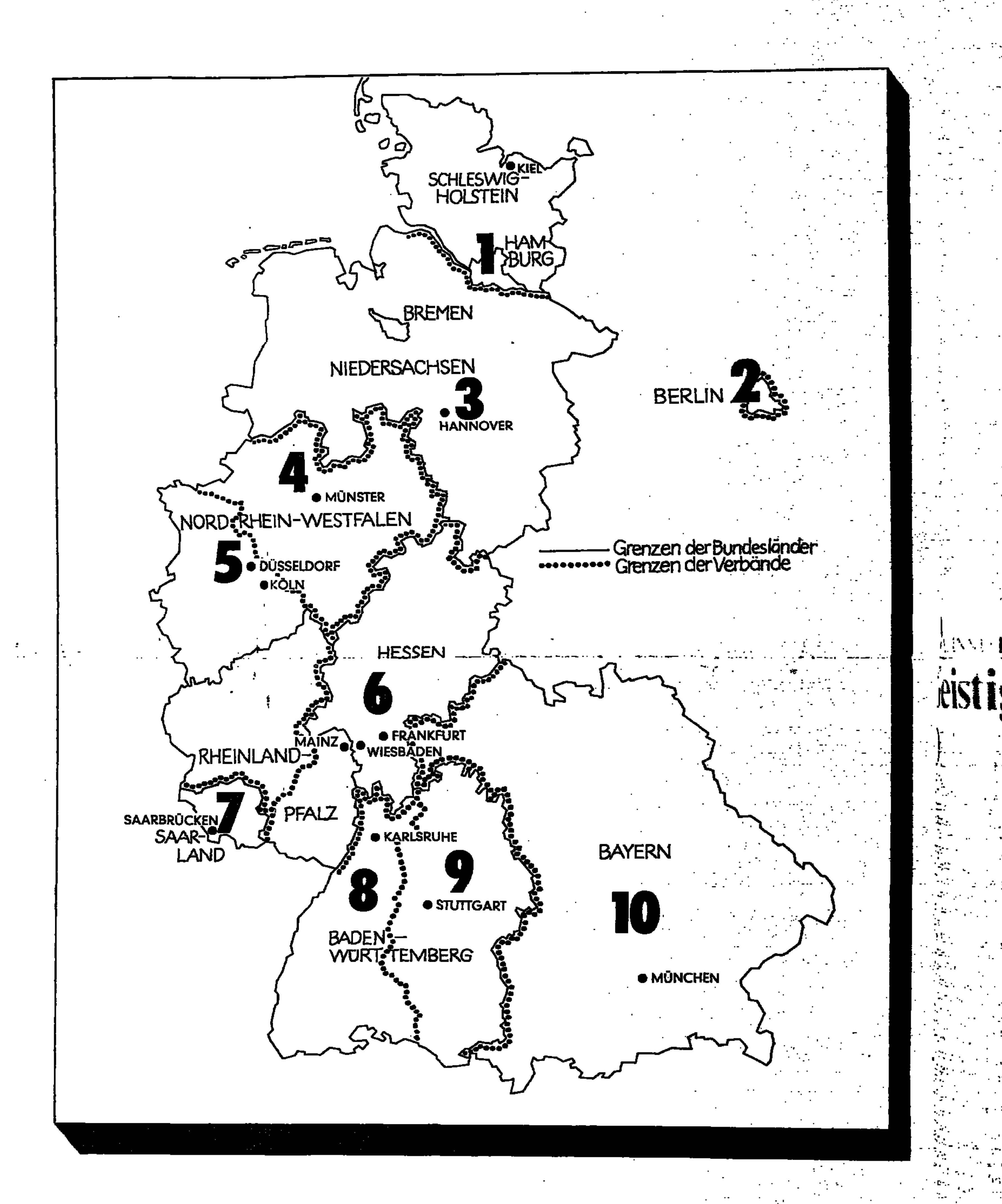
Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen und ihre Verbände.

Die zehn regionalen Verbände der 1831 gemeinnützigen Wohnungsunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) sowie der Gesamtverband mit Aufgaben auf Bundesebene sind aus traditioneller genossenschaftlicher Selbstverantwortung entstanden.

Dem Auftrag und den Wertvorstellungen der Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen entspricht es, daß sich die Verbände als Selbstverwaltungseinrichtungen ihrer Mitglieder verstehen.

Durch die Arbeit der Verbände wird die Aufgabenerfüllung der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, in ständiger Wohnungsreform angemessene Wohnungen für breite Schichten der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen, maßgeblich unterstützt.

Sie fördern erfolgreich die unternehmerische Tätigkeit der ihnen angeschlossenen gemeinnützigen Wohnungsunternehmen durch sach- und fachkundige Betreuung, Beratung und Wirtschaftsprüfung, Erfahrungsaustausch, Interessenvertretung, Aus- und Weiterbildung.



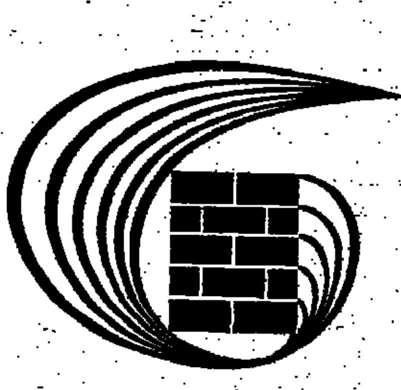
1 Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen, **Hamburg**

3 Verband niedersächsisch-bremischer Wohnungsunternehmen, **Hannover**

5 Verband rheinischer Wohnungsunternehmen, **Düsseldorf**

7 Saarländischer Genossenschaftsverband, **Saarbrücken**

9 Verband württembergischer Wohnungsunternehmen, **Stuttgart**



2 Verband Berliner Wohnungsbaugenossenschaften und -gesellschaften, **Berlin**

4 Verband westfälischer und lippischer Wohnungsunternehmen, **Münster**

6 Verband südwestdeutscher Wohnungsunternehmen, **Frankfurt**

8 Verband badischer Wohnungsunternehmen, **Karlsruhe**

10 Verband bayerischer Wohnungsunternehmen, **München**

Gesamtverband Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen, Köln

STADTSANIERUNG / Hansestadt Lübeck als Beispiel

Sanierung sichert Abeitsplätze

In der Palmsonntagnacht 1942 wurde ein großer Teil der Lübecker Altstadt – ein Fünftel des Gebäudebestandes, darunter die Marienkirche, St. Petri und der Dom – durch einen Bombenangriff zerstört. Das Kriegsende 1945 brachte für Lübeck den Verlust des Hinterlandes (Mecklenburg), 40 km Stadtgrenze als Grenze zur „DDR", und zu den 136 000 Lübeckern waren 125 000 Flüchtlinge und Ausländer hinzugekommen.

Die Beseitigung der Wohnungsnot unter der fast auf das Doppelte angewachsenen Bevölkerung durch sozialen Wohnungsbau in den Außenbezirken, der Wiederaufbau der zerstörten Altstadtgebiete, die Sicherung und der Wiederaufbau der Kirchenruinen und der Ausbau des Hafens, der Wirtschaft und der Industrie unter veränderten Rahmenbedingungen waren vordringliche Aufgaben der Nachkriegszeit, die alle verfügbaren Kräfte in Anspruch nahmen. In den heil gebliebenen Bereichen der Altstadt setzte dadurch in der Nachkriegszeit ein beschleunigter Verfall ein.

In Lübeck ist mehr historische Bausubstanz aus dem 13. und 15. Jahrhundert erhalten als in allen anderen Städten Norddeutschlands zusammen. Diese Aussage macht das Ausmaß der Sanierungsaufgaben in der Hansestadt deutlich. Die sanierungsbedürftigen Stadtviertel befinden sich ausnahmslos auf der 120 ha großen Altstadtinsel, die einem Schildkrötenrücken vergleichbar, sich etwa 2 km in Nord-Süd-Richtung und 1 km in Ost-West-Richtung ausdehnt.

Die von Trave und Wakenitz und den Resten der Wallanlagen umgebene Insel *machte noch bis zur Mitte* des 19. Jh. die eigentliche Stadt aus, an die sich das Landgebiet anschloß, in dem nur die Landbevölkerung wohnen durfte.

Bis dahin mußte Lübecke in Zeiten zunehmender Bevölkerung nach innen wachsen; innerhalb der von Straßen begrenzten Baublöcke entstanden Wohngänge, Wohnhöfe oder Torwege, die durch eine mehr oder weniger breite Öffnung durch das straßenseitige Vorderhaus erschlossen wurden. Viele dieser alten Wohnanlagen haben sich erhalten und daneben auch zahlreiche Armenhäuser, Wohngänge und Wohnhöfe, die „Lübecker Wohnstifte", die vom 14. Jahrhundert an aus Stiftungen wohlhabender Bürger hervorgegangen sind.

Angesichts der Notwendigkeit einer umfassenden Sanierung der Lübecker Altstadt fand Ende der sechziger Jahre eine gründliche Bestandsaufnahme statt.

Daneben und gleichzeitig begannen die Lübecker gemeinnützigen Wohnungsunternehnen mit dem Umbau und der Nutzbarmachung verfallener, unter Denkmalschutz stehender Gebäude der Stiftungen „Lübekker Wohnstifte".

Ziel der Umbaumaßnahmen war es, unter Erhaltung des äußeren denkmalgeschützten Erscheinungsbildes im Inneren der Gebäude heutigen Anforderungen entsprechende Wohnräume zu schaffen. Durch diese Pilotprojekte wurde die praktische Sanierungsdurchführung in Lübeck ins Rollen gebracht. Die Wohnungsunternehmen wurden zur Durchführung weiterer Umbauten ermuntert, als das Land die ersten Maßnahmen im nachhinein mit öffentlichen Mitteln förderte und damit eine Kostendeckung gegeben war.

Die Objektsanierung, die Sanierung von Haus zu Haus unter Berücksichtigung der jeweiligen Gebäudeeigenart, hat in Lübeck absoluten Vorrang; die Flächensanierung ist die Ausnahme, denn über 800 Gebäude stehen in der Altstadt unter Denkmalschutz und ebenso viele sind aus anderen Gründen erhaltenswert.

Die öffentliche Diskussion über die Ziele der Sanierung dauerte mehrere Jahre. Das Ergebnis:

1. Die Innenstadt soll als Kulturdenkmal erhalten bleiben.
2. Die City soll als Oberzentrum der Region bestehen bleiben, aber nicht über ihre jetzigen Bereiche hinaus ausgedehnt werden.
3. *Im Bereich der Altstadt soll die* Funktion Wohnung erhalten und ausgebaut werden.

Diese Entscheidung fiel erst 1975. Um keine Zeit zu versäumen, hatte man jedoch parallel zu der öffentlichen Diskussion mit ersten Maßnahmen in dem am dringendsten erneuerungsbedürftigen Bereich begonnen.

Das Städtebauförderungsgesetz bestimmt, daß die Sanierungsdurchführung in erster Linie den Eigentümern überlassen bleibt. Der Privatinitiative ist deshalb im Rahmen der Sanierung der Lübecker Altstadt breiter Raum gegeben worden.

Die Hauptlast der Sanierungsdurchführung liegt jedoch bei den gemeinnützigen Wohnungsunternehmen. Sie haben in den letzten 10 Jahren in eigener Bauherrschaft oder Betreuung Dritter insgesamt 83 Maßnahmen mit 479 Wohnungen, 43 gewerblichen Objekten und einem Bauvolumen von 97 Millionen Mark durchgeführt. Und noch eine weitere erfreuliche Tatsache: in 14 historischen und unter Denkmalschutz stehenden Lübecker Wohnstiften gibt es wieder 177 heutigen Anforderungen entsprechende Wohnungen, zum Teil Studentenwohnungen, überwiegend aber traditionsgemäß Wohnungen für ältere Mitbürger.

Die bisher einzige Flächensanierung größeren Ausmaßes in der Altstadt wurde von einem gemeinnützigen Wohnungsunternehmen durchgeführt, die Bebauung eines ehemaligen Fabrikgeländes, des Ersatzgebietes Alsheide, mit insgesamt 49 Wohnungen und einem Kostenaufwand von rd. 8,5 Mio. Mark.

In die Sanierung der Lübecker Altstadt sind in den zurückliegenden zehn Jahren rd. 63 Mio Mark an Städtebauförderungsmitteln und rd. 48 Mio Mark an anderen Förderungsmitteln, insgesamt also rd. 111 Mio Mark geflossen.

Das Ergebnis ist in Form von zahlreichen sanierten Häusern und ständig wechselnden Baustellen überall in der Altstadt zu sehen. Gegenwärtig werden jährlich rd. 10 Mio Mark an Förderungsmitteln von Bund, Land und Stadt aufgebracht, wobei der Anteil der Stadt auf 1 Fünftel ermäßigt worden ist. Sie ist aufgrund der schlechten Haushaltslage an ihrer Belastungsgrenze angelangt.

Bauarbeiten im Rahmen der Sanierung sind sehr lohnintensiv, weil auf engstem Raum kaum Maschinen eingesetzt werden können, und die Schubkarre als *Transportmittel* wieder zu Ehren kommt. Die Förderung von Sanierungsmaßnahmen ist infolgedessen außerordentlich beschäftigungswirksam.

Mit 10 Mio Mark Förderungsmitteln wird im allgemeinen ein Bauvolumen von 50 Mio Mark finanziert. Ein Bauhandwerker bewegt pro Jahr ein Investitionsvolumen von 50 000 Mark, so daß allein aus dem geförderten Bereich der Sanierung ständig 1000 Arbeitsplätze im Baugewerbe in Lübeck gesichert werden können. Hier liegt eine der Ursachen für die *hohe Priorität*, die die Förderung von Sanierungsmaßnahmen immer noch hat und hoffentlich noch recht lange behalten wird.

GÜNTER KOHLMORGEN



Was in der Palmsonntagnacht 1942 in Lübeck verbrannte, kann, wenn überhaupt, nur in Jahrzehnten wiederaufgebaut werden. FOTO: DW

GEMEINNÜTZIGE INITIATIVEN / Kostengünstig bauen heißt nicht, daß auf Wohnwert verzichtet werden müßte

Geistige Leistung statt materiellen Aufwands

Der Wohnungsmarkt in der Bundesrepublik ist in sich unausgewogen. Einer Überversorgung im ländlichen Bereich und einem Überangebot an teuren Wohnungen in den Ballungsräumen steht ein Mangel an preiswerten Wohnungen für Personen und Familien mit geringerem Einkommen gegenüber. Die Eigentumsquote liegt mit einem Anteil von nur ca. 40 Prozent erheblich hinter der anderer europäischer und außereuropäischer Länder zurück.

Die Mangelsituationen sind fast ausschließlich durch die hohen Kosten des Gebrauchs- und Lebensgutes Wohnung bedingt.

In kaum einem anderen Land wird so teuer und so anspruchsvoll gebaut wie bei uns. Dies gilt auch für den öffentlich geförderten Wohnungsbau, der – entgegen landläufiger Meinung – sich gegenüber dem freifinanzierten Wohnungsbau vielfach durch höhere Flächen und Qualitätsstandards auszeichnet.

Eine Reihe von Faktoren hat dazu geführt, daß die Wohnungsbaukosten gegenüber den Einkommen und den Lebenshaltungskosten überproportional angestiegen sind (1969 bis 1981: Baukosten 133 %, Lebenshaltungskosten 80 %). Die Wohnungsversorgung einkommensschwächerer Bevölkerungsgruppen in den Verdichtungsräumen ist damit zu einem Problem von besonderer politischer Brisanz geworden. Der Wohnungsbau für diese Gruppen muß daher – und dies bei leeren Kassen – entweder durch die öffentlichen Hände noch höher subventioniert werden, oder es müssen Mittel und Wege gefunden werden, die Kosten angemessen zu senken.

Die Ergebnisse der vom Wohnungsbauministerium zum Thema „kosten- und flächensparendes Bauen" Ende der siebziger Jahre in Auftrag gegebenen Untersuchungen an in- und ausländischen Beispielen treffen sich in vielen Feststellungen mit den Erfahrungen und den Bemühungen der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen; diese sahen es schon immer als ihre Aufgabe an, einkommensschwächere Gruppen mit Wohnraum zu angemessenen Kosten zu versorgen. In Erkenntnis der heute gegebenen besonderen Sachzwänge hat sie zusammen mit dem BDA (Bund Deutscher Architekten) im Herbst 1980 eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die sich mit den Problemen des kosten- und flächensparenden Bauens auseinandergesetzt hat.

Die Ergebnisse dieser Untersuchungen wurden in dem gemeinsam vom Gesamtverband Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen und dem BDA herausgegebenen Positionspapier mit dem Titel „Hohe Qualität – tragbare Kosten", Konzeption für Pilotprojekte im sozialen Wohnungsbau, veröffentlicht.

Der Untersuchungsbericht „klopft" alle kostenrelevanten Faktoren auf ihre Effizienz ab und zeigt eine Vielzahl von Maßnahmen und Möglichkeiten zu sinnvoller und wirksamer Kostensenkung auf. Dabei sind Planungsmethoden, Verfahrensweisen, überflüssige Normen und Bauvorschriften ebenso angesprochen, wie überzogen erscheinende Flächen- und Ausstattungsstandards. Die Vorschläge zur Kostensenkung erschöpfen sich nicht in allgemein *gehaltenen Wunschvorstellungen*, sie sind konkretisiert.

Die sehr mutigen, Konventionen in Frage stellenden Vorschläge zur Kosteneinsparung haben daher sofort Kritiker auf den Plan gerufen, die diese Bemühungen um Kosteneinsparung im Wohnungsbau – die einen internationalen Vergleich durchaus bestehen können – sofort als Rückkehr zum Schlichtwohnungsbau und als unverantwortliche Fehlentwicklung apostrophierten.

> Wenn es gelingt, den sozialen Auftrag der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen klarer und enger zu definieren, *halte ich die* Steuerfreiheit weiterhin für gerechtfertigt und vertretbar.

Oscar Schneider, Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Foto: Jupp Darchinger

Dies ist eine totale Fehlinterpretation der eigentlichen Absichten. Allein die Mitbeteiligung der BDA, als mitverantwortlichem Herausgeber, sollte dafür Gewähr bieten, daß hier kein substantieller Kahlschlag gewollt ist. Die Bemühungen um kosten- und flächensparendes Bauen sind getragen von gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Verantwortung und von der sachgerechten Einschätzung wirtschaftlicher, technischer und administrativer *Möglichkeiten*, sowie der richtigen Gewichtung eigentlicher und unverzichtbarer wohnwertbestimmender Faktoren beim Planen und Bauen.

Es geht darum, durch Anwendung des vorgeschlagenen Maßnahmekataloges bei niedrigeren Gesamtherstellungskosten eine den Lebensbedürfnissen der Menschen entsprechende Qualität der Wohnungen und des Wohnumfeldes zu sicher und dabei eine menschliche Architektur und einen humanen Städtebau zu praktizieren.

Es besteht wohl Einigkeit darüber, daß das Problem Kostensenkung im Wohnungsbau komplex und nicht nur sektorial angegangen werden muß. So sollen, solange kein anderes Bodenrecht greift, die hohen Grundstückskosten durch eine überlegtere flexible städtebauliche Planung, durch sparsamere, bedarfsgerechte Erschließungsformen und durch *konsequentere Anwendung vorhandener* gesetzlicher Instrumentarien gesenkt werden.

Durch Verzicht auf aufwendige Erschließungs-, Ver- und Entsorgungssysteme und auf Standards, die nicht wohnwertbestimmend sind, durch Abbau von überflüssigen Normen und Vorschriften und durch Vereinfachung der Genehmigungsverfahren *lassen sich, so man nur will*, Kosten sparen.

Bei den Baukosten sind erhebliche Einsparungen möglich durch systemgerechte Planung, Elementierung und Rationalisierung mit dem Ziel der Eliminierung lohnbestimmter Kostenfaktoren. Daß durch die Art der Planung die Gebäudekosten maßgeblich bestimmt werden und die Einflußnahme auf die Kostenentwicklung mit fortschreitendem Planungs- und Bauablauf überproportional abnimmt, sollte allgemein bekannt sein. Rationalisierungseffekte *im* Baubetriebsbereich lassen sich bei kooperativem Zusammenwirken aller Baubeteiligten erzielen.

Die gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen haben mit diesen Überlegungen kein akademisches Konzept entwickelt, sie haben gehandelt. Mit 91 Projekten unter dem Leitziel „Hohe Qualität – tragbare Kosten" mit insgesamt 4450 Wohnungseinheiten in 57 Gemeinden des Bundesgebietes will sie nicht nur in dieser wirtschaftlich schwierigen Situation mit finanzieller und ideeller Unterstützung von Bund, Ländern und Gemeinden, einen Beitrag zur Wohnungsversorgung in Brennpunkten des Wohnungsbedarfs leisten, sie will gleichzeitig unter Beweis stellen, daß geringerer materieller Aufwand hohe Qualität nicht ausschließen muß. Von diesen 91 Projekten (42 mit Geschoßwohnungen, 17 mit Miet-Einfamilienhäusern im verdichteten Flachbau, 32 mit Eigenheimen), von *denen 25 fertiggestellt, 24 im Bau und* 42 in Vorbereitung sind, werden weiterführende Impulse erwartet.

Die Planung und Durchführung von zwei Dritteln dieser Maßnahmen liegt in den Händen freiberuflicher Architekten, die sich vielfach über einen Architektenwettbewerb qualifiziert haben. Für den Rest sind unternehmenseigene Bauabteilungen *verantwortlich*. Beratend wurden neben Bewilligungs- und Baubehörden das Institut für Bauforschung, Rationalisierungsingenieure und Fachfirmen eingeschaltet.

Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen haben damit bewiesen, daß Motivation und Innovation wichtige Elemente ihres Selbstverständnisses sind, daß sie beispielgebend den Wohnungsbau zu beeinflussen vermögen. Diese Feststellung bekommt ihr besonderes Gewicht durch die nun schon feststehende Erfahrung mit allen diesen Projekten, daß sie ausnahmslos – besonders im Vorfeld der Planung – einen ungemein höheren Aufwand an intellektueller Leistung abverlangt haben; geistige Leistung kompensiert materiellen Aufwand.

Ein beispielhaftes Projekt ist die Maßnahme der BSG-Allgäu Bau- und Siedlungsgen. e.G. in Kempten-Ludwigshöhe mit

67 als Pilotprojekt geförderten Miewohnungen (I. BA)
68 Mietwohnungen für Spätaussiedler, öffentlich gefördert (II. BA)
54 Eigentumswohnungen, freifinanziert (III. BA).

Die Wohnungen, mit Wohnflächen von 40 bis 93 Quadratmetern, für Ein- bis Fünf-Personen-Haushalte bestimmt, sind in 3- bis 5geschossigen, städtebaulich überzeugend gruppierten, gut durchgestalteten Baukörpern untergebracht; sie sind in der bisher üblichen Art ausgestattet und werden in konventioneller Bauweise *erstellt. Durch die Teilnutzung von* Dach- und Kellergeschossen (Hanglage) konnte ein Ausbauverhältnis von 3,0 bis 3,96 erzielt werden.

> Gemeinnützige Wohnungsunternehmen bekennen sich zu ihrer Aufgabe, breiten Schichten der Bevölkerung – insbesondere den Personen, die sich aus eigener Kraft am Markte nicht versorgen können – zu einer angemessenen und bedarfsgerechten Wohnungsversorgung zu verhelfen.

Helmut Tepper, Vorsitzender des Vorstandes des Gesamtverbandes Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen. Foto: Helmut Stahl

Eine Architektengruppe hatte sich als 1. Preisträger im Dezember 1981 in einem Wettbewerb qualifiziert. Durch die planungs- und baubegleitende kooperative Zusammenarbeit in einem Koordinierungsausschuß, in dem das BMBau die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, die Bewilligungsstelle der Regierung von Schwaben, die örtliche Baugenehmigungsbehörde, der BDA, der Technische Ausschuß des Gesamtverbandes Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen und des Bayerischen Verbandes, die beauftragten Architekten und Ingenieure, ein Rationalisierungsbüro und der Bauherr vertreten waren, konnten die kalkulierten Kosten von DM 1 270,–/m² Wohnfläche (DM 326,–/m³) auf DM 1 059,–/m² Wfl. (DM 272,– /m³) gesenkt werden.

Alle Bauleistungen sind zu Festpreisen vergeben. Der Baubeginn war am 3. Dezember 1982, das Richtfest am 29. September, vorgesehener Fertigstellungstermin ist das dritte Quartal 1984. REINHOLD BÜTTNER

MODERNISIERUNG / Alternative Standards

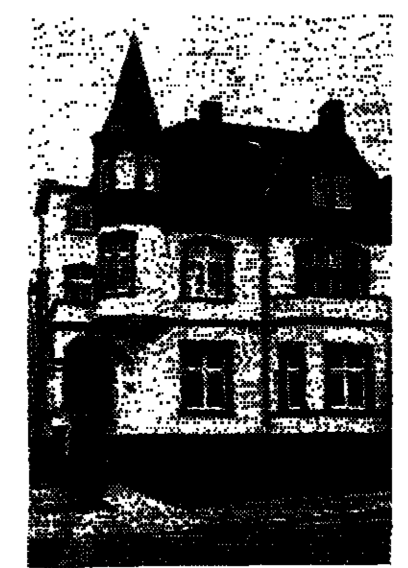
Mieter wirken bei dem Ablaufplan selbst mit

Nach einer ersten Präsentation von Zwischenergebnissen im Herbst 1982 in Düsseldorf (vgl. WI 43/82) fand jetzt in Herne eine weitere öffentliche Veranstaltung zum Thema „Demonstrativprojekte Altbaumodernisierung" statt, zu der die Herner Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH eingeladen hatte.

Das Projekt wird von der Arbeitsgemeinschaft Altbaumodernisierung (sieben gemeinnützige Wohnungsunternehmen). unter Federführung der Gruppe Haus- und Stadterneuerung, Aachen, durchgeführt, vom Bundesforschungsministerium gefördert und vom Gesamtverband Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen (GGW) und dem Bund Deutscher Baumeister begleitet.

Ziel ist insbesondere

- Modernisierung von sieben Projekten in drei verschiedenen Standards
- praktische Erprobung von Forschungsergebnissen
- Reduzierung von Baukosten
- Rationalisierung von Planung und Durchführung
- Annahme der Standards durch die Mieter
- alternative Konstruktionen und Planungsvarianten
- Einfluß von Förderungsprogrammen auf Baukosten, Miethöhen und Standardauswahl
- direkte Auswirkungen der Baukosten auf die Miethöhen
- Kostendatensammlung für verschiedene Altbautypen
- Erfahrungen bei Durchführung in bewohnten Wohnungen



Demonstrativ-Projekt Altbau-Modernisierung der Herner Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft FOTO: DIE WELT

- Messung von Einbau- und Durchführungszeiten als Grundlage der Ablaufplanung.

Für die Modernisierung in den drei Standards – einfach, mittel, gehoben – wurden in Herne drei aus der Gründerzeit stammende Stadthäuser in die Maßnahme eingebracht.

Wenn auch ein Gesamtergebnis noch nicht vorgelegt werden konnte, lassen sich zur Mieterinformation und Beteiligung doch schon folgende Ausführungen machen.

Eine Mieterbefragung, ob eine Modernisierung der von ihnen bewohnten *Wohnung interessant wäre*, wurde unter folgender Zahlungsbereitschaft positiv beurteilt:

- Im einfachen Standard DM 4,50 bis DM 5,00
- im mittleren Standard DM 4,80 bis DM 5,20
- im gehobenen Standard DM 5,50 bis DM 6,00

Die hierauf angestellten Berechnungen nach Art und Weise der öffentlichen Förderung ließen die Förderungsart nach dem II. Wohnungsbaugesetz am geeignetsten erscheinen.

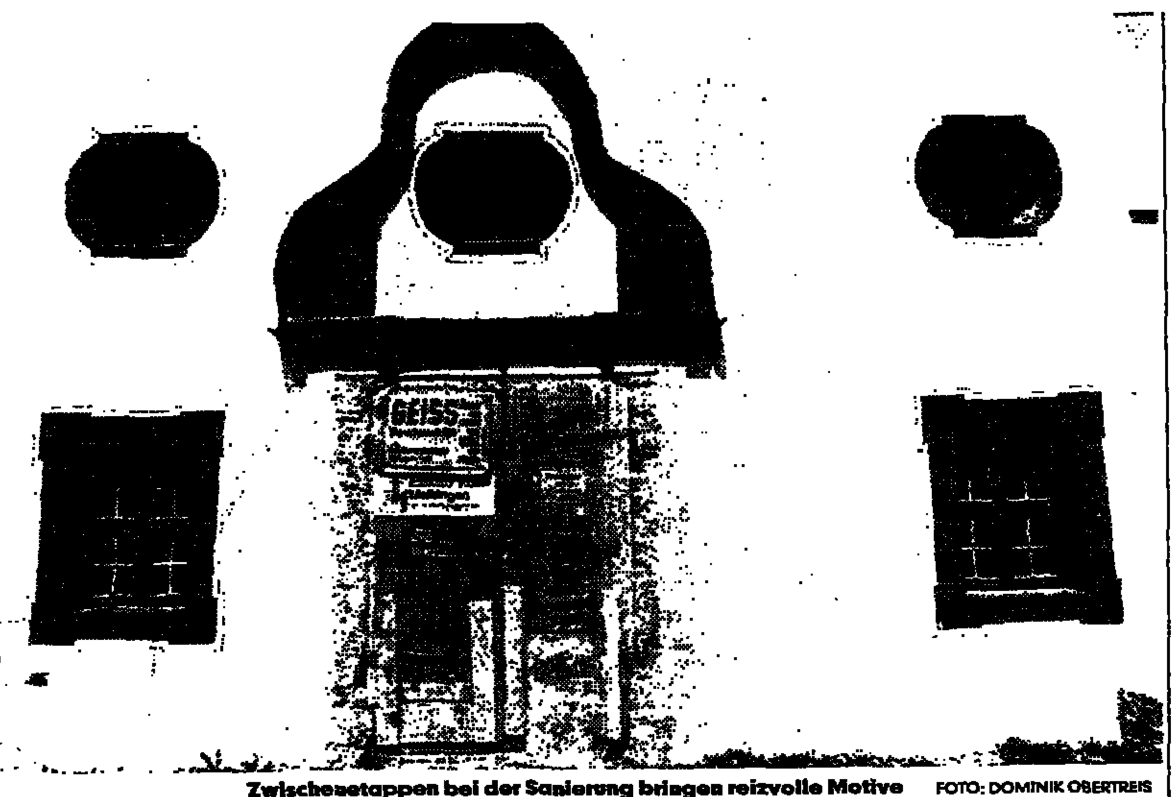
Weiterhin erklärten alle Mieter, während der *Modernisierungsphase* in ihren Wohnungen bleiben zu wollen, was die Ablaufvorstellungen beeinflußte. Eine Familie mußte jedoch aus Sicherheitsgründen ihre Wohnung verlassen, was zu Verzögerungen in der vorgesehenen Abwicklung führte, nicht zuletzt aufgrund von Problemen mit der anderweitigen Unterbringung.

Umbau- und Modernisierungskosten in nicht bewohnten Wohnungen müssen nicht niedriger sein als in bewohnten Wohnungen, denn während der Modernisierungsphase wurden zusätzliche Wünsche vorgetragen, die in aller Regel erfüllt werden konnten.

Als negativ sind die Erfahrungen mit Selbsthilfearbeiten anzusehen: Von diesem Angebot des Wohnungsunternehmens wurden durch die Mieter kein Gebrauch gemacht.

Während der Baudurchführung wurden immer wieder Gespräche mit Mietern geführt, um Probleme bereits im Vorfeld abzustellen. Neben der Mitsprache bei der Gestaltung der jeweiligen Wohnung wurden die Mieter auch durch einen Ablaufplan über die vorgesehenen Arbeiten unterrichtet.

Noch vor Beendigung der Maßnahme in Herne ist festzuhalten, daß sich das Ergebnis sehen lassen kann und die Mieter zufrieden sind. nat.



Zwischenetappen bei der Sanierung bringen reizvolle Motive FOTO: DOMINIK OBERTREIS

AUS- UND WEITERBILDUNG / Zentral in Ratingen-Hösel

Kenntnis muß Entwicklung folgen

Gemeinnützige Wohnungsunternehmen haben schon frühzeitig, als noch niemand von Weiterbildung oder Berufsbildungsgesetz sprach, erkannt, daß sie Betriebsleistungen wie Wohnungserstellung, Wohnungsbewirtschaftung und Baubetreuung nur erbringen können, wenn ihnen Mitarbeiter mit besonderer Qualifikation zur Verfügung stehen.

Daher haben sie sich schon in den 50er Jahren einer kontinuierlichen Aus- und Weiterbildung verschrieben. Für die gesamte unternehmerische Wohnungswirtschaft wurde eine zentrale Ausbildungsstätte in Ratingen-Hösel geschaffen, die von dem Gesamtverband Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen e. V., Köln, und den meisten regierenden Verbänden getragen wird.

Das 1957 gegründete Ausbildungswerk unterhält

1. eine Berufsschule, die Auszubildende aus Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen, Rheinland-Pfalz und anderen Ländern innerhalb des dualen Systems zum „Kaufmann/Kauffrau in der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft" ausbildet. Von den über 3000 Schülern haben fast 90 Prozent die IHK-Abschlußprüfung mit Prädikat bestanden;

2. eine Fachschule für Wirtschaft, in der im zweijährigen Vollunterricht Praktiker mit abgeschlossener Ausbildung und mindestens zweijähriger Praxis sich zum „Staatlich geprüften Betriebswirt (Fachrichtung Wohnungswirtschaft und Realkredit)" weiterbilden können. Innerhalb dieser Fachschule besteht als Alternative zum akademischen Studium ein sogenannntes Abiturienten-Modell, das nach zweijähriger abgeschlossener Ausbildungszeit sowie einjähriger praktischer Tätigkeit mit Fernunterricht und folgendem einjährigen Besuch der Fachschule zum „Staatlich geprüften Betriebswirt" in dieser Fachrichtung führt; 15 Prozent der Betriebswirte haben bereits Vorstands- oder Geschäftsführerpositionen eingenommen;

3. eine Akademie für Wohnungswirtschaft, in der sich Mitarbeiter in rechtlichen, wirtschaftlichen oder technischen Wissensbereichen oder Problemkreisen weiterbilden, oder auch in einem Lehrgang auf die Prüfung zum „Fachwirt in der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft (IHK)" bzw. „Wohnungsfachwirt (Akademie Hösel)" fortbilden können. In 400 Fachlehrgängen haben sich über 20 000 Mitarbeiter beteiligt;

4. ein Institut der Wohnungsunternehmen für Fernunterricht, das bislang von über 5000 Mitarbeitern, darunter Technikern und Auszubildenden, das für die Wohnungswirtschaft erforderliche Grundwissen in zweijährigem Fernunterricht vermittelte. Die Absolventen des Fernlehrganges können zumindest ihre Aufgaben im Unternehmen besser erfüllen und erhalten eine größere Verwendungsbreite, wenn sie nicht gar andere und besser dotierte Funktionen einnehmen können. So sind Stellenausschreibungen „Kaufmann in der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft" mit „Hösel-Abschluß" zu verstehen, weil die Unternehmen wissen, daß die hier ausgebildeten Kräfte nur eine kurze Einarbeitzungszeit benötigen, um ihren Aufgaben gewachsen zu sein.

Durch diese Bildungseinrichtungen, zu denen noch Schulungsveranstaltungen der Verbände hinzukommen, haben alle in der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft tätigen Mitarbeiter die Möglichkeit, sich weiterzubilden, um sich die Voraussetzungen zu schaffen, in gehobene und höhere Führungspositionen zu gelangen.

HANS-JOACHIM HAERTLER

FINANZIERUNG / Bestimmend für die zu zahlende Miete

Mietpreis schon mit dem Bau konzipieren

Die Finanzierung des Wohnungsbaus erfolgt je nach den Absichten des Bauherrn (Mietwohnungsbau oder Eigentumsmaßnahme) in den unterschiedlichsten Formen.

Grundsätzlich kann jedoch festgestellt werden, daß sich die Finanzierungsmittel zur Bestreitung der Herstellungskosten einmal aus Eigenkapital des Bauherrn und zum anderen aus Fremdkapital zusammensetzen.

Dieses Fremdkapital besorgt sich der Bauherr in Form von Darlehen auf dem Kapitalmarkt, d. h. bei Banken, Versicherungen oder aber er hat die Möglichkeit, zinsgünstige Finanzierungsmittel von Bund, Land oder Gemeinde zu erhalten.

Die Zusammensetzung des Finanzierungsplanes für ein zu erstellendes Miethaus, das sind das eingesetzte Eigenkapital und das Fremdkapital sowie die Höhe der hierfür anzusetzenden Zinsen, bestimmen im wesentlichen die Höhe der Miete je m^2 Wohnfläche.

Beim freifinanzierten Wohnungsbau beschafft sich der Bauherr die Fremdmittel über den Kapitalmarkt. Dies bedeutet, daß sich die Zinsen dieser Mittel sowie die hierfür zu zahlenden Geldbeschaffungskosten (Disagio) am Markt orientieren.

Dementsprechend ergeben sich auch die Auswirkungen auf die Höhe der Miete je m^2 Wohnfläche. Bei den heutigen Herstellungskosten und den Zinsen für Kapitalmarktmittel – im Durchschnitt liegen diese bei 8 bis 9 Prozent p. a. – würde sich bei einem rein freifinanzierten Miethaus eine Miete ergeben, die über 20 Mark je Quadratmeter Wohnfläche liegt.

Ein derartiges Neubauobjekt ist auf dem Wohnungsmarkt bei dem überwiegenden Teil der Wohnungssuchenden nicht unterzubringen. Aus diesem Grund ist der freifinanzierte Mietwohnungsbau in den letzten Jahren praktisch zum Erliegen gekommen. Der Mietwohnungsbau muß sich daher – insbesondere bei den gemeinnützigen Wohnungsunternehmen – auf den sogenannten öffentlich geförderten Wohnungsbau konzentrieren.

Hier erfolgt die Finanzierung neben dem erforderlichen Eigenkapital des Bauherrn (ca. 15 Prozent der Gesamtherstellungskosten) insbesondere durch Fremdmittel in Form von Darlehen, die Bund und Länder im Zins verbilligen. Im Vergleich zum freifinanzierten Wohnungsbau mit Zinsen von 8 bis 9 Prozent p. a. werden im öffentlich geförderten Wohnungsbau staatliche Gelder bereitgestellt, deren Verzinsung beispielsweise teilweise bei 0 bis zu 1 Prozent p. a. liegt.

Die Höhe dieser zinsgünstigen Mittel wird vom Staat so festgelegt, daß eine sogenannte Richtsatzmiete, welche ebenfalls festgesetzt wird, eingehalten werden kann.

Bei der Bemessung der Richtsatzmiete für den öffentlich geförderten Wohnungsbau – sie liegt z. B. im Land Baden-Württemberg zur Zeit bei 6,25 Mark je Quadratmeter Wohnfläche – wird davon ausgegangen, daß diese von einkommensschwächeren Bevölkerungskreisen getragen werden kann.

Insoweit verknüpft der Gesetzgeber die Bereitstellung öffentlicher Mittel, sei es nun in Form von zinslosen oder zinsgünstigen Darlehen oder in Form von Zuschüssen zur Verbilligung der Miete, mit der Auflage, daß die hiermit finanzierten Mietwohnungen nur an solche Personen oder Familien vermietet werden dürfen, deren Einkommen eine bestimmte – in Paragraph 25 des II. Wohnungsbaugesetzes – festgelegte Grenze nicht überschreiten darf.

In den letzten Jahren wurde jedoch immer mehr deutlich, daß einmal die steigenden Richtsatzmieten von den Mietern zum Teil nicht mehr bezahlt werden konnten. Zum anderen sind Bund, Länder und Gemeinden auf Grund ihrer Finanzsituation nicht mehr in der Lage, uneingeschränkt die öffentlichen Mittel zu erhöhen, um sie den steigenden Baukosten anzupassen.

Diese Tatsachen haben in zunehmendem Maße sowohl bei Legislative und Exekutive als auch bei den Bauträgern eine Diskussion darüber ausgelöst, wie die Nachfrage nach preiswertem und vor allem bezahlbarem Wohnraum mit den knapper werdenden Fördermitteln der öffentlichen Haushalte in Einklang gebracht werden kann.

Es wurden daher, beginnend im Jahre 1982, insbesondere bei den gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, Überlegungen dahingehend angestellt, inwieweit durch Kosteneinsparungen bei der Planung und Baudurchführung der Bedarf an öffentlichen Mitteln gesenkt und die Richtsatzmiete gegebenenfalls reduziert oder zumindest auf den derzeitigen Stand eingefroren werden können.

Bei diesen Versuchen – inzwischen können sie als durchaus gelungen bezeichnet werden – wurden sozusagen die Finanzierung eines Bauvorhabens, und die daraus sich ergebende Mietpreisgestaltung nicht erst nach Vorliegen der Planung und Kostenermittlung vorgenommen, sondern unmittelbar bereits bei der Konzipierung des Bauvorhabens.

Dabei erfolgten die Überlegungen jedoch unter der Prämisse, daß Kostensenkungen keinesfalls zu Lasten architektonischer Qualitäten gehen dürfen.

KURT HOLLER

GÄRTEN / Mieter verwandeln die Grünanlagen

Auch außen nach eigenen Vorstellungen

Eine gute Wohnung in der Stadt hat nicht nur drei oder vier Räume – Schlafzimmer, Wohnzimmer, Küche, Bad und vielleicht noch einen Balkon – auch ums Haus herum gibt's „WOHNRAUM" – den Garten, die Wiese zum Spielen.

Im Frühjahr 1982, im Jahr der europäischen Kampagne zur Stadterneuerung, sprach die Gemeinnützige Baugesellschaft Hannover (GBH) auf einer Mietsversammlung in Hannover-Hainholz, einer Siedlung der 60er Jahre, ihre Mieter mit der Frage an, ob sie bereit wären, Teile der Grünflächen zwischen den Hauszeilen in Gärten für sich umzuwandeln, Blumen zu pflanzen, Küchenkräuter zu säen – kurzum, die Grünflächen, auf denen bislang die bekannten Schilder „Betreten verboten" oder „Ballspielen verboten" standen, sich anzueignen und umzugestalten.

Das Echo war zunächst zögernd; die Angst vor Zerstörungen groß. Doch nach Gesprächen mit den GBH-Gartenarchitekten entstanden bald die ersten Gärten vor den Balkonen der Erdgeschoßwohnungen. Der erste Mieter zimmerte sich eine Holztreppe, um vom Balkon in seinen neuen Garten zu kommen. Auch Obergeschoßmieter schlossen sich an und gruben unter Anleitung der zwei GBH-Gartenplaner auf vorgezeichneter Parzelle „ihren Garten" um, säten Blumen und bauten sich aus Abfallholz der nahen U-Bahn-Baustelle eine Pergola. Die befürchteten Zerstörungen blieben aus, im Gegenteil, die ersten Beispiele machten im Wohngebiet Schule.

Damit auf den Grünflächen zwischen den Hauszeilen nun nichts passiert, was den einen Mieter stören könnte, und damit das Gießen in den neuen Gärten keinen Streit ums Wassergeld auslöst, wurden zwischen jedem neuen Gärtner und der GBH Spielregeln vereinbart.

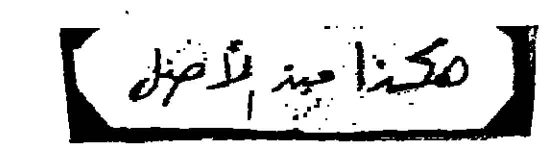
Heute, im Herbst 1983, nach der zweiten Nutzungsperiode der Mietergärten in Hannover-Hainholz, stellen die GBH-Planer fest, daß ihr Versuch „Gärten für Mieter durch Mieter" gelungen ist:

Rund 80 Mieter haben mitgemacht und Gärten vor den Balkonen oder links und rechts vom Hauseingang angelegt und damit das äußere Bild ihres Wohngebietes nach ihren Vorstellungen umgestaltet.

Ähnlich war es 1983 in der GBH-Siedlung im Stadtteil Auf der Horst in Garbsen, wo die GBH nach dem erfolgreichen Pilotprojekt in Hainholz einen zweiten vergleichbaren Versuch startete. Hier entstanden auf Anhieb nicht nur viele Gärten unmittelbar vor den Häusern, sondern auch auf hausentfernteren Grünflächen haben Mieter begonnen, Kleingärten anzulegen. Eine alte Wasserpumpe – neu eingebohrt – liefert hier das Wasser zum Gießen.

Die Gemeinnützige Baugesellschaft Hannover sieht beide Versuche als Beginn einer neuen erfolgreichen Phase, stärker als bislang auf Bedürfnisse und Vorstellungen ihrer Mieter einzugehen und dabei die Mitwirkung ihrer Mieter zu suchen.

DIETRICH SOMMERFELDT





Auch die Alten haben ein Recht auf lebenswürdiges Wohnen, Beispiel Remberti-Stift in Bremen FOTO: DIE WELT

BESTANDSPFLEGE / Ein Beispiel in Köln

Bewohnerstruktur beibehalten

Nachdem sich der Wohnungsneubau der 70er Jahre auf der grünen Wiese als Irrweg erwiesen hat, taucht in jeder wohnungspolitischen Diskussion das Wort „Bestandspflege" auf.

1. Die Ausgangssituation

Ein Sträßchen im Nordwesten Köln. Es besteht aus 11 Wohnhäusern, die im Besitz der Genossenschaft sind. Die Umgebung besteht ebenfalls aus genossenschaftlichen Miethäusern sowie Reiheneigenheimen, die von der Genossenschaft errichtet und als Erwerbshäuser Mitte der 20er Jahre an Genossenschaftsmitglieder veräußert worden sind.

Die Häuser bestanden aus vier Wohnungseinheiten, davon waren acht Häuser mit jeweils gleichen 2-Zimmer-Küche-Wohnungen à 45 m^2 ausgestattet und drei mit je zwei 1-Zimmer-Küche-Wohnungen à 35 m^2 sowie zwei 2-Zimmer-Küche-Wohnungen mit 45 m^2.

Die Ausstattung der 1933 bzw. 1936 bezugsfertig gewordenen Häuser war einfach. Sie besaßen keine Sammelheizung, keine Einzelbäder, lediglich ein Gemeinschaftsbad im Keller. Die Grundrisse entsprachen heutigen Ansprüchen nicht mehr. Die Bewohnerstruktur war stark überaltert, es handelte sich im wesentlichen um alleinstehende Rentner, die zum überwiegenden Teil Erstbezieher waren. Bei Freiwerden von Wohnungen hat die Genossenschaft versucht, die verbleibende Mietpartei zum Umzug in ein Altenwohnhaus zu bewegen und anschließend die Wohnungen zusammenzulegen.

2. Ein Neubau als Ausweg

1981 ergab sich die Möglichkeit, die vorhandene Zeile durch den Neubau zweier Altenwohnhäuser zu ergänzen. Es entstanden dabei 21 Wohnungseinheiten mit 15 Wohnungen für alleinstehende alte Menschen und sechs Wohnungseinheiten für Ehepaare. Die Häuser wurden zum 1. Juni 1982 bezugsfertig.

Im Zusammenwirken mit dem Amt für Wohnungswesen wurden diese Einheiten ausschließlich mit Genossenschaftsmitgliedern besetzt, die vorwiegend aus dem Althausbestand der Straße selbst kamen. Dadurch wurden 12 Wohnungen im Althausbestand frei. Die Genossenschaft konnte mit der Modernisierung, mit Wohnungszusammenlegung und gleichzeitigem Dachgeschoßausbau beginnen. Wegen des Umfangs der Arbeiten mußten die Häuser vollständig geräumt werden. Daher waren vorübergehende Umsetzungen notwendig, so daß die Arbeiten von Mitte 1982 an ca. zwei Jahre in Anspruch nehmen werden.

Die Wohnungen haben nach der Modernisierung 90 m^2 Wohnfläche im Erdgeschoß und 1. Obergeschoß bzw. 71 m^2 im ausgebauten Dachgeschoß. Bei den drei kleineren Haustypen sind eine 3-Zimmer-Küche-Wohnung mit 79 m^2 sowie eine Maisonettewohnung mit 128 m^2 entstanden. Nach der Modernisierung sind die Wohnungen mit einer Blockheizung, die mit Gas betrieben wird, zentraler Warmwasserversorgung sowie mit Bad/WC und separater Dusche/WC ausgestattet. Sämtliche Wohnungen haben eine Terrasse erhalten.

Die Miete betrug vor der Modernisierung 3,10 Mark/m^2 Wohnfläche und Monat und nach der Modernisierung 5,– Mark/m^2 Wohnfläche und Monat. Die Nachfrage nach den modernisierten Wohnungen, vor allem bei jüngeren Genossenschaftsmitgliedern mit einem oder zwei Kindern, bei der Großwohnung auch mit drei Kindern, übertraf das vorhandene Angebot bei weitem.

3. Begleitende Wohnumfeldverbesserungen

Im Zusammenhang mit dem Neubau und der Modernisierung wurden die Außenanlagen ebenfalls modernisiert. Die Mieter, die einen Hausgarten wünschten, erhielten diesen an die Häuser gelegt. Die Gartenanlage insgesamt wurde bereinigt und vollkommen neu gestaltet. In Zusammenarbeit mit dem Straßenbauamt der Stadt Köln wurde das genossenschaftseigene Vorgartengelände sowie das Straßengelände neu gestaltet.

4. Fazit

Durch Neubau und Modernisierung konnte ein Bereich, dessen Bewohnerstruktur abzusinken drohte, so umgestaltet werden, daß gewachsene Bindungen einerseits nicht zerstört wurden und andererseits die bauliche Substanz so verbessert wurde, daß eine Nutzung dauerhaft gesichert werden konnte. Eine derartige Bestandspflege kann jedoch nur gelingen, wenn verschiedene günstige Faktoren zusammenkommen. Allheilmittel kann sie daher nie sein.

GEORG POTSCHKA

WER WOHNT BEI DEN GEMEINNÜTZIGEN? / Problem der Mischung

Staatliche Belegung fördert Gettobildung

In der aktuellen Diskussion über das Wohnungs-Gemeinnützigkeitsrecht ist unter anderem vorgeschlagen, bei der Novellierung einen staatlichen Belegungszwang für die Wohnungen der Gemeinnützigen einzuführen. Hintergrund dieses Wunschdenkens: In den Städten gibt es zunehmende Schwierigkeiten, Problemgruppen in Wohnungen unterzubringen. Wohnlager werden aus humanitären Gründen abgelehnt. Wer aber nimmt problembehaftete Familien auf, in der festen Erwartung, daß dadurch die Wohnzufriedenheit der Nachbarn nachhaltig gestört wird.

In diesem Zusammenhang ist die Frage interessant: Wer wohnt bei den Gemeinnützigen?

Als im vorigen Jahrhundert die ersten Genossenschaften und Hilfsvereine Wohnungen bauten, galt es, den Arbeitern menschenwürdige Unterkünfte zu schaffen, sie aus trostlosen Mietskasernen und Hinterhöfen mit hohen Mietpreisen herauszuholen. Selbsthilfe wurde in den Genossenschaften groß geschrieben. Unternehmen und Gemeinden, aber auch private Stifter halfen bei der notwendigen Wohnungsreform.

In den Jahrzehnten nach dem Krieg übernahm der Staat viele dieser Ideen. Der öffentlich geförderte Wohnungsbau wurde entwickelt. Ein wichtiger Träger dieser Förderung wurden die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen. Nach strengen Kriterien wurden die Wohnungen gebaut. Größe, Ausstattung und Miete waren genau festgelegt, ganz gleich, ob ein privater oder gemeinnütziger Bauherr die Wohnungen errichtete und vermietete.

Im öffentlichen Bewußtsein wurde das Bild der gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften jeder Art – auch der Genossenschaften – unscharf, und das trotz ihres erfolgreichen Bemühens, auch und gerade im sozialen Wohnungsbau, durch Sonderleistungen wie besonders vorbildliche Gartenanlagen, Gemeinschaftsräume und durch soziale Versuche wie Mietermitbestimmung bei der Verwaltung der Wohngebiete ein außerökonomischer Plan zu schaffen.

In den kommenden Jahren werden aber die Sozialwohnungen in steigenden Zahlen aus der Bindung, welche die öffentliche Förderung auferlegt, herauswachsen. Dann wird in den Ballungsgebieten, in denen noch ein ungedeckter Wohnungsbedarf ist, zu beobachten sein, wie sich die Gemeinnützigen mit ihrer Sozialbildung von anderen Vermietern positiv unterscheiden. Im Gegensatz zu den übrigen Anbietern werden die Wohnungen bei den Gemeinnützigen weiterhin zur Kostenmiete zu haben sein, ganz gleich, wie günstig die Marktsituation für den Vermieter sein mag.

Für breite Bevölkerungsschichten – insbesondere die sozial schwächeren – soll die gemeinnützige Wohnungswirtschaft arbeiten. Ist das auch heute noch der Fall? In den rund 3,3 Millionen Wohnungen leben zu ca. 40 Prozent Rentner, über 35 Prozent Arbeiter und rund 17 Prozent Angestellte. Sie alle schätzen es, daß sie unabhängig von gesetzlichen Regelungen durch Dauermietverträge eine sichere Heimstatt haben und gegen unangemessene Mieterhöhungen geschützt sind, ganz gleich, wie die Wohnungen finanziert sind. Es gibt heute unter den Mietern der öffentlich geförderten Wohnungen auch Mehrverdiener.

Von den Gemeinnützigen wird eine „normale Mischung" unter den Mietern ausdrücklich begrüßt. Es geht dabei weniger um die Mietzahlungsbereitschaft als vielmehr um die Wohnatmosphäre in den Häusern und Wohngebieten. Die verschiedenen Bevölkerungsschichten sollten nicht isoliert leben. Wohin das im negativen Sinne führt, zeigen in großstädtischen Ballungsräumen einige Großsiedlungen, die kein gutes Image haben und in denen die soziale Entwicklung rapide bergab führt.

Diese Wohngebiete haben gemeinsame Kennzeichen: Stadtrandlage, schlechte Verkehrsanbindung, Hochhäuser, relativ hohe Mieten, Zerstörungen in der Wohnumgebung, in den Hauseingangsbereichen, Treppenhäusern und Fahrstühlen. Diese Wohngebiete entstanden in den 60er und 70er Jahren nach politischen Entscheidungen, denen oftmals nationale oder sogar internationale Architektenwettbewerbe vorausgegangen waren.

Familien und Einzelmieter mit erheblichen Problemen, die nicht die Möglichkeit haben, sich selbst eine Wohnung zu beschaffen, und für die in vielen Fällen die Sozialhilfe eintritt, sammelten sich in diesen Wohnanlagen.

Besonders betroffen von dieser Erscheinung sind kommunale Wohnungsunternehmen – wie z. B. die SAGA in Hamburg. In einigen Wohnanlagen gibt es diese Probleme. Vom Senat der Stadt ist die Gefahr dieser Entwicklung erkannt. Eine der Konsequenzen: Die „Problemfälle" sollen zukünftig nicht nur bei der städtischen Gesellschaft als Mieter eingewiesen werden, sondern über den gesamten Wohnungsbestand, der noch in der Bindung ist, verteilt werden.

FERDINAND GATERMANN

Wer wohnt bei den Gemeinnützigen?
Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen in der Bundesrepublik bewirtschaften derzeit 3,3 Millionen Mietwohnungen. Um einen Eindruck von der sozialen Bedeutung der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft zu erhalten, lohnt deshalb ein Blick in die Verteilung dieser Mietwohnungen hinsichtlich der sozialen Stellung der Haushaltsvorstände:

- An erster Stelle, mit 40,2 Prozent, stehen die Rentnerhaushalte,
- dann folgen mit 29,0 Prozent diejenigen Haushalte, in denen der Haushaltsvorstand Arbeiter ist,
- 17,1 Prozent sind an Angestelltenhaushalte vermietet,
- 6,8 Prozent an Beamte
- 2,3 Prozent an Nichterwerbstätige,
- 1,9 Prozent an Sozialhilfeempfänger,
- 1,6 Prozent an Selbständige und
- 1,1 Prozent an Studenten.

Aus dieser Auflistung geht hervor, daß die Mieter gemeinnütziger Wohnungen überwiegend solche Haushalte sind, die nicht zu den „Reichen" im Lande zählen können.

LEISTUNGSBILD / Gemeinnützig 4,6 Millionen Wohnungen gebaut

Genossenschaften als 1. Gruppe

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es 1831 gemeinnützige Wohnungsunternehmen. Sie waren am Wiederaufbau maßgeblich beteiligt. Seit der Währungsreform wurden im Bundesgebiet mehr als 17 Millionen neue Wohnungen gebaut. Hiervon entfiel auf die Gemeinnützigen mit 4,6 Millionen ein gutes Viertel.

Diese Leistung bekommt ein besonderes Gewicht, wenn man die soziale Komponente ihrer Tätigkeit berücksichtigt: Von den 7 Millionen seit dem Kriege gebauten Sozialwohnungen hat die gemeinnützige Wohnungswirtschaft mehr als die Hälfte gebaut, und zwar zu drei Vierteln als Mietwohnungen. Der Sozialbezug wird jedoch erst voll sichtbar, wenn man die Wohnungsbestände in die Betrachtung mit einbezieht.

Ende 1982 bewirtschafteten die Gemeinnützigen 3,36 Millionen eigene Miet- und Genossenschaftswohnungen, rund 23 Prozent aller Mietwohnungen in der Bundesrepublik. Hiervon waren 2,44 Millionen mit Mitteln aus öffentlichen Haushalten gefördert, mithin 57 Prozent aller Mietsozialwohnungen in der Bundesrepublik.

Die Leistung der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen wird von unterschiedlichen Unternehmenstypen erbracht. Drei große Gruppen lassen sich unterscheiden:

- die Genossenschaften und Vereine,
- die Kapitalgesellschaften mbH und AG
- die Stiftungen und Körperschaften des öffentlichen Rechts.

Die Wohnungsbaugenossenschaften stellen zahlenmäßig die größte Gruppe. Ende 1982 waren den 10 Prüfungsverbänden 1199 Wohnungsbaugenossenschaften angeschlossen; das waren 62 Prozent aller gemeinnützigen Wohnungsunternehmen. Ihre Stellung innerhalb der gemeinnützigen Leistung läßt sich mit folgenden Zahlen kurz umreißen: Ende 1982 bewirtschafteten sie 993 600 Genossenschaftswohnungen, knapp 30 Prozent aller Mietwohnungen der Gemeinnützigen. Ihr Anteil am Neubau liegt seit einigen Jahren zwischen 27 und 28 Prozent. Sie werden von fast 1,65 Millionen Mitgliedern getragen, die 6,26 Millionen Anteile gezeichnet haben und damit den Genossenschaften ein Geschäftsguthaben von 2 Mrd. Mark zur Verfügung stellen.

Bei den Genossenschaften handelt es sich fast ausnahmslos um kleinere und mittlere Unternehmen. Eine Strukturierung nach der Zahl der eigenen Wohnungen macht das deutlich. Danach hatte Ende 1982 deutlich mehr als die Hälfte aller Wohnungsbaugenossenschaften unter 500 Wohnungen in der Bewirtschaftung. Ein weiteres Drittel der Unternehmen konnte zwischen 500 und 2000 Genossenschaftswohnungen den Mitgliedern im Wege des Dauernutzungsrechts zur Verfügung stellen. Nur jedes zwölfte Unternehmen bewirtschaftete zwischen 2000 und 5000 Wohnungen, nur jede fünfzigste Genossenschaft wies mehr als 5000 Wohnungen auf.

Die Wohnungsbaugesellschaften mbH und den Wohnungsbauaktiengesellschaften haben, bedingt durch andere Standorte und eine andere Aufgabenstellung, in den vergangenen 30 Jahren stärker expandiert als die Genossenschaften. Ende 1982 gab es im Bundesgebiet 542 Wohnungsbaugesellschaften mbH und 60 Wohnungsbauaktiengesellschaften. Bei diesen Kapitalgesellschaften vermag die bloße Unternehmenszahl nur wenig über ihre Leistung auszusagen. So repräsentieren sie nur ein Drittel aller gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, ihr Anteil an den Mietwohnungsbeständen liegt jedoch bei nahezu 70 Prozent. Ferner haben sie in den vergangenen Jahren rund zwei Drittel des gesamten Wohnungsneubaus der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft bestritten.

An den Wohnungsbaugesellschaften sind die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppierungen beteiligt. So waren Ende 1982 Gemeinden und Gemeindeverbände an 300 Kapitalgesellschaften mehrheitlich beteiligt, was einem Drittel der Wohnungsbestände aller Gesellschaften entspricht. Bund und Länder hielten zusammen mit Bahn und Post an weiteren 38 Kapitalgesellschaften die Kapitalmehrheit, bei 23 Unternehmen lag die Mehrheit bei anderen öffentlichen Stellen. Die gewerbliche Wirtschaft kontrollierte bei 64 Kapitalgesellschaften mehr als 50 Prozent des Kapitals, die Gewerkschaften bei 28 Unternehmen. Auch die Kirchen engagieren sich im gemeinnützigen Wohnungsbau,

ni.

SIEDLUNGEN VON GRUPPEN IN SELBSTHILFE / Mit klarer Planung

Fleiß gleicht fast alles aus

Wohnen in den eigenen vier Wänden, im eigenen Haus, ein schöner Garten und freundliche Nachbarn. – Wer wünscht sich das nicht? Aber der schöne Traum vom eigenen Haus führt oft zu einem schnellen nüchternen Erwachen, wenn dem kleinen Einkommen des „Normalverbrauchers" die Kosten und die sich daraus ergebende finanzielle Belastung gegenübergestellt werden.

Auch wenn seit Jahren fleißig gespart wird, die in vielen Tarifverträgen festgelegten „vermögenswirksamen Leistungen" und die staatliche Prämie für Bausparen dazukommt – die Entwicklung der Baulandpreise und der Baukosten machen es dem „kleinen Mann" schwer, ja oft unmöglich, das notwendige Eigenkapital zusammenzubringen. Und gerade bei geringem Einkommen sollten möglichst viel Eigenmittel vorhanden sein, um weniger Fremdmittel in Anspruch nehmen zu müssen und damit die Zins- und Tilgungslast in erträglichem Rahmen zu halten.

Eine realistische Möglichkeit, kurzfristig zusätzliches Eigenkapital zu bilden, bietet sich durch „Selbsthilfe" am Bau an. Dieser Gedanke ist sicher nicht neu. Beim Bau vieler, ja der meisten Eigenheime, wird Selbsthilfeleistung erbracht, z. B. beim Tapezieren oder der Anlage des Gartens. Die Gruppenselbsthilfe jedoch bedeutet mehr:

In gegenseitiger Nachbarschaftshilfe sollen möglichst viele Bauleistungen in Eigenarbeit systematisch erbracht werden, um fehlende Barmittel zu ersetzen. Die Selbsthilfe wird ein maßgeblicher Finanzierungsfaktor!

„Planungsdisziplin" ohne gestalterische Nachteile

Wie geht dies vor sich?

Bereits die Planung der Einfamilienhäuser nimmt mit klaren, einfachen Formen und Konstruktionen Rücksicht darauf, daß der Großteil der Arbeiten von handwerklichen Laien ausgeführt werden soll. Wie Beispiele zeigen, führt die so vom Architekten geforderte „Planungsdisziplin" keineswegs zu gestalterischen Nachteilen oder einer Reduzierung der Wohnqualität; häufig ist das Gegenteil der Fall. Zur „Planungsdisziplin" gehört auch, daß der für die jeweilige Siedlung vorgesehene Haustyp in den wesentlichen Festlegungen von allen Bauherren akzeptiert wird. Eine Siedlung besteht aus etwa 15 Häusern.

Nach der „selbsthilfegerechten" Werkplanung wird im einzelnen festgelegt, welche Arbeiten in Selbsthilfe ausgeführt und welche an Firmen vergeben werden sollen. Z. B. werden die Baugruben durch Baggerfirmen ausgehoben und die Geschoßdecken als Fertigteile von der Herstellerfirma verlegt, während alle Maurerarbeiten von den Bauherren selbst ausgeführt werden. An der Sicherheit darf nicht gespart werden, weshalb die tragenden Dachkonstruktionen sowie die Elektro-, Heizungs- und Sanitärinstallationen von Fachfirmen ausgeführt werden.

Die praktische Ausführung der Selbsthilfearbeiten, insbesondere am Rohbau, erfolgt in Nachbarschaftsgruppen, zu denen jeweils drei bis fünf Häuser (= Bauherren) zusammengefaßt werden. Der vom Wohnungsunternehmen gestellte Fachmann, ein Maurermeister oder Polier, gibt an der Baustelle den handwerklich nicht geschulten Bauherren die Arbeitsanleitungen. Mit diesem Fachmann ist das Wohnungsunternehmen auch für die fachgerechte Ausführung der Arbeiten verantwortlich. Die Arbeitszeit dieses Betreuers richtet sich nach den zeitlichen Möglichkeiten der Bauherren, das heißt, er muß auch abends und an Wochenenden (außer sonntags) zur Verfügung stehen.

Neben der handwerklichen Anleitung der Bauherren obliegt ihm auch die rechtzeitige Beschaffung der erforderlichen Baumaterialien und die gesamte Organisation der Baustelle. Die Finanzierung des Bauvorhabens, die Abwicklung sämtlichen Schriftverkehrs sowie des gesamten Zahlungsverkehrs erfolgt durch die kaufmännische Abteilung des Wohnungsunternehmens, so daß die Bauherren, von allen organisatorischen und schriftlichen Arbeiten befreit, sich ganz auf die Baudurchführung konzentrieren können.

Während die Ausführung aller mit dem Rohbau zusammenhängenden Arbeiten, wie erwähnt, innerhalb der Baugruppe gemeinsam ausgeführt werden, beschränkt sich beim weiteren Innenausbau die Zusammenarbeit der Gruppe auf gelegentlich notwendige gegenseitige Mithilfe.

Auch kritische Fachleute erkennen an, daß die so erbrachten Arbeiten der „Bau-Amateure" handwerklich einwandfrei sind; die engagierten Bauherren gleichen durch Fleiß und Geduld aus, was an fachlicher Routine fehlt.

Auch das finanzielle Ergebnis kann sich sehen lassen. Nach einer Bauzeit von durchschnittlich 10 Monaten bis zur Bezugsfertigstellung und etwa einem weiteren halben Jahr für die Restarbeiten hat sich jeder Bauherr mit seiner Familie ca. 25 Prozent der reinen Baukosten von derzeit rund 220 000 Mark, das sind 55 000 Mark, erarbeitet. Es soll nicht verschwiegen werden, daß diese Leistung große Opfer vom Bauherrn voraussetzt, der mit seiner Familie für zwei Jahre seinen Urlaub und alle Freizeit auf der Baustelle verbringt. Die Mühe und der Schweiß sind aber rasch vergessen, wenn die Familie ihr selbstgeschaffenes Haus bezogen hat und die ersten Blumen im eigenen Garten blühen.

Ein zusätzlicher konjunktureller Impuls

Und die gute Nachbarschaft der meist jungen Familien (das Durchschnittsalter der Bauherren-Ehepaare liegt bei Gruppenselbsthilfesiedlungen unter 30 Jahren) ergibt sich erfahrungsgemäß von selbst:

Die Bauherren haben sich während der gemeinsamen Arbeit zwar manches Mal gestritten, aber letztlich doch freundschaftlich zusammengerauft. Vielfältige gesellschaftliche Aktivitäten der Siedlergemeinschaften sind der Beweis für den gewachsenen Gemeinschaftssinn.

Bei der Vorbereitung von Gruppenselbsthilfesiedlungen wird oft die kritische Frage gestellt, ob die Förderung solcher Vorhaben im Hinblick auf die Schwierigkeiten im Baugewerbe konjunkturgerecht sei. Dazu ist festzustellen, daß die Bauherren in Gruppenselbsthilfesiedlungen, die fast ausschließlich die Voraussetzungen für die öffentliche Förderung (25, II. SoBauG) erfüllen, ohne diesen sie nie in der Lage wären, ein Eigenheim zu finanzieren. Die nicht in Selbsthilfe zu erbringenden 75 Prozent der Bauleistungen stellen damit einen zusätzlichen konjunkturellen Impuls für Bauhandwerk und Zulieferer dar und nehmen niemandem Arbeit weg.

WILFRIED RAGER

GEMEINNÜTZIGE WOHNUNGSUNTERNEHMEN
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans H. Lange, Hamburg

INTERNATIONALER VERGLEICH / Bedarf und Reglementierung als kommunizierende Röhren

Bedeutung der Gemeinnützigen unbestritten

In der wohnungspolitischen Diskussion der Nachkriegszeit sind schon oft Vorschläge zur Reform des in seinen Grundzügen seit 1940 geltenden Wohnungsgemeinnützigkeitsrechts gemacht worden. Häufig zielten diese Vorschläge auf eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft ab.

Nie jedoch war ernsthaft ihre Substanz in Frage gestellt. Heute ist die Diskussion schärfer geworden. Forderungen nach einer künftigen staatlichen Belegungsbindung des gesamten gemeinnützigen Wohnungsbestandes oder der Abschaffung der steuerlichen Vorteile werden mit Nachdruck vorgetragen. Nicht selten ist auch die Forderung zu hören, der gesamte gemeinnützige Wohnungsbestand sollte in Privateigentum übergeführt werden.

Zur Erleichterung des Verständnisses der Rolle der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen bietet sich ein Blick ins Ausland an, das den gemeinnützigen Wohnungsau – wenn auch in varriierender Form – ebenfalls kennt.

Abgesehen von England, das schon 1775 in Birmingham eine erste Selbsthilfeorganisation von Arbeitern aufweisen konnte, gehen die Anfänge der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen allgemein auf das letzte Jahrhundert zurück. So sind um 1850 in den Niederlanden und in Dänemark – etwa gleichzeitig wie in Berlin und Hamburg – Wohnungsunternehmen entstanden, deren erster Zweck die gegenseitige Hilfe und die Selbsthilfe beim Bau von Wohnungen war. Die ersten gemeinnützigen Wohnungsunternehmen sind, wie auch in Deutschland und in Österreich, ohne staatliche Hilfe entstanden.

Schon bald hatten die Regierungen zahlreicher Länder erkannt, welch hervorragend geeignetes Instrument die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen zur Lösung der wohnungspolitischen Probleme waren. In Ländern wie Schweden, Norwegen, Irland in der Schweiz begannen sie deshalb, deren Gründungen anzuregen und die Tätigkeiten vor allem im Hinblick auf Landbeschaffung, Finanzierung und Steuerangelegenheiten zu fördern. Heute sind die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen in den meisten Ländern integrierter Bestandteil der staatlichen Wohnungspolitik.

Gesetzliche Regelungen, die festlegen, unter welchen Voraussetzungen Unternehmen oder Organisationen gemeinnützig sind, bestehen in nur wenigen Ländern, wie z. B. in der Bundesrepublik und in Österreich. In den USA werden die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen als nicht spekulative Unternehmen bezeichnet. In Schweden findet sich der Begriff der Kosten-Preis-Unternehmen. Diese Begriffsbestimmungen zeigen, daß auch im Ausland die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen grundsätzlich keinem gewinnorientierten Erwerbsstreben nachgehen dürfen. Zulässige Gewinne sind – bei einer in der Regel auf 4 Prozent beschränkten Dividendenausschüttung – wieder für Wohnungsbauzwecke zu verwenden.

Die Bedeutung der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen für die staatliche Wohnungspolitik der einzelnen Länder läßt sich leicht an einigen Zahlen ablesen. So sind in Schweden rund 47 Prozent des Gesamtwohnungsbestandes in gemeinnützigem Besitz. In den Niederlanden liegt der Anteil ähnlich hoch. In Großbritannien besitzen die Gemeinnützigen rund ein Drittel und in Frankreich über 20 Prozent des Gesamtwohnungsbestandes.

Der bei diesen Größenordnungen erforderliche staatliche Einfluß variiert von Land zu Land. Zumeist macht der Staat seinen Einfluß über die Vergabe der staatlichen Wohnungsbaumittel und die Regelung der Durchführungsmodalitäten geltend. In Großbritannien ist der staatliche Einfluß auch dadurch gewahrt, daß etwa die development corporations ihre Betriebsmittel aus den öffentlichen Haushalten erhalten und kein eigenes Gesellschaftskapital bilden dürfen, mit dem sie eine eigene Politik betreiben könnten. In einigen Ländern beteiligen sich die staatlichen Behörden direkt an der Gestaltung der Unternehmenspolitik.

In Schweden stellen bei den vor 1975 gegründeten gemeinnützigen Wohnungsunternehmen die Gemeinden die Hälfte der Mitglieder der Unternehmensverwaltung. Bei den nach 1975 gegründeten Unternehmen werden sogar sämtliche Mitglieder von den Gemeinden gestellt.

In den Niederlanden waren die Baugenossenschaften in Zeiten des Wohnungsmangels weitgehenden Regierungsbestimmungen unterworfen und stellten auf Grund der mit der Darlehensvergabe verbundenen Bedingungen lediglich Zweigstellen der kommunalen Verwaltungsbehörden dar.

Mit der Beseitigung der ärgsten Wohnungsnot erweiterte die Regierung auch den Spielraum der Genossenschaften. Diese können heute eigene Reservefonds führen, die sie allerdings im Interesse des Wohnens führen müssen. Sie bleiben verpflichtet, ihre Wohnungen Personen mit einem dem Wohnungsbaugesetz entsprechenden Einkommen anzubieten.

Auch in Frankreich ist bei den HLM-Gesellschaften der staatliche Einfluß durch entsprechende Beteiligung bei den Verwaltungsräten auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene gesichert.

Wie eine Studie der UN-Wirtschaftskommission für Europa interessanterweise festgestellt hat, ist im internationalen Vergleich die Tätigkeit der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen in der Regel statutenmäßig nicht auf die Belange bestimmter Bevölkerungskreise beschränkt.

Die Beschränkung auf Wohnungssuchende mit geringem oder mittlerem Einkommen ist zwar weit verbreitet, aber häufig jeweils lediglich individuelle Entscheidung der Wohnungsunternehmen. Eine Begrenzung der Tätigkeit auf diese Gruppen erfolgt in der Regel indirekt durch die Ausgestaltung der staatlichen Wohnungsbauförderung.

Die Aufgabenbereiche der gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen variieren ebenfalls von Land zu Land.

So gibt es Länder, in denen die gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen lediglich Mietwohnungen erstellen und verwalten bzw. Eigentumswohnungen zum Zwecke des Verkaufs erstellen. In anderen Ländern, wie z. B. in Großbritannien und Frankreich, haben sie zusätzlich die Aufgabe, ganze Wohngebiete zu erschließen, ihre Infrastruktur aufzubauen und sogar Folgeeinrichtungen wie Kindergärten und Theater zu errichten.

In den meisten Ländern ist mit Rücksicht auf den inzwischen erreichten Stand der Wohnungsversorgung die Tendenz bei den gemeinnützigen Wohnungsunternehmen festzustellen, sich verstärkt den Aufgaben der Modernisierung und der Stadterneuerung zuzuwenden.

In der Bundesrepublik ist diese Entwicklung besonders weit fortgeschritten. Der gute Zustand zahlreicher Wohnviertel und ganzer Stadtteile ist auf das Wirken der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen zurückzuführen.

Wie in der Bundesrepublik können auch im Ausland (Großbritannien, Niederlande) die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen in gewissen Grenzen Gewinne erzielen, dürfen sie jedoch nur in beschränktem Maße an die Mitglieder abführen. Die überschüssigen Gewinne müssen für den gemeinnützigen Zweck des Wohnens wiederverwendet werden.

Auch im Ausland werden die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen vom Staat in finanzieller Hinsicht je nach der öffentlichen Haushaltslage und dem Stand der Wohnungsversorgung unterstützt.

So wurden in der Schweiz in den fünfziger Jahren die öffentlichen Hilfen fast ganz eingestellt, als dies der Wohnungsversorgungsstand zuließ und die Unternehmen in der Lage waren, am Kapitalmarkt günstige Finanzierungsmittel aufzunehmen. Die staatliche Hilfe setzte allerdings dann wieder ein, das die Mieten wieder stärker anstiegen und damit ein erhöhtes Wohnungsangebot erforderlich machten.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die im gesamten Ausland gemeinnützige Wohnungsunternehmen als wichtiger Bestandteil staatlicher Wohnungspolitik unbestritten sind. Sie haben sich nicht nur in Zeiten des Wohnungsmangels bewährt, als Wohnungen neu gebaut werden mußten.

Sie erfüllten gleichermaßen wichtige wohnungs- und städtebaupolitische Aufgaben, wenn es darum geht, den Wohnungsbestand zu erhalten und modernen Wohnungsbedürfnissen anzupassen.

Der staatliche Einfluß auf die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen ist im Ausland häufig abhängig von der Intensität der bestehenden Wohnungsprobleme.

Auch in der Bundesrepublik sollte sich die künftige Ausgestaltung der Aufgabenbereiche der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen und der staatliche Einfluß auf deren Unternehmenspolitik nach der Intensität der bestehenden und künftig zu erwartenden Wohnungsprobleme richten.

RAINER GOETZENDORF